



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Streiflicht

Gesamthochschule Paderborn

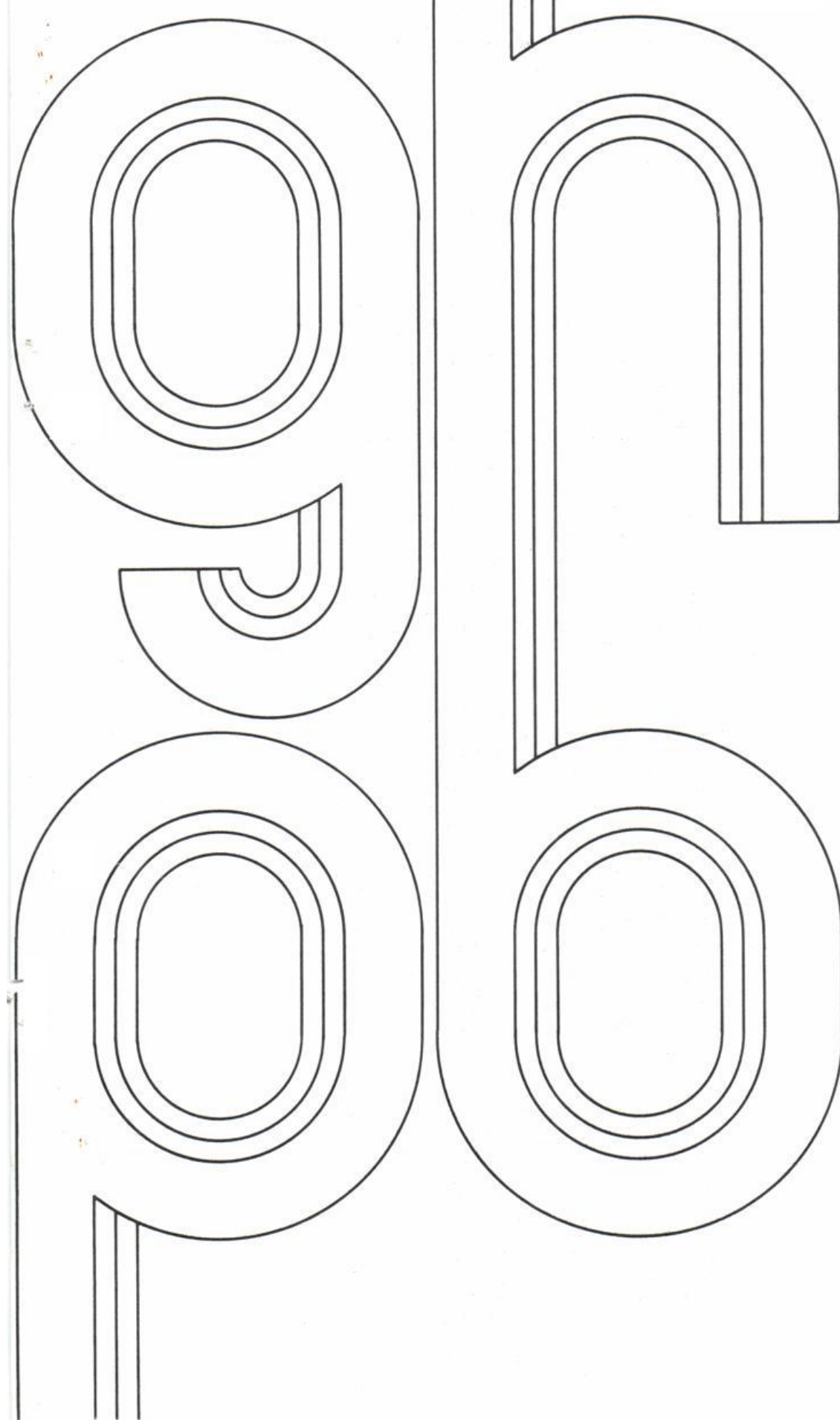
Paderborn, 1975,1-4; damit Ersch. eingest.

urn:nbn:de:hbz:466:1-8520

gesamthochschule paderborn universitätsbibliothek paderborn

stefan schmidt 2017

Prof.



INHALT

Geleitwort	S. 1
In eigener Sache	S. 2
Aufsatz	S. 3
Hochschul-Bau	S. 14
Dokumentation	S. 16
Gastprofessur	S. 25
Nachrichten und Berichte	S. 26
aus dem Akademischen Auslandsamt	S. 26
aus den Fachbereichen	S. 26
aus dem Personalrat	S. 31
aus dem Senat	S. 32
aus dem Studentenwerk	S. 33
aus der Verwaltung	S. 37
Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt	S. 44
Parabel	S. 45
Personalia	S. 46
Prüfungen	S. 47
Studentisches	S. 50
Studienberatung	S. 55
Veranstaltungen	S. 56
Ausstellungen	S. 56
Besuche	S. 56
Campus-Konzert	S. 57
Empfänge	S. 58
Exkursionen	S. 59
Jubiläen	S. 60
Kolloquien	S. 62
Tagungen	S. 65
Theater	S. 67
Vorträge	S. 67
Hinweise	S. 69
Kurzinformationen	zwischendrin

GELEITWORT

"Mitteilungen und Berichte waren ein erster Versuch der Gesamthochschule Paderborn, die wichtigsten Informationen über sich selbst in der Hochschule zu verbreiten. Dieser Versuch war zwar kein völliges Mißlingen, aber Lehrende und Lernende haben immer wieder darum gebeten, neben den Protokollen über Sitzungen des Gründungssenats, der Ständigen Kommissionen, der Fachbereichsräte und anderer Gremien eine andere Informationsquelle bereitzustellen, und auch die Bürger des Raumes in und um Paderborn, die am Aufbau der Gesamthochschule Paderborn interessiert waren und sind, haben häufig darum gebeten, die wichtigsten Nachrichten regelmäßig zugestellt zu bekommen.

"streiflicht" möchte alles dies tun, aber es wird nicht einfach sein, in angemessener und repräsentativer Weise Themen und Nachrichten zu finden, die die Öffentlichkeit und die Hochschulöffentlichkeit in gleicher Weise interessieren.

Das Rektorat der Gesamthochschule Paderborn wünscht "streiflicht", daß es trotz aller Schwierigkeiten, von denen die finanziellen besonders gravierend sein werden, einen festen Platz im Leben der jungen Hochschule einnehmen und zu ihrer Selbstdarstellung sowohl als dazu erheblich beitragen wird, daß sie im südostwestfälischen Raum und besonders in Paderborn, Höxter, Meschede und Soest bekannter werden wird.



(Prof. Dr. Broder Carstensen)
Gründungsrektor
der
Gesamthochschule Paderborn

IN EIGENER SACHE

Seit dem 15. November 1974 bin ich als Pressereferentin an der Gesamthochschule Paderborn tätig mit der Aufgabe, langsam das Pressereferat aufzubauen. Langsam einmal deshalb, weil ich mich einarbeiten und mir einen Überblick über alle Bereiche der Gesamthochschule verschaffen mußte, zum anderen deshalb, weil ich eine inhaltlich und graphisch voll ausgewogene Konzeption für eine neu zu gründende Hochschulzeitung erarbeiten wollte. Diese Zeitung ist geplant als Nachfolgerin unserer bisherigen "Mitteilungen und Berichte", die mit enormen Arbeitsaufwand neben der eigenen Aufgabenstellung vom Dezernat 2 herausgegeben wurden. Den verantwortlichen Redakteuren sei an dieser Stelle für ihre Mühen herzlich gedankt.

Das ghpb-streiflich soll über die Arbeit in den Kollegialorganen, Rektorat und Senat, aus den Fachbereichen, aus der Verwaltung und aus der Studentenschaft berichten. Weiter soll die Zeitung alle offiziellen Informationen und Nachrichten auf dem hochschulpolitischen Sektor des Landes Nordrhein-Westfalen und des Bundes verbreiten. Darüberhinaus aber wird Platz sein für Berichte, Kommentare, Leserbriefe und Diskussionen aller Mitglieder der Gesamthochschule.

Da unsere Zeitung mit dem Ziel ins Leben gerufen wurde, die Entfernung - sowohl wörtlich wie auch im übertragenen Sinne - zwischen den einzelnen Organen und Abteilungen der Gesamthochschule Paderborn zu überbrücken - hier meine herzliche Bitte: Tragen Sie alle dazu bei, diese Trennung zu überwinden, indem Sie selbst mitarbeiten. Soll das ghpb-streiflich tatsächlich zu einem Anliegen aller Mitglieder der GH Paderborn gemacht werden, ist es unbedingt erforderlich, daß Sie Ihre Kritik, Ihre Meinung oder eigene Beiträge und Arbeitsberichte an die Redaktion weiterleiten. Alleine schon die lokale Verstreutheit der Gesamthochschule macht die Zeitung so wichtig. Wir sind notwendig angewiesen auf den Kontakt zwischen den Fachbereichen, zwischen den Mitgliedern der Lehre, den Mitgliedern der Verwaltung und der Studentenschaft. Dazu gehört vor allem die Diskussion über gemeinsame interessierende Fragen und auch die Information über die Arbeit der Gesamthochschule nach "draußen", d.h. die Repräsentation aller Mitglieder in der Öffentlichkeit.

Die Redaktion

KAPAZITÄTSVERORDNUNG

Das Schlagwort von der "Kapazitätsverordnung" geistert in der letzten Zeit durch sämtliche Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland. Im folgenden Aufsatz greift Ernst Mandel, Reg.-Ang. im Dezernat 2 der Gesamthochschule Paderborn, dieses Thema auf. Mandel war Sachbearbeiter für die Durchführung der Kapazitätsberechnung an der Gesamthochschule Paderborn und hat sich von daher sehr intensiv mit der Problematik der KapVO und ihrer Durchführung befaßt.

I. DIE DURCHFÜHRUNG DER KAPAZITÄTSVERORDNUNG

Die Verordnung über die Grundsätze für eine einheitliche Kapazitätsermittlung und -festsetzung für die Vergabe von Studienplätzen regelt erstmalig für alle Bundesländer einheitlich, wie die Ausbildungskapazität in personeller und räumlicher Hinsicht an den Hochschulen rechnerisch zu ermitteln ist und wie im Zusammenwirken zwischen Hochschulen und staatlichen Stellen das Verfahren bis hin zur formellen Festsetzung der Zulassungshöchstzahlen für ein künftiges Semester ablaufen soll.

Die gemäß § 24 am 1. August 1974 in Kraft getretene KapVO wird zunächst in Form eines einjährigen Vorlaufs eingeführt und anschließend in einem zweijährigen Probe-
lauf erprobt. Am 30. September 1977 tritt die KapVO wieder außer Kraft (§ 24 KapVO), um durch eine neu zu verabschiedende Kapazitätsverordnung ersetzt zu werden. Der Vorlauf soll für das Sommersemester 1975 und das Wintersemester 1975/76 zusammen durchgeführt werden, da gemäß Anlage 1 KapVO eine jährliche Aufnahmequote zu ermitteln ist. Es sind bundeseinheitliche Erhebungs- und Berechnungsformulare entwickelt worden, die der Verwaltungsausschuß der ZVS am 10. September 1974 verabschiedet hat.

Gleichzeitig ist dabei festgestellt worden, welche Alternativenberechnungen neben der Standardberechnung mit den Richtwerten der Anlage 2 der Verordnung durchgeführt werden sollen. Die Ergebnisse und Stellungnahmen zum Vorlauf sind voraussichtlich bis zum 30. April 1975 bei der ZVS in Dortmund einzuliefern. Sie werden dort innerhalb der drei folgenden Monate bis zum 31. Juli 75 ausgewertet. Bis zum 30. September 1975 ist eine Beschluß-

fassung über die Veränderungen der KapVO durch den Verwaltungsausschuß der ZVS vorgesehen, soweit die KapVO aufgrund der Erfahrungen des Vorlaufs für den zweijährigen Probelauf verändert werden muß.

Auf seiner 12. Sitzung am 30. Mai 1974 hat der Verwaltungsausschuß der ZVS u.a. folgende Beschlüsse gefaßt: "Der Verwaltungsausschuß geht davon aus, daß der Vorlauf im Hinblick auf seine Bedeutung als eine Erprobung der Kapazitätsverordnung, zu dem Zweck der Sammlung von Erfahrungen, einer eingehenden Auswertung bedarf. Dabei ist es Meinung des Verwaltungsausschusses, daß, sofern die Ergebnisse der Auswertung des Vorlaufs eine Änderung der Kapazitätsverordnung nahelegen, diese so rechtzeitig erfolgen muß, daß sie noch zum Probelauf (Beginn: Sommersemester 1976) wirksam werden kann.

Mit der Auswertung des Vorlaufs sollen zur zeitlich begrenzten Unterstützung der Organe der Zentralstelle und zur Vorbereitung der Entscheidungen des Verwaltungsausschusses zwei ad-hoc-Gremien befaßt werden:

a) Eine Lenkungsgruppe, die sich aus dem Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses und seinen beiden Stellvertretern, dem Vorsitzenden des Beirats und seinem Stellvertreter und dem Präsidenten der WRK zusammensetzt.

b) Eine Sachverständigengruppe, die der Lenkungsgruppe zuarbeitet. In ihr wirken alle Länder und Vertreter der Hochschulen zusammen. Dabei ist seitens der Hochschulen funktionalen Gesichtspunkten (wie z. B. Hochschularten und -fächern) Rechnung zu tragen.

Die Lenkungsgruppe und die Sachverständigengruppe sollen über ein Arbeitsinstrument (Projektgruppe) verfügen, das bei der Zentralstelle anzusiedeln ist.

Die Lenkungsgruppe hat die Aufgabe, die Arbeiten der Sachverständigengruppe durch Festlegung des Auswertungsformulars, Vorgaben für die Auswertung und Abgrenzung des Adresskreises zu lenken. Außerdem soll sie den Beirat der ZVS laufend über die Ergebnisse der Auswertung unterrichten, die Ergebnisse hochschulpolitisch bewerten und die rechtmäßigen Konsequenzen aus

dem Verlauf in Vorschläge umsetzen. Die Lenkungsgruppe soll der Projektgruppe ihre Arbeitsaufträge geben. ¹⁾

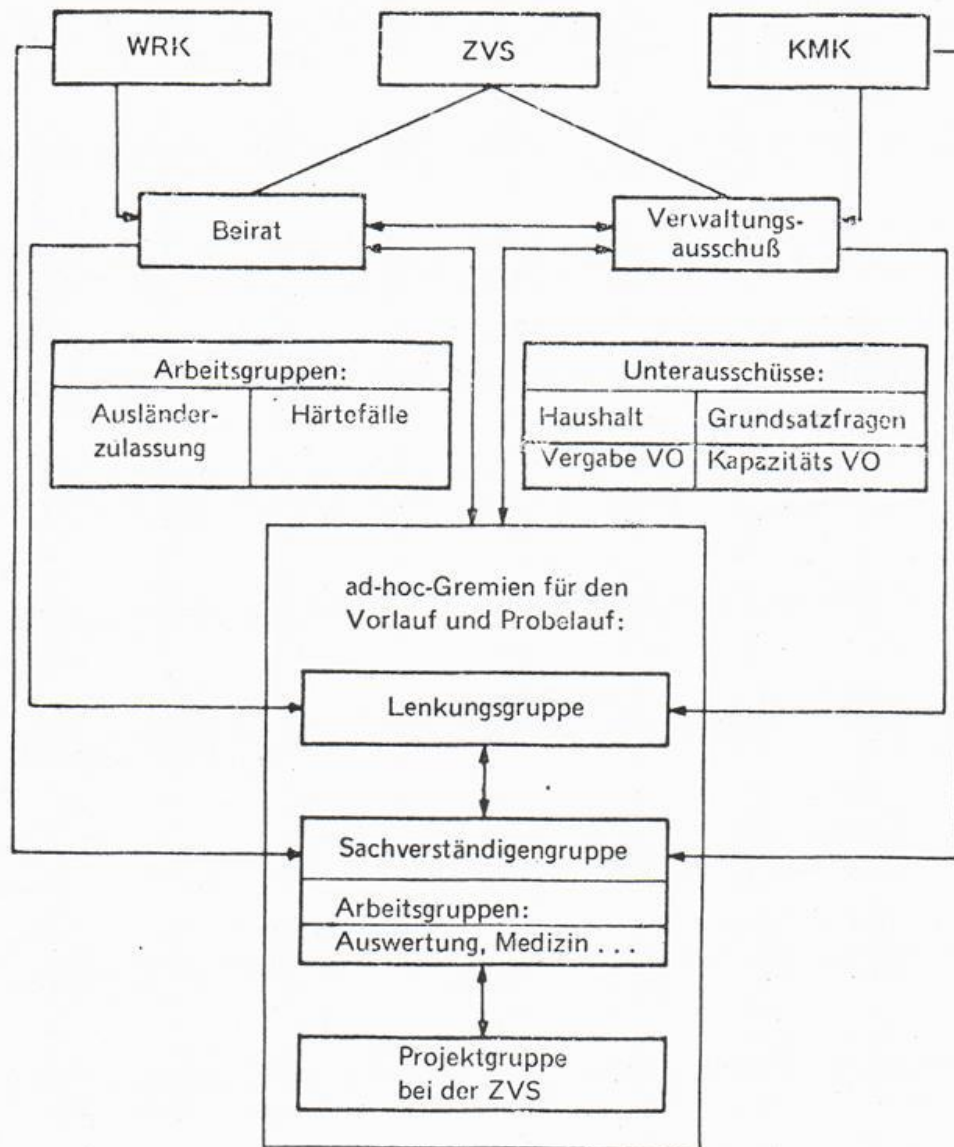
Die Sachverständigengruppe (Zusammensetzung: 11 Länder, 9 Hochschulvertreter und ein Vertreter des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft soll die für die Erfüllung der Aufgaben der Lenkungsgruppe notwendigen Entscheidungsunterlagen vorbereiten und die Lenkungsgruppe über den Stand der Auswertung unterrichten. Sie soll außerdem die Methoden zur Auswertung der Ergebnisse des Vorlaufs festlegen, die Eignung der in Anlage 2 der Kapazitätsverordnung niedergelegten Parameter aufgrund der Ergebnisse des Vorlaufs überprüfen, ebenso wie die Frage des Einbaus der Sickerquote und die Möglichkeit der Einbeziehung von Fachhochschulen, pädagogischen Hochschulen und der Medizin. Sie soll die Auswertungsergebnisse und Änderungsvorschläge in leicht verständlicher Form darstellen, andere methodische Ansätze prüfen und sie ggfs. der Lenkungsgruppe vorschlagen. Schließlich soll die Sachverständigengruppe den von der Projektgruppe vorzubereitenden Abschlußbericht über

den Vorlauf an die Lenkungsgruppe erstatten. ²⁾

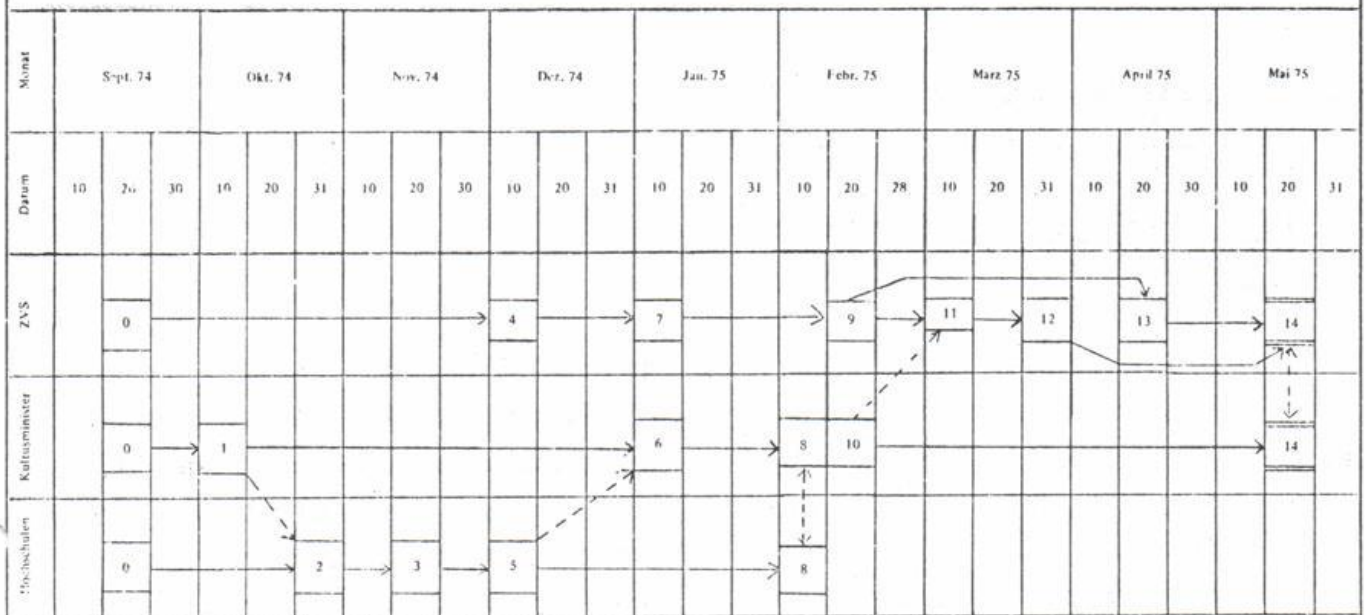
Zur Erledigung Ihrer Aufgaben bedient sich die Sachverständigengruppe mehrerer Arbeitsgruppen, die für problembezogene Aufgaben (z. B. Arbeitsgruppe Auswertung) oder fachbezogene Aufgaben (z. B. Arbeitsgruppe Medizin) gebildet worden sind.

Die bei der ZVS auszusiedelnde Projektgruppe (geplante Zusammensetzung: 1 Schreibkraft, 2 Beamte/Angestellte des gehobenen Dienstes und 2 Beamte/wissenschaftliche Mitarbeiter des höheren Dienstes der HIS-GmbH) hat die Aufgabe, grundsätzlich alle vorbereitenden und begleitenden Arbeiten zur Auswertung des Vorlaufs durchzuführen. Außerdem soll sie den Entwurf des Abschlußberichts für die Sachverständigengruppe erstellen.

Die während der Phase des Vorlaufs und des Probelaufs wichtigen überregionalen Gremien sind in der folgenden Übersicht noch einmal dargestellt:



VORLAUFPHASE DER KAPAZITÄTSVERORDNUNG



0 Ausgangssituation am 20.9.1974

Länder: Die einzelnen Länder sind im Besitz der notwendigen Unterlagen zur Durchführung des Vorlaufs; dazu gehören insbesondere die Erhebungs- und Berechnungsbogen. Die Erhebungsbogen sind um landesspezifische Details (Personalstruktur, Deputate) unverzüglich zu ergänzen. Der Terminplan für den Ablauf des Vorlaufs ist bekannt. Die Kapazitätsverordnung ist in Kraft getreten.

Hochschulen: Die Hochschulen sind darüber informiert, für welche Fächer und nach welchen Vorschriften (Verordnung) die Berechnung des Vorlaufs erfolgt.

ZVS: Die bei der Zentralstelle eingesetzte Projektgruppe beginnt sukzessive ab 1. September 1974 mit der Arbeit.

5 Die Erhebungsbogen werden dem Kultusministerium zurückgesandt (10.12.1974).

6 Die Länder überprüfen die eingegangenen Unterlagen eingehend, setzen sich hinsichtlich auftretender Verständnisschwierigkeiten kurzfristig mit der Hochschule in Verbindung – unproblematisches Material, zu dem bei der Abstimmung keine Differenzen zu erwarten sind, wird sofort an die Projektgruppe weitergegeben – und stellen einen Fragenkatalog zur Vorbereitung der Gespräche auf und fertigen erforderlichenfalls eigene Berechnungen an.

7 Die Sachverständigengruppe schließt den Zwischenbericht (vergl. Ziff. 4) ab.

Die Auswertung des dann vorliegenden Materials beginnt. Die Sachverständigengruppe bespricht die ersten Erfahrungen mit den vorliegenden Ergebnissen und Berechnungsabläufen und legt daraufhin nähere Einzelheiten für die weitere Auswertung fest.

Die Sachverständigengruppe bildet erforderlichenfalls fächer- oder hochschulorientierte Arbeitsgruppen. Die Arbeitsgruppen haben die Aufgabe, nach Vorbereitung durch die ZVS-Projektgruppe das Material vorläufig zu bewerten und Vorschläge für die Auswertung zu machen.

8 Die Gespräche über die vorgelegten Kapazitätsberechnungen sind abgeschlossen. Nach Abschluß der Gespräche mit den Hochschulen überprüfen sowohl diese als auch die ständige Seite aufgrund der in der Besprechung vorgebrachten Argumente ihre ursprüngliche Berechnung.

9 Der Zwischenbericht wird um die in Zustand 7 angesprochenen Fragen fortgeschrieben. Das Ergebnis wird der Lenkungsgruppe vorgelegt zur Einleitung eventueller Korrekturen der Verordnung.

10 Die revidierten Vorschläge der Hochschulen gem. § 20 Abs. 3 werden den (Ministerien) zugestellt (10.2.1975) und der Zentralstelle für die Projektgruppe zugeleitet.

11 Aufgrund der bereits vorliegenden Erfahrungen mit dem abgelaufenen Verfahren bereitet die Sachverständigengruppe die Einzelheiten der überregionalen Auswertung vor. Anfallende Detailaufgaben und -zuständigkeiten werden verteilt. Die Länder berichten der Sachverständigengruppe über die Erfahrungen mit dem Verfahren.

12 Die Sachverständigengruppe setzt ihre Auswertungsarbeit fort. Der Bericht wird um die in Nr. 11 genannten Fragen in der Sachverständigengruppe erörtert. Die Projektgruppe wird beauftragt, einen Entwurf des insoweit erweiterten Berichts der Sachverständigengruppe vorzulegen.

13 Der Bericht zu den in Nr. 4, 7 und 11 genannten Fragen wird der Lenkungsgruppe vorgelegt.

Die Sachverständigengruppe leitet die Arbeiten für den Abschlußbericht (Ziff. 14) ein.

14 Die Sachverständigengruppe erstellt ihren Schlußbericht (15.5.1975). In ihm sollte insbesondere angesprochen werden:

- a) prinzipielle Brauchbarkeit der Methode;
- b) Anzahl und Art der in die Berechnung einbezogenen Parameter;
- c) Katalog der Lehrveranstaltungen;
- d) Prioritätsvorschriften;
- e) Lösungsweg;
- f) Fügung des Verfahrens, fachspezifisch und hochschulspezifisch betrachtet.

II. DIE DURCHFÜHRUNG DER BERECH- NUNGEN NACH DER KAPAZITÄTS- RECHTSVERORDNUNG (KapVO) AN DER GESAMTHOCHSCHULE PADER- BORN

Die "Verordnung über die Grundsätze für eine einheitliche Kapazitätsermittlung und -festsetzung zur Vergabe von Studienplätzen (KapVO)" vom 15. Juli 74 ist gemäß § 24 am 1. Aug. 1974 in Kraft getreten.

Ihre Grundlage ist Artikel 12 Absatz 1 Nr. 8 des Staatsvertrages über die Vergabe von Studienplätzen vom 20. Oktober 1972.

Mit Erlaß des Ministers für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen (I A 6 - 6511) vom 23. September 1974, wurden die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen aufgefordert, den Vorlauf zur Erprobung der KapVO durchzuführen und die Kapazitätsermittlungen bis zum 10.12.1974 an das Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes NW zu senden.

Gemäß Ablaufplan für den Vorlauf der KapVO haben die Fachbereiche Kapazitätsbeauftragte

pro Studienfach benannt.

Im Rahmen einer Informationsveranstaltung über die KapVO am 17. 10. 1974 wurden die wesentlichen Grundzüge der KapVO dargestellt und die Datenerhebungsblätter den Kapazitätsbeauftragten erläutert. Innerhalb des sog. Vorlaufs soll das Kapazitätsmodell der KapVO hinsichtlich Funktionsfähigkeit und Praktikabilität geprüft werden. Auf dieser Sitzung wurde außerdem beschlossen, daß die Kapazitätsbeauftragten vom Dez. 2 eine Beispielrechnung und Angabe über Studentenzahlen und Stellen erhalten.

Diese Materialien wurden den Kapazitätsbeauftragten bis zum 25.10.1974 zugestellt und diese gebeten, die Datenerhebungsblätter möglichst vollständig bis zum 8. 11. 1974 an das Dez. 2 zu senden.

Auf Vorschlag des Dezernates 2 hat das Gründungsrektorat in

seiner Sitzung am 16.10.1974 der Einsetzung einer "ad-hoc-Arbeitsgruppe Kapazitätsangelegenheiten" zugestimmt. In die Arbeitsgruppe wurden folgende Herren berufen: Draeger, Heichert, Lenzing, Roder sowie Vertreter der Verwaltung (Dez. 2). Nachträglich benannt wurde Herr Klaus als studentischer Vertreter.

Die "ad-hoc-Arbeitsgruppe Kapazitätsangelegenheiten" hat in ganztägigen Beratungen am 25. und 26.11.1974 die Datenerhebungsblätter gemeinsam mit dem Kapazitätsbeauftragten des jeweiligen Faches erörtert. Insgesamt wurden 32 Fächer gerechnet. Erörtert und überprüft wurde in den jeweils halbstündigen Gesprächen in erster Linie (so weit Studienordnungen nicht vorlagen) die Art der Quantifizierung in Vorlesungen, Übungen, Seminaren etc. Es wurde weiterhin mit allen Fächern das Maß der Gewichtung bei Betreuung von Examenarbeiten und die (oft abweichend von den Parametern der KapVO) eingesetzten Gruppengrößen bei Übungen, Seminaren und Praktika diskutiert. Ebenso sind vorgelegte Alternativrechnungen mit der Standardrechnung nach der KapVO verglichen worden, wie auch die Möglichkeit der Abweichung von den

Anteilsquoten bei der Berechnung aufmerksam gemacht wurde.

Die Kapazitätsbeauftragten und das Dez. 2 haben auf Grund dieser Beratungen endgültige Berechnungen bis zum 2.12.1974 vorgelegt. Die Fachbereichsräte haben am 29.11.1974 die Berechnungen erörtert und verabschiedet.

Die neuen Berechnungen hat die ad-hoc-Arbeitsgruppe in einer Sitzung am 6.12.1974 mit den Erstberechnungen verglichen und eine Stellungnahme der Gesamthochschule Paderborn zum Vorlauf der KapVO erarbeitet.

Die Berechnungen und die Stellungnahme sind am 9.12.1974 an den Minister für Wissenschaft und Forschung geschickt worden. Der bundeseinheitliche Abgabetermin (10.12.1974) konnte somit eingehalten werden.

Die Mitglieder des Gründungsrektorats haben auf der Sitzung am 9.12.1974 Kenntnis von der Durchführung des Vorlaufs der KapVO genommen und stimmen der abschließenden Stellungnahme zu.

Der Gründungssenat hat in seiner Sitzung am 18.12.1974 der Stellungnahme der ad-hoc-Arbeitsgruppe zugestimmt.

Am 12.12.1975 werden die Erörterungen zum Vorlauf der KapVO im Ministerium für Wissenschaft und Forschung beginnen.

Als Abschluß ihrer Tätigkeit hat die ad-hoc-Arbeitsgruppe eine Stellungnahme zum Vorlauf der KapVO abgegeben, deren wesentlicher Auszug wie folgt lautet:

1. Die Gesamthochschule Paderborn anerkennt die Notwendigkeit, durch einheitliche und vergleichbare Kapazitätsermittlungen den Anforderungen des numerus-clausus-Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Juli 1972 und den Bestimmungen des Staatsvertrages über die Vergabe von Studienplätzen vom 20. Oktober 1972 gerecht zu werden.
2. Die Gesamthochschule Paderborn stellt mit allem Nachdruck fest, daß das in der KapVO angewandte Berechnungsverfahren ihrer Ansicht nach nicht so entwickelt ist, daß die Festsetzung von Studentenhöchstzahlen, die Ermittlung von Planungsdaten und

Konsequenzen für die Haushaltsentwicklung auf die Ergebnisse Berechnungsverfahrens gestützt werden können.

3. Die einheitliche Ermittlung und Festsetzung von Kapazitäten im Geltungsbereich des Staatsvertrages setzen Einheitlichkeit oder zumindest Vergleichbarkeit der normativen Eingabedaten voraus. Das Berechnungsverfahren der KapVO basiert auf normativen Satzungen, die im o. a. Geltungsbereich keineswegs einheitlich sind. Im einzelnen betrifft dieses:

- Aufgabenstellung der Gesamthochschulen

Die Gesamthochschulen vereinigen gem. § 1 Gesetz über die Errichtung und Entwicklung von Gesamthochschulen im Lande Nordrhein-Westfalen (Gesamthochschulentwicklungsgesetz) vom 30. Mai 1972 die von Universitäten, Pädagogischen Hochschulen und Fachhochschulen wahrzunehmenden Aufgaben in Forschung, Lehre und Studium mit dem Ziel der Integration. Dieser gegenüber den Aufgaben der Universitäten erweiterten Aufgabenstellung entspricht ein in seiner Struktur

tur differenzierter Lehrkörper (Fachhochschullehrer und Lehrkörper der wissenschaftlichen Hochschulen). Zumindest für die Gesamthochschulen erscheint daher das in Anlage 1 zur KapVO unter I 2 2.1 letzter Absatz dargestellte Berechnungsverfahren:

"Es wird grundsätzlich davon ausgegangen, daß die Vorlesungen einer Lehreinheit von den Studenten aller zu betreuenden Studieneinheiten als gemeinsam besucht werden. Als v_{qik} sind daher nur solche Veranstaltungen zu erfassen, die eigens für nicht betreute Studieneinheiten angeboten werden müssen."

zur Ermittlung der nachzufragenden Vorlesungsstunden problematisch.

- Lehrdeputate

Das Berechnungsverfahren der KapVO baut konstitutiv auf Lehrdeputaten auf, ohne daß in den Ländern die Struktur des Lehrkörpers und dessen Regellehrverpflichtung einheitlich geregelt ist.

Die Lehrdeputate, die für die Kapazitätsberechnung zugrunde gelegt worden sind, kann die Gesamthochschule Paderborn nur als reine Rechengrößen auffassen. Lehrdeputate sind z. Zt. für weite Bereiche des Lehrkörpers nicht definiert (z. B. Akademische Räte, Studienprofessoren, Wissenschaftliche Assistenten usw.). Eine Festlegung auf die angegebenen Richtzahlen widerspricht der Wahrnehmung der Aufgaben einer wissenschaftlichen Hochschule und wird zu einer erheblichen Beeinträchtigung der wissenschaftlichen Arbeit und der Qualität der Lehrveranstaltungen führen.

Für die Gruppe der Fachhochschullehrer ist zwar derzeit schon ein Lehrdeputat festgelegt. Dieses ist jedoch auf die Wahrnehmung der Aufgaben einer Fachhochschule zugeschnitten und muß unter Berücksichtigung der erweiterten Aufgaben einer Gesamthochschule neu festgelegt werden.

Das Berechnungsverfahren der KapVO geht von einer in allen Bundesländern analogen Personalstruktur aus; diese ist z. Zt. nicht vorhanden, so daß mit diesen Rechengrößen keine vergleich-

bare Kapazität ermittelt werden können.

- Lehrveranstaltungsarten

Die KapVO schreibt hier den Ist-Zustand fest und berücksichtigt nicht, daß im Zuge der Studienreform einige Fächer Unterrichtsformen entwickelt haben, die nicht in das gängige Schema von Vorlesung, Seminar und Praktikum passen.

Die vorgegebenen Veranstaltungsarten sind keineswegs differenziert genug, um spezifische Unterrichtsformen zu erfassen (z. B. wäre ein neuer k-Typ notwendig für Frontalunterricht mit begrenzter Gruppengröße und Diskussion). Die Einbeziehung von Staatsexamensarbeiten ist in der KapVO nicht vorgesehen. Wenn allerdings auch bei Staatsexamensarbeiten vergleichbare Kriterien einer Diplomarbeit gegeben sind, dann ist die Betreuung von Staatsexamensarbeiten kapazitätsmäßig zu berücksichtigen.

- Anrechnungsfaktoren

Das Berechnungsverfahren der KapVO legt eine quantitative Gewichtung der Lehrveranstaltungsarten zugrunde.

Jede Regelung dieser Art birgt aber die Gefahr in sich, daß sie sich als normativer Eingriff in die wissenschaftliche Lehre und das Studium auswirkt. Das gilt sowohl für das Verhältnis der Hochschularten zueinander wie der Lehrveranstaltungsarten untereinander.

Die Anrechnungsfaktoren müßten den besonderen Gegebenheiten der Fächer stärker angepaßt werden. Z. B. sind die schulpraktischen Übungen (Fachpraktika) in der Vorbereitung und der Durchführung der Entwürfe mit ihrer Nachbesprechung mit $f = 0,33$ unterbewertet. Ein mindestens doppelt so hoher Anrechnungsfaktor ist gerechtfertigt.

Es erscheint der Gesamthochschule nicht gerechtfertigt, hinsichtlich des Anrechnungsfaktors von Praktika Fachhochschullehrer in den Studiengängen, die Studiengängen an Fachhochschulen entsprechen ($K = 9$), und in den integrierten Studiengängen ($K = 6$) unterschiedlich zu behandeln. Die in der KapVO vorgesehene Regelung bedeutet für in integrierten Studiengängen tätige Fachhochschullehrer eine de-facto-

Erhöhung ihres Lehrdeputats, sofern sie dort Praktika durchführen.

Es erscheint der Gesamthochschule Paderborn problematisch, für Seminare und Übungen Arbeitsform und Gruppengrößen normativ festzusetzen. Die in der KapVO vorgenommenen Festlegungen berücksichtigen nicht aus fachspezifischen Notwendigkeiten resultierende Unterschiede in Arbeitsform und Gruppengröße. Es wird empfohlen, die Gruppengrößen für Übungen und Seminare unter Berücksichtigung fachspezifischer Gegebenheiten festzulegen. Z. B. sind in den ingenieur-technischen und naturwissenschaftlichen Fächern die in der KapVO zugrunde gelegten Gruppengrößen teilweise aus Sicherheitsgründen nicht annehmbar.

4. Die KapVO verzichtet ausdrücklich darauf, Aufbaustudium und Kontaktstudium als eigene Studieneinheit zu berücksichtigen. Sie unterstellt damit indirekt, daß die hierfür auszuwendende Lehre mit der Regellehrverpflichtung abgedeckt wird.

5. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist erkennbar, daß die KapVO den Besonderheiten fachspezifischer, studienspezifischer und regionaler Art nicht hinreichend gerecht wird.

Anmerkungen:

- 1) Die Lenkungsgruppe besteht z. Zt. aus folgenden Mitgliedern:
 1. Vorsitzender des Verwaltungsausschusses der ZVS: Pia-zolo, KM Baden-Württemberg;
 2. Stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsausschusses: Professor Denninger, Hessisches KM;
 3. Stellvertretenden Vorsitzender des Verwaltungsausschusses: Dr. Schnoor, Ministerium für Wissenschaft und Forschung Nordrhein-Westfalen;
 4. Vorsitzender des Beirats der ZVS: Prof. Scheer, Universität Würzburg;
 5. Stellvertretender Vorsitzender des Beirats: Dr. Fischer-Appelt, Universität Hamburg;
 6. Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz: Professor Roellecke (künftig: Professor Knopp).
- 2) Mitglieder der Sachverständigen-Gruppe sind:
 - A) Vertreter der Länder
 1. Kultusministerium Baden-Württemberg: Hecksteden;
 2. Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus: Dr. Bergmann
 3. Senator für Wissenschaft und Kunst, Bremen: Pagel
 4. Senator für Wissenschaft und Kunst, Berlin: Alex
 5. Behörde für Wissenschaft und Kunst, Hamburg: Dr. Braun;
 6. Hessisches Kultusministerium: Wolf;
 7. Niedersächsisches Kultusministerium: Neizel
 8. Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes NW: Marquardt;

9. Kultusministerium des Landes Rheinland-Pfalz: Dr. Großkreutz;
 10. Ministerium für Kultus, Unterricht und Volksbildung des Saarlandes: Huber;
 11. Kultusminister des Landes Schleswig-Holstein: Lützen
 12. Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft: Dr. Dieter Swatik;
- B. Sachverständige der Hochschulen:
1. Prof. E. Standop, Würzburg - Anglistik -
 2. Prof. D. Puppe, Heidelberg, - Mathematik -
 3. Prof. W. Hardegg, Heidelberg, - Medizin -
 4. Prof. W. Bihn, Köln - Wirtschaftswissenschaften -
 5. Prof. H.J. Frank, Flensburg - Päd. Hochschulen -
 6. DiplIng. J. Uthoff, Frankfurt - Fachhochschulen -
 7. Dr. Ing. D. Könke, Hannover - Ingenieurwissenschaft -
 8. Dr. Rotter, Bonn-Bad Godesberg - Westdeutsche Rekotenzkonferenz-
 9. B. Seeliger, Hamburg, Planungsstab Universität Hamburg-

AUSBAUPLÄNE FÜR DIE GESAMTHOCHSCHULE PADERBORN

Nach dem "Vierten Rahmenplan für den Hochschulbau", der die Jahre 1975 bis 1978 einschließt, soll der Ausbau der Gesamthochschule Paderborn kontinuierlich fortgesetzt werden.

Insgesamt 45. Mill DM wollen danach die Bundes- u. Landesre-

gierung im Jahre 1975 für Erweiterungs- u. Neubauten bereitstellen. Der größte Teil dieser Summe - genau 26,7 Mill. DM - wird für Hochbaumaßnahmen im 1. Bauabschnitt der GH Paderborn verwendet. Daneben werden Ersteinrichtungen und Erschließungsmaßnahmen aus diesen Geldern finanziert werden.

Bis zum Jahre 1977 sollen alle Baumassnahmen am 1. Bauabschnitt abgeschlossen sein. Nach den Plänen des nordrhein-westfälischen Wissenschaftsministeriums wird dann dieser Bauabschnitt insgesamt 98,97 Mill DM gekostet haben.

Bis 1974 betrugen die Mittel, die von der Bundes- u. Landesregierung je zur Hälfte getragen werden, 129,777 Mill. DM für die Gesamthochschule Paderborn lt. einer Statistik des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft. Für die kommenden Jahre sind Ausgaben in Höhe von

39,7 Mill DM für 1976

41,1 Mill DM für 1977

32,7 Mill DM für 1978

vorgesehen. Nähere Angaben für die Verwendung dieser Gelder macht der "Vierte Rahmenplan für den Hochschulbau" noch nicht.

SPORTANLAGEN

Spätestens bis Mitte 1976 sollen die Sportanlagen für die Gesamthochschule Paderborn den Studenten zur Verfügung stehen. Dies antwortete der Minister für Wissenschaft und Forschung, Johannes Rau, auf eine Resolution, mit der die Sportstudenten der GH Paderborn im Fachbereich 2 gegen die "desolate Ausbildungssituation und das schon seit einigen Semestern akute Sportstättenproblem" Ende November 1974 protestiert hatten.

Weiter teilte Wissenschaftsminister Rau mit, daß Raumprogramm für den Neubau des Instituts für Leibesübungen sei bereits Ende 1972 verabschiedet worden. Dann habe man aber die Bauplanung angehalten, nachdem von der Stadt Paderborn in Übereinstimmung mit der Gesamthochschule zusätzliche Wünsche geäußert worden seien, die eine gemeinsame Nutzung der Sportanlagen ermöglichen sollten.

Da die Verhandlungen mit der Stadt Paderborn über ihre finanzielle Beteiligung an den Mehrkosten jedoch scheiterten, veranlaßte der Finanzminister jetzt, die Planung mit größtmöglicher Beschleunigung fort-

zuführen. Bei normalem Planungs- und Bauablauf könne man erwarten, so Rau, daß die zu errichtenden Hallenbauten spätestens Mitte 1976 zur Verfügung stehen. ¹⁾

Wie der Gründungsrektor der Gesamthochschule Paderborn, Prof. Dr. B. Carstensen, mitteilte, sollen - davon unabhängig - die Verhandlungen mit der Stadt Paderborn über eine finanzielle Beteiligung an einem gemeinsamen Sportzentrum im Februar 1975 wieder aufgenommen werden.

Anmerkungen

1) entnommen einem Schreiben Raus an Aloys Schwarze, MdL, der es auszusweise in der "Neuen Westfälischen" vom 14.12.1974 veröffentlichte.

IMPRESSUM

Herausgeber: Presse u. Informationsstelle der GH Paderborn

Redaktion: Dr. Helga Wermuth

Redaktions-

anschrift: 479 Paderborn

Geroldstraße 32

Tel.: 29 333

Herstellung Druckerei der GH

u. Druck: Paderborn

Titelblatt- Prof. Dipl.-Ing. Ole

gestaltung: Hessler, FB 7 (Architektur) Abt. Höxter

GH Paderborn

"GESAMTHOCHSCHULE PADERBORN""UNIVERSITÄT PADERBORN -
GESAMTHOCHSCHULE + "

Der Gründungssenat der Gesamthochschule Paderborn beschloß am 22.1.1975 auf seiner 61. Sitzung die Namensänderung der Hochschule in "Universität Paderborn - Gesamthochschule". Er folgte damit dem Beispiel der anderen nordrhein westfälischen Gesamthochschulen in Essen, Wuppertal und Siegen. Auch den Gründungssenat der GH Duisburg beschäftigte dieses Thema auf seiner Sitzung am 24. Jan. 75, ohne jedoch zu einem Beschluß zu kommen: dieser Tagesordnungspunkt wurde auf eine spätere Sitzung vertagt.

Die nachfolgende Dokumentation dient dem Ziel, die Hintergründe und die Resonanz auf den Senatsbeschluß der GH Paderborn darzulegen und zu verdeutlichen.

DOKUMENTATION ZUR KONTROVERSE
ÜBER DIE BEZEICHNUNG DER GE-
SAMTHOCHSCHULE PADERBORN

Am 30./31.1.1973 beschließt der Gründungssenat der GH Essen den Namen "Universität Essen - Gesamthochschule". Am 17.7.1974 beschließt der Gründungssenat

der GH Wuppertal den Namen "Bergische Universität Wuppertal - Gesamthochschule".

Am 18.11.1974 suchen die Gründungsrektoren der GH Essen, Duisburg, Siegen und Paderborn den Staatssekretär Dr. Schnoor im Ministerium für Wissenschaft und Forschung auf und erörtern dabei u. a. die Bezeichnung der fünf am 1.8.1972 gegründeten GH des Landes NW.

Sie tragen im wesentlichen die auch in der Sitzung des Gründungssenats der GH Paderborn am 22. 1. 1975 diskutierten Argumente vor. Der Gründungsrektor der GH Paderborn schlägt vor, die Bezeichnung "Universität - Gesamthochschule" bei Erreichen eines bestimmten Zieles, z. B. Ende der Gründungsphase, Einrichtung der letzten der geplanten integrierten Studiengänge, zu verleihen.

Der Staatssekretär sagt eine Prüfung der Angelegenheit zu und zeigt sich den Argumenten der Gründungsrektoren gegenüber nicht grundsätzlich ablehnend.

Die Gründungsrektoren der GH Siegen, Duisburg und Paderborn beklagen die durch Alleingänge von Essen und Wuppertal eingetretene uneinheitliche Bezeichnung der Gesamthochschulen.

Am 13.1.1975 beschließt der Gründungssenat der GH Siegen den Namen "Universität Siegen - Gesamthochschule".

Auf der Sitzung des Gründungsrekторats der GH Paderborn am 20.1.1975 berichtet der Gründungsrektor über den Beschluß des Gründungssenats der GH Siegen, wonach die GH Siegen die Bezeichnung "Universität" führen will. Er äußert die Auffassung, daß sich nun auch die GH Paderborn nicht mehr von einer Namensänderung ausschließen könne und schlägt vor, den Gründungssenat am 22. 1. 1975 zu informieren und einen entsprechenden TOP in die Tagesordnung der Sitzung am 5.2.1975 aufzunehmen.

Am 21.1.1975 findet im Ministerium für Wissenschaft und Forschung unter Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Schnoor eine Dienstbesprechung statt, an der die Rektoren und Kanzler der GH's des Landes NW teilnehmen. Zu Punkt 1 der TO "Berichte der Hochschulen" gibt der Gründungsrektor der GH Paderborn einen Lagebericht zur Situation an der GH Paderborn und erklärt, daß durch den Beschluß des Gründungssenats der GH Siegen die Notwendigkeit der Umbenennung für die GH Duisburg und Paderborn noch größer ge-

worden sei. Er fragt den Staatssekretär, welche Maßnahmen das Ministerium für Wissenschaft und Forschung gegen die GH Essen, Wuppertal und Siegen zu ergreifen, die inzwischen die Bezeichnung "Universität - Gesamthochschule" beschlossen haben. Es wird vereinbart, diese Frage zu einem eigenen TOP zu machen.

Der Gründungsrektor der GH Duisburg erklärt, daß er in der Sitzung seines Gründungssenats am 24. 1. 1975 den Antrag einbringen wird, den Namen in "Universität Duisburg - Gesamthochschule" zu ändern.

Der Gründungsrektor der GH Paderborn erklärt, in der Sitzung des Gründungssenats der GH Paderborn am 22.1.1975 diese Frage auf die TO zu setzen.

Vertreter des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung erklären, daß die Bezeichnung "Universität" bei allen 5 GH unzulässig sei und man der dafür erforderlichen Änderung des § 1 der VGrund der GH die Zustimmung versagen werde. Der Staatssekretär sagt eine Überprüfung der bisherigen Haltung des Ministers in dieser Sache zu. Aus Kreisen der Rektoren und Kanzler wird bekannt, daß Vertreter des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung

erklärt haben, sie würden die Bezeichnung "Universität - Gesamthochschule" dulden.

Am 22. 1. 1975 findet die turnusmäßige Sitzung des Gründungs-senats der Gesamthochschule statt. Der Gründungsrektor beantragt, als zusätzlichen TOP "Name der GH Paderborn" aufzunehmen. Der Senat stimmt zu und diskutiert diese Frage, nachdem der Gründungsrektor den Verlauf der Dienstbesprechung am Vortage geschildert hat. Als Argumente für die Bezeichnung "Universität - Gesamthochschule" werden genannt:

- 1) Einheitlichkeit in der Bezeichnung aller 5 GH's in NRW
- 2) Unbekanntsein der Bezeichnung "GH" im In- und Ausland: besonders wichtig ist die Förderung von Kontakten mit ausländischen Hochschulen
- 3) Aufnahme der GH Paderborn in europäische Gremien: z.B. Europäische Rektorenkonferenz
- 4) Einrichtung der Fernuniversität Hagen als Gesamthochschule durch den Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes NW
- 5) Bezeichnung "Universität" für die neuen Hochschulen in Osnabrück und Oldenburg
- 6) Umbenennung der Technischen Hochschulen in "Technische Universitäten"
- 7) Abhebung der GH Paderborn von den Gesamthochschul-Neugründungen in anderen Bundesländern: qualitative und quantitative Unterschiede im Lehrangebot
- 8) Selbstbehauptung der GH Paderborn gegenüber den anderen Gesamthochschulen des Landes NRW (Essen, Wuppertal und Siegen) und gegenüber anderen Hochschulen - vor allem den "klassischen" Universitäten -: aufgrund des gleichen Bildungs- und Wissenschaftsauftrages, aufgrund der Aufgabenstellung und der Zusammensetzung des Dozentenkollegiums
- 9) Kenntlichmachen des vermehrten Anspruches auf Wissenschaftlichkeit
- 10) Bestreben, auch für die GH Paderborn Forschungsmittel zu erhalten
- 11) Berücksichtigung der Interessen der Paderborner Studenten, denen Benachteiligungen durch den Unbekanntheitsgrad der Bezeichnung "Gesamthochschule" erwachsen könnten.

Als Argumente gegen die Bezeichnung "Universität - Gesamthochschule" werden aufgeführt:

- 1) Entgegenstehen von Rechtsvorschriften
- 2) Verdecken des Prinzips der GH Paderborn
- 3) Absage an das Bekenntnis zur GH und ihrer Aufgabenstellung
- 4) Aufgabe des Reformcharakters der GH Paderborn
- 5) Verlust des Selbstbewußtseins und des Selbstverständnisses der GH Paderborn
- 6) Optik des Etikettenschwindels
- 7) Entstehen von möglicherweise unterschiedlichen Gruppierungen innerhalb der GH Paderborn

Der Gründungsrektor erklärt, er sei grundsätzlich gegen die Bezeichnung "Universität Paderborn - Gesamthochschule", doch sei aufgrund der Entscheidungen der anderen GH's die Notwendigkeit der Umbenennung so groß geworden daß er meine, diesem Namen zustimmen zu müssen.

Der Senat unterbricht seine Sitzung für 10 Minuten und diskutiert dann in Anwesenheit einiger Studenten, u. a. Karl-Ludwig Hesse, Präsident des Studentenparlaments, und Gero Krieger, Vorsitzender des AStA

das Thema weiter.

Das Ergebnis der Abstimmung in geheimer Wahl ist 8 : 8. Satzungsgemäß gibt damit die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Dieser erklärt, er würde die Entscheidung nicht gern auf diese Weise herbeiführen, da er in der Diskussion schon seine Meinung deutlich gemacht habe. Sein Antrag, die Abstimmung am Nachmittag zu wiederholen, wird abgelehnt. Zugestimmt wird einem Antrag auf schriftliche Abstimmung. Das Ergebnis ist 9 Für-, 8 Gegenstimmen (ein weiteres Senatsmitglied ist bei der zweiten Abstimmung anwesend).

Vor Schluß der Senatssitzung verlesen die vier studentischen Mitglieder im Gründungssenat folgende Resolution:

1. Die studentischen Vertreter im Gründungssenat der Gesamthochschule Paderborn sind über den mit knapper Mehrheit gefaßten Beschluß des Gründungssenats, die Bezeichnung der Hochschule von "Gesamthochschule Paderborn" in "Universität Paderborn - Gesamthochschule - umzuwandeln, bestürzt.
2. Der Beschluß läßt zumindest den Verdacht zu, daß sich die Hochschule mittel- bis langfristig von dem den Begriff

"Integrierte Gesamthochschule" tragenden Reformkonzept (Integration von Forschung und Lehre, Praxisorientierung etc.) entfernt.

Daran können nach Auffassung der Unterzeichner auch jetzt abgegebene Beteuerungen, man wolle am ursprünglichen Konzept festhalten, nichts ändern.

Dies erscheint uns schon dadurch gegeben, daß der Titel "Universität Paderborn - Gesamthochschule" nunmehr eine widersprüchliche Programmatik enthält, insofern das ursprüngliche Konzept der Gesamthochschule sich gerade um Überwindung der Fehlentwicklungen der Universitäten bemühte.

3. Die Unterzeichner glauben, feststellen zu können, daß die Studentenschaft der Gesamthochschule Paderborn stolz ist, ein Hochschulreformkonzept wie die Gesamthochschule mitzutragen, d.h. es seiner Realisierung näher bringen zu helfen.

Demgegenüber erscheinen die Argumente, die von der Senatsmehrheit zur Namensänderung vorgetragen wurden (wie bessere Reputation der Gesamthochschulen oder Erleichterung bei Auslandskontakten), wenig gewichtig.

4. Der Beschluß des Gründungssenats bedarf, um rechtskräftig zu werden, der Zustimmung des Ministers.

Wir sind sicher, daß der Minister von der Bezeichnung Gesamthochschule nicht abrücken wird, richten aber gleichwohl den dringenden Appell an ihn, aus prinzipiellen Erwägungen an der Bezeichnung Gesamthochschule festzuhalten.

Die studentischen Mitglieder des Gründungssenats der Gesamthochschule Paderborn

Heinrich Werner Klaus

Thomas König

Bernd Feuler

Jörg Bickel

Am 25.1.1975 erscheint in der "NW" die Stellungnahme der Juso-HG:

Die Juso-Hochschulgruppe bedauert die Entscheidung des Gründungssenates der Gesamthochschule hinsichtlich der Umbenennung in "Universität Paderborn - Gesamthochschule". Dieser Schritt ist nicht nur eine Etikettenänderung, er besitzt vielmehr wichtige inhaltliche Konsequenzen. Ein Teil der berufenen Gründungssenatoren, die das Reformkonzept an der Gesamthochschule Paderborn vorantreiben sollten, haben sich als Zeitbomben entlarvt. In beispielloser Weise sind sie dem Minister für Wissen-

schaft und Forschung in den Rücken gefallen. Bezeichnend ist ebenfalls die Art der Abstimmung. So stimmten alle gewählten Vertreter, mit Ausnahme des Konrektors Prof. Roder (Vorsitzender der Struktur- und Haushaltskommission), gegen die Bezeichnung Universität.

Trotzdem besitzt der Beschluß in seinem Abstimmungsergebnis eine bemerkenswerte weitere Deutlichkeit.

Für den Rektor der Gesamthochschule Paderborn, Herrn Prof. Dr. B. Carstensen, dürfte sein Verhalten noch Konsequenzen nach sich ziehen. In seinen Ausführungen bekannte er sich ausdrücklich zur Gesamthochschule und erklärte, er hätte nur auf Druck von verschiedenen Seiten die Diskussion in den Senat gebracht. In der Abstimmung waren plötzlich alle moralischen Bedenken hinweggewischt, und der Opportunist Carstensen hatte das Wort. Sein "Ja" für die Universität sagt alles aus, und das bei einem Abstimmungsergebnis von 9 Ja gegen 8 Nein.

Das letzte Wort bei dieser eventuellen Namensänderung hat nun der Minister. Ist der Senat auch weiterhin konsequent in seiner Entscheidung, so läßt er den Minister auch gleichzeitig

die Gründungsphase für beendet erklären.

WIR STELLEN DAZU FEST:

Das Reformkonzept einer Gesamthochschule wird trotz aller gegen teiligen Beteuerungen durch diesen Beschluß ad absurdum geführt. Das Verhalten von Rektor Carstensen verdient besondere Würdigung. Er, als oberster, vom Minister eingesetzter Reformers, verrät das Prinzip der Gesamthochschule. Sein weiteres Verbleiben an der Gesamthochschule ist ein Schlag in das Gesicht der Reformkräfte an der Gesamthochschule. Die weitere Unfähigkeit Prof. Carstensens dokumentiert sich im Rücktritt von Konrektor Prof. Langemann. Der Rücktritt bezieht sich mit auf die Machkonstellation im Gründungssenat. Die Vertreter der Mathematik und Physik majorisieren bereits jetzt durch die Besetzung der Struktur- und Haushaltskommission den Senat.

Es ist zu befürchten, daß der ehrenwerte Rektor Carstensen einen neuen Konrektor aus diesem Kreis vorschlägt. In diesem Fall dürfte der Gründungssenat einer totalen Handlungsunfähigkeit verfallen. Er dürfte vielleicht noch feststellen ob die Physik und Mathematik dann alle oder nur die Hälfte aller Plan-

stellen bekommt.

Hier kann es nur noch eine Lösung geben:

Die sofortige Suspendierung von Rektor Carstensen!!!

Auflösung des Gründungssenats mit dem Ziel von Wahlen zum Satzungskonvent.

Für die Hochschulgruppe:

Ingrid Morfeld

Wolfgang Merten

Eberhard David

Heinz Hasse

Am 25.1.1975 erscheint in der "NW" folgende Stellungnahme des AStA:

Der AStA der Gesamthochschule Paderborn nimmt mit Verwunderung den Beschluß des Gründungssenates der Gesamthochschule Paderborn, die Gesamthochschule Paderborn künftig "Universität Paderborn - Gesamthochschule" zu nennen, zur Kenntnis. Es ist festzustellen, daß die Änderung des Namens nicht nur eine äußerliche Veränderung darstellt, sondern auch inhaltliche Konsequenzen hat.

Trotz entgegengesetzter Beteuerung, besonders von Herrn Prof. Lenzing, Fachvertreter Mathematik, ist eine noch reaktionärere Studien- und Prüfungsordnung besonders in diesem

Fach zu erwarten.

Die Berufung von Professoren in den Gründungssenat, die niemals die Gewähr dafür boten, das Reformkonzept der Gesamthochschule durchzusetzen, erweist sich nun als Bumerang. Hinzu kommt der Rücktritt von einem der Konrektoren, der die Dominanz der Fachbereiche Mathematik und Physik in der entscheidenden Struktur- und Haushaltskommission unter anderem zum Anlaß nahm, seinen Rücktritt zu erklären.

Das hochnotpeinliche Verhalten des Rektors Prof. Carstensen, in der Diskussion gegen die Namensgebung Universität zu sein und in der Abstimmung dafür zu stimmen, bedarf keiner weiteren Erklärung. Konsequenterweise müßte dieses Verhalten die Beendigung der Gründungsphase nach sich ziehen, welches die sauberste Lösung wäre. Ansonsten wäre zu fragen, ob der Gründungssenat künftig in erster Linie die Funktion hat, die Einkünfte seiner Mitglieder zu sichern.

Für den AStA:

Eberhard David

Heinz Hasse

Am 27.1.1975 erscheint im "WV" eine Stellungnahme von Jörg Bickel, einem studentischen Mitglied des Gründungssenats:

Der Unterzeichner, studentisches Mitglied des Gründungssenates und in dieser Eigenschaft Mitverfasser der veröffentlichten Stellungnahme der studentischen Senatsmitglieder zur Namensänderung der Gesamthochschule Paderborn, distanziert sich von der Stellungnahme des AStA und der Juso-Hochschulgruppe zum gleichen Thema. Für diese Distanzierung gelten folgende Gründe:

Motiv für die Stellungnahme der studentischen Senatsmitglieder war die Bestürzung über einen ihrer Meinung nach für die Zukunft der Gesamthochschule schädlichen Senatsbeschluß, nicht aber die Absicht, den Gründungsrektor oder den Gründungssenat insgesamt persönlich anzugreifen.

Die Angriffe des AStA und der Juso-HG finden im Gründungsrektor schon deswegen ein falsches Ziel, als die zugegebenermaßen nicht befriedigenden, aber doch immerhin in Ansätzen vorhandenen Reformschritte nicht etwa gegen, sondern mit dem Gründungsrektor durchgesetzt wurden. Insofern betreiben AStA und Juso-HG mit ihren Stellungnahmen eine Spaltung des ohnehin nicht gerade großen Reformpotentials an der GH Paderborn.

Die Forderung nach Auflösung des Gründungssenates bzw. Rücktritt oder Ablösung des Gründungsrektors ist auch dreifachem Grund verfehlt: Erstens besteht auf Grund der Tatsache der Nichtverabschiedung des Hochschulrahmengesetzes und daraus folgend der nicht vollziehbaren Novellierung des Landes-Hochschulgesetzes keine Möglichkeit, die Gründungsphase kurzfristig zu beenden. Dieser Umstand ist dem AStA wohl bekannt. Zum zweiten hätte die Ablösung des Gründungsrektors lediglich die Einsetzung, nicht aber die Wahl eines neuen Gründungsrektors zur Folge. Ob dabei ein für die Reformkräfte an der GH Paderborn befriedigenderes personelles Ergebnis erzielt würde, wage ich nach Lage der Dinge entscheidend zu bezweifeln. Zum dritten stellt die Attestierung von "Unfähigkeit" des Gründungsrektors im Zusammenhang des Rücktritts des Konrektors Langemann die Dinge geradezu auf den Kopf.

Die Stellungnahmen von AStA und Juso-HG haben den Verfechtern einer durchgreifenden Hochschulreform (möglicherweise den Verfassern selbst - Eigentor) in Paderborn einen schlechten Dienst erwiesen.

Der Unterzeichner versichert dem Gründungsrektor seine kritische Solidarität.

Jörg Bickel

Auf seiner Sitzung am 27.1.1974 beschließt das Gründungsrektorat folgende Stellungnahme, die im "WV" am 29.1. und in der "NW" am 28.1.1975 erscheint:

Zu den in den beiden Paderborner Tageszeitungen veröffentlichten Presseerklärungen studentischer Gruppen zum Thema "Universität Paderborn - Gesamthochschule" nimmt das Gründungsrektorat der Gesamthochschule Paderborn wie folgt Stellung:

Die sachliche, von achtenswerter Überzeugung getragene Erklärung der studentischen Vertreter im Gründungssenat nehmen wir mit Respekt zur Kenntnis. Wir sind jedoch, was den Sinn und den Stellenwert der Neubenennung angeht anderer Auffassung. Die auch für den Senat ausschlaggebenden Argumente möchten wir noch einmal verdeutlichen:

a) Der neue Name "Universität Paderborn - Gesamthochschule" widerspricht der von uns vertretenen Reformkonzeption nicht, sondern er macht ausdrücklich, was von Anfang unerlässlich auch gemeint und gewollt war: eine

Hochschule, die den wissenschaftlichen "Rang" einer Universität zwar nicht im Beginn bereits zu haben, jedoch in ihrem Entwicklungsfortschritt zu erhalten beansprucht.

b) Der zweite Teil des Namens "Universität Paderborn - Gesamthochschule" spricht das nach wie vor entscheidende Charakteristikum der Universität Paderborn aus: eine Hochschule neuer Art zu sein die das "Gesamt" der Studiengänge der traditionell unterschiedenen Institutionen (Universität, PH und FH) umfaßt und integriert - mit den bekannten Zwecksetzungen größerer "Chancengerechtigkeit und Mobilität", Verstärkung der "Theorie-Praxis-Verschränkung" sowie weiterer wissenschafts- und gesellschaftspolitischer Zielsetzungen. An all dem ändert sich nichts.

c) Was den Appell der studentischen Senatsmitglieder an den Minister für Wissenschaft und Forschung angeht, so hat gerade er das beste Beispiel gegeben, wie man den Anspruch auf Hochschulreform mit dem auf wissenschaftliches Niveau in der Namensgebung verbindet. Seine neueste Gründung: die "Fernuniversität Hagen Gesamthochschule" setzt in der Sache genau dieselben Akzente wie auch wir sie nun für unsere

Hochschule verdeutlichend gesetzt haben.

Am 31.1.1975 erscheint in der "NW" eine Stellungnahme der beiden studentischen Vertreter im Gründungssenat, die dem RCDS angehören:

Die Veröffentlichung einer Stellungnahme der studentischen Mitglieder im Gründungssenat zusammen mit der Stellungnahme des AStA der Gesamthochschule Paderborn zur Namensänderung hat - irrtümlich - in der Öffentlichkeit den Eindruck einer extremen Frontstellung innerhalb des Gründungssenats hinterlassen.

Dieses ist eine eindeutige Meinungsverfälschung der Erklärung der studentischen Mitglieder des Gründungssenates der Gesamthochschule Paderborn.

Die Bedenken der Unterzeichner richten sich ausschließlich gegen einen Senatsbeschluß, der den Verdacht zuließ, daß das Reformkonzept der "integrierten Gesamthochschule" damit infrage gestellt würde. Weitergehende Äußerung in der Presse entsprechen nicht unseren Intentionen der Erklärung vom 24.1.1975.

Die Unterzeichner distanzieren

sich deshalb von Äußerungen der Juso-HG und des AStA der Gesamthochschule Paderborn, die in keinerlei Zusammenhang zur Problematik der Namensänderung stehen und sich in polemischer Weise gegen den Rektor Prof. Dr. B. Carstensen sowie andere Hochschullehrer richteten.

Thomas König (RCDS)

Heinrich Werner Klaus (RCDS)

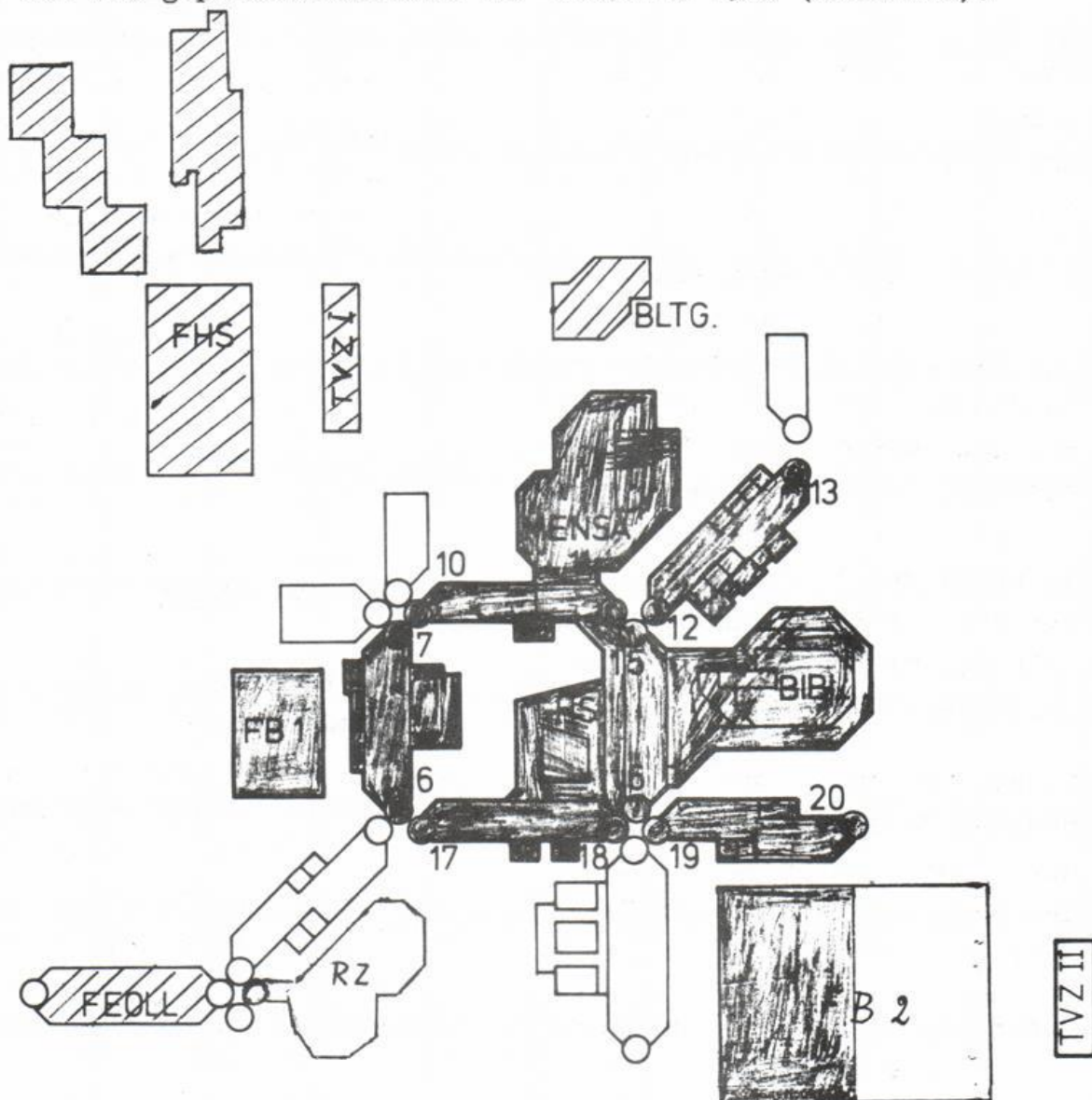
Studentische Vertreter im Gründungssenat

GASTPROFESSUR

Im Wintersemester 1974/75 und im Sommersemester 1975 hält Prof. Dr. Peter Koenig aus Chicago im Fachbereich 3 (Sprach- und Literaturwissenschaft) eine Vorlesung und ein Seminar über die amerikanische Literatur von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Herr Prof. Koenig, der an der University of Chicago und an der New York-University studiert hat, ist Stipendiat der Fulbright-Kommission und seit Oktober des vergangenen Jahres als Gastprofessor im Fachbereich 3 tätig.

GESAMTHOCHSCHULE / GRUNDRISS

Das folgende Diagramm zeigt den derzeitigen Bestand (schraffiert), die z. Zt. im Bau befindlichen Gebäude der Baustufe 1975 (ausgelegt) und die geplanten Gebäude der Baustufe 1980 (umrandet).



Erläuterungen:

BIBL.:	Bibliothek
BLTG.:	Bauleitung
FB:	Fachbereich
FHS:	(ehem.) Fachhochschule
HS:	Hörsäle
RZ:	Rechenzentrum
TVZ:	technische Versorgungszentrale

Die Zahlen bezeichnen die Erschließungskerne (d. h. die achteckigen Treppenhäuser).

MELDUNGEN AUS DEM AKADEMISCHEN
AUSLANDSAMTPADERBORNER HOCHSCHULWOCHE

Zu der Paderborner Hochschulwoche, die in der Zeit vom 20. bis 26. März 1975 stattfindet, werden aus der Partnerstadt Le Mans sieben Professoren erwartet, darunter der Präsident der Centre Universitaire du Mans. Diese Delegation wird von 28 Studenten begleitet werden. Im Rahmen dieses Besuches ist auch ein sportlicher Wettkampf zwischen den Studenten der beiden Städte geplant.

ZULASSUNGEN:

Im Wintersemester 1974/75 sind an der Gesamthochschule Paderborn 148 ausländische Studenten immatrikuliert. Zwei von ihnen ließen sich wegen eines Praktikums beurlauben. Elf Studenten besuchen Ausländervorstudienkurse an den Universitäten Aachen, Bonn und Münster.

STIPENDIEN FÜR DEUTSCHE STUDENTEN ZUM STUDIUM IM AUSLAND:

Das Interesse der Studenten der Gesamthochschule Paderborn an Studienmöglichkeiten im Ausland ist größer geworden. Z. Zt. laufen drei Bewerbungen für Großbritannien bzw. f. d. USA.

AUS DEN FACHBEREICHEN

Da das ghpb-streiflicht konzipiert wurde als Informationsorgan für alle Mitglieder der Gesamthochschule Paderborn, möchten wir in den folgenden Nummern die einzelnen Fachbereiche zu Worte kommen lassen. In der Form eines Arbeitsberichts sollen sie über ihre Arbeit, über ihre Forschungsschwerpunkte und -ergebnisse, aber auch über ihre Probleme und Schwierigkeiten berichten. Wir hoffen damit den Kommunikationsfluß auch zwischen den einzelnen Fachbereichen intensivieren zu können und würden uns freuen, wenn das ghpb-streiflicht dazu beitragen könnte, Lösungsmöglichkeiten für alle gemeinsamen Probleme auf einer breiteren Basis zu suchen. Als ersten Beitrag dieser Reihe veröffentlichen wir den Bericht über die Situation des Fachbereiches 5 (Wirtschaftswissenschaft - Rechtswissenschaft), der von dem Dekan des FB 5, Prof. Dr. Friedrich Buttler, verfaßt wurde:

1. AUFBAUARBEIT ALS LERNPROZESS

Diese Einleitung sollte zuerst die Überschrift "Wir Sorgenkinder" tragen. Aus gewöhnlich außerordentlich gut unterrichteten

Kreisen der Hochschule ist dagegen zu hören, dies sei eine bis zwei Etagen zu tief gestapelt. Vielmehr sei am Fachbereich 5 so etwas wie Pioniergeist zu beobachten.

Wenn wir demnach schon nicht Sorgenkinder sind, so haben wir doch eine ganze Reihe von Sorgen. Daß wir diese nicht klagend vortragen, sondern als zu lösende und lösbare Aufgaben darstellen und entsprechend zu handeln versuchen, kann man Pioniergeist nennen. Neue Aufgaben stellen sich fast jeden Tag, weil mit der Aufbauarbeit am Fachbereich ein dauernder Lernprozeß der Beteiligten einhergeht. Dieser Prozeß wird in vorteilhafter Weise dadurch gefördert, daß mit jedem neu-berufenen Hochschullehrer oder Mitarbeiter neue Argumente in die Diskussion gebracht werden. Es ist unzweifelhaft anregend, wenn z. B. aus Heidelberg, Saarbrücken, Regensburg, Kiel, Bochum, Bremen und Göttingen sowie demnächst auch aus weiteren Hochschulstädten ebenso wie aus der Praxis bei Betrieben, Behörden und Verbänden Ideen zusammenkommen. Die Folge ist ein Gärungsprozeß, von

dem wir uns als Ergebnis etwas hochprozentiges, d. h. nicht zu sehr verwässertes als Reformprodukt erhoffen.

Bekanntlich wird nicht alles Wein, was gärt, und wenn, dann nicht notwendigerweise guter. Die Studierenden bei uns erleben dieses Wenn und Aber unmittelbar, weil in NRW Gesamthochschulkonzepte am grünen Tisch allein entworfen, sondern sogleich am lebenden Objekt ausprobiert, verworfen, undefiniert, wieder ausprobiert etc. werden. Dies hat den bedeutenden Vorteil für sich, daß die Geschwindigkeit, Irrtümer zu erkennen, wesentlich beschleunigt wird, den derzeitigen Studierenden zugute zu haltenden Nachteil, daß sie ununter solchen Irrtümern zu leiden haben. Wir meinen aber, daß dieser Nachteil durch das zeitlich unmittelbare Angebot von zusätzlichen Studienplätzen ein wenig aufgewogen wird.

2. EINIGE DATEN

Diesen Absatz hätte ich ich auch überschreiben können mit "Wir sind die Größten", da dies aber nur quantitativ bezgl. der Studentenzahlen gilt, kann darunter allenfalls ein erst anzupeilendes Ziel verstanden werden. Richtig

ist, daß am Fachbereich 5 im WS 1975/75 680 Studierende immatrikuliert sind, davon noch knapp 200 im auslaufenden Fachhochschulstudiengang. Die Planungen auf Landesebene sehen eine Zielgröße von 1200 Studierenden im integrierten Studiengang Wirtschaftswissenschaften vor. Das wären 20 % aller Paderborner Studenten.

An unserem Fachbereich sind derzeit 15 Fachhochschullehrer, 5 o. Professoren, 12 wissenschaftliche Mitarbeiter und 5 Verwaltungsangestellte tätig. Sie arbeiten:

- in der Lehre im auslaufenden Fachhochschulstudiengang, im Grundstudium des integrierten Studiengangs, im Hauptstudium II für Volks- und Betriebswirte, im Serviceangebot für Mathematiker und Ingenieure, in den Lehramtsstudiengängen und ab SS 1975 im Hauptstudium I für Betriebswirte;
- in der Forschung an dem Forschungsschwerpunkt des Fachbereichs "Marktprozesse - Arbeitsmarkt - und Konsumprozesse" und einer Reihe von Einzelforschungsvorhaben. Als "Forschungsintensitätsindikator" sagt die Sammlung der mir von hiesigen Fachkollegen über-

reichten Sonderdrucke wissenschaftlicher Publikationen schon Positives aus;

- in der Selbstverwaltung in insgesamt 19 Gremien und Kommissionen, das ergibt pro Hochschullehrer im Durchschnitt eine Beteiligung an 4,2 Gremien und Kommissionen, pro wissenschaftlicher Mitarbeiter liegt der Wert bei 1,9. Aufbauarbeit kann den Mitgliedern des Fachbereichs also nicht attestiert werden.

3. STAND DER ARBEITEN IN DEN KOMMISSIONEN UND GREMIEN DES FACHBEREICHS

Hier muß ich mich auf den Bericht über wenige Kommissionen beschränken. Besonders wichtig erscheint mir

- a) die Arbeit der Berufungskommissionen
 - 1974 wurden vier Neuberufungen erfolgreich abgeschlossen,
 - dem Ministerium liegen weitere fünf Berufungsvorschläge für Hochschullehrerstellen Volkswirtschaftslehre, Recht, Mathematik/Operations Research und die Fachdidaktik vor,
 - im WS 1974/75 wurden 7 weitere Hochschullehrerstellen

ausgeschrieben. In vier Fällen haben die Berufungskommissionen bereits die Bewerber angehört und im Fachbereich über den zu erwartenden positiven Ausgang der Verhandlungen berichtet. Es handelt sich um die Professorenstellen in Volks- und Betriebswirtschaftslehre, die für die Abrundung der personellen Grundausstattung wichtig sind.

- b) die Arbeit der Kommissionen für die "endgültige" Studien- und Prüfungsordnung, für die Studienordnung für das Lehramt an berufsbildenden Schulen, für die Promotions- und die Habilitationsordnung. Diese Kommissionen werden dem Fachbereichsrat ihre Vorschläge voraussichtlich bis zu Beginn des Sommersemesters vorlegen.

4. UNSERE HAUPTPROBLEME

Mit ihrer Nennung will ich nicht unlösbare Schwierigkeiten, sondern zu bewältigende Aufgaben kennzeichnen.

Diese sind:

- a) die Integration des Studiums:

Dabei ist unsere Situation besonders dadurch erschwert, daß wir nicht nur ein Langzeit und ein Kurzzeitstudium haben, sondern zwei Lang- und ein Kurzzeitstudium. Die Folge ist, daß die Idee eines einheitlich integrierten Grundstudiums nur sehr schwer durchgehalten werden kann. Ausweg ist evtl. eine früher einsetzende Differenzierung. Das bedeutet nicht, daß das Ziel der größeren Durchlässigkeit damit aufgegeben würde. Hierüber wird z. Zt. intensiv diskutiert.

- b) die Integration des Lehrkörpers wie die Daten zur Anzahl des wiss. Personals zeigen, ist unser Lehrkörper nicht homogen. Volle Homogenität ist nicht erreichbar und wegen der Unterschiedlichkeit der Beiträge zum Gesamtunternehmen "integrierter Studiengang" auch nicht nötig. Modelle für integrierte Lehre und Prüfungen liegen dem Fachbereichsrat vor. Auch darüber wird noch sehr engagiert diskutiert. Nach Abstimmung im Rat - übrigens werden gerade solche Fragen im Rat gern sehr offen und in öffentlicher Sitzung diskutiert - wollen wir hierüber

auch im Senat berichten. Das Thema ist mit diesen Bemerkungen längst nicht erschöpft, viele Aspekte kann der Rat zudem nicht in eigener Entscheidungskompetenz behandeln, er wird aber seine dezidierte Meinung äußern.

- c) Studienberatung, Kontrolle des Ausbildungserfolgs: hier darf man bei positiver Einschätzung zitieren "wenn auch die Kräfte fehlen, so ist doch der Wille zu loben", auch die bisherigen Bemühungen in der Studienberatung muß man unter das Lobenswerte subsumieren. Uns fehlt aber wissenschaftlich fundierte hochschuldidaktische Arbeit, die durch ein hochschuldidaktisches Zentrum unterstützt werden sollte. Einen ersten Versuch unsererseits wollen wir evtl. durch ein Evaluierungsprogramm zu einer integrierten Lehrveranstaltung unternehmen. Fest steht, daß hier guter Wille mangelnde institutionell abgesicherte Möglichkeiten nicht zureichend ersetzen kann.

5. EINIGE PERSPEKTIVEN

Unser Fachbereich wird auch 1975/76 noch in der Konsolidierungsphase sein, in der es darum geht, das Bestehende zu gestalten. Darüber hinaus sind aber schon jetzt Perspektiven zu entwickeln und in ersten Ansätzen zu verwirklichen. Solche sind z. B.:

- die das engere Fach übergreifende Zusammenarbeit mit den Sozialwissenschaften im engeren Sinne, mit der Mathematik / Informatik und den Ingenieurwissenschaften. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß solche Perspektiven auch wissenschaftstheoretisch im Fach zu verarbeiten sind. Hier gibt es bei uns bereits außerordentlich anregende Kontroversen;
- das Selbstverständnis des Fachbereichs im Hinblick auf die Rechtswissenschaften ist noch zu präzisieren, bisher haben die Rechtswissenschaften bei uns eine bloße Zulieferfunktion. Ob dies so bleiben soll, steht dahin. Die Einrichtung von Kontaktstudien in dem Sinne, daß Forschungsprobleme der Praxis und Praxisaufgaben den in Forschung und Lehre Tätigen nahegebracht werden.
- die Theorie-Praxis Kontroverse bzw. Integration kann nicht ohne dauernde Reflexion und kon-

tinuierlichen Praxiskontakt entwickelt, geschweige denn gelöst werden. Mit Schlachtrufen wie hier Praxishuberei - hie Elfenbeinturm ist sicher kein Blumentopf mehr zu gewinnen. Wie sonst besteht berechnete Aussicht auf ein "Paderborner Modell"?

- usw.

Die Verwendung des Wortes undso weiter ist bei uns verpönt, denn es offenbart entweder mangelnde analytische Kraft oder mangelnde Phantasie. Hier sei es gestattet um zu symbolisieren, daß wir einen "nach vorn offenen", was nicht heißt "nach hinten gedankenlosen" Fachbereich aufbauen wollen.

Zum Schluß: schöne oder zumindest schön gemeinte Worte bringt der derzeitige Dekan des Fachberichts 5 nicht ohne sarkastischen Stimmbruch zu Papier. Daher verbleibe ich mit vielen freundlichen Grüßen

Ihr gez. Friedrich Buttler

MELDUNGEN AUS DEM PERSONALRAT

Auf der Sitzung des Personalrats am 5. November 1974 erklärte der Vorsitzende, Wolfgang Hesse,

seinen Rücktritt zum 11.11.74, da er zum Jahresende seine Tätigkeit als Laboringenieur beendet und ein Studium an der Gesamthochschule Paderborn beginnt.

Auf der Sitzung am 12.11.74 wurden neu gewählt:

als Sprecher für die Gruppe der Angestellten:

Manfred O r t w e i n

als Vorsitzender des Personalrats:

Manfred O r t w e i n

als Stellvertreter:

Siegfried K r e t s c h m e r

Neues Mitglied des Personalrats wurde:

Ing.(grad) Helmut S c h ü t t e
FB 13, Pohlweg, R 4311

Arbeitsgebiet: Kunststoffverarbeitung

Aufgrund des am 1.5.1974 inkraft getretenen neuen Schwerbehindertengesetzes fand am 5.11.74 eine Versammlung aller bei der Gesamthochschule Paderborn beschäftigten Schwerbehinderten und Gleichgestellten zur Wahl eines Vertrauensmannes der Schwerbehinderten und seines Vertreters statt. Gewählt wurde zum Vertrauensmann:

Franz W i l k s , Paderborn
Pohlweg, Tel. 601 oder 60222

als Vertreter:

Herbert W a g n e r ,
Paderborn, Balhornstr., Tel.
27922

Zum Beauftragten des Arbeitgebers für Schwerbehinderten-Angelegenheiten wurde bestellt:
Eugen K a e d e r , Paderborn, Geroldstr., Tel. 29333
App. 92

Aufgabe des Vertrauensmannes und des Beauftragten des Arbeitgebers ist es, als Verbindungsstelle zwischen den Schwerbehinderten einerseits und dem Arbeitgeber sowie den Behörden der Arbeitsverwaltung und der Hauptfürsorgestelle andererseits zum Vorteil der Schwerbehinderten zu wirken. Den Schwerbehinderten bzw. den Gleichgestellten stehen Sonderrechte zu, wie z. B. das Recht auf Beschäftigung, Sicherung der Arbeitsplätze, erweiterter Kündigungsschutz, zusätzlicher Jahresurlaub (gilt nicht für Gleichgestellte), Steuervorteile etc. Wenn Sie infolge körperlicher, geistiger oder seelischer Behinderung zu dem geschützten Personenkreis gehören, sollten Sie die Anerkennung als Schwerbehinderter beantragen. Wenden Sie sich

bitte an den Vertrauensmann der Schwerbehinderten bzw. den Beauftragten des Arbeitgebers. Sie werden Ihnen gerne mit Rat und Tat zur Seite stehen.

MELDUNGEN AUS DEM SENAT

Auf seiner 60. Sitzung am 8. Jan. 1975 übte der Gründungssenat der Gesamthochschule Paderborn Kritik an der geleisteten Arbeit und führte eine Grundsatzdiskussion über die Gestaltung seiner weiteren Arbeit. Im Vordergrund stand dabei die Frage, welche Möglichkeiten bestehen, den Kontakt zur "Basis", d. h. den Kommunikationsfluß zwischen dem Senat und den anderen Gremien der Hochschule zu verbessern, denn vor allem in den Fachbereichen artikulierten sich in letzter Zeit immer wieder Unbehagen wegen mangelnder Informationen.

Der Gründungssenat faßte den Beschluß, die Fachbereiche aufzufordern, in die Tagesordnung der Fachbereichsratssitzungen den TOP "Information über Senatssitzungen" aufzunehmen, und dazu ihre Fachvertreter im Senat oder andere Senatsmitglieder einzuladen. Sollten Informationen über die Protokolle hinaus notwendig erscheinen, so erklärten

sich die Mitglieder des Gründungssenats bereit, in den Fachbereichsräten und in anderen Gremien zu Fragen, die im Senat beraten wurden, Stellung zu nehmen und Auskünfte zu erteilen.

Der Gründungssenat sprach seinerseits die Bitte aus, von dieser Möglichkeit, Senatsmitglieder zu den verschiedenen Sitzung einzuladen, in verstärktem Maße Gebrauch zu machen.

MELDUNGEN AUS DEM STUDENTENWERK

Neuer Geschäftsführer bestellt

Der Minister für Wissenschaft und Forschung hat mit Wirkung vom 1.1.1975 Rudolf Pörtner, bisher Direktionsassistent beim Studentenwerk Bonn, zum Geschäftsführer des Studentenwerks Paderborn bestellt.

Mit dem Dienstantritt Pörtner beendete der Kanzler der Gesamthochschule, Ulrich Hintze, seine Tätigkeit als kommissarischer Geschäftsführer.

Die wichtigste Aufgabe des neuen Geschäftsführers in den nächsten Monaten wird es sein, die verschiedenen sozialen Einrich-

tungen im Bereich der Gesamthochschule Paderborn, die z. Zt. vom Studentenwerk Bielefeld, vom Hochschul-Sozialwerk Wuppertal und vom Studentenhilfswerk der ehemaligen Pädagogischen Hochschule betrieben werden, auf das Studentenwerk Paderborn zu übernehmen: das Amt für Ausbildungsförderung, die Mensen am Pohlweg und am Fürstenweg, die Mensen in Höxter und Meschede. Außerdem müssen die begonnenen Planungen für Wohnheime in Höxter und Soest weitergeführt werden. Besonders wichtig ist ferner die Mitwirkung an Planung, Bau und Ausbau der neuen Mensa auf der Hauptfläche der GH in Paderborn.

Studentenwerk Paderborn - Mitglied im Deutschen Studentenwerk

Auf Beschluß des Verwaltungsrates ist das Studentenwerk Paderborn zum 1.1.1975 Mitglied des Deutschen Studentenwerks (DSW) e.V. mit Sitz in Bonn, des Dachverbandes der Studentenwerke in der Bundesrepublik geworden. Das DSW vertritt die Interesse der Studentenwerke auf Bundesebene und versucht, die sozialen Belange der Studenten bei Bundesregierung und Parteien zu vertreten.

Die sozialpolitischen Forderungen des DSW werden vom Beirat des DSW formuliert, in dem u. a. der Ver-

band Deutschen Studentenschaften (VdS) und die Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK) vertreten sind.

Mitglieder des Verwaltungsrates

Dem Verwaltungsrat des Studentenwerks Paderborn gehören an:

4 Studenten:

Hanjo Kühn,
Maria Busch,
Heinz Hasse,
Eberhard David,

4 andere Hochschulangehörige:

Dipl.-Math. Wiss.-Ass.
Hans-Jürgen Baer,
Prof. Dr. Dr. Werner Bröker,
Fachhochschullehrer Dr. Horst
Gräfer
Maschinenhauptmeister Arno Titze,

4 Bedienstete des Studentenwerks:

Wolfgang Drees,
Horst Friese,
Gabriele Wunderlich,
Georg Seck,

2 andere Personen mit einschlägigen Fachkenntnissen:

II. Stadtdirektor Dr. Löwenberg
Reg.-Dir. Rudolf Borgdorf.

der Kanzler der Gesamthochschule
Ulrich Hintze.

Vorsitzender des Verwaltungsrates
ist Kanzler Hintze.

Geschäftsräume des Studentenwerkes

Die Verwaltung des im Aufbau befindlichen Studentenwerkes Pader-

born mit Geschäftsführung, Buchhaltung, Personalstelle, Leitung der Wirtschaftsbetriebe, Wohnheimverwaltung und Zimmervermittlung wird zunächst im Haus Greiteler Gärten 2 mit untergebracht werden. In diesem Gebäude befindet sich auch das Amt für Ausbildungsförderung, das für die Gesamthochschule Paderborn, die Theol. Fakultät und die Kath. Fachhochschule Köln, Abt. Paderborn zuständig ist. Die Verwaltungsabteilungen des Studentenwerkes sollen spätestens 1976 in die Nähe der Hauptbaufläche der Gesamthochschule umziehen.

Sprechstundentage des Amtes für Ausbildungsförderung sind:

Dienstags und Donnerstags 9 - 12,
14.00 - 16.00 Uhr.

An den Abteilungen Höxter, Meschede und Soest werden Beratungen während der Vorlesungszeit wie folgt durchgeführt:

Höxter, An der Wilhelmshöhe,
mittwochs 9 - 12.30 Uhr,

Meschede, Lindenstraße 53,
dienstags 9 - 12.30 Uhr,

Soest, Hoher Weg 7,
donnerstags 9 - 12.30 Uhr.

Neuregelung der Studentischen Krankenversorgung

Mit großer Wahrscheinlichkeit wird zum 1.10.1975 die Kranken-

versicherung der Studenten gesetzlich geregelt. Ein entsprechender Gesetzentwurf liegt dem Bundestag z. Zt. vor. Nach dem derzeitigen Stand des Entwurfs sollen alle Studenten mit Ausnahme der Familienversicherten ab 1.10.1975 Pflichtmitglieder einer gesetzlichen Kasse werden. Die Möglichkeit der Befreiung zu einer privaten Krankenversicherung soll vorgesehen werden.

Der vom Studenten zu zahlende Monatsbeitrag soll nach jetzigem Beratungsstand 25,-- DM betragen, BAföG-Geförderte sollen einen Zuschuß in Höhe von 10,-- DM erhalten. Die Differenz in Höhe von 15,-- DM bis zur Kostendeckung (kostendeckender Beitrag 40,-- DM) vom Studenten zu zahlen 25,-- DM) soll durch Bundeszuschüsse (9,-- DM) sowie die Solidargemeinschaft der Versicherten (6,--DM) aufgebracht werden. Vor allem in der Beitragshöhe entspricht der vorliegende Entwurf nicht den Vorstellungen des VdS und DSW. Möglicherweise werden im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens hier noch Verbesserungen erreicht.

ANMERKUNG DER REDAKTION

Daß der neue Geschäftsführer des Studentenwerks Paderborn, Rudolf Pörtner, bei seinem Dienstantritt eine schwierige Situation vorfindet, in der es gilt, zahlreiche ungelöste Probleme zu bewältigen, soll an dieser Stelle mit Nachdruck gewürdigt werden. Besonders "brisant" in diesem Zusammenhang scheint uns das Problem der Bewirtschaftung der Mensen zu sein. Eine Resolution des RCDS Paderborn vom November 1974 zu dieser Misere spricht für sich.

Auch die Frage der Studentenwohnheime wird sich nicht ohne Schwierigkeiten und ohne Komplikationen regeln lassen.

Vielleicht können wir ihm mit der Veröffentlichung der nachfolgenden "Hausordnung" eine kleine Orientierungshilfe geben? Es ist kaum anzunehmen, daß ihm bei Befolgung dieser Hinweise irgendwelche Einwände seitens der Studentenschaft erwachsen werden.

(Entnommen aus der "Festschrift zur 60-jährigen Jubelfeier der Staatlichen Baugewerkschule Höxter, 23.- 25. August 1924")

Hausordnung.

Zur Nachricht und Beachtung

für diejenigen Herren, welche während des Winter-Semester 1873/74
im Logierhause Unterkommen nehmen wollen.

Das Logierhaus ist seitens der Stadt eingerichtet, um den Schülern der Bauschule Gelegenheit zu einem billigen Unterkommen mit Mittagskost und Morgencaffee in der Nähe der Bauschule zu bieten.

Anmeldung: Die Anmeldung zur Aufnahme ins Logierhaus erfolgt für die Dauer des Semesters auf dem Rathhause im Magistrats-Bureau, Vormittags von 9—12 Uhr.

Zahlung der Miete und des Kostgeldes: Dasselbst wird gegen Zahlung der Miete und des Kostgeldes für den ersten Monat das Quittungsbuch ausgehändigt, welches auch die Nummer des Platzes im Schlafzimmer enthält. Das Kostgeld für jeden folgenden Monat ist ebenfalls auf dem Rathhause gegen Quittung im Quittungsbuch pünktlich zu zahlen.

Preis: Für die Wohnung in den Schlafräumen, sowie Heizung und Licht bis Abends 10 Uhr in dem gemeinschaftlichen Speisezimmer, zahlt jeder Eingehende für das Semester sogleich 10 Reichsthaler Miete. Für die Mittagskost und den Morgencaffee dagegen monatlich 5 Reichsthaler Kostgeld im voraus.

Speisen: Das Mittagessen ist auf 4 Silbergroschen 4 Pfennig berechnet und besteht aus einer auskömmlichen Portion guter sogenannter Hausmannskost, welche im Speisezimmer verabreicht wird. Bei den gegenwärtig so sehr hohen Fleischpreisen kann die Portion nicht groß sein. Der Morgencaffee ist auf 8 Pfennig berechnet und wird gleich mit Milch vermischt gegeben.

Extraspeisen: Außerdem verabreicht die Hausmutter, die Wittwe Schäfer, auf Wunsch:

Nachmittags und Abends Caffee à Portion 8 S
Ebenso Abends 1) Pellkartoffeln

à Portion 1 Silbgr. 6 S

2) Kartoffelsalat

à Portion 2 Silbgr. — S

3) Kartoffelpfannkuchen

à Portion 2 Silbgr. — S

4) Suppe

à Portion 1 Silbgr. 6 S

5) Heringe, salzig oder marinirt

à Stück 1 Silbgr. 3 S

Die Kosten für diese Extraspeisen sind sogleich oder spätestens wöchentlich an die Ww. Schäfer zu bezahlen. Geistliche Getränke dürfen nicht verabreicht werden.

Arbeitslokal: Für die Bewohner des Logierhauses wird sowohl in der Woche Abends nach Schluß der Schule bis 10 Uhr sowie auch des Sonntags ein besonderes Lokal zum Arbeiten geheizt und erleuchtet.

Hausordnung: Was die Ordnung im Logierhause anbelangt, so hat jeder nach dem Aufstehen sein Bett ordentlich glatt zu machen. Im übrigen möge jeder eingedenk sein der Ordnung im elterlichen Hause. Zur Vermeidung von Unzuträglichkeiten dürfen die Speiselocale nicht zum Arbeiten benutzt werden. Gleich nach 10 Uhr Abends wird die Hausthür des Logierhauses geschlossen.

Hörter, den 1. October 1873.

Der Bürgermeister.
gez. Eckardt.

AUS DER VERWALTUNGSTUDENTENSTATISTIK WS 74/75

An der Gesamthochschule Paderborn sind z. Zt. 5.600 Studenten immatrikuliert. Damit hat sich die Zahl der Studenten gegenüber dem Sommersemester 1974 um 807 (= 16,8 %) erhöht. Die Neuzugänge des WS 74/75 von 1.634 machen 29,2 % der Gesamtstudentenzahl aus. 141 Studenten kommen aus dem Ausland.

Wie aus den nachfolgenden Übersichten hervorgeht, haben vor allem die Fachbereiche, die die Lehramtsstudiengänge zu betreuen haben, die höchsten Zuwachsraten. Es sind dies die Fachbereiche 1 - 4, 6 und 17. Dabei zeichnet sich der Trend ab, daß die Lehrämter für Realschule und Gymnasium quantitativ mit dem Lehramt für die Grund- und Hauptschule gleichziehen. Die Zuwachsraten von 71 % für die Realschule und 135 % für das Gymnasium zeigen dies überdeutlich. Stark gefragt ist ebenfalls die Ausbildung für eine Lehrtätigkeit an berufsbildenden Schulen, die zum WS 74/75 erstmalig angeboten wurde. Von den 173 hierfür eingeschriebenen Studenten sind 168 graduierte Ingenieure, die

nach der geltenden Übergangsregelung ein verkürztes Studium absolvieren.

Eine starke Nachfrage verzeichneten ebenfalls die integrierten Studiengänge, in denen bereits im WS 73/74 der Studienbetrieb aufgenommen wurde. Es sind dies die integrierten Studiengänge Physik, Chemie, Mathematik und Wirtschaftswissenschaften. Die Zuwachsraten gegenüber den letzten beiden Semestern machen deutlich, daß sie sich in den Augen der Studienbewerber inzwischen konsolidiert haben.

Diese Aussage gilt offenbar noch nicht für die integrierten ingenieurwissenschaftlichen Studiengänge Maschinenbau und Elektrotechnik, in denen ein Studium erst im WS 74/75 aufgenommen wurde. Hier sind generell unterdurchschnittliche Steigerungsraten - bzw. Verluste wie in Fachbereich 15 Meschede - zu verzeichnen. Die Hintergründe hierfür scheinen sehr differenziert zu sein. Eine gewisse Rolle dürfte zweifellos das recht komplizierte zentrale Vergabeverfahren spielen. Fest steht, daß die Abiturienten den ihnen nach dem ZVS-Vergabever-

fahren zustehenden 50 %-Anteil an den Studienplätzen nicht voll genutzt haben. Offenbar wurden integrierte ingenieurwissenschaftliche Studiengänge von den Abiturienten noch nicht als Alternative zu den bestehenden Studiengängen an den Technischen Hochschulen angesehen. Zweifellos dürften sich aber auch fehlende Informationen negativ auf die Bewerberzahl ausgewirkt haben.

Beachtung verdient ferner die Tatsache, daß in den technischen Studiengängen zu beobachtende unterdurchschnittliche Steigerungsraten, bzw. die Verringerungen der Studentenzahlen, sich besonders auf die Studentenzahlen, in der Abteilungen Höxter, Meschede und Soest auswirken. Die Zahlen für Paderborn steigen überdurchschnittlich (29,8 % gegenüber SS 74), während sie für die Abteilungen stagnieren, bzw. sinken. Diese Tendenz entspricht allerdings den Planungsvorstellungen der Landesregierung von NW ¹⁾, die für das Jahr 1975 folgende Zahlen vorsehen:

Höxter	500
Meschede	450
Soest	550

Hieraus ergibt sich, daß die jetzigen Studentenzahlen noch deutlich über den Planungszahlen für 1975 liegen.

Von den 4.793 im SS 1974 immatrikulierten Studenten haben 837 (3 17,4 %) die Gesamthochschule verlassen, und zwar:

543 (= 11,3 %)

nach Abschluß des Studiums und bestandener Prüfung

98 (= 2 %)

wegen Hochschulwechsel

51 (= 1,1 %)

aus familiären oder finanziellen Gründen, wegen Krankheit etc.

145 (= 3 %)

nach Exmatrikulation durch die Hochschule wegen unterlassener Rückmeldung

Beurlaubt sind 81 (= 1,4 %)

Studenten zwecks Ableistung eines Wehr- bzw. Ersatzdienstes.

Anmerkung

1) Vgl. Der Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes NW, Gesamthochschulen in Nordrhein-Westfalen, Materialien zu Aufbau, Entwicklung und Funktion, Düsseldorf, April 1974, S 65

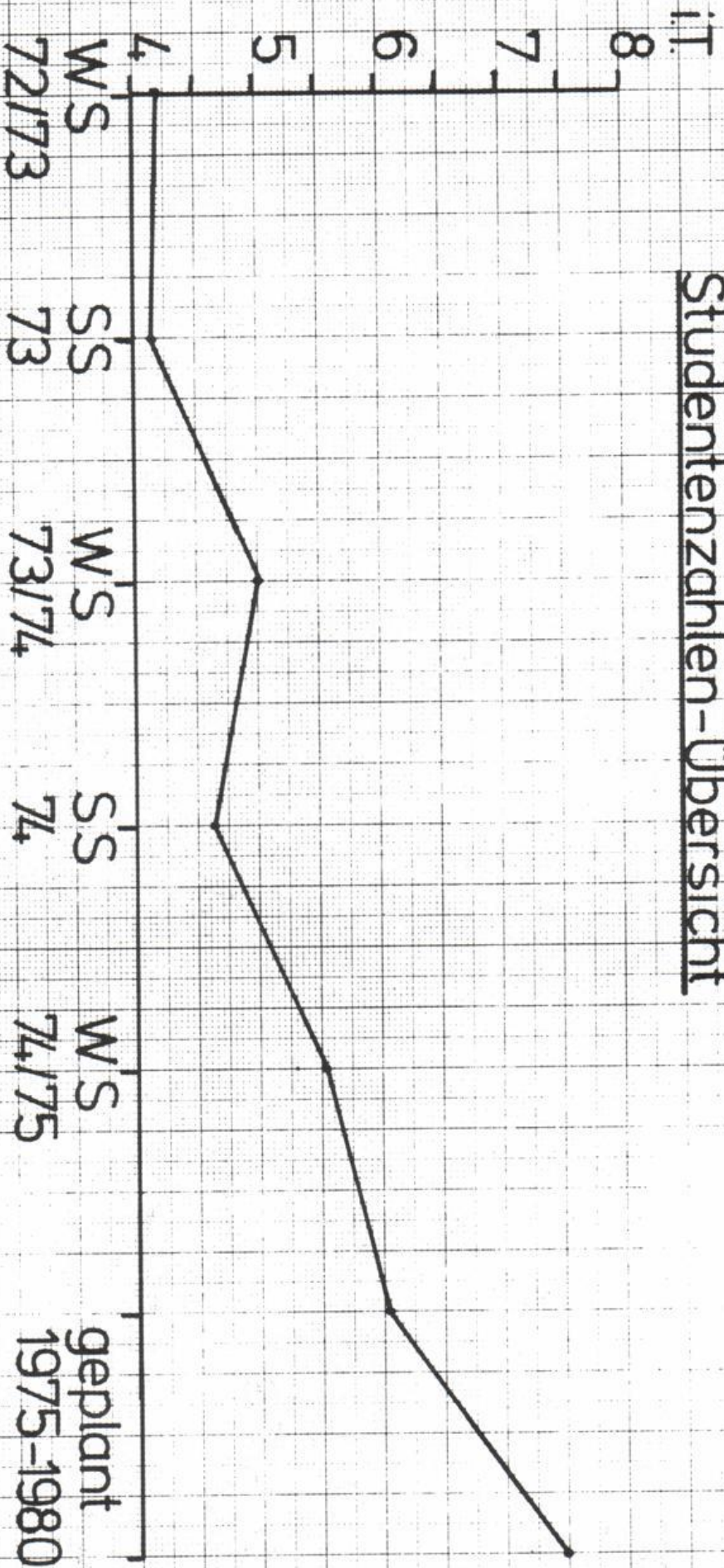
	Erstsemester	WS 74/75	SS 74	Steigerung/Verlust	%
Fachbereich 1	94	250	199	51	25,6 %
Fachbereich 2	153	477	349	98	28,0 %
Fachbereich 3	257	579	375	204	54,4 %
Fachbereich 4	65	207	160	47	29,3 %
Fachbereich 5	126	649	581	68	11,7 %
Fachbereich 6	165	326	181	45	24,8 %
Fachbereich 7 {H}	46	335	339	4	1,1 %
Fachbereich 8 {H}	47	196	162	34	20,9 %
Fachbereich 9 {S}	51	185	189	4	2,1 %
Fachbereich 10	82	221	190	31	16,3 %
Fachbereich 11 {M}	38	170	164	6	3,6 %
Fachbereich 12 {S}	52	280	253	27	10,6 %
Fachbereich 13	-	112	158	46	29,1 %
Fachbereich 14	117	428	391	37	9,4 %
Fachbereich 15 {M}	77	457	483	26	5,3 %
Fachbereich 16 {S}	60	279	265	14	5,2 %
Fachbereich 17	204	468	354	114	32,2 %
	<u>1.634</u>	<u>5.589</u>	<u>4.793</u>		
+ Fulbright-Stipendiat		2			
DAAD		1			
Studienkolleg		7			
Zweithörer		<u>1</u>			
		<u>5.600</u>			
		=====			
Belegung in Paderborn	1.263	3.698	2.938	760	25,8 %
Höxter	93	531	501	30	5,9 %
Meschede	115	627	647	20	3,0 %
Soest	163	744	707	37	5,2 %

Gesamthochschule Paderborn

Stand v. 15.1.1975

	Erstsemester	Insgesamt	Zunahme/Abnahme gegenüber SS 74 absolut %
<u>Erziehungswissenschaftliche Studiengänge</u>			
Lehramt an der Grund- und Hauptschule	307	997	57 6 %
Lehramt an der Realschule	124	317	132 71 %
Lehramt am Gymnasium	153	316	132 135 %
Lehramt an berufsbildenden Schulen	173	173	(im SS 74 noch nicht vorhanden)
Pädagogik Diplom-Studium	5	93	23 - 15 %
Pädagogik Promotions-Studium	-	36	-
	<u>762</u>	<u>1.932</u>	
<u>Integrierte Studiengänge</u>			
Wirtschaftswissenschaften	123	419	64 11,4 %
Chemie	55	101	69 216 %
Physik	18	26	15 166 %
Maschinentechnik	171	171	(im SS 74 noch nicht vorhanden)
Elektrotechnik	252	252	
Mathematik	52	62	49 376 %
	<u>671</u>	<u>1.031</u>	
<u>Fachhochschulstudiengänge</u>			
Architektur	46	335	4 - 1,1 %
Bautechnik	47	196	34 20,9 %
Landbau	51	185	4 2,1 %
Maschinentechnik	-	499	108 17,8 %
Holz- und Kunststofftechnik	-	112	46 29 %
Lack- und Farbentechnik	-	910	- 20 %
Elektrotechnik	-	183	10 5,7 %
Informatik (Ingenieurinformatik)	<u>57</u>	<u>2.626</u>	
	<u>201</u>		
Belegung an der Gesamthochschule Paderborn	1.634	5.589	====

Gesamthochschule Paderborn Studentenzahlen-Übersicht



STUDENTENZAHLN - ÜBERSICHT

GESAMTHOCHSCHULE PADERBORN

FB	WS 72/73	SS 73	WS 73/74	SS 74	WS 74/75
1	326	200	199	199	250
2	116	312	376	349	447
3	233	194	328	375	583
4	216	143	147	160	207
5	381	479	573	581	649
6	136	123	171	181	327
7 (H)	355	362	376	339	335
8 (H)	142	126	173	162	196
9 (S)	187	179	196	189	186
10	281	204	224	190	222
11 (M)	170	175	183	164	170
12 (S)	246	266	281	253	280
13	115	168	157	158	113
14	453	389	455	391	430
15 (M)	475	444	516	483	457
16 (S)	252	249	304	265	279
17	308	280	386	354	462
	4.374	4.293	5.045	4.793	5.600
=====					

NACHRICHTEN UND BERICHTE

Die nachfolgende Tabelle zeigt, welche Studienplätze das Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen an den Gesamthochschulen vorgesehen hat. Sie sind aufgeschlüsselt nach Fachrichtungen je Standort.

(entnommen aus: Der Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen: "Gesamthochschulen in Nordrhein-Westfalen - Materialien zu Aufbau, Entwicklung und Funktion", Düsseldorf April 1974, S. 66, 67)

Studienplätze 1975 und 1980
(Gesamthochschulen insgesamt mit Nebenstandorten)

Gesamthochschule	Duisburg		Essen		Paderborn		Siegen		Wuppertal		Summe der Gesamthochschulen	
	1975	1980	1975	1980	1975	1980	1975	1980	1975	1980	1975	1980
Fächer	1975	1980	1975	1980	1975	1980	1975	1980	1975	1980	1975	1980
Geisteswissenschaften insgesamt	2100	2500	3400	3600	1300	1300	1800	2100	2100	2600	10700	12100
Geisteswissenschaften/lang	600	600	600	500	600	600	600	600	600	700	3000	3000
Germanistik	250	250	250	250	250	250	250	250	250	350	1250	1350
Anglistik	250	250	250	250	250	250	250	250	250	250	1250	1250
Romanistik	100	100	100	—	100	100	100	100	100	100	500	400
Geisteswissenschaften/kurz	1500	1900	2800	3100	700	700	1200	1500	1500	1900	7700	9100
Sozialpädagogik	—	400	500	800	—	—	300	600	—	400	800	2200
Design	—	—	400	500	—	—	—	—	300	300	700	800
Erziehungswissenschaftliche Studiengänge	1500	1500	1900	1800	700	700	900	900	1200	1200	6200	6100
Gesellschaftswissenschaften insgesamt	1300	2400	1500	1700	1100	1200	1400	1600	1100	1700	6400	8600
Gesellschaftswissenschaften/lang	800	1600	600	600	600	600	600	600	600	800	3200	4200
Wirtschaftswissenschaften	600	1300	600	600	600	600	600	600	600	600	3000	3700
Sozialwissenschaften	200	300	—	—	—	—	—	—	—	200	200	500
Gesellschaftswissenschaften/kurz	500	800	900	1100	500	600	800	1000	500	900	3200	4400
Wirtschaft	500	500	600	600	500	600	600	600	500	600	2700	2900
Sozialarbeit	—	300	300	500	—	—	200	400	—	300	500	1500
Medizin (Allgemeine Medizin)	—	—	600	2100*	—	—	—	—	—	—	600	2100*)
Naturwissenschaften insgesamt	800	2400	1400	1800	800	1800	600	1800	1300	1800	4900	9600
Naturwissenschaften/lang	300	1600	300	700	300	800	300	1200	300	1200	1500	5500
Mathematik	100	800	100	300	100	400	100	600	100	600	500	2700
Physik	100	400	100	200	100	200	100	300	100	300	500	1400
Chemie	100	400	100	200	100	200	100	300	100	300	500	1400

Studienplätze 1975 und 1980
(Gesamthochschulen insgesamt mit Nebenstandorten)

Gesamthochschule	Duisburg		Essen		Paderborn		Siegen		Wuppertal		Summe der Gesamthochschulen	
	1975	1980	1975	1980	1975	1980	1975	1980	1975	1980	1975	1980
Fächer	1975	1980	1975	1980	1975	1980	1975	1980	1975	1980	1975	1980
Naturwissenschaften/kurz	500	800	1100	1100	500	1000	300	600	1000	600	3400	4100
Mathematik und Informatik	—	100	—	100	—	300	—	100	—	100	—	700
Physik	—	100	—	50	—	100	—	100	—	50	—	400
Chemie	—	100	300	350	—	100	—	100	—	50	300	700
Landwirtschaft	—	—	—	—	200	200	—	—	—	—	200	200
Erziehungswissenschaftliche Studiengänge	500	500	800	600	300	300	300	300	1000	400	2900	2100
Ingenieurwissenschaften insgesamt	1700	2850	2400	2400	2900	3200	2900	3000	2100	3000	12000	14450
Ingenieurwissenschaften/lang	300	1200	300	700	300	600	400	1000	300	900	1600	4400
Bauingenieurwesen	—	—	100	300	—	—	150	300	100	300	350	900
Maschinenbau	150	600	100	400	100	200	150	400	100	300	600	1900
Elektrotechnik	150	600	100	—	200	400	100	300	100	300	650	1600
Ingenieurwissenschaften/kurz	1400	1650	2100	1700	2600	2600	2500	2000	1800	2100	10400	10050
Bauingenieurwesen und Architektur	—	—	1100	900	500	500	700	500	600	800	2900	2700
Maschinenbau	700	900	700	500	900	1000	900	700	750	800	3950	3900
Elektrotechnik	400	600	300	300	1200	1100	900	800	450	500	3250	3300
Berg- und Hüttenwesen	300	150	—	—	—	—	—	—	—	—	300	150
Insgesamt:	5900	10150	9300	11600	6100	7500	6700	8500	6600	9100	34600	46850

*) Allgemeine Medizin 1800; Zahnmedizin 300

AMTLICHE MITTEILUNGEN

Seit Oktober 1974 sind folgende Ausgaben der "Amtlichen Mitteilungen" der Gesamthochschule Paderborn erschienen:

Nr. 24/1974

Einschreibungsordnung der
Gesamthochschule Paderborn
vom 29. 11. 1974

Nr. 1/1975

Satzung für das Audiovisuelle
Medienzentrum der Gesamthoch-
schule Paderborn
vom 2. 1. 1975

Nr. 2/1975

Vorläufige Studienordnung für
das Studium der beruflichen
Fachrichtung Metalltechnik
mit dem speziellen Fachge-
biet Fertigungstechnik als
Erstem Fach der Gesamthoch-
schule Paderborn
vom 14. 1. 1975

KURZ-INFORMATION

In einem Bericht des Amtes für
Ausbildungsförderung (BAföG)
wird für den Bereich der Ge-
samthochschule Paderborn mit-
geteilt, daß die Zahl der lau-
fenden Förderungsfälle für den
Monat Januar 1975 bei über 3.700
liegt. Im Sommersemester 1974
u. Wintersemester 1974/75 wur-
den bisher ca. 4.300 Anträge be-
arbeitet.

Ebenfalls zu 100 % abgeschlos-
sen ist die Umstellung auf das
2. BAföGÄndG und das Sauerland/
Paderborn-Gesetz. Hierzu war
eine Überprüfung des gesamten
Aktenbestandes erforderlich.
In mehr als 40 % der Fälle
wurde eine Neuberechnung der Lei-
stungen durchgeführt.

HINWEISE FÜR DAS SS 1975FRISTEN FÜR:

Einschreibung:	17. 2. - 7. 3. 1975
Belegen:	wird noch bekannt gegeben
Beginn des SS 75:	1. 4. 1975
Vorlesungsbeginn	
Fachhochschulstudiengänge:	17. 3. 1975
alle übrigen Fächer:	14. 4. 1975
Vorlesungsschluß:	12. 7. 1975
Semesterschluß:	30. 9. 1975

In englischer Übersetzung erschien im Januar 1975 die revidierte Fassung der Habilitationsschrift von Prof. Dr. Friedrich Buttler vom Fachbereich 5 (Wirtschaftswissenschaft - Rechtswissenschaft) der Gesamthochschule Paderborn. Sie wurde unter dem Titel: "Growth Pole Theory and Economic Development" vom Verlag Saxon House, D. C. Heath Ltd., Westmead, Favenborough, Herts England herausgegeben.

Im Januar 1975 erschien im Ludgerus-Verlag Essen unter dem Titel: "Der Mensch in der Literatur des Experiments", der letzte einer Reihe von Interpretationsbänden, die Prof. Dr. Dr. Friedrich Kienecker von der Gesamthochschule Paderborn (FB 3 Sprach- und Literaturwissenschaften) seit 1970 verfaßt hat. Diesem Buch vorausgegangen sind die Bände: "Der Mensch in der modernen Lyrik", "Der Mensch in der modernen Prosa" und "Der Mensch im modernen Drama".

Seine zweijährigen Erfahrungen über den Aufbau einer Gesamthochschule faßte Prof. Dr. Helmut Schrey, der Gründungsrektor der GH Duisburg, in einem Aufsatz zusammen, der jetzt als 4.

Band der "Schriften der Gesellschaft der Freunde der Niederrheinischen Universität Duisburg e. V." unter dem Titel: "Zwei Jahre Gesamthochschule Duisburg - Studienreform im Spannungsfeld von Ausbildungsauftrag, Wissenschaftsanspruch und Politik" erschienen ist.

KURZ-INFORMATION

Auf seiner 60. Sitzung am 8. Jan. 1975 verabschiedete der Gründungssenat der Gesamthochschule Paderborn nach zahlreichen vorausgegangenen Diskussionen eine Habilitationsrahmenordnung für die GH Paderborn.

KURZ-INFORMATION

Die Gesamthochschule Paderborn hat zwei Jahre nach dem ersten nun einen zweiten Veranstaltungskatalog "Hochschule kommt zum Bürger" zusammengestellt, der den Bildungsinstitutionen des südostwestfälischen Raumes in den nächsten Tagen übersandt wird. Wir hoffen, daß unserer neuen Aktion Erfolg beschieden sein wird.

DIE PARABEL VON DER ENT- STEHUNG EINER GESAMTHOCHSCHULE

Die Probleme, die sich seit Errichtung der fünf Gesamthochschulen in Nordrhein-Westfalen in ihren speziellen Gründungssituationen ergaben, faßte Professor Dr. Heinz Kosok von der GH Wuppertal in einer Parabel zusammen:

Der ferne gute König hatte die großartige Idee, ein völlig neuartiges Auto konstruieren zu lassen, das schneller, größer und sicherer sein sollte als alle anderen. Er rief deshalb eine Gruppe Experten zusammen: Sie bestand aus einem Friseurmeister, einem pensionierten Admiral, einem Polarforscher, einem Konditorlehrling, einem Beerdigungsunternehmer und einem Amateur-Astrologen. Die an sich ja ganz simple Aufgabe der sechs Experten wurde dadurch ein wenig erschwert, daß als Konstruktionsteile das Heck eines Volkswagens und das Vorderteil eines Traktors vorgegeben waren und daß der Umbau zur Neukonstruktion bei laufenden Motoren der beiden Teile erfolgen sollte. Ferner hatte der gute König es abgelehnt, die Bau-

stelle einzäunen zu lassen, so daß stets ein Haufen Volkes um das Fahrzeug herumstand und Maulaffen feilhielt; oft versammelten sich die Experten deshalb des Nachts beim Schein selbstgebastelter Laternen, dabei Beschwörungsformeln murmelnd, die wie "In-te-gra-tion, In-te-gra-tion" klangen. Als man die ersten der rund 5000 Pläne zu zeichnen begann, stellte sich heraus, daß nur einige der Experten das metrische System beherrschten, während andere auf der Verwendung von Zoll und Unze bestanden und der Amateur-Astrologe überhaupt nur dem eigenen Augenmaß als dem einzigen progressiven Ordnungsfaktor vertraute. Störende Ablenkung brachte auch der Versuch, einen weiteren Experten hinzuziehen, weil die einen sich für einen Landschaftsgärtner aussprachen, die anderen aber auf der Vordringlichkeit eines Homöopathen beharrten. Zudem sandte der kluge Minister des guten fernen Königs gelegentlich kryptische Botschaften wie etwa die folgende: "Es ist unbedingt darauf zu achten, daß das linke Hinterrad des neuen Fahrzeugs unter keinen Umständen das

rechte Vorderrad überholen kann". Als trotz dieser leichten Hindernisse innerhalb eines Jahres der Umbau gelang und das neue Auto fahrbereit war, zeigte man sich im Lande des guten Königs allgemein enttäuscht; man kritisierte nicht nur die ästhetischen Mängel der Linienführung, sondern vor allem die Tatsache, daß das Fahrzeug immer noch recht seitenwindempfindlich sei und daß es zudem gleich an mehreren Stellen klappere. Auch der gute ferne König war nicht glücklich, weil unter seinen monarchischen Kollegen niemand sein Konstruktionsmodell nachbauen wollte.

Trotzdem soll das Fahrzeug vorerst nicht verschrottet werden. Denn es läuft... und läuft ... und läuft.

PERSONALIA

Ernannt wurden:

vom 1. 10. 1974 - 31. 1. 1975

Dipl.-Ing.

F r a n k e , Günther

Oberbaurat ZV Dez. 5

abgeordnet OFD Hannover

zurückversetzt: 1. 2. 1975

Dr. rer. nat. Dipl.-Math.

B i e r s t e d t , Klaus

o. Prof. FB 17

vorher:

Ass. Prof. Uni Kaiserslautern

Wiss. Ass. (Verw.)

F e l d b u s c h , Elisabeth

FB 3 Germanistik

vorher:

GH Duisburg, Lehrbeauftragte /

Dt. Forsch. Gemeinschaft Duisburg, Wiss. Angst.

Wiss. Ass. (Verw.) Dipl.-Math.

F l e m m i n g , Klaus

FB 5 BWL

vorher:

Uni Heidelberg, Studium

Dr. phil. nat. Dipl.-Phys.

Wiss. Ass.

G r a u e l , Adolf

FB 6, Theor. Physik

vorher:

Gesellsch. f. Hochtemperatur-Reaktorbau, Köln, Wiss. Angst.

Dr. rer. nat. Wiss. Rat u. Prof.

I n d l e k o f e r , Karl-Heinz

FB 17

vorher:

Dozent Uni Frankfurt

Dr. rer. nat. Dipl.-Chem.

M a r s m a n n , Heinrich

Christian, Wiss. Rat u. Prof.

FB 6 Anorg. Chemie

vorher:

Uni Bochum, Dozent

Dr. rer. vee. o. Prof.

N a s t a n s k y , Ludwig

FB 5 BWL

vorher:

Ass. Prof. Uni Saarbrücken

Dr. rer. nat. Dipl. Phys.

N i k l a s , Jürgen

Wiss. Ass. FB 6 Exp. Physik

vorher:

Wiss. Angest. Uni Marburg

Dr. rer. nat. Dipl.-Chem.

P o l l m a n n , Peter

Doz. a. W. FB 6 Phys. Chemie

vorher:

Ass. Prof. Uni Berlin

Prof. Dr.

R a u t m a n n , Raimund

FB 17, Angew. Mathematik

vorher:

Uni Hamburg

Dr. der Handelswissenschaften

Dipl.-Kaufmann Dr.

S k a l a , Heinz

o. Prof. FB 5 VWL

vorher:

Uni Heidelberg, Wiss. Ass.

Dr. phil.

S t a l l i n g , Gesine

Wiss. Ass. FB 4 Kunst

vorher:

Studium Uni München

RÜCKTRITT

Am 18. 1. 1975 trat Prof. Dr. Horst Langemann aus gesundheitlichen Gründen von seinem Amt als Konrektor der Gesamthochschule Paderborn zurück. Das Rektorat und der Senat drückte sein Bedauern über diesen Schritt aus und würdigte die Verdienste Prof. Langemanns um den Aufbau der GH Paderborn. Gründungsrektor Prof. Dr. B. Carstensen dankte im Namen der Gesamthochschule Paderborn dem scheidenden Konrektor für seine ungeheuere Arbeitsleistung in den 2 1/2 Jahren der Gründungszeit.

PRÜFUNGEN

PROMOTIONEN - HABILITATIONEN

Am 16. 12. 1974 wurde der Diplom-Mathematiker Christian-Frieder Nelius im Fachbereich Mathematik-Informatik (FB 17) der Gesamthochschule Paderborn nach den neuen Promotionsverfahren als erster zum Dr. rer. nat. promoviert. Seine Dissertation mit dem Thema: "Ringe mit eindeutiger Addition" wurde von Prof. Dr. Lenzing betreut und be-

handelte ein Teilgebiet der Algebra, das im Fachbereich im Mittelpunkt der Forschung steht.

Christian-Frieder Nelius, Jahrgang 1942, studierte nach der Reifeprüfung an der Freien Universität Berlin, wo er 1968 das Diplom erwarb. Anschließend war er Tutor an der FU Berlin und arbeitete ab 1969 als Wissenschaftl. Assistent an der Fakultät für Mathematik an der Universität Bielefeld. Seit 1972 ist er Assistent im Fachbereich Mathematik-Informatik der GH Paderborn und erwarb sich beim Aufbau der neuen Hochschule große Verdienste.

Seine berufliche Zukunft sieht Nelius auch weiterhin auf dem Gebiet von Lehre und Forschung an der Gesamthochschule Paderborn.

Ebenfalls im FB 17 (Mathematik-Informatik) der Gesamthochschule Paderborn promovierte am 9. Dez. 1974 der Diplom-Mathematiker Wolfgang Lusky. In seiner Dissertation: "Zur Struktur von Lindenstrauß-Räumen" beschäftigte er sich mit einem Teilgebiet der Analysis. Lusky (Jahrgang 1948) studierte nach seiner Reifeprü-

fung an der TH Darmstadt, wo er im Januar 1973 das Diplom ablegte. Anschließend war er Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachbereich Mathematik der TH Darmstadt.

Seit Mai 1973 ist Wolfgang Lusky als Verwalter einer Assistentenstelle im FB 17 der GH Paderborn tätig.

Wolf-Dietrich Brettschneider, zur Zeit Verwalter einer Wissenschaftlichen Assistentenstelle an der Gesamthochschule Paderborn schloß am 16. 1. 1975 vor dem Akademischen Prüfungsamt unter Vorsitz des Gründungsrektors, Prof. Dr. Broder Carstensen, sein Promotionsverfahren ab. Er ist damit der erste Dr. paed. im Fach Sport (FB 2) an der Gesamthochschule Paderborn.

Die Dissertation, die sich mit einem zentralen Problem der Sportdidaktik befaßt, wird in einer Schriftenreihe zur Sportwissenschaft veröffentlicht. Das Rigorosum wurde in den Fächern Leibeserziehung (Prof. Dr. Kramer), Erziehungswissenschaft (Prof. Dr. Franz) und Psychologie (Prof. Dr. Schlüter) durchgeführt.

Brettschneider, der von 1965 bis

1970 an den Universitäten Münster und Bristol/England die Fächer Sport und Erziehungswissenschaft studierte, hatte seine 2. Staatsprüfung für das Lehramt am Gymnasium vor dem Bezirksseminar in Paderborn abgelegt. Seine künftige wissenschaftliche Tätigkeit im Bereich der Hochschule wird sich vornehmlich auf die Sportdidaktik konzentrieren.

Am 20. 1. 1975 hielt Privatdozent Dr. Frank Seela vom Fachbereich Naturwissenschaften (FB 6) in der Gesamthochschule Paderborn im Rahmen seines Habilitationsverfahrens eine Antrittsvorlesung mit dem Thema "Struktur, Darstellung und molekulare Wirkung ausgewählter Antibiotika". Seela, der seit 1959 an der Georg-August-Universität in Göttingen studierte, promovierte im Jahre 1967 bei Prof. Dr. H. Brockmann. Von 1967 bis 1970 war er Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Organische Chemie der Universität Göttingen. In den folgenden zwei Jahren arbeitete er als research fellow am Sterling Chemistry Laboratory der Yale-

University, New Haven, Connecticut (USA). 1972 erhielt er als Wissenschaftl. Assistent einen Lehrauftrag am Institut für Physiologische Chemie der Universität Marburg. Seit dem 1. 6. 1973 war er Akademischer Rat im Fachbereich 6 der Gesamthochschule Paderborn. Seine Forschungstätigkeit erstreckte sich vor allem auf das Gebiet chemisch modifizierter Antibiotika und trägergebundener Naturstoffe.

KURZ-INFORMATION

vom Dekan des Fachbereichs 16 (Elektrische Energietechnik) der Gesamthochschule Paderborn Abteilung Soest, Prof. Dipl.-Ing. Jürgen Grüneberg, erreichte uns folgende Meldung:

Im Januar ist im 3. Programm des WDR-Fernsehens ein neuer Fortbildungskurs im Medienverbund angelaufen. Er hat die in vielen Wirtschaftszweigen ungemein rasch an Bedeutung gewinnende Digitaltechnik zum Thema und ist für alle Interessenten bestimmt, die digitaltechnische Bauelemente und Systeme anwenden. Ein weiterer Interessentenkreis ist unter Lehrern des naturwissenschaftlichen und technischen Unterrichts im höheren allgemein-

und berufsbildenden Schulwesen zu erwarten. Darüber hinaus dürften interessierte Berufsschüler, Oberschüler und Studierende angesprochen sein. Der vom Westdeutschen Rundfunk und dem VDI-Bildungswerk des Vereins Deutscher Ingenieure entwickelte Kurs besteht aus einer 13-teiligen Sendefolge, vier ganztägigen Begleitseminaren des VDI-Bildungswerks (jeweils samstags) und aus einem Begleit-Buch (VDI-Verlag, Düsseldorf). Der Kurs kann Ende Mai dieses Jahres mit einer Prüfung abgeschlossen werden, über die ein VDI-Zertifikat erteilt wird.

Das Begleitseminar wird in 25 Städten Nordrhein-Westfalens durchgeführt, u. a. auch im Fachbereich 16 der Gesamthochschule Paderborn, Abt. Soest.

STUDENTISCHES

An dieser Stelle soll den einzelnen studentischen Hochschulgruppen, die im Studentenparlament vertreten sind, Gelegenheit gegeben werden, ihre Ziele und ihre Arbeit einer größeren Öffentlichkeit vorzustellen. Die Reihenfolge erfolgt paritätisch nach der Sitzverteilung im Studentenparlament. Da die Jung-

sozialisten mit 16 Sitzen die größte Hochschulgruppe an der GH Paderborn darstellt, veröffentlichen wir als ersten Beitrag dieser Reihe ihre Selbstdarstellung:

Als Alternative zu bestehenden kleinen Hochschulgruppen wurde die JUSO-HG vor ca. 2 1/2 Jahren an der GH Paderborn gegründet. Schon nach sehr kurzer Zeit stellte sie sich als größte studentische Hochschulgruppe und wichtigen politischen Faktor in den Hochschulgremien dar. Ihren Ausgang nahm sie an der ehemaligen Staatl. Ingenieurschule, an der viele gewerkschaft organisierte Studenten studierten. Vor 3 Semestern gelang es überraschend schnell, in den geistes- und wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen am Fürstenweg und in der Balhornstraße als dominierende Hochschulgruppe präsent zu sein, nicht zuletzt, weil es einen engen Konsens in den bildungspolitischen Zielvorstellungen mit der dort organisierten GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) gab und weiterhin gibt und zugleich viele Jungsozialisten in der GEW-Hochschulgruppe organisiert sind.

Ziel unserer Bildungspolitik,

insbesondere der Hochschulpolitik, ist die Verwirklichung jungsozialistischer und sozialdemokratischer Zielsetzungen.

Diese sind:

- Chancengleichheit im Bildungsbereich
keine Privilegien für sozial Bessergestellte, mehr Chancen für sozial schwache Möglichkeiten zur Kompensierung der schlechteren Ausgangssituation
- Bildungs- und Studienreform unter vorgenannter Zielsetzung im Sinne demokratischer Prinzipien
 - berufsfeldbezogene Ausbildung
 - keine Schmalspurausbildung sondern eine fundierte wissenschaftliche Ausbildung, die den Studenten zu kritischer Reflexion in Studium und Beruf befähigt
 - Förderung des demokratischen und gesellschaftspolitischen Bewußtseins der Studenten
- Reform der Personalkörperstruktur und der Arbeit in den akademischen Gremien
 - Keine Diskriminierung der Fachhochschullehrer und wissenschaftlichen Mitarbeiter in Forschung u. Lehre, sondern Gleichheit und Gleichwertigkeit dieser Personengruppen
 - Unterteilung der Gruppen an der Hochschule wie folgt:

1. Arbeitnehmer mit Lehraufgaben (alle, die an der Hochschule lehren)
2. Arbeitnehmer ohne Lehraufgaben (z. B. Sekretärinnen, technisches Personal, Beamte etc.)
3. Studierende
 - Die Arbeit in den Gremien muß von gegenseitiger Toleranz und Respektierung bestimmt werden. Hochschullehrer sollen nicht in jedem Fall ihre Mehrheit ohne Rücksicht auf die besondere Interessenlage der Studenten ausspielen
 - Hochschullehrer sollen in Zukunft unter Berücksichtigung ihrer fachlichen Eignung und insbesondere in ihrer Funktion als TRÄGER einer Studienreform in vorgenannten Sinn berufen werden. Nicht nur gute Beziehungen und Querverbindung dürfen für eine Berufung mitausschlaggebend sein!
 - Die Verfaßte Studentenschaft als rechtsfähige Teilkörperschaft der Gesamthochschule muß realisiert werden.
 - Das politische Mandat ist notwendig und zu fordern. (Die Hochschule ist keine Insel in der Gesellschaft. Treten wir z. B. für Mietpreisreduzierung in Paderborn ein, so

dies als Forderung für alle sozial Schwachen und nicht nur für Studenten, als eine Interessengruppe).

Wir verstehen uns aber nicht als Vertreter sozialdemokratischer Regierungspolitik in Sachen Bildung, sondern werden immer dann die Punkte konstruktiv kritisieren, die nicht unseren Vorstellungen entsprechen. Unabdingbares Ziel bleibt die Erhaltung der studentischen Organe als Bestandteil einer Verfaßten Studentenschaft.

Wir engagieren uns für eine Politik des demokratischen Sozialismus, einer Demokratisierung und Humanisierung aller gesellschaftlichen Bereiche, auch und vor allem der Wirtschaft. Für die Jungsozialisten ist Demokratie und Sozialismus nicht zu trennen, d. h., daß autonome Gewerkschaften, Minderheitenschutz, eine organisierte Opposition, allgemeine, freie, gleiche und geheime Wahlen, die Unabhängigkeit der Rechtsprechung von der politischen Gewalt garantiert sein müssen!

Die Jungsozialisten an der Hochschule sind die einheitliche Vertretung der sozialdemokratischen Studenten an den Hochschulen. Sie wollen keine Standesinteressen vertreten, sondern die Interessen

aller abhängig Beschäftigten in ihre Politik miteinbeziehen.

Die Arbeit der Jungsozialisten-Hochschulgruppe zeigt sich mittlerweile in den Gremien an der Gesamthochschule Paderborn. In allen Fachbereichen der Hochschule arbeiten Jungsozialisten als Studentenvertreter. Im Studentenparlament stellen sie die stärkste Fraktion. Gleichzeitig sind sie in überregionalen Kommissionen und Gremien vertreten.

Unsere Arbeit soll übersichtlich und transparent gestaltet werden. Unsere Mitglieder, die nicht Mitglied der SPD sein müssen, werden durch zusätzliche wissenschaftliche Veranstaltungen weitergebildet.

Wöch-entlicher Treffpunkt (Jour Fix): Jeden Montag 20.00 Uhr im Passt (Studentenzentrum) am Tegelweg in den Räumen der Evangelisch-katholischen Hochschulgemeinde. Kontakt: Eberhard David 4790 Paderborn, Dr.-Rörig-Damm 22 oder in allen AStA-Büros am Fürstenweg und Pohlweg.

Für die JUSO-Hochschulgruppe:
Ingrid Morfeld, Eberhard David,
Wolfgang Merten.

NEUWAHL DES PRÄSIDIUMS DES STUDENTENPARLAMENTS

Am 17.12.1974 fand die konstituierende Sitzung des 3. Studentenparlaments der Gesamthochschule Paderborn statt. Dabei wurde das Präsidium neu gewählt. Aus den Wahlen gingen hervor:

Präsident des Studentenparlaments

Karl-Ludwig H e s s e ,
FB 5

Beisitzer:

Sigurd H o f m a n n ,
FB 15

Ein weiterer Beisitzer wird noch gewählt.

Das 3. Studentenparlament setzt sich jetzt zusammen aus:

Jungsozialisten	16 Mitglieder
RCDS	4 Mitglieder
Sozialistische	
Liste	3 Mitglieder
Gewerkschaftl. orientierte Studenten	3 Mitglieder
Unabhängige	3 Mitglieder

Das Studentenparlament hat sich durch Beschluß auf Grund der alten Satzung konstituiert. Es hat dem AStA den Auftrag erteilt, im neuen Jahr unverzüglich eine neue Satzung durch

die Studentenschaft verabschieden zu lassen.

NEUWAHL DES ALLGEMEINEN STUDENTENAUSSCHUSSES DER GESAMTHOCHSCHULE PADERBORN

Auf der konstituierenden Sitzung des 3. Studentenparlaments der Gesamthochschule Paderborn am 17. 12. 1974 wurde ein neuer AStA gewählt. Alle Referenten gehören mit einer Ausnahme der Hochschulgruppe der Jungsozialisten an:

Koordination u. Organisation
(gleichzeitig auch AStA-Sprecher)
Gero K r i e g e r , FB 5

Coreferent:
Bernd S i e r e n , FB 3

Politreferent:
Eberhard D a v i d , FB 17

Coreferent:
Rainer P o t t h a s t , FB 13
Reinhard H e g e r f e l d , " 17

Finanzreferent:
Heinz H a s s e , FB 5

Sozialreferentin:
Susanne G l i t t , FB 3

Kulturreferent (Sport):
Reinhard S c h y n o l , FB 2

Coreferent: (für Sport zuständig)

Jochen E r i k s e n , FB 2

Informationsreferent:

Rainer B a u e r , FB 1

Als wichtigste Aufgabe sieht der AStA die Durchführung einer Urabstimmung für die neue Satzung der Studentenschaft an, um sich für zukünftige Aktionen eine gültige rechtliche Basis zu schaffen. Die wichtigsten Neuerungen dieser Satzung sind:

- 1.) Der AStA wird nach dem Vorstandsprinzip aufgebaut. Dadurch ergibt sich eine stabile Rechtssicherheit, die nach dem augenblicklichen Stand nicht gewährleistet ist.
- 2.) Der Aufbau von Fachschaftsräten. Dadurch soll das Nebeneinander der Studenten im Fachbereichsrat (Kollegialebene) und Studentenparlament und AStA (Selbstverwaltung der Studenten) aufgehoben werden. Außerdem wählen die Studenten des betreffenden Fachbereichs noch 3 weitere Mitglieder aus ihrer Mitte in den Fachschaftsrat. Durch dieses Prinzip wird es der

Studentenschaft eher möglich sein, ihre besonderen Interessen einsichtlich der Information u. Durchsetzung ihrer Forderungen gegenüber Hochschule, Verwaltung, Ministerium und Dozenten durchzusetzen.

Während seiner Amtszeit beabsichtigt der AStA eine enge Zusammenarbeit mit allen studentischen Vertretern und allen Organen der Hochschule. Im Mittelpunkt werden dabei Fragen der Studienreform stehen. Anfang des Jahres beabsichtigt er eine Synopse zu erstellen, die die Situation der Studien- und Prüfungsordnungen aller Fachbereiche erläutern soll. Dabei wird die Mitarbeit aller studentischen Fachbereichsvertreter notwendig sein. Mit dem Rektorat und dem Senat wird der AStA Gespräche führen über die personelle Situation der einzelnen Fächer, vor allem der Politischen Wissenschaften, der Soziologie und des Sports. Weiteres Thema wird die technische Ausstattung der naturwissenschaftlichen Disziplinen sein.

STUDIENBERATUNG

Anläßlich eines Besuches der Technischen Universität Hannover erklärte Dr. Peter Glotz, der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, gerade das differenzierte Studiengangssystem der Gesamthochschule mit seiner größeren Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Bereichen erfordere eine umfassende Information der Studierenden über das vielfältige Studienangebot und die entsprechenden Anforderungen. Der Aufbau eines umfassenden Systems von Studienberatung könne dazu beitragen, das Studium für den einzelnen transparenter zu gestalten und die Effektivität der Ausbildung zu erhöhen. Verbesserte Studienberatung werde auch die zu erwartende Einführung der Regelstudienzeit erleichtern.

In diesem Zusammenhang wiederholt Dr. Glotz das Angebot des Bundes, sich an den Kosten für Modellversuche in diesem Bereich zu beteiligen. Er führte

weiter aus, daß der Bund bereits eine Reihe von entsprechenden Vorhaben zusammen mit den jeweiligen Ländern fördere.¹⁾

Anmerkung der Redaktion

Sollten nicht auch die Lehrenden der Gesamthochschule Paderborn gemeinsam Überlegungen anstellen, auf welche Art und Weise man die Studienberatung reformieren könnte.

Das Angebot, finanzielle Mittel für derartige Modellversuche freizustellen, dürfte kaum wiederholt werden.

1) entnommen aus dem Informationsblatt "Nachrichten", herausgegeben vom Bundesminister für Wissenschaft und Bildung, Nr. 25/74, vom 28.11.1974, S. 6

AUSSTELLUNGEN

Am 25. November 1974 begann in den Westfälischen Kammerspielen eine Ausstellung mit bemerkenswerten Gemälden. Der Maler war der 22-jährige Student Mohamed El Hocine Tiba, der an der Gesamthochschule Paderborn Erziehungswissenschaft (FB 3) studiert. Der junge Berber stammt aus Algerien, aus Ouldjer im Südwesten des nordafrikanischen Landes und ist ein echter "Wüstensohn", denn er wurde tatsächlich in der Sahara geboren. Wie seine Gedanken und seine Sehnsucht um seine Heimat kreisen, so erzählen auch alle seine Bilder von der Wüste. "Ich male die Sahara und mein Bild von der Sahara". Gleichgültig, welche Ideen und Vorstellungen er in seinen Bildern realisieren will, immer ist die Wüste gegenwärtig, selbst bei einem Bild von Frankfurt oder bei einem dem er den Titel gab "Wenn die Erde alt wird!"

Mohamed El Hocine Tiba lebt seit 6 Monaten in Deutschland, zunächst in Frankfurt. Doch die moderne Großstadt bedeutete für ihn der Gegenpol zur Sahara. Da ihm die Mainmetropole mißhagte - sie war ihm zu laut - wählte er Paderborn als Studienstadt. Hier fand er die Stelle, die er suchte. "Das hier ist wie in der Sahara

- beinahe".

Neben seiner Malerei entwirft Tiba auch Psychogramme und betätigt sich als Karikaturist. Besonders das "Chile-Thema" faszinierte ihn bisher. Seine Kritik an der Junta, an Diktatur und Militarismus ist voller Schärfe und demaskierend. Als nächstes plant er eine Reihe von Paderborner Karikaturen. Tibas Ausstellung wird demnächst auch in Essen und Düsseldorf zu sehen sein.

BESUCHE AN DER GH PADERBORN

Da eine Oberprima des Gymnasiums Theodorianum und ihr Klassenlehrer Studiendirektor Krüger den Wunsch geäußert hatten, über die Gesamthochschule Paderborn detaillierte Informationen zu erhalten, lud der Dekan des Fachbereichs 6 der GH Paderborn, Dr. Minas, die Schüler zu einer Informationsveranstaltung am 19. 12.1974 ein.

Die Veranstaltung begann um 7.30 Uhr mit einem Vortrag von Prof. Dr. Minas über die Entstehung der Gesamthochschule Paderborn, über ihren Aufbau im Vergleich zur herkömmlichen Universität und über die verschiedenen Studien-

möglichkeiten. In einer anschließenden Diskussion hatten die Schüler Gelegenheit, Fragen an den Fachvertreter zu stellen.

Um 8.30 Uhr nahmen die Gymnasiasten an einer Vorlesung über Experimentalphysik bei Herrn Prof. vom Ende teil. Im Anschluß daran hörten sie eine Vorlesung über organische Chemie bei Prof. Dr. Minas.

Eine Führung durch die Einrichtungen und Laboratorien der GH Paderborn am Pohlweg unter Leitung von Prof. Dr. Klemm ergänzte den Einblick in den Studienbetrieb. Im Mittelpunkt standen vor allem die Verfahrenstechnik, die Chemie, die Datenverarbeitung, die Bibliothek und die Mensa. Fragen der Studienmöglichkeiten wurden in einer abschließenden Diskussion zwischen den Schülern und den Lehrenden der GH Paderborn erneut erörtert.

Mr. D.B. Pickersgill, Regional Director des British Council, Köln, und Mr. M. Adlan, English Language Teaching Officer des British Council, statteten am 5.12.1974 der Gesamthochschule Paderborn einen Besuch ab, um sich bei den Professoren Brockhaus und Müllenbrock über den Aufbau der Gesamthochschule und die Ausbildung der Anglistik-Studenten zu

informieren. Der Gründungsrektor der Gesamthochschule Paderborn empfing die englischen Gäste zu einem Arbeitsessen, bei dem vor allem Gespräche über die von der GH Paderborn erwünschte Jumelage mit einer britischen Universität geführt wurden.

WDR-RADIOTHEK IN DER GESAMTHOCHSCHULE

Zu einem Campus-Konzert hatte der ASTa der Gesamthochschule Paderborn am 5. 12. 1974 in die Aula am Fürstenweg eingeladen. Anlaß war die Zusage des Westdeutschen Rundfunks, die Sendung "Radiothek" live aus den Räumen der Gesamthochschule zu senden.

Prominente Namen standen auf der Liste des 4-stündigen Programms: Begleitet von ihrem Gitarristen Jürgen Schröder sang Olivia Molina mexikanische Folklore. Aus der CSSR kam der Ragtime-Gitarrist Sammy Vomaćla und aus Berlin der Liedermacher Tom Stüve. Werner Müller mit der Big Band des WDR und die Jazzformation der WDR-Big-Band sorgten für die musikalische Umrahmung der einzelnen Auftritte. Bereits eine Stunde vor der Sendung brachte die Dixiegruppe

Raintown-Six-One die zahlreich erschienenen Gäste in Stimmung. Eingebildet in dieses abwechslungsreiche Musikprogramm waren die - in der Radiothek üblichen - Sprechbeiträge. In drei Gesprächsrunden hatten der AStA, der RCDS und Vertreter der Hochschule Gelegenheit, zu dem Thema "Allgemeinpolitisches Mandat - hochschulpolitisches Mandat" Stellung zu nehmen. Die abschließende Diskussion brachte klar die sehr unterschiedlichen Meinungen zum Ausdruck, die von den anwesenden Gästen lautstark kommentiert wurden. Trotz der politischen Kontroversen blieb die Stimmung bis zur letzten Minute ausgezeichnet.

NEUJAHRSEMPFANG BEIM REKTOR

Zum traditionellen Neujahrsempfang lud der Gründungsrektor der Gesamthochschule Paderborn, Prof. Dr. Broder Carstensen, am 12. Januar 1975 die Mitglieder des Rektorats, die Abteilungsleiter der Abteilungen in Höxter, Meschede und Soest und die Dekane ein. In seiner Begrüßungsrede dankte er allen Mitarbeitern für die gute und konstruktive Zu-

sammenarbeit im vergangenen Jahr und gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß auch 1975 die anstehenden Probleme auf dieser gemeinsamen Basis angepackt und gelöst würden. Er fuhr fort, daß zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Aussagen gemacht werden könnten, wann die Gründungsphase beendet sei. Erst nach der Novellierung des Hochschulrahmengesetzes und damit nach der Novellierung des Hochschulgesetzes des Landes NRW könne man mit der Festsetzung eines konkreten Termines rechnen. Bis dahin gelte es, den Aufbau der Gesamthochschule Paderborn in gemeinsamer Arbeit fortzuführen.

Im Namen der anwesenden Gäste dankte der Konrektor der GH Paderborn, Prof. Dr. Christian Heichert, dem Gründungsrektor für seine organisatorische Leistung in dieser für alle Beteiligten schweren Gründungszeit. Er betonte, daß vor allem die Kollegialität und das Vertrauen, das Prof. Carstensen seinen Mitarbeitern entgegenbrachte, die Bewältigung der Aufgaben ermöglicht habe.

EXKURSIONENBESUCH IN BONN UND DÜSSELDORF

Eine Studentengruppe des Fachbereichs 5 der Gesamthochschule Paderborn unternahm im Dezember des vergangenen Jahres unter Leitung der Professoren Bartels und Herold eine Exkursion nach Bonn und Düsseldorf. Zweck der Reise war die Besichtigung von Datenverarbeitungsanlagen, der Börse und der Deutschen Bank als Ergänzung zu Unterrichtsveranstaltungen.

Zunächst ging die Fahrt nach Bonn, wo die Teilnehmer nach einem einführenden Filmvortrag über das Bundespresseamt als "Auge, Ohr und Mund" der Bundesregierung das "Message Switching System" dieser Behörde besichtigten. Hier laufen von den sieben wichtigsten Nachrichtenagenturen Meldungen über Fernschreiber ein, die sofort auf Bildschirme projiziert werden. Ein Redakteur verfolgt die Eingänge auf einem Monitor und leitet sie nach ihrer Bedeutung an die zuständige Behörde weiter oder gibt sie zur Speicherung auf Magnetplatten frei.

Anschließend besichtigten die Stu-

denten die zentrale Datenspeicherung. Hier werden seit 1969 unter anderem sämtliche Reden prominenter Politiker gespeichert und sind durch Eingabe mehrerer Diskriptoren abrufbar.

Der zweite Tag begann mit einem Besuch bei der Börse in Düsseldorf. Nach einer Filmvorführung über die Aufgaben dieses "Marktes für Wertpapiere" besichtigten die Teilnehmer den Börsensaal, in dem den Studenten ein Einblick in die Funktionsweise dieser Einrichtung vermittelt wurde. Die Führung durch die Börse veranstalteten Mitarbeiter der Deutschen Bank in Düsseldorf, die die Exkursionsteilnehmer anschließend in die Filiale ihres Instituts einluden. Hier erhielten sie Einblick in die Münz- und Wertpapierabteilung, in den Tresorraum und in die Kassenhalle. Am Nachmittag diskutierten die Studenten mit mehreren Mitarbeitern der Deutschen Bank über die Bedeutung der Banken für die Volkswirtschaft, über ihre Macht sowie über Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten in diesem Bereich.

JUBILÄUM IN MESCHEDE

Ende November 1974 feierte die Abteilung Meschede der Gesamthochschule Paderborn mit einem zweitägigen Veranstaltungsprogramm ihr 10-jähriges Bestehen.

In seiner Begrüßungsansprache wies Bürgermeister Peus darauf hin, daß die Abteilung sich aus den kleinsten Anfängen heraus entwickelt habe. Als man an der Ingenieurschule Meschede, der Vorläuferin der heutigen Abteilung der GH Paderborn, zum Wintersemester 1964/65 mit 35 Studenten den Vorlesungsbetrieb aufgenommen habe, habe es sich um einen Versuch gehandelt, ob der Raum des Sauerlands eine tragbare Basis für solch eine Bildungsinstitution bilden könne. Das stete Wachstum der Abteilung, an der heute fast 700 Studenten eingeschrieben seien, sei jedoch Ausdruck der bildungs- und strukturpolitischen Bedeutung dieser Einrichtung für Meschede und die Region Sauerland.

Auch Regierungspräsident Fritz Ziegler betonte in seiner Ansprache die Gemeinsamkeit von Bildungs- und Strukturpolitik. Er führte aus: "Die Abteilung Meschede gehört zur Grundausstattung dieses Raumes und ist besonders unter infrastrukturellem Aspekt von Bedeutung."

Landrat Otto Entrup (MdB) wies in seiner Glückwunschede ebenfalls auf die Bedeutung der Hochschule hin, die als einzige Institution im Bildungssektor zur Strukturverbesserung der Region des Hochsauerlandes wesentlich beitrage.

Einen Blick zurück in die vergangenen zehn Jahre warf Oberschulrat Heymann, der erste Leiter der damaligen Ingenieurschule. Er blätterte in den ernsten und heiteren Seiten der Annalen und berichtete von den zahlreichen Schwierigkeiten in Unterrichts- und Lehrbetrieb.

Der jetzige Abteilungsleiter Prof. Dr. Wolfgang Wiedenroth, skizzierte die derzeitige Situation der Mescheder Hochschule. Als zukünftige Aufgaben nannte er den Ausbau der Abteilung als bildungspolitischer Kristallisationspunkt im Hochsauerland, den Ausbau und die Erweiterung der integrierten Studiengänge und die verstärkten Bemühungen um die von der Hochschule betriebenen Erwachsenenbildung.

Die Festrede der Feierstunde im Foyer des Rathauses, bei der zahlreiche Vertreter von Politik und Verwaltung aus dem ganzen Sauerland anwesend waren, hielt Prof. Dr. Broder Carstensen, der Gründungsrektor der Gesamthochschule Paderborn, Am Beispiel der Einwirkung der technischen Fachsprache auf die Umgangssprache verdeutlichte er das Vordringen der Technik in alle menschlichen Lebensbereiche. Aus seinen Darlegungen zog er das grundsätzliche Fazit: "daß die Sprache der Wissenschaften, auch die der Geisteswissenschaften, seit langem von Einsprengseln aus der Technik, der Physik, der Biologie usw. durchsetzt ist. Diese haben sie zwar nicht schöner gemacht, ihr als Mittel der Kommunikation in einer modernen Welt aber größere Brauchbarkeit und Zweckmäßigkeit verliehen. Diese Sprache ist nüchterner, klarer, griffiger geworden. Zwei Welten sind sich in unserer Zeit begegnet: die des Individuums und die der Technik. Diese Begegnung hat so

viele Sachverhalte geschaffen, daß wir noch mitten in dem Prozeß ihrer geistig-seelischen und ihrer sprachlichen Bewältigung stehen. Die Pessimisten sprechen vom sprachlichen Atomismus als Ergebnis dieses Prozesses - die Realisten meinen, daß es sich um einen nur zu natürlichen Vorgang handelt, in dem die Technik sich ihrer Bedeutung in unserem modernen Weltbild gewiß auch sprachlich mehr und mehr durchsetzt."

Im Anschluß an den Festakt im Rathaus fand eine Führung durch die Räume der Abteilung der Gesamthochschule Paderborn statt, nach der sich die zahlreichen Gäste zu einem Imbiß trafen. Am folgenden Tag hatte die Bevölkerung Gelegenheit, die Werkstätten und Labors der Hochschule zu besichtigen und an Vorführungen und Versuchen teilzunehmen. Der große Festball am Abend in der Schützenhalle bildete den Abschluß dieses denkwürdigen Jubiläums.

10-JAHRES-FEIER IN DER ABTEILUNG SOEST

Der Gründungssenat der Gesamthochschule Paderborn hielt am Tage des zehnjährigen Jubiläums der Abteilung Soest der GH Paderborn seine turnusmäßige Sitzung in Soest ab. Im Vordergrund des Interesses stand ein Bericht des Abteilungsleiters Professor Rosenwald über die Situation der drei Fachbereiche: Elektrische Energietechnik, Landbau und Maschinentechnik. Die öffentliche Sitzung gab auch den Studenten Gelegenheit, dem Gründungssenat ihre Sorgen vorzutragen. Besonders kritisch äußerten sie sich über die Erfahrungen mit der zentralen Vergabe der Studienplätze.

Im Anschluß an die Senatssitzung gab die Stadt Soest im Foyer des Morgnerhauses einen abendlichen Empfang, auf dem Bürgermeister Klemann die Mitglieder des Gründungssenats herzlich willkommen hieß. In seiner Begrüßungsansprache betonte er, die Entscheidung, vor zehn Jahren eine Ingenieurschule in Soest zu gründen, habe sich als richtig erwiesen. Wenn die Abteilung Soest auch nur ein "Ableger" von Paderborn

sei, so besitze die Stadt doch immerhin eine nicht unbedeutende Hochschulabteilung.

Der Rektor der Gesamthochschule, Professor Dr. Carstensen dankte der Stadt Soest für ihr Entgegenkommen und ihre Unterstützung. In seinen Dank schloß er auch den damaligen Leiter der Ingenieurschule, Dr. Pokorny und den jetzigen Leiter der Abteilung, Dipl.-Ing. Rosenwald, mit ein. Beide hätten sich verdienstvoll für die Weiterentwicklung der Abteilung eingesetzt. Weiter fuhr er fort, wenn auch die Novellierung des Hochschulgesetzes noch große Sorgen bereite, so brauche man sich doch um die Existenz der Soester Abteilung keine Sorgen zu machen.

KOLLOQUIEN

Am 10.12.1974 fand in der Abteilung Meschede der Gesamthochschule Paderborn das erste Kolloquium zum Themenkreis "Massenguttransport durch Rohrleitungen" statt. Zu dieser eintägigen Veranstaltung waren etwa 20 Gäste aus Wissenschaft und Praxis geladen. Über den Verlauf und über das Ergebnis dieses Kolloquiums be-

richtet der Abteilungsleiter der Abteilung Meschede, Professor Dr. Wiedenroth:

Zum Kolloquium über den hydraulischen Massenguttransport versammelten sich etwa 20 geladene führende Wissenschaftler und Repräsentanten der Wirtschaft am 10.12.1974 an der Gesamthochschulabteilung Meschede mit interessierten Dozenten und Studenten. Nach der Begrüßung durch Herrn Professor Dipl.-Ing. Borgas referierte Herr Dr.-Ing. Kaszanski vom Franzius-Institut der TU Hannover über die Auswirkungen von Feinstoffen auf den Druckverlust und Fragen der Turbulenzstruktur bei waagerechter Rohrförderung.

Im anschließenden Bericht erörterte Herr Dr.-Ing. Dedegil von der TU Karlsruhe die Arbeitsweise des Lufthebeverfahrens und umriß die Einsatzmöglichkeiten dieser ohne bewegte Teile arbeitenden Anlagen im Bergbau und zu viel-diskutierten Manganknollenförderung auf den Ozeanen. Die lebhaften Diskussionen fanden auch während der eingeschobenen Erfrischungspause keine Unterbrechung.

Wie vorteilhaft der Einsatz hydraulischer Fördereinrichtungen im Steinkohlenbergbau sein kann,

zeigte Herr Dipl.-Ing. Harzer vom Steinkohlenbergbauverein Essen mit Angaben über Förderkosten. Dabei wird die Kohle mittels Druckwasser im Flöz gelöst und durch Stollen und Schacht gefördert. Bekräftigt durch Stimmen aus dem Zuhörerkreis konnte er feststellen, daß die Abbau- und Fördermethode eine Verringerung der Förderkosten von 30 bis 50 % gegenüber der herkömmlichen erbringt und gleichzeitig viele unangenehme Nebenerscheinungen wie Staubentwicklung und Schlagwettergefahr wesentlich herabsetzt. Der von Herrn Professor Dr.-Ing. habil. Weber der TU Karlsruhe gezeigte Film über die Black-Mesa-Pipeline, die größte Kohle-pipeline der Welt, vermittelte einen plastischen Eindruck von dieser 460 km langen Anlage, die stündlich 650 to Kohle vom Black-Mesa-Tal zum Großkraftwerk am Colorado-River seit Jahren ohne Unterbrechung fördert.

Am Nachmittag stellt Herr Dir. Dr.-Ing. Welte vom Werk Lübeck der Orenstein u. Koppel AG ein in Zusammenarbeit mit dem Institut von Herrn Professor Dr.-Ing. habil. Führböter an der TU Braunschweig untersuchtes völlig neuartiges Verfahren zur Entleerung der Laderäume von Hopperbaggern

vor. Dabei wird das im Hopper-
raum abgelagerte Fördergut durch
Druckwasser fließfähig gemacht
und mit einem hohen Feststoffge-
halt verspült. Nach der Dis-
kussion dieses Beitrages bat der
Abteilungsleiter Professor Dr.-
Ing. Wiedenroth die Teilnehmer
zu einer Besichtigung der Ma-
schinenhalle und der hydrau-
lischen Feststoffförderanlage
der Abteilung. Die Gäste zeig-
ten sich von den installierten
Anlagen so beeindruckt, daß sie
diese so weit sinnvoll - eben-
falls anwenden werden.

Die Teilnehmer verabschiedeten
sich nach einer abschließenden
Diskussion mit dem Wunsch nach
einer neuen Zusammenkunft in
Meschede und der Vergabe von
Forschungsarbeiten an die Ab-
teilung.

Seit Beginn des Wintersemesters
1974/75 wird von den Dozenten
der Chemie (FB 6 - Naturwissen-
schaften) ein "Chemisches
Kolloquium" veranstaltet. Bis-
her sind dazu 7 Gastdozenten
in- und ausländischer Universi-
täten und Institute eingeladen
worden:

Gastdozenten Chemisches

Kolloquium 74/75

<u>Datum/Ort</u>	<u>Name</u>	<u>Thema</u>
25.10.74	Prof. Dr. H. Sackmann Halle/Saale	Thermodynamik u. Polymorphie flüssiger Kristalle
12.11.74	Prof. Dr. B. Krebs, Uni Bielefeld	Neue Ergebnisse der Chemie und Strukturchemie anorganischer Thio- und Oxoverbindungen
19.11.74	Dr. Green, Rehovot/ Israel	Asymmetric Synthesis via organic reactions in chiral crystals
2.12.74	Prof. Dr. Kickuth, Uni Göttingen	Codierungsprobleme bei der chemischen Kommunikation
9.12.74	Prof. Dr. Ebert, Uni Marburg	Spektralpolarimetrische Unter- suchungen der Ordnungsumwand- lungen von Poly-aminosäuren
11.12.74	Prof. Dr. Seifert, GH Kassel	Untersuchungen an Systemen AX-MeX (AX = Alkalimetallhalogenide; X = Cl, Br, J) mit Hilfe der Differenzthermoanalyse
15.12.74	Priv.-Doz. Dr. A. de Meijere, Universität Göttingen	Darstellung und außergewöhnlichen Reaktionen neuer polycyclischer Kleinringverbindungen

Diese Veranstaltungen waren durchweg sehr zahlreich besucht und fanden reges Interesse, das sich in meist ausgedehnten Diskussionen dokumentierte. Da sich auch Interessenten aus der Paderborner Bevölkerung und Gäste benachbarter Universitäten beteiligten, beabsichtigen die Dozenten des Faches Chemie, die Veranstaltungsreihe fortzusetzen.

TAGUNGEN

Am 10. Januar 1975 veranstaltete in Soest die "Susatia" (Verband Ehemaliger des FB Landbau) eine ganztägige Vortragstagung. Die Referate hatten Dozenten des Fachbereichs 9 - Landbau - der Abteilung Soest der Gesamthochschule Paderborn übernommen. Nach der Eröffnung und Begrüßung durch den Vorsitzenden der "Susatia", Reinhard Schulze-Ardey, sprachen:

FHL Prof. Dr. Nowack zum Thema:
"Kann der Trinkwasserschutz die Landwirtschaft behindern?"

FHL Prof. Dr. Wilmes zum Thema:
"Sind tierische Nahrungsmittel gesundheitsschädlich?"

FHL Prof. Dr. Schütter über
"Probleme der Existenzsicherung landwirtschaftlicher Betriebe."

Im Anschluß daran fand die AH-Tagung der "Susatia" im Wilhelm-

Morgner-Haus in Soest statt.

FORTBILDUNGSTAGUNG

"DER AUDIOVISUELLE UNTERRICHT"

In der Zeit vom 2. bis 6. Dezember 1974 konnte die Gesamthochschule Paderborn zu ihrer Fortbildungstagung "Der audiovisuelle Unterricht" 22 Medienspezialisten von belgischen Hochschulen und Universitäten begrüßen. Die belgischen Gäste - 20 Professoren und zwei Ministerialbeamte - waren durch die Ständige Konferenz der Kultusminister nach Paderborn vermittelt worden, um an Ort und Stelle ein Modell zur Medienpädagogik kennenzulernen, das im Fachbereich 2 der Gesamthochschule Paderborn (Erziehungswissenschaften, Psychologie, Leibesübungen) unter der Leitung von Prof. Dr. Johannes Franz in Zusammenarbeit mit dem Schulfunk und Schulfernsehen des Westdeutschen Rundfunks entwickelt wird.

Nach der offiziellen Begrüßung durch den Gründungsrektor der GH Paderborn, Prof. Dr. B. Carstensen, begann ein reichhaltiges Programm, das der FB 2 zusammengestellt hatte und das fünf inhaltliche Schwerpunkte umfaßte.

Untersucht wurden einmal die verschiedenen Formen des Fernsehens als Bildungsinhalte. Dabei ging es vor allem um die Problematik der Aufzeichnung und Wiedergabe, um Fragen der Integration und um die Analyse der Forschungsergebnisse.

Als zweiter Problemkreis stand der Videorecorder als Trainingselement in der Lehrerausbildung zur Diskussion, wobei das Lehrer - Schülerverhalten vor der Kamera sowie die objektive und subjektive Beobachtung im Mittelpunkt der Erörterungen standen.

An den Besuch des Sprachlabors der Firma Nixdorf, Paderborn, künpften sich Fragen des Gruppen- und Einzeltrainings und der Steuerung durch den Lehrer oder durch das Programm an.

Im Anschluß an die Besichtigung des audiovisuellen Zentrums des FEOll (Forschungs- und Entwicklungszentrum für objektivierete Lehr- und Lernverfahren) diskutierten die deutschen und belgischen Kollegen über die Probleme der Mediendidaktik und über die Entwicklung eines Lehrerfortbildungsmodells. Der letzte Programmpunkt widmete sich den Fragen des modernen Schulbaus, der die Hilfen der Bi-Technologie

voll integriert. Der Besuch der August-Griese-Schule in Löhne ermöglichte den belgischen Medienspezialisten einen Einblick in die Einbeziehung des schulinternen Fernsehens in der Praxis. Ergänzt wurden die fachlichen Veranstaltungen durch ein ausgewogenes Rahmenprogramm - wie Stadtbesichtigung, Besuch der Westfälischen Kammerspiele und ein Symphoniekonzert, das einen Einblick gab in das kulturelle Leben Paderborns.

Vor ihrer Abreise nach Belgien äußerten sich die Hochschullehrer sehr lobend über das vielgestaltige Angebot und unterstrichen die Bedeutung der Bestrebungen der GH Paderborn auf dem Gebiet des audiovisuellen Unterrichts. Im besonderen hoben sie hervor, daß sie auf den vorangegangenen Exkursionen in Frankreich, Holland, Schweden und den Oststaaten niemals so kompakte und aktuelle Informationen erhalten hätten. Vor allem erklärten sie, daß sie bisher nicht die Möglichkeit gehabt hätten, die Umsetzung der Forschungsergebnisse in die Praxis in so anschaulicher Weise demonstriert zu bekommen - ein Beweis, daß sich der Fachbereich 2 der GH Paderborn auf dem richtigen Weg befindet.

EINAKTERWETTBEWERB

Lebhafte Resonanz bei Lehrenden und Studenten der Gesamthochschule Paderborn fand der Einakterwettbewerb, den die "studiobühne" der GH Paderborn aus Anlaß des 15-jährigen Bestehens der Bühne im kommenden Jahr ausgeschrieben hatte. Acht Einakter waren eingegangen, ohne Verfasserangabe, nur mit einem Stichwort versehen. Mitglieder der Jury waren: Prof. Dr. Ulrich Profitlich, Prof. Dr. Gerd Michels, Akad. Rat Dr. Wolfgang Kühnhold, stud. päd. Hansjörg Held, stud. oec. Doris Lange, stud. päd. Hermann Bertling. Für ein Stück durfte nur eine Stimme abgegeben werden, jedes Jury-Mitglied hatte insgesamt drei Stimmen zu vergeben.

Die Bewertung ergab folgendes Ergebnis: "und sie werden immer jünger" von Prof. Lothar M. Weeser-Krell (5 Stimmen), "Guten Morgen, Herr Student" von stud. päd. Detlev Kühn (4 Stimmen), "Birkenast und Hagelschlag" von Prof. Dr. Friedrich Kiecknecker (3 Stimmen).

Die "studiobühne" wird diese Stücke im Sommersemester zum Jubiläum aufführen.

VORTRÄGE

Im Rahmen des Partnerschaftsabkommens zwischen der Gesamthochschule Paderborn und dem Centre Universitaire du Mans kam der Mancerler Germanistik-Professor Jacque Brun auf Einladung seiner deutschen Kollegen in die Paderstadt. Am 6. November 1974 sprach er vor Studenten und Studentinnen der GH Paderborn am Fürstenweg zu dem Thema "Aspekte der französischen Deutschliteratur seit dem 2. Weltkrieg". In diesem Vortrag zeichnete er die vielfältigen wissenschaftlichen Bemühungen zweier unermüdlicher Mittler zwischen der deutschen und der französischen Kultur auf, die als gebürtige Elsässer besonders dazu berufen seien: Edmond Vermeil und Robert Minder. Am folgenden Tag sprach Prof. Brun zu dem Thema "Probleme der deutschen Zivilisationskunde in der französischen Germanistik". Beide Veranstaltungen waren die ersten ihrer Art seit Abschluß des Partnerschaftsabkommens zwischen den beiden Hochschulen.

Der vorgesehene Gegenbesuch der Paderborner Professoren Dr. Michels und Weeser-Krell in Le Mans, der am 10. und 11. 12. 74

geplant war, konnte aufgrund der Informationsschwierigkeiten während des Poststreiks in Frankreich nicht durchgeführt werden. Ein neuer Termin wird im März oder April 1975 vereinbart werden.

Am 30. Januar 1975 hielt Dozent Dr. phil. habil. Wietold Cienkowski von der Universität Warschau einen Gastvortrag über das Thema "Lexikalische Kontaminationen: Methodologie, Klassifikation und Terminologie".

Auf Einladung der Fördergesellschaft der Gesamthochschule Paderborn sprach am 6.12.1974 Ministerialdirigend Dr. Becker vom Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes NW zum Thema: "Bildungskatastrophe oder Wende der Bildungspolitik". Vor den Gästen im großen Sitzungssaal des Paderborner Rathauses führte er aus, daß die Zahl der Studienbewerber in der Bundesrepublik sprunghaft angestiegen sei. Während 1950 noch 100.000 Studenten an westdeutschen Universitäten eingeschrieben waren, sind es heute 830.000. Diese Eskalation hielt Dr. Becker

nicht primär für die Folge der verstärkten Bildungswerbung, die in den letzten Jahren betrieben wurde. Vielmehr sah er die formellen Gründe für den Anstieg der Studentenzahlen in zwei anderen Faktoren: zum einen sei von der Industrie in den fünfziger Jahren die Befürchtung geäußert worden, die Bundesrepublik werde im internationalen Wettbewerb zurückbleiben, wenn nicht mehr wissenschaftlicher Nachwuchs gefördert werde. Zum anderen seien mit Nachdruck die Bestrebungen, von der "Chancenungleichkeit abzukommen", und die Durchlässigkeit des Bildungssystems gefördert worden. Das Jahr 1978 nannte Becker das "Schicksalsjahr der Hochschulpolitik". Auch wenn alle Baukapazitäten ausgeschöpft werden, stehen nur 800.000 Studienplätze zur Verfügung, auf denen 930.000 Studenten aufgenommen werden könnten. Nach den vorliegenden Berechnungen werden jedoch 1.066.000 Studenten, davon 247.000 Studienanfänger, an den deutschen Universitäten studieren. Das Fazit: 48.000 Bewerber müssen abgewiesen werden. Außerdem ist für 1978 der totale Numerus Clausus zu erwarten. Becker betonte: "In diesem Fall dürfte in der Bundesrepublik ein

revolutionäres Potential wachsen - diesmal nicht von links, sondern in den Reihen der Bürger, deren Söhne und Töchter dann keinen Studienplatz bekommen".

Dr. Becker wollte und konnte auch kein Rezept anbieten, mit dem die Studenten eskalation in den Griff zu bekommen ist. Seine Forderung für die Zukunft war es, das Abitur nur noch als eine notwendige, aber nicht mehr als die hinreichende Bedingung für ein Studium anzusehen.

HINWEISE

PADERBORNER HOCHSCHULWOCHE

In der Zeit vom 20. - 26. März 1975 findet in Paderborn die 4. Hochschulwoche statt. Sie steht unter dem Motto: "Humanität und Kommunikation in der verwalteten Welt" und ist untergliedert in 4 verschiedene Sektionen:

Sektion I

Gesellschaft u. Politik

Leiter:

Akad. Oberrat Dr. Sprenger

Sektion II

Technologie u. Zukunftssicherung

Leiter:

Prof. Dr. Herbert Stachowiak

Sektion III

Erziehung und Ausbildung

Leiter:

Prof. Dr. Werner Faber

Sektion IV

Kommunikation u. Transzendenz

Leiter:

Prof. Dr. Petri

In Vorträgen, Seminaren und Kolloquien werden zahlreiche in- und ausländische Wissenschaftler die geplanten Themenkreise von den wichtigsten Aspekten her beleuchten. Daneben werden die Referenten auch für Diskussionen zur Verfügung stehen.

Ausgearbeitet wurde das Programm von Arbeitskreis "Paderborner Hochschulwoche 1975", der sich unter dem Vorsitz des Gründungsrektors der GH Paderborn, Prof. Dr. B. Carstensen aus Vertretern aller Paderborner Bildungsinstitutionen konstituierte: der Gesamthochschule Paderborn, der Theologischen Fakultät, des Forschungs- und Entwicklungszentrums für objektivierte Lehr- und Lernverfahren (FEoLL), dem Deutschen Institut für Bildung und Wissen, der Kath. Fachhochschule, der Volkshochschule Paderborn und last not least der Stadt Paderborn selbst. Träger der 4. Hochschulwoche ist die "Fördergesellschaft der Gesamt-

hochschule Paderborn".

Die Eröffnung der Paderborner Hochschulwoche 1975 findet am 20. 3. 1975 in der Aula der GH Paderborn am Fürstenweg statt. Den Festvortrag wird Prof. Dr. Thomas Luckmann von der Universität Konstanz halten über das Thema "Allgemeine Strukturen u. historischer Wandel der Kommunikation. Zur Begrüßung werden der Bürgermeister der Stadt Paderborn, Herbert Schwiete, der Vorsitzende des Arbeitskreises "Paderborner Hochschulwoche 1975", Prof. Dr. Broder Carstensen, und der Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau, sprechen.

Neben den qualifizierten fachlichen Veranstaltungen wird den Gästen in Paderborn auch ein umfangreiches Rahmenprogramm geboten werden:

So können sie jeden Abend auswählen zwischen zwei bis drei verschiedenen Darbietungen:

Ausstellungen, Theateraufführungen, Filmabenden und anschließender Diskussion, Konzerten, Dichterlesungen, Podiumsdiskussionen und einem Gastspiel des Düsseldorfer "Kom(m)ödchen".

Am Sonntag, den 23. 3. 1975, wird die heilige Messe von Alt-Erzbischof Lorenz Kardinal Jäger gelesen. Den Gottesdienst wird Präses D. Thimme halten. Im Anschluß daran gibt die Stadt Paderborn einen Empfang im Rathaus.

Das gedruckte Programm wird in Kürze vorliegen. Interessenten möchten sich bitte an die Redaktion wenden. Wir werden Ihnen gerne weitere Informationen zukommen lassen.



streiflicht 2/75

gesamt-hochschule paderborn presse-
referat

INHALT

In eigener Sache	S. 1
Aufsatz	S. 1
Dokumentation	S. 9
Hochschulgesetze	S. 18
Lehrerausbildungsgesetz	S. 20
Nachrichten und Berichte	S. 23
aus dem Akademischen Auslandsamt	S. 23
aus den Fachbereichen	S. 23
aus den Kommissionen	S. 28
aus dem Personalrat	S. 29
aus dem Senat	S. 29
aus dem Studentenwerk	S. 37
aus der Verwaltung	S. 39
Paderborner Hochschulwoche	S. 42
Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt	S. 43
Personalien	S. 43
Studentisches	S. 44
Veranstaltungen	S. 48
Kurzinformationen	S. 48
Studiobühne	S. 52

IN EIGENER SACHE

Daß das "streiflicht" seiner Aufgabe gerecht wird, ein Informationsorgan nach "innen und außen" zu sein, zeigt das rege Interesse, mit dem es in der Hochschule und in der Öffentlichkeit aufgenommen wurde.

Zahlreiche positive Zuschriften gingen der Redaktion nach Erscheinen der ersten Nummer zu. Aber auch kritische Anregungen und Verbesserungsvorschläge wurden geäußert, die bei der Zusammenstellung der zweiten Nummer Berücksichtigung fanden. Allen, die sich die Mühe machten, das "streiflicht" aufmerksam und kritisch zu lesen und ihre Meinung zu artikulieren, möchte ich an dieser Stelle herzlich danken.

Die Redaktion

AUFSATZ

Bei einer Besprechung zwischen Vertretern des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung und Vertretern des Fachbereichs 8 - Bautechnik - der Abteilung Höxter der Gesamthochschule Paderborn am 16. Dezember 1974 in Höxter wurde der Ausbau des bereits vorhandenen Studienschwerpunktes "Wasserwirtschaft" erörtert. Die Bedeutung des Wasserwesens für alle Lebensbereiche und die Möglichkeit der Ausbildung zum

Wasserwirtschaftsingenieur an der GH Paderborn zeigt der folgende Aufsatz auf, den Prof. Dipl.-Ing. Horst Wardemann, FHL, Dozent der Abteilung Höxter, verfaßt hat:

1.) Bedeutung des Wassers

In allen urtümlichen Vorstellungen der Menschheit ist das Wasser, wie auch der mosaische Schöpfungsbericht aussagt, das uranfängliche, ursprüngliche Element. Das erste Leben, die ersten Lebewesen waren, wie der Embryo im Mutterleib, im Wasser und gingen aus dem Wasser hervor. In seiner Studie "Das ozeanische Gefühl" hält Sigmund Freud die Tatsache fest, daß sich die Erinnerung an das Ur- Meer des öfteren als Grundbewegung in den Träumen seiner Patienten manifestiere, und Marcel Proust schrieb, anknüpfend an die wissenschaftlichen Erkenntnisse seiner Zeit:

"On prétend que le liquide salé qu'est notre sang n'est que la survivance intérieure de l'élément mariné primitif." (Man behauptet, die salzige Flüssigkeit, welche unser Blut ist, sei nichts, als das innere Weiterleben des ursprünglichen Meereselementes.)

Ohne irrationalisieren zu wollen und ohne auf den weiteren Bereich der Wassersymbolik

(z. B. Taufsymbolik) einzugehen, mag transparent sein, welche bedeutende Rolle das Wasser für die Menschen der Frühgeschichte spielte.

Wenn auch die originären Bezüge der Menschen zum Wasser im Laufe der Geschichte ihres überwiegend numinos und symbolhaften Gehalts entkleidet wurden, blieben sie, wie Freud feststellte, doch erhalten bzw. verlagerten sich mehr oder weniger vordergründig vom psychischen in den mentalen Bereich. Dazu kam mit der Entstehung der Hochkulturen eine vitale, alle Lebensbereiche tangierende Abhängigkeit vom Wasser. Beispielhaft hierfür sind die Kulturen des Zweistromlandes, die Indus- oder Harappakultur und die Kultur am mittleren und unteren Nil. Dabei erstreckte sich die Abhängigkeit vom Wasser nicht nur auf die naturräumlichen Gegeben-

heiten (Wasserhaushalt), sondern auch auf den relativ hohen Stand der Wasserbautechnik (Flußbau, Hochwasserschutz, Bewässerung), die ihrerseits befruchtend auf andere Wissensgebiete (Mathematik, Geodäsie) wirkte bzw. deren Beherrschung voraussetzte.

Diese ursprünglich im wesentlichen auf die ariden Klimazonen beschränkte, starke Wasserabhängigkeit besteht heute infolge der Urbanisierung und Industrialisierung in allen Klimabereichen, da auch in den humiden Klimazonen durch den ständig steigenden Wasserbedarf der Ballungs- und Industriezentren das Wasser ein Mangelrohstoff geworden ist.

2.) Übersicht des Wasserwesens

Die nachstehende, vereinfachte Übersicht des Wasserwesens gibt einen Überblick über die wesentlichen Teilgebiete der Wasserwirtschaft und des Wasserbaus.

Wasserwesen (Wasserwirtschaft)

Wasserbau
(Hydraulic Engineering)

Gesundheitstechnik
(Sanitary Engineering) oder
Siedlungswasserwirtschaft

Flußbau und Hochwasserschutz
(Deiche, Dämme, Talsperren,
Rückhaltebecken)

Wasserversorgung
Wassergewinnung, - Aufbereitung,
- Verteilung, - Speicherung)

Verkehrswasserbau

(Binnenwasserstraßen und -häfen, Seewasserstraßen und -häfen)

Abwassertechnik

(Kanalisation und Klärtechnik)

Wasserkraftanlagen

(Flußkraftwerke, Hochdruckanlagen, Gezeitenkraftwerke, Pumpspeicherwerke)

AbfalltechnikLandwirtschaftlicher Wasserbau

(Be- und Entwässerungsanlagen)

Grundlagenfächer:

Hydrostatik - Hydromechanik, Hydrologie, Hydrochemie, Hydrobiologie, Konstruktiver Ingenieurbau (Stahlbeton und Stahlbau)

Randgebiete:

Geotechnik, Vermessungswesen, Boden-, Klima- und Pflanzenkunde, Maschinenkunde, Wasserrecht.

3.) Probleme der Wasserwirtschaft und des Wasserbaues

Es muß als eine Hauptaufgabe der Wasserwirtschaft angesehen werden, das natürliche, vielfach gestörte Gleichgewicht des Wasserhaushalts so wiederherzustellen bzw. zu verbessern, daß alle Interessenten am Rohstoff Wasser zu ihrem Recht kommen und eine sinnvolle und harmonische Gestaltung unseres Lebensraumes ermöglicht wird. Diese grundlegende Aufgabe führt zu einer Fülle von Folgeproblemen.

3.1 Hochwasserschutz und Küstenschutz

Neben dem landwirtschaftlichen Wasserbau spielt der Hochwasser- und Küstenschutz eine immer größere Rolle.

Beide dienen neben dem Schutz der landwirtschaftlich genutzten Flächen vor allem der Verhinderung von schädlichen Überflutungen in Wohn- und Industriegebieten, da die natürlichen Überschwemmungsgebiete aus Mangel an Bauland, wegen der verkehrsgünstigen Lage der Flußtäler und Küstenbereiche sowie der Wasserabhängigkeit der Industrie auf die Dauer nicht bebauungsfrei gehalten werden können. Damit nimmt einerseits die Schutzwürdigkeit der Überschwemmungsgebiete zu, andererseits wird dadurch die Befestigung (Versiegelung) großer Flächen (Baugebiete, Verkehrsflächen), die Infiltrationskapazität des natürlichen

Speichers Boden so stark reduziert, daß es zu einer Verschärfung der Hochwasserabflußsituation durch verstärkten oberirdischen Abfluß kommt.

Der Bau von Rückhaltebecken, zur Kompensation des fehlenden natürlichen Retensionsraumes, Eindeichungen und der Ausbau der Flüsse sind die Hauptaufgaben des Hochwasserschutzes. Als Beispiele seien genannt: Die komplexen Maßnahmen der Tennessee-Valley Authority USA von 1933 - 1945, die Küstenschutzmaßnahmen der Niederlande und der BRD (Deltaprojekt, Eiderabdämmung) sowie die zahlreichen Regenrückhaltebecken in der BRD, vor allem in den Gebirgsrandlagen (z. B. Paderborner Raum, Haarstranggebiet).

3.2 Verkehrswasserbau

Da das Schiff nach wie vor das wirtschaftlichste Transportmittel für Massengüter ist, bleibt der Bau von Häfen und Schifffahrtskanälen (Verkehrswasserbau) eine Hauptaufgabe des Wasserbaus. So wird der im Bau befindliche Elbe-Seiten-Kanal die Schifffahrtsverbindung zwischen der

Tschechoslowakei bzw. den sächsischen und südniedersächsischen Industriegebieten und dem Hamburger Hafen sehr verbessern und der Rhein-Main-Donau-Kanal eine direkte Verbindung zwischen Rotterdam und dem Schwarzen Meer schaffen.

3.3 Wasserkraftanlagen

Durch den ständig steigenden Energiebedarf gewinnt der Bau von Wasserkraftanlagen stärkere Bedeutung. Neben den Entwicklungsländern, die durch die Ölpreiserhöhungen besonders stark getroffen werden, unternehmen vor allem Brasilien und die Sowjetunion gewaltige Anstrengungen zum Ausbau ihrer Wasserkraftvorräte, um u. a. damit die Voraussetzungen für die weitere Erschließung des Amazonasgebietes und Sibiriens zu schaffen. Einer möglichen hydroelektrischen Stromerzeugung auf der Erde von ca. 20×10^{12} kWh/Jahr steht eine derzeitige Lieferung von ca. 10^3 kWh/Jahr gegenüber, was einer Ausnutzung von ca. 5,5 % entspricht. Dagegen beträgt die Ausnutzung der Wasserkraftvorräte in Europa einschließlich der Sowjetunion ca. 30,6 %, in Afrika aber nur

ca. 0,4 %. Bedenkt man, daß die Stauanlagen der Wasserkraftwerke nicht nur der Energiegewinnung, sondern auch dem Hochwasserschutz, der Schifffahrt (Erhöhung der Wasserstände), der Bewässerung und Wasserversorgung nutzbar gemacht werden können, so ergeben sich weitere stichhaltige Argumente für den Ausbau der Wasserkraftvorräte. Zu den größten Wasserkraftanlagen der Erde gehören "Krasnojarsk" (Jenissej) mit einer Leistung von 6.000 MW "Saddi-el-Ali" (Nil bei Assuan) und "Eisernes Tor" (Donau) mit je 2.100 MW.

3.4 Landwirtschaftlicher Wasserbau

Bei einer ständig wachsenden Weltbevölkerung bereitet die Sicherstellung der Ernährung größte Schwierigkeiten, so daß vor allem in Asien mit Hungerkatastrophen von größtem Ausmaß gerechnet werden muß. Eine Erweiterung der landwirtschaftlichen Nutzflächen bzw. eine intensivere Nutzung setzt aber in den Trocken- bzw. Feuchtgebieten eine ausreichende Bewässerung bzw. Entwässerung voraus.

Die Planung und Durchführung der damit im Zusammenhang stehenden wasserbaulichen und wasserwirtschaftlichen Maßnahmen (Be- und Entwässerungssysteme) fällt in das Gebiet des landwirtschaftlichen Wasserbaues und erfordert häufig umfangreiche Vor- und Nebenarbeiten (Bau von Stau-, Speicher-Hochwasserschutzanlagen). Beispielfür großräumige Bewässerungsmaßnahmen sind die Bewässerungssysteme in Kalifornien und in sowjetisch Zentralasien (Kasachstan, Turkmenistan) sowie für die Entwässerung die vorbildlichen Vorflut- und Polderanlagen der Niederlande (Zuider See-Projekt).

3.5 Siedlungswasserwirtschaft

Eines der wichtigsten Probleme der Wasserwirtschaft ist die Versorgung der Bevölkerung und Industrie mit Trink- und Brauchwasser. Da die natürlichen Grundwasservorkommen regional teilweise erschöpft sind, Flußwasser aber durch die Abwassereinleitungen ohne Aufbereitung nicht verfügbar gemacht werden kann, steht die Wasserversorgung in engem Zusammenhang mit der Abwasserreini-

gung. Der Bau von Kanalisations- und Abwasserreinigungsanlagen, die Ordnung der Abfallbeseitigung zum Schutz des Grundwassers, künstliche Grundwasseranreicherung aus den Flüssen, Fernwasserversorgungen (z. B. Bodenseewasserversorgung im südwestdeutschen und Harzwasserversorgung im norddeutschen Raum) sowie die Erstellung von Wasserversorgungsnetzen und Wasserwerken sind Aufgaben der Siedlungswasserwirtschaft.

Neben dem naturnahen Flußbau und dem Bau von Erholungsseen wird auf dem Gebiet der Siedlungswasserwirtschaft die enge Verflechtung der Wasserwirtschaft mit dem Umweltschutz besonders deutlich. Die Erhaltung der wasserabhängigen Biotope, die Schaffung von Erholungsseen und der Gewässerschutz sind als Teilgebiete des Umweltschutzes bzw. der Umweltpflege Aufgaben der Wasserwirtschaft.

Da die Wasserwirtschaft Verbundwirtschaft ist, dürfen die vorstehend skizzierten Aufgabenbereiche und Probleme nicht iso-

liert gesehen werden. Ein typisches Beispiel für den Zusammenhang der wasserwirtschaftlichen Probleme ist der Bau von Talsperren, die sowohl der Wasserversorgung, der Bewässerung, der Erholung (Wassersport), dem Hochwasserschutz, der Schifffahrt (Niedrigwasseraufbesserung der Flüsse in Trockenzeiten) wie auch der Wasserkraftgewinnung dienen können.

4.) Das Studium des Wasserwesens

4.1 Aufbau des Studiums und Ausbildungsziel

Entsprechend dem Ausbildungskatalog (s. Übersicht) gliedert sich das Studium in ein zweisemestriges Grundstudium zur Vermittlung der mathematisch-naturwissenschaftlichen Grundlagen, ein zweisemestriges Hauptstudium I (Vermittlung der technischen Grundlagen) und ein zweisemestriges Hauptstudium II (Vermittlung der fachspezifischen Kenntnisse). Das Ausbildungsziel liegt darin, neben der Vermittlung der Grundlagen Methoden zu vermitteln, die den Hochschulabsolventen in die Lage versetzen, sich in Sondergebiete einzuarbeiten. Darüber hinaus

besteht durch Wahl- bzw. Wahlpflichtfächer eine, wenn auch beschränkte Möglichkeit zur Schwerpunktbildung.

4.2 Studieneinrichtungen an der Abteilung Höxter

An der Abteilung Höxter sind alle Voraussetzungen für das Studium des Wasserwesens gegeben. In modern und großzügig ausgestatteten Laboratorien besteht die Möglichkeit, die naturwissenschaftlichen und technischen Theorien im Experiment zu verifizieren, die in der Praxis angewandten Analysen, Meßmethoden, Prüfungen und Modellversuche durchzuführen und über Praktika und die Abwicklung von Aufträgen für Staat und Wirtschaft den Praxisbezug zu vermitteln.

Neben den Laboratorien für Physik und Chemie sind für die technischen Grundlagenfächer des Wasserwesens eine Sammlung modernster Vermessungstechnischer Geräte, ein Stahlbau-, ein Baustoff- und ein Grundbaulaboratorium sowie ein Laboratorium für Teer und Bitumen - im Wasserbau vielfach verwendete Baustoffe - vorhanden.

In das in den Jahren 1971 - 1974 erstellte Wasserbaula-

boratorium wurden bei einem umbauten Raum von ca. 2500 m³ etwa 1,25 Mill. DM für folgende Einrichtungen investiert:

- 1.) Hydraulischer Basisversuchsstand mit Zusatzgeräten, die die nachstehenden hydraulischen bzw. hydrostatischen Grundversuche ermöglichen
 - 1.1 Nachweis des Bernoullischen Theorems
 - 1.2 Ermittlung des Stahldrucks als Anwendung des Impulssatzes
 - 1.3 Bestimmung des Angriffspunktes einer Wasserdruckkraft
 - 1.4 Nachweis der Schwimmstabilität
 - 1.5 Eichung eines Manometers
 - 1.6 Untersuchungen über laminares und turbulentes Fließen
- 2.) Kreispumpen-Turbinenversuchsstand (Francis- und Peltonturbine) zur Bestimmung von Q-H-Linien, Leistungsdiagrammen und Wirkungsgraden bei variabler Drehzahl (Isowirkungsgradlinien).
- 3.) Axialpumpen-Turbinenversuchsstand (Kaplanturbine) mit der Mög-

lichkeit zur Darstellung von Kavitationserscheinungen.

- 4.) Hydrologischer Versuchstand (Regensimulierstand) zur Abflußganglinienanalyse und Ermittlung von Absenkungstrichtern an Bohrbrennern.
- 5.) Rohrversuchsanlage mit Hochbehälter und verschiedenen Meßeinrichtungen wie induktiver Durchführung von Durchfluß- und Druckmessungen sowie zur Bestimmung von Rauigkeitsbeiwerten.
- 6.) Kipprinne mit Meßwehr und Meßharfen sowie verschiedenen Einbaumodellen zur Simulierung von Strömungsvorgängen bei variablem Gefälle, zur Abfluß- und Drucklinienermittlung an Wehren und Überfällen sowie zur Untersuchung von Schwall- und Sunkwellen.
- 7.) Flußbaurinne für Modell- und Geschiebeversuche einschließlich der Meßeinrichtungen wie automatische Stechpegel mit Anzeigegerät, hydrometrische Flügel und Registrierkamera.
- 8.) Ein- und Auslaufbehälter für die Durchführung von

größeren Modellversuchen (Flächenversuche).

5.) Berufliche Möglichkeiten im Wasserwesen

Da die Wasserwirtschaft in enger Beziehung zu den natürlichen Gegebenheiten des Raumes (Klima, Boden, Vegetation) steht und als Verbundwirtschaft großräumige, kostenaufwendige Planungen und Maßnahmen erfordert, gehört es zu den fundamentalen Aufgaben der Wasserbau- und Wasserwirtschaftsingenieure, in Zusammenarbeit mit den Biologen, Ökologen, Agronomen und Landschaftspfleger die Naturräume zu erhalten und zu pflegen (Umweltschutz und -pflege), das Interesse aller am Rohstoff Wasser zu befriedigen (Qualitative und Quantitative Wasserwirtschaft) und die dafür erforderlichen Bauwerke technisch einwandfrei und kostenoptimal zu planen und zu bauen (Wasserbau unter Berücksichtigung ökonomischer Aspekte/Nutzen-Kosten-Analyse).

Wasserbau- und Wasserwirtschaftsingenieure sind tätig in der Planung (Studien, Gutachten, Entwürfe), in der Konstruktion (Stahl-, Massiv- und Erdbau), Bauleitung und Verwaltung für die Dienststellen des Bundes (Bundesschiffahrtsverwaltung),

der Länder (staatliche Ämter für Wasser- und Abfallwirtschaft), der Kommunen (Tiefbauämter), der Verbände (Wasserbeschaffungs- und Entwässerungsverbände), der internationalen Organisationen (F.A.O., WHO) sowie in der freien Wirtschaft (beratende Ingenieure, Bauunternehmen, Industrie) und der Entwicklungshilfe. Im Rahmen der Bautechnik können die beruflichen Aussichten als besonders gut angesehen werden.

Literatur:

Gebser, Jean "Ursprung und Gegenwart"

Franzini, Lensley "Water-Resources-Engineering"

Flemming, Hans Walter "Weltmacht Wasser"

DOKUMENTATION

AUFLÖSUNG DER EKHG

Um die Bezeichnung der Hochschulgemeinde Paderborn gibt es seit langer Zeit Auseinandersetzungen. Bereits im Sommer 1974 hatte der Erzbischof Dr. Degenhardt Anstoß genommen an der Bezeichnung EKHG. Zu Anfang des WS 1974/75 verbot das Erzbischöfliche Generalvikariat Paderborn für die Planung des beginnenden Semesters die Bezeichnung AG - EKHG (Arbeitsge-

meinschaft Evangelisch-Katholische-Hochschulgemeinde).

Die Studenten beider Konfessionen, die bisher innerhalb einer Gemeindeleitung zusammengearbeitet hatten, setzten sich gemeinsam mit diesem Verbot auseinander und erarbeiteten eine Stellungnahme, die nach Rücksprache mit dem Erzbischof und dem Generalvikar Bruno Kresing erneut geändert und dann einstimmig verabschiedet wurde:

Stellungnahme

In den letzten 14 Tagen fanden wesentliche Gespräche zur Problematik der Ev. und Kath. Hochschulgemeinde statt. Hierbei wurde mit dem Generalvikariat folgende Ordnung abgestimmt:

1. Es ist übereinstimmende Überzeugung aller Beteiligten, daß Seelsorge an Studenten auch in Zukunft von dem katholischen und dem evangelischen Studentenpfarrer in der jeweiligen spezifischen Verantwortung ihres geistlichen Amtes wahrgenommen werden soll.
2. Die Veranstaltungen der Hochschulgemeinden, auch Veranstaltungen mit bewußt konfessionellem Charakter, sind gemeinsame Veranstaltungen. Dies gilt nicht für den

katholischen bzw. evangelischen Sonntagsgottesdienst.

3. Ort der Begegnung im gottesdienstlichen Bereich soll ein regelmäßiger ökumenischer Wortgottesdienst an einem Wochentag sein.

Der Punkt 4 lautete:

4. Die Gemeindeleitung der EKHG ist bei der gemeinsamen theologischen Arbeit kein Hindernis, sondern eine Hilfe. Sie plant die gemeinsame Arbeit und berät die Studentenpfarrer in ihrem Dienst.

Auf Einspruch des Generalvikariates wird der Punkt 4 nach Rücksprache mit dem Herrn Erzbischof wie folgt geändert:

"Die evangelische Gemeindeleitung und die katholische Gemeindeleitung verstehen sich als jeweils selbständige in ihrem konfessionellen Bereich verantwortliche Gremien; über diesen Bereich hinaus sind sie zu enger Kooperation bereit.

Um verständlich zu machen, daß es sich um eine evangelische und um eine katholische Hochschulgemeinde handelt, verzichten wir auf die weitere Verwendung der irreführenden Abkürzung EKHG. In

Übereinstimmung mit dem Herrn Erzbischof Dr. Degenhardt beabsichtigen beide Gemeinden, in Zukunft die Kooperation im Hochschulbereich durch folgendes Symbol zu verdeutlichen:

E
KHG
G

Ausgeschrieben: die evangelische und die katholische Hochschulgemeinde.

Aus diesem Symbol wird deutlich:

- a) Es handelt sich um zwei Gemeinden
- b) Die gemeinsamen Berührungspunkte liegen im Bereich der Hochschule
- c) Wir arbeiten zusammen im Zeichen des Kreuzes."

Ungeachtet dieser Stellungnahme ging die interne Auseinandersetzung weiter:

Die studentischen Mitglieder der katholischen Gemeindeleitung
479 Paderborn, den 30. 1. 1975

Herrn

Generalvikar Kresing

479 Paderborn

Domplatz 5

Sehr geehrter Herr Generalvikar Kresing!

Seit dem Wechsel im Amt des Studentenpfarrers häufen sich die

Auseinandersetzungen über die künftige Form der Zusammenarbeit der evangelischen und der katholischen Hochschulgemeinde. Positives Ergebnis dieser Auseinandersetzungen waren fruchtbare Diskussionen, die zur Konsolidierung des jeweils eigenen Standpunktes führten. In Zusammenarbeit mit Herrn Studentenpfarrer Drewermann und nach Rücksprache mit Ihnen haben wir uns auf einen gangbaren Weg geeinigt. (s. Stellungnahme vom 13.1.1975)

Aufgrund der verschiedenen Gespräche mit Herrn Erzbischof, Herrn Klein, Herrn Horstkemper und Ihnen, in denen nach einer Basis für weitere Zusammenarbeit gesucht wurde, ist deutlich geworden, daß die gemeinsame Arbeit in den Hochschulgemeinden auch weiterhin Möglichkeiten und Freiraum zur Information und zum Gespräch über Fragen des Glaubens und Lebens geben soll, mit dem Ziel der brüderlichen Gemeinschaft unter Anerkennung und Profilierung der konfessionellen Eigenständigkeit.

Die am 13. 1. 1975 gemeinsam erarbeitete Stellungnahme wurde in der Sitzung vom 28. 1. 1975 von Herrn Drewermann so interpretiert, daß wir uns fragen müssen, ob hierbei nicht die gemeinsame Basis der Stellungnahme verlassen wurde.

Wir können eine Zusammenarbeit nicht in der Art verstehen, daß wir in den kommenden Semestern in zwei unabhängig voneinander arbeitenden Studentenzentren und zwei Büros mit doppelter Besetzung arbeiten (Vergeudung von Kirchensteuern); wir gehen ebensowenig davon aus, daß die Paderborner Studentenschaft die Einrichtung je einer katholischen und einer evangelischen Teestube durch doppelte Frequentierung honorieren wird. Bewußt konfessionelle Arbeitskreise finden wie bisher statt. Daß z. B. der AK Osteuropa, der AK Blindenselbsthilfe, der AK Staumühle, der AK Ausländerfragen und Filmabende gemeinsame Veranstaltungen beider Hochschulgemeinden sind, ist bisher von niemandem bestritten worden. Unter den anerkannten Arbeitsbedingungen des Punktes 2 unserer Stellungnahme ist es unserer Meinung nach sinnlos, die Leitungsgremien beider Gemeinden überwiegend getrennt voneinander tagen zu lassen und deren Mitarbeiterzahl übermäßig auszuweiten. Aller gruppentheoretischen Erkenntnis nach ist eine zwanzig und mehr Personen umfassende Arbeitsgruppe bei weitem nicht so einsatzschnell und leistungsfähig wie eine Grup-

pierung, die beispielsweise zwei mal sechs Personen umfaßt.

Darüberhinaus hat sich diese Regelung in der Praxis sehr bewährt.

Mit der eingehenden Diskussion der Grundsatzfragen haben die Studenten der evangelischen und der katholischen Gemeindeleitung den Belangen ihrer Kirchen Rechnung getragen und darauf einen großen Teil ihrer studentischen Freizeit aufgewendet. Wir haben den Eindruck, daß die Vorstellungen über die von uns allen gewünschte Zusammenarbeit und die entsprechenden Vorstellungen von Herrn Studentenpfarrer Drewermann nicht auf eine gemeinsame Linie zu bringen sind.

Deswegen halten wir es für unerläßlich, in Zusammenarbeit mit der evangelischen Gemeindeleitung noch in diesem Semester in einer Vollversammlung aller Studenten, die an diesen Fragen interessiert sind, und in Unterrichtung der Öffentlichkeit durch die Presse, bekannt zu machen, was unsere Vorstellungen und die von Herrn Studentenpfarrer Drewermann unterscheidet.

Diese Vollversammlung soll am Mittwoch, den 5. 2. 1975 um 20.00 Uhr im Studentenzentrum am Tegelweg stattfinden. Wir erbitten bis zum Montagmittag Ihren Bescheid oder die Anwesenheit eines Ver-

treeters des Generalvikariates bei der Vollversammlung.

Wir haben es bei Herrn Studentenpfarrer Drewermann leider immer wieder erlebt, daß seine Interpretation von ihm mitunterzeichneter Papiere (wie z. B. der Stellungnahme vom 13. 1. 1975) auf eine totale Trennung der Arbeit beider Hochschulgemeinden abzielt. Wir halten es für unerläßlich, daß der Studentenschaft und der Öffentlichkeit klar gesagt wird, wie weit eine konkrete Zusammenarbeit aufgrund der erwähnten Stellungnahme sinnvoll und möglich ist, oder ob Ihnen an einer totalen Trennung, von der Herr Drewermann ausgeht, gelegen ist.

Wir halten es für sehr bedauerlich, daß unsere Zusammenarbeit mit Herrn Studentenpfarrer Drewermann uns dazu zwingt, Sie um Ihre Stellungnahme zu bitten. Unter den gegebenen Voraussetzungen halten wir eine sinnvolle katholische Studentenarbeit in Paderborn für fast unmöglich.

Mit der Bitte um Weiterleitung an den Herrn Erzbischof verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen

gez. die studentischen Mitglieder der katholischen Gemeindeleitung.

Erzbischöfliches Generalvikariat
Paderborn, den 10. 2. 1975

An die
studentischen Mitglieder
der kath. Gemeindeleitung
z. Hd. Herrn Studentenpfarrer
D r e w e r m a n n

4790 Paderborn

Josefstraße 3

Betr.: Kath. Hochschulgemeinde
Paderborn

Bezug: Ihr Schreiben vom 30.1.75

Sehr geehrte Herren!

Zunächst danke ich Ihnen für Ihr Bemühen und Interesse, an der Bildung einer katholischen Hochschulgemeinde mitzuwirken. Da die bisherigen Versuche meinerseits, durch Briefe und Gespräche deutlich zu machen, was ich unter einer katholischen Hochschulgemeinde verstehe, offenbar noch nicht die gewünschte Klarheit gebracht haben, erlaube ich mir auf Ihre Anfrage hin, den Faktor der Eigenständigkeit einer solchen Gemeinde wie folgt zu umreißen:

1. Es ist für mich selbstverständlich, daß die katholische Hochschulgemeinde (KHG) in sich selbständig ist und entsprechend verfaßt sein muß. Ihr Leiter ist der katholische Studentenpfarrer, der, in Anlehnung an die Praxis der Pfarrgemeinderäte, durch

Wahl seitens der katholischen Studentenschaft sowie durch eigene Berufung Arbeits- und Beratungsgremien zusammenstellen kann, die ihm bei seiner Tätigkeit zur Seite stehen. Die Einberufung der Gemeindeleitung, die im Sinne eines Gemeinderates zu verstehen ist, sollte auf Veranlassung oder in Absprache mit dem katholischen Studentenpfarrer erfolgen; zu den Sitzungen können Berater oder Beobachter anderer Hochschulgruppen oder -gemeinden hinzugezogen werden, soweit dies im Einzelfall sachlich erforderlich und sinnvoll ist.

2. Die Eigenständigkeit der katholischen Hochschulgemeinde ist die unerläßliche Voraussetzung für die Zusammenarbeit mit anderen Hochschulgruppen und -gemeinden. Als das räumliche Zentrum der KHG betrachte ich die von uns angemieteten Räume am Tegelweg. Diese sind naturgemäß für jedermann zugänglich, der die von Ihnen öffentlich angebotenen Veranstaltungen besuchen will; der Zutritt anderer Hochschulgruppen und -gemeinden, soweit diese keine eigenen Versammlungsräume besitzen, bedarf jedoch im Einzelfall einer besonderen Begründung und Erlaubnis seitens des Studentenpfarrers bzw. der Gemeinde-

leitung.

3. Die katholische Hochschulgemeinde ist als Vereinigung der katholischen Studenten zu verstehen mit der Aufgabe, diesen ein Leben zu ermöglichen, das in der Gemeinschaft der katholischen Kirche ihren Glauben unterstützt und weiterbildet, ihre sozialen Aktivitäten belebt und fördert und ihnen Gelegenheit bietet, sich untereinander näherzukommen und im Glauben mitzutragen. Im Rahmen des religiösen Lebens der Gemeinde wird der ökumenische Dialog mit den Mitgliedern der evangelischen Hochschulgemeinde eine gewichtige Rolle spielen; es ist mir aber ein Anliegen zu betonen, daß dieser Dialog nur einen Teil des Gemeindelebens der KHG darstellt, einen wichtigen, aber nicht den wichtigsten Teil; auf keinen Fall ist die in Einzelfällen mögliche Zusammenarbeit mit der Evangelischen Hochschulgemeinde die Voraussetzung der studentischen Arbeit der KHG. Ich sage das ausdrücklich so betont, weil ich glaube, daß sich gerade hierauf Ihre Anfrage bezieht.

4. Bei der Programmgestaltung kann die KHG selbstredend andere Hochschulgruppen und -gemeinden

ansprechen oder mitbeteiligen, soweit dies sinnvoll ist. Es ist aber künftig für uns unerlässlich, daß deutlich sichtbar ist, welche Veranstaltungen von der KHG getragen werden. Veranstaltungen, bei denen andere Hochschulgruppen und -gemeinden beteiligt werden, müssen in ihren Unkosten anteilig von diesen übernommen werden.

5. Bei der Ankündigung von Veranstaltungen in der Öffentlichkeit bitten wir in Zukunft zur Klarstellung Ihres eigenen von Ihnen erarbeiteten Gemeindeverständnisses den Titel KHG oder eine entsprechende Bezeichnung zu verwenden; die Mitarbeit anderer Hochschulgruppen oder -gemeinden ist dann jeweils im Text zu umschreiben.

6. Zur Frage des Büros:

Ich kann es auf die Dauer nicht für glücklich halten, daß die Verwaltungsarbeit der KHG und der Evangelischen Hochschulgemeinde in der bisherigen, oft unübersichtlichen Weise fusioniert bleibt; auf längere Sicht wäre es wohl richtiger, wenn die Evangelische Hochschulgemeinde eine eigene Verwaltung einrichten würde.

Nochmals danke ich Ihnen herzlich für die von Ihnen geleistete Arbeit im vergangenen Semester

und wünsche zu Ihrer weiteren Tätigkeit viel Erfolg. Sollten sich erneut auch nach dieser Klarstellung noch Interpretationsschwierigkeiten ergeben, so stehe ich Ihnen gern zur weiteren Klärung zur Verfügung. Ich muß jedoch bitten, diese Klärung, falls nötig, noch vor der Verabschiedung des Programms für das kommende Sommersemester vorzunehmen, um unnötige Schwierigkeiten und Komplikationen bei der Durchführung und Finanzierung des Programms zu vermeiden.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Bruno Kresing
Generalvikar

Obwohl sich 400 Studenten (2/3 kath., 1/3 ev.) im Rahmen einer Fragebogenaktion für eine intensive künftige Zusammenarbeit aussprachen und auf einer gemeinsamen Vollversammlung am 5. Febr. 1975 ebenso votierten, hielt man seitens des Generalvikariats an dem Verbot fest mit dem Hinweis auf die "Gemeinsame Erklärung der Diözesen und Landeskirchen in NRW" vom 15. 6. 1972.

Nach dem Bekanntwerden der endgültigen Trennungsverfügung wandte sich die Gemeindeleitung der EKHG, vertreten durch ihren

Sprecher Manfred Foth, Student der Naturwissenschaften an der Gesamthochschule Paderborn, mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit:

"Nach den Ereignissen der letzten Wochen ist es unsere Pflicht, die Paderborner Öffentlichkeit und besonders die Studenten zu informieren:

1. Unter dem Druck des Generalvikariates wird es im Sommersemester 1975 keine EKHG mehr geben.
2. Das Votum der studentischen Vollversammlung vom 5. 2. 1975 forderte eindeutig eine weitere intensive Zusammenarbeit.
3. Dieses Votum blieb bei der Entscheidung des Generalvikariates völlig unberücksichtigt. Eine Versammlung mündiger Christen ist damit zum Kindergarten degradiert worden.
4. Um sich nicht ausschließlich dem Druck von oben zu beugen, sondern auch ihrer Verantwortung als gewählte studentische Vertreter gerecht zu werden, haben die Studenten der Gemeindeleitung in einer innerhalb von zwei Tagen durchgeführten Fragebogenaktion zu den Problemen der EKHG von etwa 400 Studenten ein weiteres ganz eindeutiges Votum für die Zusammenarbeit in allen möglichen Bereichen erhalten.
5. Auch dieser Tatbestand blieb

beim Generalvikariat unbeachtet.

6. Nach der Mitteilung des Generalvikariates gibt es im Sommersemester 1975 kein gemeinsames Zentrum und auch kein gemeinsames Programm mehr.

Aus diesen Fakten wird deutlich, wie wenig die Prinzipien katholischer Hochschularbeit mit der Praxis der Gemeindearbeit vereinbar sind."

(veröffentlicht im "Westfälischen Volksblatt" vom 13.2.1975)

Gleichzeitig wurde das folgende Flugblatt verbreitet:

ekhg ...damit sie so unzertrennbar sind wie du und ich (Joh. 17, 22)

Nach langem harten Ringen mit denen, die ihren Tod schon lange beschlossen hatten, entschlief in den gestrigen Abendstunden, für uns alle unfassbar, die allseits bekannte

ekhg

(Ev. und Kath. Hochschulgemeinde) versehen mit dem Segen des Kath. Studentenpfarrers als Vertreter des Generalvikariates, aber dennoch ungetröstet. Ihr Ableben wird den Paderborner Christen zu denken geben, die Jesu Wort von der Einheit seiner Nachfolger ernstnehmen. (Joh. 17, Vers 22) Die Beisetzung wird nicht in aller Stille stattfinden. Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.

Paderborn, den 12. 2. 1975

In tiefer Trauer:

Die Gemeindeleitung der EKHG

Alle Mitarbeiter und Betroffenen

Als Reaktion auf diese Stellungnahmen erklärte die Pressestelle des Erzbischöflichen Generalvikariats:

1. Bereits am 2. Januar wurde in einem Gespräch von Vertretern der katholischen und evangelischen Hochschulgemeinde mit dem Generalvikar Übereinkunft darüber erzielt, daß für jede Gemeinde eine eigene Gemeindeleitung errichtet wird. Damit soll die klare Zuordnung jeder Gemeinde zur eigenen Kirche sichtbar werden. Diese Regelung entspricht im übrigen voll der Gemeinsamen Erklärung der Diözesen und Landeskirchen in Nordrhein-Westfalen vom 8. Juni 1972.

2. Von seiten des Erzbischöflichen Generalvikariates ist immer wieder - sowohl in der Öffentlichkeit wie auch in Gesprächen mit den Vertretern beider Gemeinden - betont worden, die enge Zusammenarbeit möge überall dort intensiviert werden, wo dies pastoral sinnvoll und theologisch möglich ist.

3. Das Votum der Studenten vom 5. Februar, auf das Manfred Foth hinweist, ist bis heute dem Erzbischöflichen Generalvikariat

nicht zugeleitet worden; es liegt deshalb keine Degradierung mündiger Christen vor.

(veröffentlicht im "Westfälischen Volksblatt" vom 14. 2. 1975)

In einem Interview mit dem "Westfälischen Volksblatt" sprach der evangelische Studentenpfarrer Hartmut Fehse sein Bedauern über die Entscheidung des Generalvikariates gegen die Evangelische und Katholische Hochschulgemeinde aus. Er habe kein Verständnis dafür, daß die katholische Kirche den für die bisher geleistete Arbeit verantwortlichen Studenten beider Konfessionen keine Gelegenheit mehr geben wolle, Formen der Zusammenarbeit weiter zu erproben und mit Leben zu erfüllen, obwohl dabei die Unterschiede beider Kirchen respektiert worden seien.

("Westfälisches Volksblatt" vom 15. 2. 1975)

Die studentischen Vertreter der Gemeindeleitungen veröffentlichten im "Westfälischen Volksblatt" am 18. 2. 1975 dazu folgenden Leserbrief:

Irreführend...

Zur Stellungnahme des Generalvikariates vom 14. 2.:

1. Auf Grund des Gespräches mit Generalvikar Kresing am 2. 1. wurde auf der GL-Sitzung am 13.

1. über die künftige Arbeit der ev. und der kath. Gemeindeleitung folgender Beschluß gefaßt: "Die ev. und die kath. Gemeindeleitung verstehen sich als jeweils selbständige in ihrem konfessionellen Bereich verantwortliche Gremien; über diesen Bereich hinaus sind sie zu enger Kooperation bereit. Um verständlich zu machen, daß es sich um eine evangelische und um eine katholische Hochschulgemeinde handelt, verzichten wir auf die weitere Verwendung der irreführenden Abkürzung EKHG. Dieser Beschluß wurde dem Generalvikariat am 27. 1. zugesandt.

2. Es mag sich jeder Interessierte unter den Paderborner Christen sein Urteil darüber bilden, ob eine "intensivierte Zusammenarbeit" in den Arbeitskreisen, in der Verwaltung, bei Filmabenden, anderen geselligen Veranstaltungen, ökumenischen Gottesdiensten sowie der gemeinsamen Semesterprogrammplanung nicht auch in Zukunft pastoral sinnvoll und theologisch möglich ist und deshalb weiteres Zusammengehen erfordert.

3. Das Generalvikariat stellt fest, daß ihm das eindeutige Votum der studentischen Vollversammlung vom 5. 2., welches Fortsetzung der Zusammenarbeit

verlangt, nicht bekannt gewesen sei. Dazu ist zweierlei zu bemerken: Offensichtlich findet eine Unterrichtung des Generalvikariates durch den katholischen Studentenpfarrer in so entscheidend wichtigen Fragen nicht oder nur unregelmäßig statt. Es ist irreführend, wenn das Generalvikariat in seiner Stellungnahme den Eindruck erweckt, als hätte das rechtzeitige Bekanntsein des Votums der studentischen Vollversammlung eine andere als vorliegende Entscheidung ermöglicht.

Im übrigen weisen wir darauf hin, daß Manfred Foth als amtierender Sprecher der Gemeindeleitung die öffentliche Stellungnahme vom 13. 2. im Namen der studentischen Mitglieder der Gemeindeleitungen abgegeben hat.

Die studentischen Vertreter der Gemeindeleitungen

i. A. Rüngener

HOCHSCHULGESETZE

Wie in den anderen Bundesländern, ergibt sich auch für das Land Nordrhein-Westfalen die Notwendigkeit, die Hochschulgesetze des Landes dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 29. Mai 1973 anzupassen. Unmittel-

bar nach Verkündung des Urteils wurden die Arbeiten an einer Novelle zur Änderung des Hochschulgesetzes (HSchG) und des Gesamthochschulgesetzes (GHEG) durch eine eigens zu diesem Zweck gebildete Sondergruppe im Ministerium für Wissenschaft und Forschung aufgenommen. Am 2. April 1974 leitete die Landesregierung dem Landtag einen Gesetzentwurf zur Änderung des HSchG und des GHEG zu, über den der Landtag am 9. Mai 1974 in erster Lesung beriet. Seitdem wird der Gesetzentwurf im Kulturausschuß beraten. Und es ist bis jetzt noch nicht abzusehen, wann diese Beratungen abgeschlossen sein werden. Die Vermutung, daß der Landtag in seiner laufenden Legislaturperiode den Gesetzentwurf nicht mehr verabschieden würde, verdichtete sich immer mehr.

Durch den Erlaß des Ministers für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen vom 6. März 1975 - den wir im folgenden veröffentlichen wollen - wird die Erwartung bestätigt, daß die Novellierung der nordrhein-westfälischen Hochschulgesetze erst durch den neuen Landtag erfolgen wird:

"Bei dem bevorstehenden Ablauf der 7. Legislaturperiode des Landtages ist zu erwarten, daß der Ge-

setzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Hochschulgesetzes und des Gesamthochschulentwicklungsgesetzes (LT Drucks. 7/3760) nicht mehr verabschiedet werden wird. Ich nehme dies in Verbindung mit einer Anfrage zum Anlaß, auf folgendes hinzuweisen:

Die Bildung von Satzungskonventionen gemäß § 21 Abs. 1 GHEG kommt gegenwärtig aus Rechtsgründen nicht in Betracht. Wesentliche Vorgaben für die Satzungsarbeit, die schon wegen ihrer verfassungsrechtlichen Bedeutung in die Gesetzesnovellierung einbezogen werden mußten, sind der Disposition des Satzungsgebers entzogen. Dieser ist nicht befugt, Entscheidungen des Gesetzgebers im Wege der Satzungsgebung vorwegzunehmen. Das gilt umso mehr, als insbesondere mit jeder Vorschrift über gruppenmäßige Zuordnungen Normen statusbildender Art für die Hochschulangehörigen geschaffen werden, die, da sie Grundrechtsbereiche berühren, nur vom Gesetzgeber aufgestellt werden können und nicht durch vorgezogene, praktisch irreversible Regelungen der Hochschulen vorentschieden werden dürfen. Aus diesen Gründen muß es zunächst bei der Vorläufigen Grundordnung verbleiben, die gemäß § 18 Abs. 1 Nr. 4 GHEG fortgilt.

Im Auftrage: gez. Dr. Scheven"

Anmerkung der Redaktion

Die Konsequenz, die sich aus diesem Erlaß ergibt, ist: Die Dauer der Gründungsphase für die Gesamthochschule Paderborn ist noch nicht abzu-
sehen. Man wird sich damit abfinden müssen, weiterhin auf den Vorschriften der "Vorläufigen Grundordnung" zu operieren. Eine Änderung dieses Zustandes dürfte sich erst dann ergeben, wenn das Hochschulrahmengesetz zustande gekommen ist, denn das Land Nordrhein-Westfalen hat - wie alle anderen Bundesländer auch - die Auflage, die eigenen Gesetze an den Richtlinien dieses Rahmengesetzes zu orientieren.

Am 27. Februar 1975 wurde das "Gesetz zur Änderung des Lehrerausbildungsgesetzes" verabschiedet, das wir hier im vollen Wortlaut veröffentlichen:

Gesetz zur Änderung des Lehrerausbildungsgesetzes (vom Oktober 1974). Verabschiedet am 27. 2. 1975

Artikel I

Das Lehrerausbildungsgesetz vom 29. Oktober 1974 (GV. NW. S. 1062) wird wie folgt geändert:

1. § 25 erhält folgende Fassung:

"§ 25

Übergangsvorschriften

(1) Lehramtsanwärter, die sich bei Inkrafttreten dieses Gesetzes im Vorbereitungsdienst befinden, beenden den Vorbereitungsdienst nach den bisherigen Vorschriften. Sie erwerben die Befähigung zu einem Lehramt nach den bisherigen Vorschriften.

(2) Bewerber um Einstellung in den Vorbereitungsdienst, die eine Erste Staatsprüfung nach bisherigem Recht abgelegt haben, leisten den Vorbereitungsdienst nach den bisher geltenden Vorschriften. Sie erwerben die Befähigung zu einem Lehramt nach bisherigem Recht.

(3) Studierende, die sich bei Inkrafttreten dieses Gesetzes

in einem Studium für ein Lehramt befinden, legen die Erste Staatsprüfung noch nach bisherigem Recht ab; haben sie nach dem 1. Okt. 1973 ihr Studium aufgenommen, können sie die Erste Staatsprüfung nach den Vorschriften dieses Gesetzes ablegen, sofern sie diese Prüfung nach dem 1. Januar 1977 abschließen.

(4) Wer die Befähigung für die Laufbahn der Studienräte an einer berufsbildenden Schule, die ausschließlich die Lehrbefähigung in Religion haben, erworben hat, besitzt die Befähigung zum Lehramt an berufsbildenden Schulen.

(5) Die Befähigung zu einem Lehramt, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes erworben worden ist, oder nach Absatz 1, Absatz 2 oder Absatz 4 erworben wird, bleibt unberührt.

Es werden verwendet:

1. Lehrer mit der Befähigung zum Lehramt an der Grundschule und Hauptschule in den Jahrgangsstufen 1 bis 10,
2. Lehrer mit der Befähigung zum Lehramt an der Realschule in den Jahrgangsstufen 5 bis 10,
3. Lehrer mit der Befähigung zum Lehramt am Gymnasium in den Jahrgangsstufen 5 bis 13,
4. Lehrer mit der Befähigung zum Lehramt an berufsbildenden

Schulen oder mit der Befähigung zum Lehramt an der Fachschule oder der Höheren Fachschule in den Jahrgangsstufen 10 bis 13,

5. Lehrer mit der Befähigung zum Lehramt an Sonderschulen entsprechend ihrem Studiengang unabhängig von Schulstufen gemäß den sonderpädagogischen Anforderungen.

2. § 28 erhält folgende Fassung:

"§ 28

Inkrafttreten

(1) § 26 tritt mit der Verkündung des Gesetzes in Kraft; im übrigen tritt das Gesetz am 1. Mai 1975 in Kraft.

(2) Das Gesetz über die Ausbildung für Lehrämter an öffentlichen Schulen (Lehrerausbildungsgesetz-LABG) vom 9. Juni 1965 (GV. NW. S. 157), in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. März 1969 (GV. NW. S. 176), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Dezember 1973 (GV. NW. S. 567), ist weiter anzuwenden, soweit die Ausbildung nach § 25 übergangsweise nach den bisherigen Vorschriften durchgeführt werden kann; ferner sind die §§ 11 und 13 der bisherigen Vorschriften bis zum 1. Januar 1977 weiter anzuwenden. Im übrigen tritt es mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes außer Kraft."

Artikel II

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Begründung

A. Allgemeines

Die Regierungschefs des Bundes und der Länder haben am 19. Dezember 1974 eine gemeinsame Erklärung der Bundesregierung und Regierungen der Länder (Moratorium) über eine gemeinsame stabilitätskonforme Steuerung der Personalkosten im öffentlichen Dienst verabschiedet.

In der Anlage zu Nr. 2 des Moratoriums ist folgende Fußnote enthalten:

"1. Für Lehrkräfte mit der Ausbildung für ein stufenbezogenes Lehramt soll übergangsweise im Gesetz bestimmt werden:

"Regelungen über die Besoldung von Lehrern in einem Amt mit stufenbezogenem Schwerpunkt dürfen bis zum 31. Dezember 1976 nicht getroffen werden."

Dies hat zur Folge, daß § 25 und § 28 so geändert werden müssen, daß vor dem 1. Januar 1977 weder für Inhaber von Lehrämtern nach Einstellung in den Schuldienst noch für Lehramtsanwärter nach Einstellung in den Vorbereitungsdienst - jeweils nach neuem Recht besoldungsrechtliche Regelungen zu treffen sind.

B. Einzelvorschriften

zu § 25 Abs. 1 und 2

Die Lehramtsanwärter im Vorbereitungsdienst schließen ihre Ausbildung mit einer Zweiten Staatsprüfung nach bisherigem Recht ab.

Die Bewerber um Einstellung in den Vorbereitungsdienst werden nach den bisherigen Vorschriften eingestellt und legen die ent-

sprechende Zweite Staatsprüfung ab. Sie erwerben die Lehramtsbefähigung nach altem Recht. Damit entfällt die Notwendigkeit, auf das LABG abgestellte Besoldungsregelungen zu treffen.

zu § 25 Abs. 3

Studenten in einem Lehramtsstudium legen die Erste Staatsprüfung nach bisherigem Recht ab. Hierdurch wird vermieden, daß vor Ablauf des Moratoriums Bewerber in einen Vorbereitungsdienst nach neuem Recht einzustellen sind.- Da die Studenten, die nach dem 1. März 1974 ihr Studium aufgenommen haben, sich noch auf die geänderten Anforderungen des LABG umstellen können, wird für sie die Möglichkeit eröffnet, eine Erste Staatsprüfung nach neuem Recht abzulegen, jedoch erst nach dem 1. Januar 1977.

zu § 25 Abs. 6

Der Erwerb einer Lehramtsbefähigung nach neuem Recht durch Inhaber einer Lehramtsbefähigung nach altem Recht ist ab 1. Januar 1977 möglich; von diesem Zeitpunkt ab steht das Moratorium einer Besoldungsregelung für diesen Personenkreis nicht mehr entgegen.

zu § 28 Abs. 2

Da § 25 Abs. 6 im Hinblick auf das Moratorium erst ab 1. Januar 1977 anzuwenden ist, gilt stattdessen § 11 des LABG 1969 weiter.

Um zu vermeiden, daß aufgrund von § 16 Abs. 1 und 2 (Anerkennung von außerhalb des Landes Nordrhein-Westfalen abgelegten Lehramtsprüfungen bzw. von anderen geeigneten Prüfungen als Erste Staatsprüfung im Sinne des neuen LABG) Lehramtsanwärter in einen Vorbereitungsdienst nach neuem Recht trotz fehlender Besoldungsregelung einzustellen sind, kann diese Vorschrift nicht angewandt werden. Dies gilt auch für § 16 Abs. 3 (Anerkennung von außerhalb des Landes Nordrhein-Westfalen erworbenen Lehrbefähigungen als Lehramtsbefähigungen im Sinne

des neuen LABG). Mit der Weitergeltung des § 13 LABG 1969 werden stattdessen die Anerkennungsmöglichkeiten nach altem Recht aufrechterhalten. (1)

Dr. Haak
und Fraktion

Koch
und Fraktion

(1) entnommen aus: Landtag Nordrhein-Westfalen - 7. Wahlperiode - Drucksache 7/4630

Anmerkung der Redaktion

Da anzunehmen ist, daß allen Interessierten das Lehrerausbildungsgesetz, das der nordrhein-westfälische Landtag gegen die Stimmen der CDU-Opposition am 16. Oktober des vergangenen Jahres mit den Stimmen der SPD/FDP-Koalition verabschiedete, zugänglich ist, verzichten wir hier auf einen Abdruck.

Sollte dies jedoch nicht der Fall sein, so erklärt sich die Redaktion gerne bereit, ein Exemplar zur Einsichtnahme in der Pressestelle der GH Paderborn auszulegen.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Presse- und Informationsstelle
der Gesamthochschule Paderborn

Redaktion:
Dr. Helga Wermuth

Redaktionsanschrift:
479 Paderborn, Geroldstraße 32
Tel.: 29 333

Herstellung und Druck:
Druckerei der GH Paderborn

Titelblattgestaltung:
Prof. Dipl.-Ing. Ole Hessler,
FB 7 (Architektur), Abt. Höxter
der GH Paderborn

Auflagenhöhe:
2.500 Exemplare

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion, sondern die persönlichen Ansichten der Verfasser wieder.

NACHRICHTEN UND BERICHTEAUS DEM AKADEMISCHEN AUSLANDS-
AMT

Als erste australische Studentin kam die DAAD-Stipendiatin Ingrid Walsoe aus Sydney für 1 Jahr an die Gesamthochschule Paderborn.

Walsoe (geboren am 12.2.1952 in Sydney) ist Studentin der Germanistik an der Macquarie Universität, North Ryde, NSW, Australien. Schwerpunkte ihres Studiums an der GH Paderborn werden unter der Anleitung von Prof. Dr. Hartmut Steinecke die Schriftsteller Büchner, Grabbe, Lenz und das historische Drama sein.

Zum SS 1975 werden ca. 145 ausländische Studenten aus den folgenden Ländern an der GH Paderborn studieren:

Afghanistan, Algerien, Argentinien, Australien, Ägypten, Belgien, Burundi, CSSR, Dänemark, Finnland, Frankreich, Gabun, Ghana, Griechenland, Großbritannien, Indien, Indonesien, Italien, Israel, Iran, Jordanien, Malaysia, Niederlande, Nigeria, Österreich, Peru, Ruanda, Schweiz, Singapur, Spanien, Syrien, Togo, Türkei, Ungarn, USA, Vietnam und staatenlose Ausländer.

AUS DEN FACHBEREICHEN

Als zweiten Beitrag unserer Reihe "Die Fachbereiche stellen sich vor" veröffentlichen wir einen Arbeitsbericht des Fachbereiches 2 - Erziehungswissenschaften - Psychologie - Leibeserziehung - der Gesamthochschule Paderborn. Der Verfasser dieses Aufsatzes, Prof. Dr. Johannes Franz, ist Dozent der Erziehungswissenschaften am Fachbereich 2:

Der Fachbereich 2 an der Gesamthochschule Paderborn repräsentiert mit den Fächern Erziehungswissenschaft, Psychologie und Leibeserziehung einen Studien- und Forschungsbereich, der sich - vereinfachend ausgedrückt - mit dem Menschen, seiner geistigen, seelischen und körperlichen Entwicklung und den Möglichkeiten ihrer Förderung befaßt.

Die Erziehungswissenschaft stellt sich dabei zunächst dar als

Fachstudium mit den Abschlüssen

- Lehramtsprüfung für das Unterrichtsfach "Pädagogik" in der Sekundarstufe II
- Diplom-Pädagoge
- Promotion zum Dr. paed. (Dr. phil.)

und als allgemeinverbindliches erziehungswissenschaftliches Grundstudium für alle Lehramts-

studiengänge (Primarstufe, Sekundarstufen I u. II einschließlich der berufsbildenden Schulen).

An den traditionellen Universitäten ist die Fachbezeichnung "Pädagogik" als geschichtlich gewordener und gegenwärtig noch beibehaltener Ausdruck der Gesamtdisziplin üblich. Teilbereiche der Erziehungswissenschaft, die an der GH Paderborn vertreten werden, sind

Allgemeine und systematische Pädagogik,
Pädagogische Anthropologie,
Geschichte der Pädagogik,
Allgemeine Didaktik und
Curriculumtheorie,
Schulpädagogik,
Unterrichtswissenschaft,
Berufspädagogik,
Erwachsenenbildung,
Sozialpädagogik,
Medienverbund/Mediendidaktik,
Bildungstechnologie.

Eine besondere Akzentuierung erfährt die Erziehungswissenschaft an unserer Gesamthochschule durch bestimmte Institute des Forschungszentrums für objektivierte Lehr- und Lernverfahren (FEoLL).

Die Hauptaufgabe der Erziehungswissenschaft ist die Lehreraus- und -weiterbildung. Aus diesem Grunde liegen auch die Schwerpunkte von Lehre und Forschung

zunächst in diesem Bereich.

Neben den Veranstaltungen, Forschungsarbeiten und Veröffentlichungen der hauptamtlich Lehrenden drückt sich dies auch in den Themen zu den wissenschaftlichen Hausarbeiten im Rahmen der ersten Staatsprüfung, in den Arbeiten zum Diplom-Pädagogen und in den Dissertationen zum Dr. paed. aus. Die Probleme reichen von der Vorschulerziehung über Fragen der Motivation und der Methoden im Unterricht auch zur Beurteilung und Integration der Medien bis zur Analyse von Komplexen aus der Arbeitswelt und der Erwachsenenbildung.

Professoren der Erziehungswissenschaft wirken in verschiedenen wissenschaftlichen Gremien des In- und Auslandes - teilweise in verantwortlicher Position - mit.

Als besonderes Problem sehen die Erziehungswissenschaftler die Effektivität - oder auch Un-effektivität - der Lehrveranstaltungen an. Da alle Lehramtsstudenten zu einem Drittel oder zumindest zu einem Viertel des geforderten Lehrdeputats diese Disziplin studieren müssen, finden selbst die Seminare, deren Größe in der bekannten Kapazitätsberechnung bei rund 25 Teilnehmern liegen sollte, in überfüllten Hörsälen statt.

Die P s y c h o l o g i e als mögliches Wahlfach des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums (neben Philosophie, Soziologie und Politologie) erfreut sich bei den Lehramtsstudenten eines regen Interesses. Im WS 73/74 haben 69,8 % aller Prüfungskandidaten diese Disziplin gewählt.

Hier ertönt bereits der erste Hilfeschrei, wenn man feststellen muß, daß die Psychologie lediglich durch eine H 4 - Stelle, eine H 3 - Stelle und einen Akademischen Oberrat vertreten wird. Man hofft, daß eine seit langem vakante Assistentenstelle demnächst besetzt werden kann. Eine in diesem Haushaltsjahr neu genehmigte H 4 - Stelle soll als "Betriebspsychologie" das allgemeine und das spezifische Angebot verbessern helfen. Im besonderen ist dabei an die Lehramtsstudiengänge für berufsbildende Schulen zu denken und an notwendige Serviceleistungen für die Wirtschaftswissenschaften. An unserer GH wird die Psychologie bisher primär unter dem Aspekt der pädagogischen Psychologie und als Ergänzung und Fundierung des Pädagogikstudiums angeboten. Die tägliche Erfahrung in Schule und Unterricht zeigt, daß ohne psychologische Kenntnisse die vielschich-

tigen Probleme des sozialen Umfeldes nicht gemeistert werden können.

Als besonderer Gesichtspunkt ist zu erwähnen, daß die Psychologen in zunehmendem Maße als Berater für persönliche Schwierigkeiten in Anspruch genommen werden.

Die Zuordnung der L e i b e s e r z i e h u n g zum Fachbereich 2 schafft die Voraussetzungen für eine enge interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen dem Sport und den zentralen Grundwissenschaften. Die Isolierung des Sports, wie sie zum Teil auch heute noch an anderen Universitäten besteht, ist hier überwunden.

Durch die Einrichtung neuer Studiengänge wurden in den letzten Semestern die Studienmöglichkeiten erweitert. So kann an der GH Paderborn Sport für das Lehramt an der Grund- und Hauptschule, der Realschule, am Gymnasium (Zweifach) und für das Lehramt an berufsbildenden Schulen studiert werden. Die Einrichtung und Weiterentwicklung der Studiengänge bringt folgende Aufgaben und Probleme mit sich:

1. Sicherung und Ausweitung des Lehrangebotes
2. Ausbau der sportwissenschaftlichen Forschung
3. Schaffung der materiellen Voraussetzungen

(Sportstätten, Unterrichts- und Arbeitsräume)

Zu 1) Nach der Besetzung der noch für 1975 erwarteten Stellen sind vor allem die Voraussetzungen für die didaktisch-methodische und praktische Ausbildung verbessert. Dagegen bereitet die Deckung und Differenzierung des Lehrangebotes im sportwissenschaftlichen Bereich auch künftig Schwierigkeiten. Hier ist eine Ausweitung des Stellenplanes dringend erforderlich.

Zu 2) Sportwissenschaftliche Forschung an der GH Paderborn konzentriert sich vorrangig auf sportpädagogische und sportdidaktische Problemfelder. Zur Zeit wird ein größeres Forschungsprojekt erarbeitet, bei dem auf breiter Grundlage Möglichkeiten zur Entwicklung und Stabilisierung sportlicher Interessen und Neigungen untersucht werden. Die Durchführung weiterer Forschungsvorhaben wie "Sport und Sozialisation" und "Curriculumprobleme des Sportunterrichts an berufsbildenden Schulen" ist geplant.

Zu 3) Der Minister für Wissenschaft und Forschung hat ein Sportstätten- und Raumprogramm genehmigt, mit dessen Realisierung allerdings noch nicht begonnen wurde. In seiner Sitzung am 19. März 1975 verabschiedete der Gründungssenat

eine Resolution, in der der sofortige Beginn der Sportstättenplanung und -ausführung gefordert wird.

Zur Zeit studieren etwa 300 Studenten in den verschiedenen Studiengängen das Fach Sport. Die Aufnahmekapazität wird künftig nur noch sehr beschränkt sein.

Die Auswertung einer Fragebogenaktion legte Prof. Dr. Werner Röper, FHL, Dekan des Fachbereichs 9 - Landbau - der Abteilung Soest der Gesamthochschule Paderborn, vor. Befragt wurden rund 850 "Ehemalige" des Fachbereichs, die der "Susatia" (Verband Ehemaliger des Fachbereichs Landbau) angehören. Im Mittelpunkt standen dabei Fragen ihrer beruflichen Situation und Probleme des Fachbereichs Landbau. Die Fragebogen waren so konzipiert, daß sie nicht nur auf die Gewinnung statistischer Daten hinzielten, sondern vor allem Zielvorstellung und konkrete Arbeitsunterlagen für die Gestaltung der Lehrinhalte im FB 9 erbrachten. Finanziert wurde diese Aktion von der Geschäftsführung der "Susatia".

Anmerkung der Redaktion:

Da es aufgrund des Umfangs an dieser Stelle nicht möglich ist,

die einzelnen Ergebnisse dieser Fragebogenaktion zu veröffentlichen, geben wir Interessierten gerne die Gelegenheit, in der Pressestelle Einblick in die Auswertung zu nehmen.

Auf seiner Fachbereichsratssitzung am 29. Januar 1975 hat der Fachbereich 1 - Philosophie - Religionswissenschaften - Gesellschaftswissenschaften - der Gesamthochschule Paderborn folgende Resolution beschlossen:

Am 28. 1. 1975 hat das Parlament der jugoslawischen Teilrepublik Serbien acht international bekannte und angesehene Wissenschaftler an der Philosophischen Fakultät der Universität Belgrad ihrer akademischen Ämter entsetzt.

Es handelt sich um Gelehrte, die maßgeblich an der Organisation der weltbekannten Sommerschule von Korcula beteiligt sind und die an der Theoretischen Zeitschrift "Praxis", die Ernst Bloch als die beste unserer Zeit bezeichnet, und die in serbokroatischer sowie französischer, englischer und deutscher Sprache (internationale Ausgabe) in Zagreb erscheint, führend und verantwortlich mitarbeiten.

Die lange vorbereitete Maßnahme der serbischen Regierung wirft

den Hochschullehrern vor, ultraradikal liberal eingestellt zu sein, der nötigen Treue zu den Grundsätzen der Revolution zu ermangeln, die Partei des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens in ihrem Führungsanspruch auf theoretischem Gebiet angegriffen zu haben, der freien wissenschaftlichen Diskussion Vorrang vor revolutionärer Disziplin gegeben zu haben und dem jugoslawischen Staat Tendenzen zu bürokratischer Verkarstung analytisch nachzuweisen versucht zu haben.

Den jetzt mit Entziehung von Ämtern und Lehrbefugnis abgeschlossenen Verfahren ist ein mehrjähriger Widerstand seitens der Selbstverwaltung der Universitätsverwaltungen und Studenten der Universitäten von Belgrad, Zagreb und Laibach vorangegangen. Erst nachdem das bisher gültige, mit dem Prinzip der Selbstverwaltung als der Grundlage des jugoslawischen Staates übereinstimmenden Hochschulgesetz geändert worden war (vergl. FAZ vom 22. 1. 75), konnte das serbische Parlament die Wissenschaftler "wegen Bedrohung gesellschaftlicher Interessen" maßregeln und dem Kultusministerium zur Verfügung stellen (dpa 28. 1. 75).

Die Gemaßregelten sind:
Mihailo Marković - Miladin

Zivotić - Svetozar Stojanović -
Zaga Pesić-Golubović - Ljubomir
Tadić - Nebojša Popov - Micu-
nović - Indzić.

Antrag:

Der Fachbereich 1 beschließt,
einen der Gemaßregelten zu einer
Gastprofessur für zwei Semester
für die Fächer Soziologie und
/ oder Philosophie einzuladen.

Begründung:

Die Angebotsmangellage der
Fächer, speziell des Fachs
Soziologie, ist bekannt. Die
wissenschaftlichen Leistungen
der oben Genannten sind welt-
weit bekannt; notfalls in den
Jahrgängen der Zeitschrift
"Praxis" belegt.

Einige der Betroffenen schrei-
ben und sprechen perfekt deutsch.

Die Einladung zu einer Gast-
professur würde der Gesamthoch-
schule nützen, den Gemaßregelten
helfen, zumindest dem Eingela-
denen die wissenschaftliche Lehr-
tätigkeit erlauben, von der er
jetzt abgeschnitten worden ist.

AUS DEN KOMMISSIONEN

Aus der Forschungskommission

Die Forschungskommission hat un-
ter dem neuen Vorsitzenden (Prof.
Dr. rer. pol. Buttler) ihre Ar-
beit aufgenommen. Sie besteht im
übrigen in der bewährten Zu-

sammensetzung (Prof. Dipl.-Ing.
Grüneberg, stud. paed. K. L.
Hesse, Prof. Dr. rer. nat.
Kettrup und Akad. Oberrat Dr.
phil. Sievert) weiter. Die Hoch-
schullehrer und wiss. Mitarbei-
ter der GH sind durch Rundschrei-
ben auf die Arbeit und insbeson-
dere die vorrangigen Aufgaben
der FK aufmerksam gemacht worden.
Die Forschungskommission hat
nach der VGrundO für die GH Pa-
derborn die Aufgabe, alle Ange-
legenheiten der Forschungsorga-
nisation, soweit die Fachberei-
che nicht zuständig sind, bera-
tend vorzubereiten. Dies beinhal-
tet nach dem Selbstverständnis
der Kommission die Förderung von
Einzelforschungsvorhaben, deren
fachliche und fachübergreifende
Koordination, insbesondere die
Festlegung von Forschungsschwer-
punkten.

Zu den Hauptaufgaben der Kom-
mission im Sommersemester gehören
die Intensivierung des Kontakts
mit den in der Forschung tätigen
Hochschulgruppen und mit for-
schungsfördernden Institutionen,
die weitere Behandlung der im
Vorjahr diskutierten Forschungs-
schwerpunkte, die Forschungser-
folgskontrolle und die Bearbei-
tung und Ergänzung der Forschungs-
umfrage. Es ist ferner vorge-
sehen, zum Spätsommer einen ersten
Forschungsbericht zu verfassen.

Um eine zügige Bearbeitung der anstehenden Aufgaben zu gewährleisten, hat sich die Kommission auf einen festen Tagungsrhythmus geeinigt.

Über einzelne Arbeitsergebnisse hoffen wir bald berichten zu können.

AUS DEM PERSONALRAT PERSONALVERSAMMLUNG

Die diesjährige Personalversammlung findet am 11.4.1975, 9.00 Uhr in der Aula der Gesamthochschule Paderborn, Fürstenweg 17, statt.

Auf der vorläufigen Tagesordnung stehen neben dem Rechenschaftsbericht des Personalrates ein Referat des Rektors über die Situation der GH Paderborn und ein Referat des Kanzlers über Stand und Entwicklung des Bauvorhabens am Pohlweg. In einer anschließenden Diskussion sollen grundsätzliche Fragen aus dem Kreis der Mitarbeiter erörtert werden.

WAHL DES PERSONALRATES

Da die Amtszeit des derzeitigen Personalrates am 30. Juni 1975 endet, wird die Neuwahl voraussichtlich in der Zeit vom 23. bis 25. Juni 1975 stattfinden. Zur Durchführung der Personalratswahlen 1975 wurde folgender Wahlvorstand berufen:

für die Gruppe der Angestellten:
Vorsitzende: Helga Tschackert
Ersatzmitglied: Regina Sonnenrein
für die Gruppe der Beamten:
Stellvertretender Vorsitzender:
Hans-Jürgen Ungrad
Ersatzmitglied: Franz-Ferdinand Eusterholz
für die Gruppe der Arbeiter:
Alfons Brand
Ersatzmitglied: Pius Frank

AUS DEM SENAT

Am 27. 11. 1974 faßte der Gründungssenat der Gesamthochschule Paderborn auf seiner 58. Sitzung den Beschluß über die Errichtung eines Audiovisuellen Medien-Zentrums (AVMZ) an der Gesamthochschule Paderborn als zentrale Einrichtung und verabschiedete die Satzung des AVMZ. Auf seiner 64. Sitzung am 5. März 1975 beschloß der Gründungssenat der GH Paderborn einstimmig, der Satzung für das Rechenzentrum an der GH Paderborn zuzustimmen.

Auf seiner 64. Sitzung am 5. März 1975 verabschiedete der Gründungssenat der GH Paderborn folgende Stellungnahme zum Entwurf des Ministers für Wissenschaft und Forschung, Johannes Rau, betr. "Grundsätze zum Aufbau eines Studienberatungssystems an den Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen":

I. Grundsätzliches zum Begriff und zur Problematik von Studienberatung

Das Grundsatzpapier des MWF begründet ausführlich die Notwendigkeit eines zentralen Studienberatungssystems und enthält einen ausführlichen Aufgabenkatalog. Es fehlen jedoch Hinweise auf die Problematik und theoretischen Diskussionen über den Begriff "Beratung" und wie sich demnach Studienberatung zu verstehen hat. So sollte klar gestellt werden, daß das Verständnis von "Beratung" im Sinne des Grundsatzpapiers nicht von einem einseitig strukturierten Kommunikationsschema ausgeht: Dem (fast) alles wissenden Berater steht der Ratsuchende als der Nichtwissende und Entscheidungsabhängige gegenüber! Vielmehr sollten Begriff und Sache der "Beratung" verstanden und erläutert werden als komplexer Aktionszusammenhang möglichst weitreichender und differenzierter Information und Orientierung, in dem das eigene Urteils- und Entscheidungsvermögen des zu Beratenden (hinsichtlich des Beratungsgegenstandes) gerade ermöglicht und aufgebaut werden soll, offenbare oder versteckte "Lenkung" aber ausgeschlossen bleiben muß.

Beispiel:

Angesichts des möglichen Zielkonfliktes der Studienberatung zwischen personenzentrierter Be-

ratung (dem Ratsuchenden die ihm gemäße Studien- und Berufsmöglichkeiten erschließen) und studienplatz-/arbeitsmarkt-orientierter Beratung (den Gegebenheiten und Prioritätssetzungen der "Gesellschaft" folgen müssen) wird offenbar, daß Studienberatung nur dann unseren demokratischen Normen entspricht, wenn der genannte Konflikt eben nicht durch (manipulative) "Lenkung", sondern durch die ermöglichte Eigenentscheidung des Beratenen bewältigt wird: Der Berater muß im gegebenen Fall (durch den kommunikativen Diskurs mit dem Berater) in den Stand gesetzt werden, den Gegensatz zwischen Eigeninteresse und Gesellschaftserfordernis selbst zu ermitteln.

II. Zum Aufgabenkatalog der Studienberatung

1. Das Grundsatzpapier unterscheidet zwischen der
 - a) allgemeinen Studienberatung (2.111)
 - b) der Studienfachberatung (2.112)
 - c) und der psychologischen Beratung (2.113)
2. Die Aufgabenbereiche zu a) und b) sind ausführlich dargestellt und dürften kaum umstritten sein. Bemerkenswert ist besonders, daß das Grundsatzpapier bei der Studienfachberatung den Vorrang der Fachbereiche betont. Zu begrüßen ist auch die geforderte Benennung einer Kontaktperson in jedem Fachbereich, die den notwendigen Informations- und Kommunikationsfluß zwischen

Fachbereich und zentraler Studienberatung sichern soll.

In diesem Zusammenhang sollte in die Grundsätze auch die Forderung aufgenommen werden, daß nicht nur (wie im Grundsatzpapier bereits ausgesprochen) eine optimale Information der zentralen Studienberatungsstelle durch die Fachbereiche sicherzustellen ist, sondern daß auch umgekehrt die Studienberatungsstelle eine optimale Information der Fachbereiche, z. B. via Kontaktperson sicherstellen muß. Erfahrungen in der Fachberatung an der Gesamthochschule Paderborn zeigen, daß Fach- und Allgemeinberatung eng zusammenhängen, daß aber wichtige beratungsrelevante zentral verfügbare Informationen oft zu spät und / oder nicht ausreichend in die Fachbereiche gegeben werden.

Insgesamt muß sichergestellt werden, daß der eigentliche Lehrkörper mit den Problemen ratsuchender Studenten vielfältig vertraut gemacht wird und vertraut bleibt, und daß sich Studienberatung nicht isoliert vom Lehrbetrieb vollzieht.

3.

Die psychologische Beratung soll nach dem Grundsatzpapier den Bereich der Eignungsdiagnostik und die individual-psychologische Be-

ratung bei persönlichen Schwierigkeiten umfassen. Von der psychologischen Beratung zu trennen und damit von der Studienberatung nicht anzuwenden, ist nach der Auffassung des Ministers für Wissenschaft und Forschung die therapeutische und psychiatrische Behandlung und Beratung. Studenten mit psychischen Störungen sollen den dafür im Rahmen der allgemeinen Gesundheitsfürsorge zuständigen Stellen zugeführt werden.

Es ist zu diskutieren, ob die vorgenommene Begrenzung sachlich vertretbar ist.

Gegen eine Ausdehnung der Zuständigkeiten auf eine therapeutische oder gar psychiatrische Behandlung spricht:

- Es könnte zu Konflikten mit der allgemeinen Gesundheitspolitik, mit dem Krankenkassenrecht etc. kommen. ¹⁾

Für eine Ausdehnung der Zuständigkeiten zumindest auf therapeutischem Gebiet könnten folgende Argumente sprechen:

- Die im Rahmen der allgemeinen Gesundheitsfürsorge angebotene therapeutische und psychiatrische Hilfe ist für die Bevölkerung völlig unzureichend. Wartezeiten bis zu 2 Jahren sind keine Seltenheit, eine Zeit, die für Studenten eine

studienwirksame Behandlung faktisch ausschließt.

- Die Zahl der therapie-bedürftigen Studenten ist besonders hoch.
- Zweifellos dürfte ferner sein, daß eine Therapie um so schneller und wirkungsvoller ist, wenn sie möglichst nahe zum sozialen Umfeld des Probanden arbeiten kann. Zu denken wäre an die Behandlung von Arbeitsstörungen neurotischer Art, Prüfungsphobien etc., die von einer in der Hochschule angesiedelten Institution besser erfaßt und behandelt werden könnten.

Aus der Gegenüberstellung der aufgeführten Argumente ergibt sich, daß zum Aufgabenbereich der Studienberatung in einem freilich begrenzten Umfang auch die therapeutische Behandlung psychischer/neurotischer Probleme gehören sollte. Anzubieten wären z. B.

Kurztherapieformen, Arbeitstherapie, Verhaltenstherapie, Gruppentherapie.

Dabei sollte die Frage geklärt werden, wie weit die in der Studienberatung tätigen ausgebildeten Psychologen, ohne bereits voll ausgebildete Therapeuten

oder Psychiater sein zu müssen, einfachere Aufgaben therapeutischer Einwirkung wahrnehmen können bzw. u. U. durch Fortbildungskurse entsprechend geschult werden könnten.

Die Behandlung schwerer Störungen (psychosomatische und psychotische Probleme) müßten dagegen dem allgemeinen Gesundheitsdienst überlassen werden.

Die hier vorgeschlagene Aufgabenverteilung entspricht den Regelungen des Modells eines integrierten Studienberatungssystems, das von der Technischen Hochschule Darmstadt entwickelt wurde. ²⁾

III. Auswertung und Rückmeldung

Das Grundsatzpapier zählt zu den Aufgaben der zentralen Studienberatungsstellen u. a. die Auswertung und Rückmeldung der bei der Beratung gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse an die für Studium und Lehre zuständigen Stellen der Hochschule (S. 18).

Einer gezielten Auswertung der Probleme, die der Studienberatung vorgetragen werden, sollte ein besonderer Wert zuerkannt werden. Bislang dringt der Inhalt von Einzelberatungen kaum

an die Öffentlichkeit, die Beratungsprobleme werden kaum systematisiert und auf ihre Hintergründe untersucht.

Es ist Sache der von der Hochschule zu beschließenden Satzung (vgl. S. 17), eine gezielte Auswertung und Rückmeldung der Ergebnisse und Erfahrungen sicherzustellen.

IV. Vor- und Weiterbildung der Berater

Das Grundsatzpapier fordert für die hauptberuflichen Studienberater als Vorbildung ein abgeschlossenes Hochschulstudium und zusätzlich eine mindestens 3 jährige Berufserfahrung innerhalb oder außerhalb der Hochschule.

Es ist zu diskutieren, ob nicht das geforderte Hochschulstudium näher zu konkretisieren ist.

Zweifellos können Absolventen aller Studienrichtungen im angegebenen Sinn Studienberatung und Studienfachberatung betreiben. Ein breites Spektrum von verschiedenen Disziplinen sichert der zentralen Studienberatung ein hohes Maß an Fachwissen und schützt vor Einseitigkeiten in der Beratungspraxis.

Andererseits ist nicht zu übersehen, daß die Tätigkeit in der Studienberatung - wie jede Beratertätigkeit - vor allem pädagogisch-psychologisch akzentuiert

ist; zu beachten ist auch, daß das Bildungs- und Beschäftigungssystem, über das informiert werden und das durchschaubar gemacht werden soll, zunächst Gegenstand der Sozialwissenschaften ist.

Zu überlegen wäre, ob nicht ein spezielles Kontakt-Studium für angehende Studienberater eingerichtet werden sollte, in dem diese sich vor Beginn und zu Anfang ihrer Tätigkeit mit psychologischer Gesprächsführung, Gruppendynamik, Problemen des Bildungs- und Beschäftigungssystems etc. beschäftigen könnten.

V. Die Organisationsform der zentralen Studienberatungsstelle

Die Studienberatungsstellen sollten nach dem Grundsatzpapier (S. 17) als zentrale Einrichtungen (§ 37 HSchG) mit dem Charakter einer Betriebseinheit errichtet werden. (Der Regierungsentwurf zur Änderung des Hochschulgesetzes und des Gesamthochschulentwicklungsgesetzes von NW unterscheidet in § 37 bei den zentralen Einrichtungen zwischen wissenschaftlichen Einrichtungen und Betriebseinheiten). Die Stellung der zentralen Studienberatungsstelle muß durch Satzung der Hochschule festgelegt werden.

Widersprüchlich sind die Aussagen zur Frage, wer den Leiter der

zentralen Studienberatungsstelle zu bestellen hat und wem er zugeordnet ist - dem Senat oder dem Rektorat. Während das Grundsatzpapier sagt, daß der Leiter vom Senat zu bestellen ist, schreibt der Regierungsentwurf in § 37 Abs. 4 für die Betriebs-einheit vor, daß die Bestellung des Leiters nur der Zustimmung des Senats bedarf und daß Verwaltung und Leitung der zentralen Einrichtung, die Betriebs-einheit ist, der Hochschulpräsident oder das Rektorat regelt. Der Gründungssenat der Gesamthochschule Paderborn stellt angesichts der genannten Widersprüche ausdrücklich fest, daß er die Bestellung des Leiters durch den Senat für richtig hält. Darüber hinaus ist er der Auffassung, daß eine möglichst direkte Zuordnung der zentralen Studienberatungsstelle zum Senat zu fordern und eine Senatsunterkommission "Studienberatung" - parallel zur "Bibliothekskommission" - zu institutionalisieren ist.

VI. Zusammenfassung

Der Senat begrüßt und bejaht die im Grundsatzpapier dargelegte Konzeption eines umfassenden Studienberatungssystems und hält das Grundsatzpapier für eine brauchbare Richtschnur

für die Einrichtung eines funktionsgerechten Systems. Er begrüßt ferner, daß die Zusammenarbeit mit anderen Beratungsdiensten nachdrücklich beabsichtigt wird, und daß dementsprechend die Bildung übergreifender Beratungseinheiten einschließlich notwendiger vertraglicher Regelungen in die Wege geleitet werden soll.³⁾

Der Senat fragt jedoch auch, ob es richtig ist, schon jetzt Struktur- und Aufgabenbereiche der zentralen Studienberatungsstellen verbindlich und endgültig festzuschreiben.

- 1) vgl. die Antwort von Minister Rau auf die Mündliche Anfrage 330 des Abgeordneten Dr. Pohl (CDU)
- 2) vgl. Studienberatung als Versuch, in: Die Hochschule - Berichte, Informationen und Meinungen aus der Technischen Hochschule Darmstadt, Nr. 27, 1973
- 3) vgl. Hochschulmagazin NW 4/74, S. 2

Am 30. Jan. 1975 übersandte der Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen den wissenschaftlichen Hochschulen einschließlich Gesamthochschulen einen Erlaßentwurf zur Lehrtätigkeit von Akademischen Räten und Akademischen Oberräten mit der Bitte um Stellungnahme.

Der Gründungssenat der Gesamthochschule Paderborn diskutierte diesen Entwurf auf seiner 65. Sitzung am 19. März 1975 und beschloß einstimmig die folgende Stellungnahme:

Der Gründungssenat begrüßt die in dem Anschreiben zu dem Erlaßentwurf ausgesprochene Anerkennung der Tatsache, daß Akademischen Räten und Akademischen Oberräten zu erheblichem Umfange in der Lehre tätig sind und selbständig Lehraufgaben in Form von Seminaren, Übungen und Vorlesungen wahrnehmen.

Der Gründungssenat wendet sich gegen die schematische Einteilung der Gruppe der Akademischen Räte in zwei Gruppen

- a) die Gruppe der Akad. Räte mit überwiegenden Lehraufgaben und
- b) die Gruppe der Akad. Räte mit Kustodenfunktion.

Er weist demgegenüber darauf hin, daß die kompetente Wahrnehmung der Hochschulaufgaben in Forschung und Lehre den flexiblen Einsatz der Hochschullehrer und wissenschaftlichen Mitarbeiter, insbesondere der Akad. Räte erfordert.

Nach Auffassung des Gründungssenats müssen die dienstlichen Verpflichtungen unter Berücksichtigung der Notwendigkeiten der

Aufgabenstellung des Faches bzw. Fachbereiches festgelegt werden. Diese Feststellung sollte nach Auffassung des Gründungssenats mit der Einweisungsverfügung geschehen. In dieser Einweisungsverfügung sollte der Aufgabenbereich des Akad. Rates in den Bereichen Lehre, Hochschulselbstverwaltung (Studienberatung usw.), Wissenschaftsverwaltung und Forschung qualitativ und quantitativ umschrieben sein.

Der Gründungssenat hält die im Anschreiben zum Begleiterlaß vorgenommene Modellrechnung überdies für anfechtbar. Selbst dann, wenn man sich die Berechnungsmodalitäten der KapVO zu eigen macht, wäre folgendes zu berücksichtigen: In Anbetracht der heutigen Situation würde $\frac{1}{3}$ der Gesamtarbeitszeit allein für die qualifizierende Mitwirkung in der akademischen Selbstverwaltung, für wissenschaftliche Weiterbildung, für Studienberatung, Sprechstunden- und Prüfungstätigkeit benötigt werden. Hieraus ergibt sich bei einem Vor- und Nachbereitungs-faktor 3 als zumutbare Lehrbelastung für einen ausschließlich in der Lehre tätigen Akademischen Rat die Zahl von maximal 10 SWS. Werden dem Akademischen Rat im Rahmen der Einweisungsverfügung weitere Aufgaben in der Wissen-

schaftsverwaltung (z. B. Mitwirkung bei Institutsverwaltung, Aufbau und / oder Leitung von natur- oder ingenieurwissenschaftlichen Praktika) übertragen, so ist seine Lehrverpflichtung entsprechend herabzusetzen.

Im übrigen vertritt der Gründungssenat mit Nachdruck die Auffassung, daß eine schematische Anwendung der Arbeitszeitregelung des öffentlichen Dienstes auf eine Hochschultätigkeit in Lehre und Forschung nicht sachgerecht ist. Der Gründungssenat weist mit allem Nachdruck darauf hin, daß Hochschullehrer und wissenschaftliche Mitarbeiter, insbesondere die Akad. Räte, wesentlich mehr als 40 Arbeitsstunden in der Woche ableisten. Eine solche Handhabung der Arbeitszeitregelung ist daher nicht geeignet, den Willen zu freiwilliger Mehrleistung zu fördern. Gerade die derzeitigen Engpässe im Ausbildungssystem und auch die Aufbausituation der Gesamthochschule Paderborn erzwingen von allen Beteiligten flexibles und unmittelbares Eingehen auf die vorhandenen Erfordernisse. Der Gründungssenat fordert daher, im § 1 der Verordnung über die Arbeitszeit der Beamten im Lande Nordrhein-Westfalen (vom 20.2.1962, Fassung 8.12.1970) den Geltungsbereich auch auf wissen-

schaftliche Mitarbeiter auszuweiten.

Der Rat der wissenschaftlichen Mitarbeiter der Gesamthochschule hat zu diesem Themenkomplex folgende Stellungnahme abgegeben:

"Unsere Bedenken betreffen erstens Ihre Absicht, die wissenschaftliche Lehrtätigkeit von Akademischen Räten/Oberräten zwar einerseits anzuerkennen - sofern eine entsprechende Zuweisung vorliegt oder nunmehr aufgrund des Erlasses nachträglich vorgenommen wird -, zugleich aber diese selbständige Wahrnehmung von Lehraufgaben in den allgemeinen Rahmen der Arbeitszeitregelung des öffentlichen Dienstes nach § 78 LBG zu stellen.

Diese Lösung erscheint uns ungerechtfertigt und unpraktikabel. Die Akademischen Räte/Oberräte wären damit die einzige Gruppe von Lehrenden an wissenschaftlichen Hochschulen sowie auch von Lehrenden aller Schulstufen außerhalb der wissenschaftlichen Hochschulen, die nicht von der Arbeitszeitregelung nach § 78 LBG ausgenommen wären, ohne daß eine Begründung hierfür ersichtlich ist.

Wissenschaftliche Lehre und Forschung erfordert ein besonderes Maß und eine besondere Art der Vorbereitung, deren Realisierung unter den derzeitigen Bedingungen an den wissenschaftlichen Hochschulen nur in beschränktem Maße innerhalb der Arbeitszeit, wie sie § 78 LBG sowie die daran sich anschließenden Regelungen über die Dienstzeiten von Dienststellen vorsehen, durchgeführt werden können. Zu einer solchen Vorbereitung gehört auch die Arbeit in auswärtigen Bibliotheken, Archiven, die Teilnahme an wissenschaftlichen Kongressen, Fachtagungen und Arbeitstreffen, die Vor- und

Nachbereitung von Feldstudien/Explorationen in der Landschaft, in anderen Praxisfeldern wie Schulen, Betrieben, öffentlichen Institutionen sowie einschließlich die Kooperation mit anderen wissenschaftlichen Institutionen. Beweisen die vorstehenden Argumente u. E., daß die Anwendung der Arbeitszeitregelung auf die Akademischen Räte/Oberräte ungerechtfertigt ist, so gibt es darüber hinaus Argumente, die sie als unpraktikabel und nicht vereinbar mit der organisatorischen Praxis einer wissenschaftlichen Hochschule ausweisen. Eine konsequente Einhaltung der Arbeitszeitregelung für diese Gruppe von Lehrenden würde bedeuten, daß auf sie auch die üblichen Dienststundenzeiten Anwendung finden müßten, denn wie sonst ließe sich eine Einhaltung der Arbeitszeit kontrollieren. Eine solche einheitliche Dienstzeit - etwa von 7.30 bis 16.00 Uhr - für die Gruppe der Akademischen Räte/Oberräte erscheint angesichts der Praxis, daß Lehrveranstaltungen bis in den Abend hinein stattfinden, Sprechstunden, Prüfungen und dienstliche Besprechungen nicht immer in diesem Zeitraum stattfinden können und die oben genannten Vorbereitungsarbeiten mit einer bürokratischen Dienstzeitregelung z. T. überhaupt nicht vereinbar sind, völlig unpraktikabel.

Angesichts dieser Argumente schlagen wir vor, dieses Problem für die überwiegend in der Lehre tätigen Akademischen Räte/Oberräte unter Anwendung von § 78 Abs. 3 LBG und in Anlehnung an § 200 Abs. 1 LBG entsprechend der Praxis bei anderen Lehrenden innerhalb und außerhalb der wissenschaftlichen Hochschulen zu regeln.

Der Gründungssenat wendet sich ferner entschieden dagegen, daß künftig beabsichtigt ist, die

Lehrvergütung des Akad. Rates/Oberrates in voller Höhe nicht mehr bei einer Lehrtätigkeit von 6 Semesterwochenstunden, sondern nur noch bei einer solchen von 12 SWSt zu zahlen. Er weist mit Nachdruck darauf hin, daß dies insbesondere eine Benachteiligung der Akad. Räte/Oberräte mit Aufgaben im Bereich der Wissenschaftsverwaltung bedeutet, und fordert zur Besitzstandswahrung die Beibehaltung der jetzigen Regelung der Lehrvergütung.

Gegen die beabsichtigte Inkraftsetzung des Erlaßentwurfs zum Sommersemester 1975 wendet sich der Gründungssenat mit allem Nachdruck.

Selbst wenn man die differenzierten Regelungen dieser Stellungnahme unterstellt, sind die erforderlichen nachträglichen quantitativen Festlegungen der Lehrverpflichtungen in Verträgen - geschweige denn Änderungen des beschlossenen Lehrangebots - nicht in Wochenfrist bis zum Beginn des Sommersemesters zu bewältigen.

AUS DEM STUDENTENWERK

Der Geschäftsführer des Studentenerks Paderborn, Rudolf Pörtner, nimmt in dem folgenden Beitrag Stellung zum Problem und zu Fragen der Bewirtschaftung von Menschen:

Das Subventionssystem

Einer der wichtigsten Arbeitsbereiche des Studentenwerkes Paderborn sind die Mensen. Das Studentenwerk hat zum 1. 3. 75 die Bewirtschaftung der Mensa am Fürstenweg übernommen; zum 1.4.75 folgen die Mensen am Pohlweg und in Höxter, zum 1.5.75 höchstwahrscheinlich die Mensa in Meschede. Außerdem hat sich das Studentenwerk Paderborn an das Wissenschaftministerium in Düsseldorf gewandt und vorgeschlagen, auch für die Abteilung Soest der GH eine Mensa einzurichten.

Von den rund 50 Mitarbeitern, die das Studentenwerk Paderborn in Kürze in den verschiedenen Arbeitsbereichen beschäftigen wird, sind 28, d. h. mehr als die Hälfte im Bereich Mensen beschäftigt. Die Personalkosten für diese Mitarbeiter (1975 rund 572.000 DM) trägt ebenso wie die übrigen Herstellungskosten (Energie, Reinigung, Gebühren usw.) das Land. Der Student zahlt mit dem Essenspreis den Wareneinsatz des Essens. Mit anderen Worten: ein Mittagessen im Preis von 1,80 DM hat einen Warenwert von $1,80 \text{ DM} \pm 10 \%$. Die Herstellungskosten für ein Essen im Warenwert von 1,80 DM liegen bei etwa 3,50 DM, so daß der kostendeckende Preis über 5,-- DM läge. Da-

bei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Mensen in Paderborn wegen der relativ niedrigen Essen-zahlen im Vergleich zu Großmensen eine ungünstige Kostenstruktur aufweisen.

Die seit mehr als zehn Jahren in NW geltende Formel $\text{Essenpreise} = \text{Wareneinsatz}$ ist zwar bisweilen kritisiert worden; man hat eine Subventionierung des Wareneinsatzes durch das Land verlangt. Im ganzen hat sich diese Regel aber als praktikable Richtschnur bewährt: die immens gestiegenen Personalkosten im Mensenbereich konnten sich auf die Geldbeutel der Studenten nicht auswirken. Aus diesem Grund stellen - trotz gestiegener Lebensmittelpreise - die Mensen der Studentenwerke neben den Studentenwohnheimen auch heute noch den wichtigsten Bereich der indirekten Studentenförderung dar; ohne die relativ günstigen Essenpreise in den Mensen wäre die Differenz zwischen dem Bedarfssatz des BAföG und dem tatsächlichen Bedarf noch weitaus größer als sie ohnehin schon ist; der Staat müßte für die direkte Förderung durch das BAföG weit mehr Mittel aufwenden als für die Subventionierung der Mensen.

Kalte Speisen, Getränke

Der oben skizzierte Subventionsgrundsatz "Preise = Ware; Her-

stellung durch das Land" gilt nur für das warme Menssaessen. Die angebotenen kalten Speisen und Getränke müssen insofern kostendeckend kalkuliert werden, als bei der Preisfestsetzung auch Herstellungskosten zu berücksichtigen sind. So erklärt sich, daß ein belegtes Brötchen mit -,60 DM "teuer" ist und ein Essen im Cedeck I mit 1,20 DM "billig" ist.

Essensangebot

Das Studentenwerk versucht - im Rahmen seiner Möglichkeiten - in den Mensen ein schmackhaftes und qualitativ wie quantitativ ausreichendes Essen anzubieten. Mit unserem Angebot wollen wir den Wünschen der Studenten und der Bediensteten möglichst nahekommen.

Wenn Sie mit irgend etwas nicht zufrieden sind oder Anregungen geben wollen, wenden Sie sich bitte an die verantwortlichen Köche in unseren Mensen oder die Verwaltung unser Wirtschaftsbetriebe (Greiteler Gärten 2, Tel. 57271).

AUS DER VERWALTUNG

AMTLICHE MITTEILUNGEN

Folgende Ausgaben der "Amtlichen Mitteilungen" der Gesamthochschule

Paderborn sind erschienen:

Nr. 3/1975

Vorläufige Studienrichtung für das Studium der beruflichen Fachrichtung Elektrotechnik mit den speziellen Fachgebieten Energietechnik und Nachrichtentechnik als Erstem Fach

vom 28. 1. 1975

Nr. 4/1975

Vorläufige Studienordnung für das integrierte Studium der Wirtschaftswissenschaften vom 10. 2. 1975

Nr. 5/1975

Vorläufige Prüfungsordnung für das integrierte Studium der Wirtschaftswissenschaften vom 10. 2. 1975

Nr. 6/1975

Vorläufige Prüfungsordnung für den integrierten Studiengang Maschinenbau an der Gesamthochschule Paderborn vom 6. 3. 1975

Termine für das WS 75/76

Einschreibungsfrist für nicht dem ZVS-Verfahren unterliegende Studiengänge:

22. 9. bis 10. 10. 1975

Rückmeldefrist:

16. 6. bis 4. 7. 1975

Nachfrist bei Zahlung einer Verwaltungsgebühr:

7. 7. bis 11. 7. 1975

Änderung der Belegfrist für das
SS 75

16. 6. bis 4. 7. 1975

Nachfrist

7. 7. bis 11. 7. 1975

KOOPERATION ERSTREBT

Eine enge Kooperation strebt die Gesamthochschule Paderborn mit der Musikhochschule Westfalen-Lippe in Detmold in den Fächern Musik und Musikwissenschaft an. Die Notwendigkeit dazu ergibt sich aus der Tatsache, daß an beiden Hochschulen Studiengänge eingerichtet sind, deren weiterer Ausbau nur auf der Basis der gegenseitigen Nutzung von Studien- und Abschlußmöglichkeiten gewährleistet ist.

Die Ausgangssituation ist folgende:

Im Fachbereich 4 der Gesamthochschule Paderborn existiert eine Studieneinheit "Musik" mit Abschlußmöglichkeiten für die Berufsqualifikationen:

- 1) als Unterrichtsfach für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen
- 2) als Unterrichtsfach für das Lehramt an Realschulen
- 3) als Zweitfach für das Lehramt an Gymnasien
- 4) als nichtberufsbezogenes Fach für das Lehramt an Berufsschulen

(jeweils 40 Semesterwochenstunden)

Der in Verbindung mit dem Fach "Musik" sinnvolle, in Teilgebieten identische Studiengang "Musikwissenschaft" als Erst- oder Zweitfach für das Lehramt am Gymnasium kann in Paderborn bisher nicht studiert werden, da ein entsprechendes spezifisch musikwissenschaftliches Lehrangebot fehlt.

Im Gegensatz dazu existiert an der Musikhochschule Westfalen-Lippe ein Studiengang "Musikwissenschaft" für das Staatsexamens-Zweitfach in Verbindung mit "Musik" als erstem Fach für das Lehramt am Gymnasium. Die Konzeption dieses Studienganges ist identisch mit dem Grundstudium (1. - 4. Semester) der Musikwissenschaft an den entsprechenden Universitätsinstituten.

Außerdem bildet die Ausbildung im Fach "Musikwissenschaft" einen wesentlichen Teil der in Detmold eingerichteten Studiengänge wissenschaftlich-pädagogischer, wissenschaftlich-praktischer und wissenschaftlich-technischer Art, die auch ihren Eingangsvoraussetzungen nach (Hochschulreife) denen anderer wissenschaftlicher Studiengänge entsprechen.

Nach dem gegenwärtigen Stand ist jedoch weder das Studium

der Musikwissenschaft als Staats-examens-Erstfach noch die Weiterführung der oben genannten Studiengänge bis zum Erwerb akademischer Grade (M.A., Dr. phil.) möglich, da

- 1) weder an der Universität Bielefeld noch an der GH Paderborn musikwissenschaftliche Studienmöglichkeiten bestehen
- 2) in Detmold, wo sie bestehen, sowohl die enge Verbindung zu anderen geisteswissenschaftlichen Fächern als auch
- 3) die Berechtigung zur Verleihung akademischer Grade fehlen.

Durch eine Kooperation ließen sich im folgenden Studienmöglichkeiten neu erschließen:

- 1) Lehramtsstudiengänge mit Abschluß durch Staatsprüfung und zwar als Erst- und Zweitfach für das Lehramt am Gymnasium
- 2) Fachwissenschaftliche Studiengänge mit Abschluß durch Hochschulprüfungen zum M.A. oder zum Dr. phil. Daneben könnte das Fach "Musikwissenschaft" auch von studierenden anderer wissenschaftlicher Hauptfächer als Begleit- oder Nebenfach bei Magisterprüfung oder Pro-

motion gewählt werden.

Eine Kooperation zwischen der Gesamthochschule Paderborn und der Musikhochschule Westfalen-Lippe könnte die Empfehlungen realisieren, die der Gesetzgeber in § 32, 1 - 4 GHEG als Ziel der Zusammenarbeit der Hochschulen untereinander bestimmt. Sie wäre geeignet:

- 1) in einem kleinen, überschaubaren Ausbildungssektor eine effektivere Ausnutzung der Kapazitäten zu gewährleisten und damit die Zahl der Studienplätze in einem Bereich der Lehrerausbildung zu erhöhen, in dem nach wie vor eine Bedarfslücke zu schließen ist,
- 2) das Studium qualitativ zu verbessern, indem einerseits eine größere Vielfalt von Lehrveranstaltungen einer größeren Zahl von Studenten zugänglich gemacht, andererseits begabten Studenten der Anreiz und die Möglichkeit zu einem vertiefenden Studium geboten werden
- 3) im Raum Ostwestfalen-Lippe Studiengänge und Abschlußmöglichkeiten zu schaffen, die hier - im Gegensatz zu den Ballungsgebieten im Westen des Landes - bisher nicht angeboten werden konnten.

Der Antrag auf Genehmigung dieser

Kooperation liegt dem Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes NW vor. Eine Entscheidung steht allerdings noch aus.

PADERBÖRNER HOCHSCHULWOCHE

Am 20. 3. 1975 fand die Eröffnung der " Paderborner Hochschulwoche 1975" statt. Nach den Grußworten von Prof. Dr. Broder Carstensen, dem Gründungsrektor der GH Paderborn und Vorsitzenden des Arbeitskreises "Paderborner Hochschulwoche 1975", von Herbert Schwieter, dem Beauftragten für die Aufgaben des Rates und des Bürgermeisters der Stadt Paderborn, und von Johannes Rau, dem Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes NW, hielt Prof. Dr. Thomas Luckmann aus Konstanz den Eröffnungsvortrag zum Thema: "Allgemeine Strukturen und historischer Wandel der Kommunikation".

Die "Paderborner Hochschulwoche", die bis zum 26.3.75 dauerte, stand unter dem Thema: "Humanität und Kommunikation in der verwalteten Welt", das in zahlreichen Vorträgen, Seminaren und Kolloquien von in- und ausländischen Referenten unter seinen gesellschaftlich-politischen, technologischen, erziehungswissenschaftlichen und theologischen Aspekten her untersucht wurde.

Der nordrhein-westfälische Minister für Wissenschaft und Forschung,

Johannes Rau, sprach der GH Paderborn anlässlich der Eröffnung der " Paderborner Hochschulwoche 1975" seine Anerkennung aus. Im Rückblick auf die Gründung der GH am 4. Aug. 1972 meinte er, dieses Ereignis sei eher angetan gewesen, die Beteiligten "mit Zittern und Zagen" als "mit Freude und Selbstbewußtsein" zu erfüllen. Wörtlich fuhr er fort: "Heute, nach 2 1/2 Jahren, stehe ich mit Dankbarkeit und Zuversicht vor Ihnen." Inzwischen - so Rau - studieren an den 5 neuen Gesamthochschulen 30.000 Studenten, davon allein 6.000 in integrierten Studiengängen. Dieser Erfolg sei dem Einsatz all derer zu verdanken, die in den 5 Gesamthochschulen des Landes gearbeitet haben. Er sei zuversichtlich, daß die gewonnenen Erfahrungen in die nächste Aufbauphase eingebracht würden - denn zuversichtlich sein bedeute kein "Zufrieden-auf-die-Schulter-Klopfen", sondern die Ermunterung, in die 2. Phase hineinzugehen mit der "realistischen Utopie, die die Welt verändert". Rau unterstrich, daß die Gesamthochschulen, zunächst ein "Produkt der Ungeduld", sich bis heute bewährt und stabilisiert hätten - auch in ihrer Stellung innerhalb der anderen Hochschulen, indem sie die von ihnen erwartete Qualität erreicht hätten.

NEUERSCHEINUNGEN AUF DEM BÜCHER-
MARKT

Ulrich Lohmar: "Das Hohe Haus - Der Bundestag und die Verfassungswirklichkeit", Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1975

Ulrich Lohmar, o. Prof. für Politische Wissenschaften im Fachbereich 1 der Gesamthochschule Paderborn, ist seit 1957 Mitglied des Bundestages und Vorsitzender des Parlamentsausschusses für Forschung und Technologie.

Zur Motivation, dieses Buch herauszugeben, schreibt Lohmar:

"Es gab für mich zwei Gründe, eine Analyse des Bundestages in der Verfassungswirklichkeit unserer Republik zu schreiben. Einmal lag mir daran, nach mehr als 17-jähriger Zugehörigkeit zum Bonner Parlament eine Bilanz zu ziehen, die über persönliche Erfahrungen hinausreicht. Zum anderen sollte sich ein Hochschul-lehrer gerade im Bereich der Politischen Wissenschaft nicht nur seinen Lehraufgaben widmen, sondern durch empirische und zugleich kritische Forschungsarbeiten gelegentlich einen Beitrag zum Informationsstand seines wissenschaftlichen Arbeitsgebietes leisten. Ich habe das versucht und hoffe auf eine lebhaft Diskussion mit meinen Kollegen in der Politik und in der Wissenschaft."

PERSONALIANEUER KONREKTOR GEWÄHLT

Auf seiner 63. Sitzung am 19. Februar 1975 wählte der Gründungssenat der Gesamthochschule Paderborn den derzeitigen Dekan des Fachbereichs 5, Prof. Dr. Friedrich Buttler, zum neuen Konrektor.

Buttler, der damit die Nachfolge von Prof. Dr. Horst Langemann antritt, wurde 1941 in Bodenwerder / Weser geboren. Nach dem Studium der Volkswirtschaftslehre und Soziologie in Göttingen und Tübingen promovierte er 1967 zum Dr. rer. pol. Von 1965 - 1969 und 1971 - 1972 arbeitete er als Wissenschaftlicher Assistent in Göttingen. Buttler - Stipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft - war in den Jahren 1969 - 1971 Mitarbeiter der Wirtschaftsplanungsbehörde in Madrid. Nach seiner Habilitation im Fach Volkswirtschaftslehre 1972 lehrte er zunächst in Göttingen.

Seit 1973 ist er Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere öffentliche Wirtschaft, im Fachbereich 5 der Gesamthochschule Paderborn.

Mit seinem neuen Amt als Konrektor übernimmt Buttler auch zugleich die Leitung der Forschungskommission.

NEUER VORSITZENDER DER BAU-KOMMISSION

Auf seiner Sitzung am 7. Februar 1975 wählte der Bauausschuß Prof. Dr. Johann-Martin Spaeth, Dozent des Fachbereichs 6 - Naturwissenschaften -, zum neuen Vorsitzenden der Baukommission. Spaeth ist damit Nachfolger von Prof. Dr. Horst Langemann, der aus gesundheitlichen Gründen dieses Amt niedergelegt hatte.

Von 1956 bis 1959 studierte Spaeth an der TH Stuttgart und von 1959 bis 1962 an der Universität München. Nach seiner Promotion 1965 in Stuttgart war er ein Jahr als Stipendiat der Studienstiftung des Deutschen Volkes in Australien. Nach seiner Habilitation 1969 arbeitete er zunächst als Dozent, ab 1972 als Wissenschaftlicher Rat an der TH Stuttgart.

Seit 1. 1. 1974 unterrichtet Spaeth das Fach Experimentalphysik im Fachbereich 6 der Gesamthochschule Paderborn.

NEUER EVANGELISCHER STUDENTENPFARRER

Am 1. 2. 1975 wurde Pfarrer Hartmut Fehse durch die Kirchenleitung der Evangelischen Landeskirche von Westfalen in das Studentenpfarramt Paderborn berufen.

Fehse, am 2. 1. 1943 in Magdeburg geboren, absolvierte nach dem Abi-

tur in Bielefeld das Studium der evangelischen Theologie in Bonn, Göttingen und Münster. Ab 1968 war er Vikar, dann Gemeindepfarrer in Werther/Westfalen.

Zu erreichen ist der neue Studentenpfarrer über das Büro der EHG (Evangelische Hochschulegemeinde), 4790 Paderborn, Am Laugrund 5-7.

STUDENTISCHES

LIBERALER HOCHSCHULVERBAND GEGRÜNDET

Am 12. Februar 1975 wurde mit der Verabschiedung der Gründungssatzung und der Wahl eines Vorstandes der "Liberaler Hochschulverband" (LHV) Paderborn ins Leben gerufen. Wie es in seiner Stellungnahme heißt, ist das Ziel des neuen Hochschulverbandes "die auf der freiheitlich demokratischen Grundordnung basierende Gesellschaft, in der die Freiheit des einzelnen im Rahmen seiner gesamtgesellschaftlichen Verantwortung gewährleistet ist". Den Schwerpunkt seiner Arbeit sieht der LHV im nächsten Semester vor allem in der Information der anstehenden Hochschulgesetze, insbesondere des Lehrerausbildungsgesetzes.

Seine hochschulpolitischen Vor-

stellungen versucht der LHV über die FDP in dem parlamentarischen Raum bekannt zu machen. Daneben will sich der neue Hochschulverband aber auch um die enge Zusammenarbeit mit den Paderborner Jungdemokraten bemühen. Der vorläufige Vorstand setzt sich zusammen aus den Studenten Annette Börkamp, Jürgen Busse und Bertold Gros.

KEINE EINIGUNG ÜBER NEUEN DACH- VERBAND DER STUDENTENSCHAFT

Bei Urabstimmungen im Wintersemester 1974/75 an 84 Hochschulen hatten sich etwa 120.000 Studenten für den Zusammenschluß des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) und des Verbandes der Studentenschaften an Fachhochschulen und höheren Fachschulen (SVI) zu einem neuen Dachverband ausgesprochen. Er wurde dann gegen die Stimmen des Marxistischen Studentenbundes und des Sozialistischen Hochschulbundes beschlossen. Am 20. März 1975 nun eröffneten die 200 Studentenschaften der Universitäten und Fachhochschulen in der Bundesrepublik und Westberlin, die bisher im VDS und im SVI vertreten waren, im Anschluß an ihre Mitgliederversammlungen in Düsseldorf den Gründungskongreß

des neuen Dachverbandes - allerdings ohne den im VDS organisierten Ring Christlich - Demokratischer Studenten (RCDS), der die vorbereitende VDS-Mitgliederversammlung verließ, da auch Gruppen ohne demokratische Legitimation in den neuen Verband aufgenommen werden könnten. Der Gründungskongreß mußte abgebrochen werden, da die verschiedenen Gruppen sich nicht auf eine gemeinsame Satzung einigen konnten. Dieser "Allgemeine Verband der Studentenschaften in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin" (AVS) sollte zu etwa zwei Drittel von bisherigen VDS-Mitgliedern und zu einem Drittel von den zum SVI gehörenden Studentenschaften gebildet werden. Er war konzipiert als die künftige "zentrale Interessenvertretung" von 800.000 Studierenden. Daneben sollte er die Arbeit der einzelnen Studentenschaften unterstützen und koordinieren. Als politischen Schwerpunkt seiner künftigen Arbeit sollte der AVS vor allem Fragen der studentischen Sozialpolitik festlegen, wobei die Ausbildungsförderung und die Neuregelung der studentischen **Krankenversicherung** im Mittelpunkt stehen sollten.

Da der RCDS mit 4 Mitgliedern die zweitgrößte Fraktion

des 3. Studentenparlaments der Gesamthochschule Paderborn darstellt, veröffentlichen wir als 2. Beitrag unserer Reihe "Die studentischen Hochschulgruppen stellen sich vor" seine Selbstdarstellung:

Der Ring Christlich Demokratischer Studenten wurde in Paderborn bereits vor zwölf Jahren an der Pädagogischen Hochschule gegründet. Diese Gruppe setzte den besonderen Schwerpunkt ihrer Arbeit auf den bildungspolitischen Bereich. Daneben bestand für einige Jahre in der ehemaligen Fachhochschule noch eine eigenständige RCDS-Gruppe, die sich mit Schaffung der Gesamthochschule Paderborn am 1. August 1972 mit der PH-Gruppe zusammenschloß. In jüngster Zeit wurde an der Gesamthochschule eine zweite RCDS-Vereinigung gegründet, und zwar an der Abteilung Höxter. Ihr schlossen sich Ende vergangenen Jahres spontan über 20 Studenten an.

Der RCDS ist in Paderborn und auf Landesebene zu einem wichtigen Ansprechpartner für studentische Interessen im Hochschul- und Bildungsbereich geworden. Das beweist nicht zuletzt der 1. Studienreformkongress des RCDS im Januar in Münster, auf dem Vertreter von Parteien, Gewerkschaften, Verbänden und Ministerien mit den christdemokratischen Studen-

ten über Fragen der Studienreform diskutierten. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung bemerkte in einem ausführlichen Artikel zu diesem Kongress: "Dem RCDS kann nicht ohne weiteres widersprochen werden, wenn er von sich sagt, daß es außer ihm keinen anderen demokratischen und an den Interessen der Studenten orientierten Verband im Hochschulbereich gibt. Auf dem linken Feld tummelt sich eine verwirrende Zahl von Gruppierungen, die weder demokratisch gesonnen noch an studentischen Fragen interessiert sind."

Die Erfolge des RCDS, die sich in Paderborn durch die Wahl von RCDS-Mitgliedern in alle Kollegialorgane und studentische Vertretungen ausgewirkt haben, resultieren aus einer konsequenten Vertretung seiner Politik, die im folgenden mit ihren wichtigsten Punkten kurz aufgezeigt werden soll.

Angebot an fortschrittliche Mitte: Der RCDS will sich als Alternative zur Linken an den Hochschulen dadurch ausweisen, daß er bewußt die freiheitlich-demokratische Grundordnung bejaht, von daher in die bestehenden politischen Institutionen hineinwirkt und natürlich auch in die demokratischen Parteien, hierbei besonders in

die CDU. Das "C" in seinem Namen bedeutet, daß er einerseits bei seiner Politik das Individuum achtet (Personalitätsprinzip) und andererseits die Sozialbezogenheit des Individuums erkennt (Solidaritätsprinzip).

Demokratieverständnis des RCDS:

Die dem RCDS-Verständnis von Politik angemessene Ordnungsvorstellung ist die Demokratie. Sie ist eine Herrschaftsordnung, die gekennzeichnet ist durch pluralistische Herrschaft, konkurrierende Willensbildung, partielle Integration. Sie basiert auf den Ideen von Volkssouveränität, Freiheit, Gleichheit und geht davon aus, daß die einer pluralistischen Demokratie zugrundeliegenden Prinzipien von Konkurrenz, Diskussion und Kompromiß dem einzelnen die meisten Chancen bieten und verhindern, daß wesentliche Interessen beteiligter Gruppen übergangen werden. Damit ermöglichen sie, daß gesellschaftliche Konflikte friedlich ausgetragen werden.

Wissenschaftsverständnis des RCDS:

Der RCDS vertritt die Forderung nach einem demokratischen und offenen Wissenschaftsbegriff, in dem die Idee der Kritik im Vordergrund steht und nicht die Begründung oder Rechtfertigung ir-

gendwelcher politischer Systeme. Wissenschaft ist nach RCDS-Auffassung somit ein systematischer Erkenntnisprozeß, dessen Methoden und Ergebnisse der intersubjektiven Überprüfbarkeit unterliegt, muß Absolutheitsansprüche, wie dies von linksextremer Seite aus geschieht, ausschließen.

RCDS und Habermas:

Jürgen Habermas, einer der früheren Ideologen der studentischen Protestbewegung, schrieb über den RCDS: "Kennzeichnend für die fatale Arbeitsteilung zwischen Protestbewegung und pragmatischer Hochschulpolitik ist der Umstand, daß heute fast nur noch die dem RCDS nahestehenden Mittelgruppen die Reformziele der SDS-Hochschuldenkschrift vertreten."

RCDS und Gesamthochschule:

Der RCDS in Paderborn hat in der Vergangenheit und wird auch in der Zukunft das Reformmodell der integrierten Gesamthochschule mit allen Kräften unterstützen. Dabei geht der RCDS - ein Prinzip seiner zwölfjährigen Arbeit in Paderborn - von einer mitverantwortlichen Partnerschaft zwischen Studenten und Hochschullehrern aus. Pauschale, unbegründete Angriffe gegen bestimmte Hochschullehrer, wie sie in der Vergangenheit seitens des AStA vorgekommen sind, lehnen wir entschieden ab.

Die Mitglieder des RCDS treffen sich während des Semesters jeden Dienstag im RCDS-Zentrum, Friedrichstraße 55a (Neuhäuser Tor). Interessenten sind herzlich willkommen. Schriftliche Informationen können auch über diese Adresse bezogen werden.

VERANSTALTUNGEN

In der Woche vom 28. - 31. Januar 1975 veranstaltete der Fachbereich 4 - Kunst und Gestaltung - der Gesamthochschule Paderborn in dem Gebäude am Fürstenweg eine Ausstellung von Gemälden, Zeichnungen und Drucken. Die gezeigten Werke stammten von den Dozenten des Fachbereichs 4: Prof. Christel Poll, Studienprofessor Volker Schrader, Akademischer Rat Hans Ortner.

Eine Delegation von 40 Dozenten, Studentinnen und Studenten der Centre Universitaire du Mans, der Partneruniversität der Gesamthochschule Paderborn, besuchte in der Zeit vom 20. bis 26. März anlässlich der 4. Paderborner Hochschulwoche die Stadt Paderborn. Den französischen Gästen wurde ein umfangreiches Rahmenprogramm geboten. Neben einer Stadtrundfahrt und mehreren Besichtigungen standen auch Besuche in den Abteilungen Soest und Höxter

der Gesamthochschule Paderborn auf dem Programm. Bei gemeinsamen Bierabenden und einem Volleyballspiel zwischen Manceller und Paderborner Studenten fand sich die Gelegenheit, engere Kontakte zwischen den französischen und deutschen Kommilitonen zu knüpfen. Die Professoren nahmen außerdem teil an einer gemeinsamen Sitzung der Le Mans-Kommission.

Am 14. März 1975 veranstaltete Prof. Dr. Horst Stegemeyer vom Fachbereich 6 - Naturwissenschaften - der Gesamthochschule Paderborn zum Thema "Helixstruktur cholesterischer Flüssigkristalle" ein ad-hoc-Seminar, an dem in- und ausländische Fachkollegen teilnahmen.

KURZINFORMATIONEN

Am 24. Februar 1975 fand die turnusmäßige Sitzung des Kuratoriums der Gesamthochschule Paderborn statt. Neben dem Bericht des Gründungsrektors, Prof. Dr. B. Carstensen, standen Informationen über den Ausbau der Gesamthochschule sowie Berichte der Kuratoriumsmitglieder aus Meschede und Soest, des FEOll und des Vorsitzenden der "Fördergesellschaft Gesamthochschule Paderborn e. V." auf der Tagesord-

nung. Abschließend wurde die Möglichkeit einer verstärkten Mitarbeit der Studenten im Kuratorium diskutiert.

Am 5. März 1975 wurden in Paderborn zwischen den Vertretern des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung und Vertretern der Gesamthochschule Paderborn die Verhandlungen über den Haushalt 1976 geführt.

Im Februar 1975 stellte Dipl.Kfm. Eckhard Steuer über seine als Lehrbeauftragter im SS 1974 im Fachbereich 5 der Gesamthochschule Paderborn gehaltene Seminarveranstaltung eine Dokumentation vor mit dem Titel "Organisationsanalyse (SS 1974) - Darstellung einer Seminarveranstaltung im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften - Rechtswissenschaften an der Gesamthochschule Paderborn, Veranstaltungskonzept, Interview-Berichte aus der Unternehmenspraxis, Seminarkritik, Fotos".

35 Studierende des Fachbereichs 5 haben an dieser 241 Seiten umfassenden Schrift mitgewirkt. In dem Seminar wurde ein Projekt konzipiert und durchgeführt, in dem theoretisches Organisationswissen durch Einbeziehung des

ortsansässigen Unternehmens PESAG in den fünf Ressorts "Arbeitsaufgaben", "Informationsbeziehungen", "Kompetenzen", "Organisationshilfsmittel" und "Interviewkoordination" praktisch veranschaulicht und erprobt wurde. Für die Seminarveranstaltung stellten sich sechs Mitarbeiter der PESAG den studentischen Interview-Teams zur Verfügung.

Ein erfreuliches Beispiel für die Kooperation zwischen Gesamthochschule und einem Paderborner Unternehmen!

Den ersten Tätigkeitsbericht hat jetzt die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) in Dortmund vorgelegt. Er umfaßt den Zeitraum vom 1. Mai 1973 bis zum 31. Mai 1974 und soll dazu beitragen, die Öffentlichkeit, die Hochschulen, die Parlamente und die Bewerber über die Vergabeverfahren, den Verfahrensablauf in der ZVS sowie über die statistischen Daten aus dem Vergabeverfahren zum WS 1973/74 und zum SS 1974 zu informieren. Daneben enthält der Bericht eine Darstellung der Rechtsgrundlagen, der Aufgaben, der Organe, der Arbeit und des Haushalts der Zentralstelle.

Das Deutsche Studentenwerk e. V. in Bonn hat die Ergebnisse seiner 7. Sozialerhebung veröffentlicht. Der in der Schriftenreihe Hochschule 15 herausgegebene Bericht "Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland" beruht auf einer Repräsentativbefragung, die im Sommersemester 1973 durchgeführt wurde. Damit legt das Deutsche Studentenwerk seit 1951 zum siebten Mal Daten über die wirtschaftliche und soziale Lage der deutschen Studenten an Universitäten, Technischen Hochschulen und Fachhochschulen vor.

Finanziert wurde die Untersuchung vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft.

Das Deutsche Studentenwerk e. V. in Bonn hat am 18. März 1975 eine Broschüre über alle 72 Förderungsmöglichkeiten aus öffentlichen Mitteln des Bundes, der Länder und Gemeinden für Studenten vorgelegt. Zusätzlich enthält diese Broschüre die Adressen von 26 konfessionellen, 54 privaten und 29 wirtschaftlichen Trägern von Darlehen oder Stipendien sowie von elf Stiftungen der Parteien und Kirchen.

Die Information wird bei allen Arbeitsämtern u. Studentenwerken ausgelegt.

Auf einer Pressekonferenz am 5. März 1975 stellte der Vorstand des Verbandes Deutscher Studentenschaften in Bonn den "Entwurf eines Gesetzes über die Krankenversicherung der Studenten" (KVSG) vor.

Aufgrund der sich verschärfenden Situation im Krankenversicherungswesen - kein ausreichender Versicherungsschutz für die meisten Studenten, unsoziale und unzumutbare Beitragssätze, zusätzliche Belastungen für ausländische Kommilitonen - und aufgrund der Tatsache, daß der Gesetzentwurf der Bundesregierung und der Entwurf des Bundesrates keine Lösung im Interesse der Studenten bieten, legte der VDS diesen alternativen Gesetzesentwurf vor, der auf den Vorstellungen des VDS, des Deutschen Studentenwerk (DSW), des DGB und der WRK basiert.

(entnommen aus: Verband Deutscher Studentenschaften, Presseinformation Nr. 57 vom 3. März 1975)

Die Regierung der Volksrepublik Polen hat über die UNESCO Kopernikus-Stipendien für das akademische Jahr 1975/76 angeboten, um die sich jüngere Hochschulabsolventen aus der BRD bewerben können. Die Stipendien werden für die Universitäten Krakow (Krakau) und Torún (Thorn) vergeben.

Die Laufzeit der Stipendien beträgt bis zu 12 Monaten. Sie sind bestimmt für die Gebiete Astronomie, Physik, Mathematik oder Philosophie, Soziologie und Wissenschaftsgeschichte.

Die Bewerber sollen ein abgeschlossenes Hochschulstudium und gute Kenntnisse in einer der folgenden Sprachen haben: Französisch, Englisch, Deutsch oder Russisch.

Bewerbungsfrist: 1. Mai 1975
Bewerbungsformulare sowie nähere Auskünfte können beim DAAD, Referat IV A 3, 53 Bonn Bad Godesberg, Kennedy-Allee 50, Tel.: 8821 angefordert werden.

(entnommen aus: DAAD-Presse-
notiz, Nr. 11/75 vom 12. März
1975)

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz forderte Ende Februar nach zweitägiger Beratung mit Nachdruck das Weiterbestehen des Wissenschaftsrates, da - wie der Präsident der WRK, Prof. Dr. Werner Knopp, betonte - die Zusammensetzung dieses Gremiums und der Ernennungsmodus seiner Mitglieder eine ausreichende Mitwirkung der Hochschulen an der zentralen Planungs- und Beratungsarbeit garantiere. Bei einer Auflösung des Wissenschaftsrates sei jedoch die

einzigste Form einer Einschaltung der Hochschulen in diese Arbeit gefährdet.

Die Existenz des Wissenschaftsrates ist bedroht, da die Bundesregierung zusammen mit dem von der SPD regierten Ländern das Verwaltungsabkommen mit diesem Gremium gekündigt hat. Diese Maßnahme - gedacht als Druckmittel für die Aufrechterhaltung des Bildungsrates, den Bayern und Baden-Württemberg nicht weiterbestehen lassen wollen - würde eine Auflösung des Wissenschaftsrates zum 30. Juni d. J. bewirken.

Die Weigerung einiger Landesregierungen, Lehramtsanwärter nach abgeschlossenem Hochschulstudium in den Vorbereitungsdienst aufzunehmen, und die Ankündigung einiger Landesregierungen, Lehrer nach abgeschlossener schulpraktischer Ausbildung nicht zu beschäftigen, verurteilte der Hauptvorstand der GEW angesichts des bestehenden Lehrermangels als verantwortungslos. Er unterstrich mit Nachdruck die von der GEW erhobene Forderung nach länderübergreifender zentraler Erfassung von Angebot und Nachfrage bei Ausbildungsplätzen und Beschäftigungsmöglichkeiten für Lehrer.

Am 1. Februar 1975 faßte der Haupt

vorstand den Beschluß, den Geschäftsführenden Vorstand zu beauftragen, eine Konferenz von Abgeordneten der Landtage vorzubereiten. Auf dieser Konferenz soll das Problem unter sachlichen und finanziellen Aspekten diskutiert werden.

Außerdem forderte der Hauptvorstand alle lokalen und regionalen GEW-Gliederungen auf, in Zusammenarbeit mit den Eltern die örtlichen Politiker und Wahlkreisabgeordneten anhand sorgfältiger Erhebungen mit dem vorhandenen Lehrermangel zu konfrontieren.

Als weitere Maßnahme sieht der Hauptvorstand vor, die GEW-Mitglieder aufzufordern, nebenamtlichen Unterricht und Vertretungsunterricht in den Fächern niederzulegen, für die arbeitslose Lehramtsanwärter oder arbeitslose Lehrer verfügbar sind.

(entnommen aus: GEW-Korrespondenz - Informationen und Meinungen zu bildungspolitischen Nachrichten - Hauptvorstand, vom 3. Februar 1975)

Im Rahmen der "Bauinspektion 1975" besuchte der Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Hans Wertz, am 2. April 1975 die Abteilung Höxter der Gesamthochschule Paderborn. In seiner Begleitung waren die Herren Hallauer

(Finanzministerium), Daniel (Staatshochbauamt Paderborn) und Sundermann (Regierungspräsident Detmold).

STUDIOBÜHNE

In diesem Jahr feiert die STUDIOBÜHNE der GH Paderborn 15-jähriges Jubiläum. Jürgen Görlach gibt im folgenden Artikel einen Überblick über die Entwicklung und die Pläne des Theaters:

15 Jahre besteht in diesem Sommersemester die STUDIOBÜHNE der Gesamthochschule Paderborn. Dieses Jubiläum zeigt, welchen großen Anklang diese Einrichtung der Gesamthochschule gefunden hat, und daß die STUDIOBÜHNE einen festen Platz im kulturellen Leben der Stadt Paderborn gefunden hat. Denn die Aufführungen dieses Theaters in der Aula der GH am Fürstenweg sind nicht einem kleinen Kreis von Studierenden und Hochschulangehörigen vorbehalten, sondern man spielt für die gesamte Öffentlichkeit von Paderborn und Umgebung.

Der Beginn wurde im Jahre 1960 gesetzt, als Prof. Dr. Dr. Friedrich Kienecker an der Pädagogischen Hochschule Paderborn eine "Theatergruppe" gründete. Aus dem allgemeinen menschlichen Bedürfnis nach szenischer Gestaltung einerseits

und darstellerischem Talent andererseits, verbunden mit den besonderen Fähigkeiten auf literarischem oder technischem Gebiet, entwickelte sich die Arbeit für die Akteure dieser Gruppe.

Man beschäftigte sich vorzugsweise mit den Werken des zeitgenössischen Theaters. Namen wie Ionesco, Brecht, Handke oder Camus seien stellvertretend für die aufgeführten Autoren in den ersten 10 Jahren genannt. Aber man wagte sich auch an Experimente heran. So standen insgesamt 6 Uraufführungen auf dem Spielplan. Als Beispiel sei hier "Die Spurlosen" von Heinrich Böll genannt.

Im Jahre 1970 übergab Prof. Kienecker die Leitung der Bühne an den Lektor für Sprecherziehung Dr. Wolfgang Kühnhold. Die eingeschlagene Richtung wurde fortgesetzt und durch Werke des klassischen Theaters ergänzt. Wer erinnert sich nicht gern an den großartigen Erfolg "Ein Sommernachtstraum" von William Shakespeare.

Seit Gründung der Gesamthochschule kennt die Öffentlichkeit diese Institution der GH Paderborn unter dem heutigen Namen:
STUDIOBÜHNE.

In interdisziplinärem Zusammenspiel werden hier Inszenierungen

erarbeitet - ohne Druck von Spielplan und Zeit, wie ihn die Theaterinstitutionen kennen; in Anlehnung an einen Studienplan, der Sprecherziehung, Bewegungs- und Gestaltungsübungen vorsieht. Der Erfolg der letzten Jahre bei Publikum und Kritik ist eine Bestätigung dieser Konzeption.

Zum Jubiläum bietet die Studio-
bühne ein besonderes Programm an. Es beginnt mit der Premiere der "Dreigroschenoper" von Bertold Brecht und der Musik von Kurt Weill am 28. Mai und wird fortgesetzt mit der Aufführung der drei Einakter, die aus einem Wettbewerb unter den Angehörigen der Gesamthochschule als Sieger hervorgegangen sind: "... und die Jugend kehrt zurück" von Prof. Lothar Weeser-Krell, "Guten Morgen, Herr Student" von Detlev Mihm und "Birkenast und Hagelschlag" von Prof. Dr. Dr. Friedrich Kienecker



streiflicht 3/75
gesamthochschule paderborn presse-
referat

INHALT

	Seite
Glosse	1
Hochschulbau	2
Hochschulpolitik	6
Hochschulsport	8
Nachrichten und Berichte	9
Aus dem Akademischen Auslandsamt	9
Aus den Kommissionen	11
Aus dem Personalrat	14
Aus dem Senat	14
Aus dem Studentenwerk	14
Aus der Verwaltung	16
Aus den zentralen Einrichtungen	26
Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt	29
Personalia	29
Stipendien	30
Strukturprobleme	31
Studentisches	33
Veranstaltungen	37
Ausstellung	37
Besichtigung	37
Forschungsauftrag	38
Fortbildungsseminar	38
Gastprofessur	38
Informationsreise	38
Kolloquium	38
Ringvorlesung	39
Spendenaktion	40
Symposion	41
Tagungen	41
ZVS	41
Kurzinformationen	42
Verkürzung des Studiengangs Chemie	42
Änderungen bei der Ausbildungsförderung	43
Neuer Dachverband der Studenten	43
Gesetz über Krankenversicherung für Studenten verabschiedet	44
170.000 neue Studienplätze bis 1979	44
Ausgaben für Studentenförderung	44
DAAD-Broschüre erschienen	45
Letzte Meldung	45

SPARERLASS

(Prof. Dr. Friedrich Buttler)

Derzeit treibt das berühmte Hochschulschiff mit gebremster Brennstoffversorgung fast ohne Funkverkehr mit der Außenwelt im finanzpolitischen Wellental. Es gelingt Funker S, Kontakt mit der Zentrale zu bekommen.

S: Wir sollen Kap Horn möglichst ohne Treibstoff und Funkkontakt umschiffen, wie ist das möglich?

Z: Im Prinzip ja, nutzen Sie die Selbstreinigungskraft der Krise zur Durchrationalisierung.

S: Letzte aufgenommene Funksprüche sprechen von einem Erlaß.....

Z: Das ist grundsätzlich richtig, aber wir können uns dazu noch nicht äußern.

S: Was beinhaltet der Erlaß?

Z: Wir interpretieren derzeit, es wird Einsparungen geben müssen.

S: Wann wird mit einem Ergebnis zu rechnen sein?

Z: Eigentlich vorgestern, wir erwarten jedoch weitere Erlasse.

S: Werden die Erlasse Klärung bringen?

Z: Es ist beabsichtigt, mit den Zusatzerlassen den jeweils vorausgegangenen zu erläutern.

S: Ein weiterer aufgefangener Funkspruch beinhaltet, daß ein Staatssekretär etwas über die Auswirkungen des ersten Erlasses mitgeteilt haben soll. War dort von Gesamthochschulen die Rede?

Z: Im Prinzip nein, es war von Einsparungen der Universität die Rede.

S: Ein Glück, daß wir uns noch nicht Universität nennen dürfen! Aber noch eine Frage: Werden wir in diesem Falle eventuell wie Universitäten behandelt?

Z: Im Prinzip wird man von einer konsequenten Politik ausgehen dürfen...

S: Wir sind angewiesen, jeden zweiten Ausfall in der Mannschaft nicht zu ersetzen. Ist damit der erste, dritte usw., oder der zweite, vierte usw. Ausfall gemeint?

Z: Das ist eine wichtige Grundsatzfrage, die es zu klären gilt. Ein entsprechender Erlaß ist angekündigt.

S: Dann ist alles klar. Danke

S: An alle: **S**(ave) **O**(ur) **S**(ouls)!

RICHTFEST AN DER GESAMTHOCH-
SCHULE PADERBORN

Am 25. April 1975 wurde an der Gesamthochschule Paderborn in Anwesenheit des nordrhein-westfälischen Finanzministers Hans Wertz, zahlreichen Gästen und über 200 Bauleuten Richtfest gefeiert.

Um die Baudurchführung zu ermöglichen, mußten ca. 60.000 qm Felsmaterial ausgehoben und ca. 32.000 qm Beton und ca. 3.600 Tonnen Stahl eingebaut werden. Die neuen Gebäude sollen im Laufe des Jahres 1976 ihrer Bestimmung übergeben werden. Als Fertigstellungsdaten für die Baustufe 1975 sieht der Erlaß des Wissenschaftsministeriums vom 2.4.75 folgende Termine vor:

Gebäude für Geistes- und Gesellschaftswissenschaften
September 1976

Gebäude für Natur- und Ingenieurwissenschaften
Dezember 1976

Mensa, November 1976
Hörsäle und Bibliothek
Oktober 1976

TVZ I (Heizwerk)
September 1975

TVZ II (Zentrale Werkstätten)
August 1975

Halle für Natur- und Ingenieurwissenschaften
November 1976.

Die bisherigen Anmietungen und Provisorien, und zwar der landeseigene Komplex am Fürstenweg (ehemalige PH) und die gemieteten Gebäude in der Geroldstraße, Balhornstraße und Rathenaustraße können dann aufgegeben werden. Das akademische Geschehen wird sich damit an einer Stelle konzentrieren.

Die jetzt im Bau befindlichen Gebäude der Baustufe 1975 haben eine Hauptnutzfläche von rund 40.000 qm. Diese Fläche umfaßt sechs dem Aufbau- und Verfügungszentrum ähnliche Hochbauten mit einer Geschoßhöhe zwischen vier und neun Stockwerken, sowie zwei Flachbauten für Mensa und Bibliothek mit einer Geschoßhöhe von ein bis zwei Stockwerken. Außerdem steht der Baubeginn für je eine Halle für die Ingenieur- und die Naturwissenschaften in Kürze bevor.

Die Neubauten - die sogenannten "stapelbaren Bereiche" - sind ca. 70 m lange Baukörper, die von den Bauleuten als "Dampfer" bezeichnet werden. An den Stirnseiten werden sie von je einem

Erschließungskern abgeschlossen, einem turmartigen Bauwerk, das Treppen, Fahrstühle, Ver- und Entsorgungsleitungen enthält. Die jeweils nebeneinander liegenden Erschließungskerne sind miteinander verbunden, so daß man sämtliche Hochbauten durch diese Kerne unmittelbar erreichen kann.

Bis zum Jahre 1980 ist eine weitere Baustufe im Umfang von rund 25.000 qm Hauptnutzfläche geplant. Zusammen mit dem sogenannten "Altbestand" (ehemalige Ingenieurschule) und dem Aufbau- und Verfügungszentrum (insgesamt rund 20.000 qm Hauptnutzfläche) wird die Gesamtfläche der Gesamthochschule Paderborn dann rund 85.000 qm Hauptnutzfläche betragen. Dem entspricht eine Bruttofläche von ca. 110.000 qm.

Neben diesem Komplex werden die Sportanlagen entstehen, und zwar ein Sportplatz mit Leichtathletikanlage, acht Tennisplätze, eine Dreifach-Sporthalle und ein Institutsgebäude. Dieses Institutsgebäude wird gleichzeitig noch ein Verwaltungsgebäude für das Studentenwerk aufnehmen.

Der Gesamtkomplex der Gesamthochschule Paderborn ist konzipiert auf etwa 6.000 Studienplätze. Davon entfallen 2.500 für die Geistes-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 1.600 für die Naturwissenschaften und 1.900 für die Ingenieurwissenschaften.

Die Gesamtkosten - bestehend aus den Kosten des Grunderwerbs, der Baumaßnahmen und der Ersteinrichtungen - belaufen sich nach dem heutigen Preisindex auf ca. 350 Millionen DM.

Im Anschluß wird die Rede des nordrhein-westfälischen Finanzministers Hans Wertz, die er zum Richtfest der Gesamthochschule Paderborn am 25. April gehalten hat, im vollen Wortlaut veröffentlicht:

"Magnifizenz,
liebe Gäste,
liebe Bauarbeiter!

Vor 2 1/2 Jahren hat hier in Paderborn der Baubeginn für die ersten Gesamthochschulen in Nordrh.-Westfalen stattgefunden. Damals ging es um die sogenannten Aufbau- und Verfügungszentren. Diese Erst-

bauten sind seit mehr als einem Jahr in Duisburg und Essen, in Siegen und Wuppertal und nicht minder hier in Paderborn tatsächlich zu räumlichen Zentren für die neuen Hochschulen geworden. Es war deshalb richtig, sie im Gegensatz zur Praxis früherer Hochschulgründungen unmittelbar nach dem formalen Gründungsakt zu erstellen, und es war richtig, dabei so zügig zu verfahren, wie dies bautechnisch möglich war.

Heute steht hier in Paderborn der Rohbaukomplex der zweiten Baustufe in und vor der Fertigstellung. Diese Hochschule liegt damit abermals an der Spitze der baulichen Entwicklung der fünf Gesamthochschulen. Ich betone das mit besonderer Befriedigung, weil mir die Schwierigkeiten bekannt sind, die der Planung und der Grundstücksarrondierung im Wege standen. Ihre Stadt hat eine alte Tradition als Universitätsstadt. Ihr Bild wird immer noch durch den Dom und die baulichen Strukturen des Mittelalters geprägt. Für die Planer der neuen Hochschule ergab sich hieraus die besonders schwierige und reizvolle Aufgabe, dem gewachsenen Bestand einen sowohl technisch wie inhaltlich völlig neuen Baustein anzufügen.

Ich glaube, Sie haben Ihre Aufgabe auf diesem stadtnahen Grundstück hervorragend gelöst und gleichermaßen alte Bezüge aufgenommen und neue Anforderungen an eine moderne Bildungseinrichtung verwirklicht. Der kurze Spaziergang aus der Stadtmitte zur neuen Hochschule wird einmal ein durchaus lohnendes Erlebnis werden, wie mir scheint.

Ich werte das hier erreichte Baustadium aber auch als einen Erfolg unserer Bemühungen, mittelständische Baufirmen im Wettbewerb mit der Bauindustrie an die oftmals außergewöhnlich umfangreichen und außerordentlich schwierigen Aufgaben im Hochschulbau heranzuführen. Maßgebenden Anteil an dem Rohbau, den wir heute richten, hat ein Unternehmen, das wir getrost noch dem Mittelstand zurechnen dürfen.

Auch die übrigen Hochschulstandorte sind Großbaustellen. Eine Ausnahme macht nur Duisburg, wo die Hartnäckigkeit eines Grundstücksproblems das Land zur Änderung der Baupläne gezwungen hat.

Wer dagegen Wuppertal auf der Autobahn durchquert, sieht auf dem südlich gegenüberliegenden Berghang Baukräne vorübergehend das Stadtbild geradezu beherrschen; dort wachsen rund um das AVZ die

ersten Geschosse aus dem felsigen Baugrund. In Essen steht dem Hochschulbau ein 160.000 qm großes Gelände am nördlichen City-Rand zur Verfügung. Die Neubauten stehen teilweise im fünften Geschöß. In Siegen haben die meisten Neubauten das zehnte Geschöß erreicht. In Duisburg rechnen wir für November 1975 mit dem Beginn der zweiten Baustufe. Parallel dazu hat die jüngste Hochschulgründung, die Fernuniversität in Hagen, ein fortgeschrittenes Stadium der Bauplanung erreicht.

Das Baugeschehen im Hochschulbereich unseres Landes bleibt aber keineswegs beschränkt auf die jüngeren Neugründungen. Vielen unter Ihnen, meine Damen und Herren, wird die benachbarte Hochschulbaustelle in Bielefeld bekannt sein. Ein vergleichbarer Baukomplex, ebenfalls im Ausbaustadium, ist die Universität Düsseldorf. Die Universität Dortmund und die Erweiterung der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen liegen im Bau- fortschritt teils knapp vor, teils knapp hinter den Gesamthochschulen. In Köln sind die Musikhochschule, eine neue Fachhochschule und eine Teilerneuerung der Sporthochschule im Bau, in Münster machen die Neubauvorhaben vor den Toren der Stadt

zügige Fortschritte. Gleichzeitig gehen in Aachen, Köln und Münster drei neue Hochschulkliniken der Vollendung entgegen, deren jede soviel kostet wie eine ganze Universität. In Essen entsteht in den klinischen Anstalten dazu neben der Gesamthochschule ein operatives Zentrum, das in seinen Baukosten einer zusätzlichen Gesamthochschule entspricht.

Ich habe einmal zusammenzählen lassen, meine Damen und Herren, welche Nutzflächensumme unsere Hochschulen im fertigen Zustand oder im Rohbau in diesem Jahr erreichen: Es sind 2,6 Millionen qm. Mehr als zwei Drittel davon sind eine Frucht der letzten 10 Jahre. - Ich meine, daß wir zufrieden sein dürfen mit dem, was Bürger und Parlament, Städte, Landesregierung und Hochschulen, Planer, Kaufleute und Handwerker im Hochschulbau geleistet haben.

Damit läute ich nicht das Ende des Hochschulbaues ein, der noch über Jahre hinweg das Baugeschehen im staatlichen Bereich beherrschen wird. Wir sollten uns aber aus Anlaß dieses Richtfestes der Einmaligkeit einer solchen Leistung bewußt sein. Immerhin ging es hier nicht um Wiederaufbau, sondern um eine zusätzliche Erneuerung und

Erweiterung unserer Hochschulkapazitäten.

In den vergangenen Jahren hat dieses Bauvolumen manches Mal konjunkturpolitische Kopfschmerzen verursacht.

Die Baustufe 1975 der neuen Gesamthochschulen aber ist konjunkturpolitisch nicht nur unbedenklich, sondern paßt geradezu ideal in die konjunkturelle Landschaft. Die neuen Hochschulen in Nordrhein-Westfalen sollen ja nicht die allgemeine Struktur verbessern und damit nur Studienplätze bieten, sondern auch den Arbeitsmarkt in den peripheren Gebieten des Landes anregen. Dazu hat die Gesamthochschule Paderborn schon in ihrer ersten Bauphase beigetragen und damit das landesplanerische Konzept bestätigt, das dieser Hochschule zugrunde liegt.

Ich wünsche den Neubauten der Gesamthochschule Paderborn eine zügige Vollendung - zum Wohle unserer Jugend und der Bürger Ostwestfalens."

Im Mai fanden in Düsseldorf die Koalitionsverhandlungen zwischen der SPD und der FDP statt.

Nachfolgend werden die Ergebnisse dieser Verhandlungen im Bereich der Hochschulpolitik im Wortlaut veröffentlicht:

- "1. Bei der Novellierung des Hochschulrechts ist auf den in der 7. Wahlperiode erzielten Verhandlungsstand zwischen den Koalitionsfraktionen zurückzugreifen. Das Hochschulrahmengesetz des Bundes ist zu berücksichtigen. Die Schaffung eines zusammenfassenden Landeshochschulgesetzes wird in der weiteren Arbeit der Legislaturperiode ins Auge gefaßt.
2. Eine Neuordnung des Hochschulzugangs und eine Verbesserung des Rechts der Hochschulzulassung werden angestrebt. Das Land ergreift Initiativen für die erforderlichen bundeseinheitlichen Maßnahmen. Die Abi- turnoten sind untereinander und mit den Noten anderer Hochschulzugangsberechtigungen vergleichbar zu machen. Im Interesse eines gerechteren Zulassungsrechts muß der Gewichtung unterschiedlicher Zu-

lassungsvoraussetzungen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

3. Die Gesamthochschulen und die Fernuniversität sind wesentlicher Bestandteil der hochschulpolitischen Konzeption der Koalition. Ihr weiterer Ausbau erfordert vor allem
- die Sicherung der Gleichwertigkeit und Konvertierbarkeit ihrer Studiengänge mit Studiengängen anderer Hochschulen,
 - die Verbesserung und Verstärkung des Praxisbezuges in Lehre und Ausbildung,
 - den Übergang von Fachoberschulabsolventen, die dies Grundstudium in integrierten Studiengängen abgeschlossen haben, in Lehramtsstudiengänge.

Die Bestimmung über den Zeitpunkt für die Umwandlung von Gesamthochschulbereichen in Gesamthochschulen ist zu ändern. An die Stelle des festen Termins sollen die sachlichen Voraussetzungen bestimmt werden, unter denen die Umwandlung vorgenommen werden kann oder soll.

Im stufenweisen Aufbau der Fernuniversität sind weitere

Ausbildungsangebote für Absolventen von Kurzstudiengängen vorzusehen. Bei den Gesamthochschulen sind Möglichkeiten eines Aufbaustudiums zu prüfen.

4. Weitere Studienreformkommissionen sind einzusetzen; die Erfahrungen aus den integrierten Studiengängen an den Gesamthochschulen müssen in ihre Arbeit einbezogen werden. Dabei ist insbesondere aus Kapazitätsgründen die Errichtung von Kurzstudiengängen an allen Hochschulen in möglichst vielen Fachrichtungen anzustreben.
5. Die im Wissenschaftsbereich zur Verfügung stehenden Mittel werden auf den Ausbau der fünf Gesamthochschulen konzentriert, um deren Gleichwertigkeit mit den anderen wissenschaftlichen Hochschulen zu sichern.

Der Aufbau der drei neuen Universitäten, der Fernuniversität und der vier hinsichtlich der benötigten Kapazität zu überprüfenden Klinikgroßprojekte wird im Rahmen des finanzpolitisch Möglichen fortgesetzt.

Kapazitäten der übrigen Hochschulen sind auf Mangelfächer umzuschichten. Staatliche Eingriffe, vor allem im Bereich der Besetzung und Umwidmung von Lehrstühlen werden notwendig werden."

IM WS 1975/76 gibt es für alle Angehörigen der Gesamthochschule Paderborn wieder ein reichliches Angebot des "Allgemeinen Hochschulsports". Für die "Trimm-Freudigen" unter Ihnen wird im folgenden das vorge-sehene Programm veröffentlicht:

I. Allgemeiner Breitensport

Für alle, die sich trimmen wollen, ohne auf Leistung Wert zu legen. In allen Gruppen des Breitensports bestimmen die Teilnehmer selbst über die Intensität der Betätigung.

1. Leichtathletik
2. Ballspiele
3. Ausgleichsport und Ballspiele für Herren
(vornehmlich für Angehörige der Verwaltung)
4. Ausgleichsport für Damen
(vornehmlich für Angehörige der Verwaltung)
5. Tischtennis
6. Volleyball für Damen
(nur Fortgeschrittene)
7. Turnen
8. Allgemeine Schwimmstunde
9. Judo
 - a) Gruppe 1
(Anfänger)
 - b) Gruppe 2
(Fortgeschrittene mit einem Semester Judo)
 - c) Gruppe 3
(Fortgeschrittene mit mehr als einem Semester Judo)
10. Fechten
(nur nach persönlicher Anmeldung)
 - a) Florett (Damen)
 - b) Degen (Herren)

11. DLRG - Schwimmen

12. Kleinkinder-Schwimmen 1)

13. Säuglings-Schwimmen 1)

14. Fußball

- 1) nähere Auskunft: Dozent
H. Knievel, FB 2, Leibeserz.

II. Wettkampfsport

Die Trainingsgemeinschaften des Wettkampfsports setzen ein echtes Leistungsengagement voraus.

1. Basketball für Damen
2. Volleyball für Damen
3. Handball für Damen
4. Fußball für Herren
5. Handball für Herren
6. Volleyball für Herren
7. Basketball für Herren

Programmkürzungen und Programmergänzungen vorbehalten!

Zeit und Ort der Veranstaltungen werden gesondert durch Anschlag bzw. Prospekt "Allgemeiner Hochschulsport" bekanntgegeben.

Weitere Auskünfte erteilen:

- W. Wiehager, Dipl. Sportlehrer, FB 2,
- stud. päd. E. Sporleder, Sportreferent,

zu erreichen über den FB 2, Fach Leibeserziehung, im Gebäude der GH Paderborn am Fürstenweg 15 - 17.

Tel.: 235 18, App. 175

AUS DEM AKADEMISCHEN AUSLANDSAMT

Zu einem ersten Zusammentreffen zwischen Paderborner und Mancelleser Romanisten kam es vom 27. bis 29. April 1975 durch den Besuch von Prof. Dr. Pierre Cogny an der Gesamthochschule Paderborn. Prof. Cogny hielt zwei Vorträge zu den Themen: "Les méthodes d'enseignement du Français dans l'Université" und "La société française dans le roman de 1880 - 1914", an denen neben Romanisten auch Angehörige anderer Fachbereiche teilnahmen.

Daneben fanden Diskussionen über die Lehrinhalte in den romanischen Instituten der beiden Universitäten, den Aufbau des Studiums, sowie Ausbildungsprobleme der zukünftigen Lehrer statt.

Außerdem wurden Vorstellungen über ein gemeinsames Forschungsvorhaben und über die gemeinsame Zusammenarbeit der beiden Hochschulen ausgearbeitet:

Danach sollen die Lehrenden des Fachbereiches 3 - Romanistik - der GH Paderborn und die Lehrenden des Instituts de français an der Centre Universitaire du Mans in einigen Veranstaltungen ähnliche oder gleiche Themen behandeln (z.B. "Der Naturalismus, oder "Der Roman des Fin de Siècle"). Nach 2 Semestern sollte

für die Interessierten ein 3-4 tages Kolloquium in Le Mans, bzw. in Paderborn stattfinden, in dem die Möglichkeit geboten wird, Meinungen über diese Themen auszutauschen. Angestrebt wird außerdem, diese Zusammenarbeit in der Romanistik durch die Mitwirkung der Germanisten zu erweitern. Die französischen Romanisten und die deutschen Germanisten hätten so die Gelegenheit, die fremdsprachliche historische Literatur des anderen Landes kennenzulernen (z.B. Zola-Literatur in deutscher Sprache; Hauptmann-Literatur in französischer Sprache).

Im Rahmen des Partnerschaftsabkommens zwischen dem Centre Universitaire du Mans und der Gesamthochschule Paderborn führen die Professoren Dr. Gerd Michels und Lothar Weeser-Krell (FHL) in der Zeit vom 11. bis 15. Mai zu Gastvorträgen nach Le Mans. Prof. Weeser-Krell hielt in französischer Sprache 2 Vorträge:

- 1) "Einige Aspekte gegenwärtiger Wirtschaftswerbung in der Bundesrepublik Deutschland",
- 2) "Werbung am Verkaufsort und Supermärkte".

Prof. Michels sprach in Deutsch zum Thema "Variationen Georges zu Themen Dantes".

In der Zeit vom 14. bis 17. Mai besuchte eine Delegation von französischen Sportstudenten aus Le Mans die Gesamthochschule Paderborn.

Sie wurden vom Gründungsrektor der GH Paderborn, Prof. Dr. Broder Carstensen und vom Bürgermeister der Stadt Paderborn, Herbert Schwiete, im Rathaus begrüßt.

Im Anschluß daran trugen die Manceller und die Paderborner Mannschaften ein Fußballspiel und ein Basketballspiel aus. Während die Fußballmannschaften sich unentschieden trennten (2:2), bestätigte der zweite Wettkampf, daß Le Mans das Zentrum des Basketballs im französischen Sport ist. Die Gäste siegten souverän 84:42. Neben einer Stadtbesichtigung und einer Fahrt durch das Weserbergland hatten die französischen Gäste Gelegenheit, die Kontakte mit ihren deutschen Kommilitonen zu vertiefen.

Im Sommersemester 1975 hielt Dr. Günter Krause, Associate Professor an der University of Manitoba, Winnipeg, Kanada, im Fachbereich 17 - Mathematik/Informatik - der GH Paderborn Vorlesungen über "Ausgewählte Kapitel aus der Ringtheorie".

In der Zeit vom 18. bis 24. Mai 1975 unternahm der Gründungsrektor der GH Paderborn, Prof. Dr. Broder Carstensen, eine Kontaktreise nach Großbritannien. Neben der Besichtigung von Universitätsneugründungen informierte er sich über Studienmöglichkeiten und Studiengänge an der University of Kent (Canterbury), dem Edge Hill College of Education in Ormskirk, der Universität Nottingham, dem College of Education, dem Institut of Technology in Bolton und dem Trent Polytechnic in Nottingham.

AUS DEN KOMMISSIONEN
STRUKTUR- UND HAUSHALTSKOMMISSION
HÖCHSTZAHLEN FÜR STUDIENANFÄNGER
FÜR DAS STUDIENJAHR 1975/76

Bei den Erörterungsterminen zwischen dem Minister für Wissen-

schaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen und den Hochschulen zur Festsetzung der Höchstzahlen für Studienanfänger für das Studienjahr 1975/76 sind folgende Zahlen festgesetzt worden:

F ä c h e r	Am 12.2.1975 mit den FB und der Hochschule abge-sprochene Höchstzahlen	Vom Minister für Wissen-schaft und Forschung festgesetzt
Architektur	120	120
Bauingenieurwesen	90	110
Landbau	80	80
Informatik (FH-Studiengang)	70	70
LA S II	10	10
Biologie LA P	30 (Grund- u. Haupt-schule)	12
LA S I		20
Wirtschaftswissen-schaften (integrierter Studiengang)	150	200
LA S I	40	23
LA S II	20	23
Beteiligung Sozial-wissenschaft	20 (Übereinst.FB 1)	
Chemie (integrierter Studien-gang)	30	40
LA S I	10	12
LA S II	10	15
Berufsbild. Fach Chemietechn.	5	
Lernbereich Sachkunde (in Übereinstimmung m.d. Fach Physik)	15	

F ä c h e r	Am 12.2.1975 mit den FB und der Hochschule abge- sprochene Höchstzahlen	Vom Minister für Wissen- schaft und Forschung festgesetzt
Leibeserziehung		
Grund- und Haupt- schule	25	18 LA P
Berufsbild. Schulen	15	32 LA S I
Realschule	15	20 LA S I
Sekundarstufe II, 2. Fach	15	
Haushaltswissenschaft Grund- und Hauptschule	30	30 LA S I
Geographie Grund- und Hauptschule	40	10 LA P 20 LA S I
Geschichte Lernbereich	20	55 LA S I
Sekundar-Stufe I Haupt- u. Realschule	30	
Sekundar-Stufe II, 2. Fach	20	
Mathematik Integrierter Studiengang	60	54
Sekundar-Stufe I, 1 u. 2 Fach	18	40 LA P
Realschule	12	13 LA S I
Berufsbild.Schulen	10	27 LA S II
Grund-u. Hauptschule	90	
Elektrotechnik PB, Integr.Studiengang	150	170 (=155 Dipl. 15 LA S II)
Berufsbild. Schulen MS, Nachrichtentechnik	180	170
SO, Elektr.Energietechn.	100	100
Maschinentechnik PB	180	150 (=135 Dipl. 15 LA S II)
ME	120	100
SO	130	100

Fächer	Am 12.2.1975 mit den FB und der Hochschule abge- sprochene Höchstzahlen	Vom Minister für Wissen- schaft und Forschung festgesetzt
Physik		
integr.Studiengang	60	50
Haupt-u.Realschule	35	24 LA S I
Sekundar-Stufe II, 1. und 2. Fach	35	22 LA S II
Anglistik		
Hauptschule	50	73 LA S I
Realschule	40	72 LA S II
Sekundar-Stufe II	40	
Romanistik		
Sekundar-Stufe I	75	64 LA S I
Sekundar-Stufe II	75	71 LA S II
Germanistik		
Grund-u.Hauptschule	120	105 LA P
Realschule	30	48 LA S I
Sekundar-Stufe II,1.Fach	30	37 LA S II
Soziologie	20	
Politische Wissenschaft	20	20 noch nicht ent- schieden
Sozialwissenschaft	siehe Wirtschaftswissen- schaften	rechnerisches Ne- gativergebnis
Pädagogik		
Diplomstudiengang	25	25) noch nicht
Sekundarstufe II,2.Fach	15	15) entschieden

Bei den angegebenen Zahlen handelt es sich um die Aufnahmequote für das Studienjahr WS 1975/76 und SS 1976. Die Gesamtzahl beträgt 2.250 Studenten.

Anmerkung:

Gegenüber diesen vom Minister für Wissenschaft und Forschung festgesetzten Zahlen weist das ZVS-Info für das WS 1975/76 abweichende Zahlen aus. Wie diese Abweichungen zustandegekommen sind, konnte bis Redaktionsschluß nicht geklärt werden.

AUS DEM PERSONALRAT

Am 1. Juli 1975 tritt das neue "Personalvertretungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen - Landespersonalvertretungsgesetz - LPVG", das der Landtag am 3. Dezember 1974 beschlossen hatte, in Kraft.

Dieses Gesetz enthält wesentliche Neuerungen, vor allem über die Mitbestimmung und die Mitwirkung des Personalrates.

AUS DEM SENAT

Auf seiner 67. Sitzung am 23. April 1975 beschloß der Gründungssenat der Gesamthochschule Paderborn die Rahmenbestimmungen für Brückenkurse. Hier die wichtigsten Bestimmungen:

"Gemäß § 1 Absatz 2 der Verordnung über die Zugangsvoraussetzungen für Studiengänge an Gesamthochschulen vom 21. August 1973 werden Studenten, die keine Hochschulreife besitzen, in einem integrierten Studiengang nach einem Grundstudium von mindestens vier Semestern zum Hauptstudium II zugelassen, wenn sie mit der für dieses Hauptstudium qualifizierenden Zwischenprüfung auf der Grundlage erfolgreich abgeschlossener Brückenkurse die fachgebundene Hochschulreife erwerben. Die Teilnahme an Brückenkursen

ist für Studenten ohne Hochschulreife, die das Hauptstudium II anstreben, verpflichtend. Den Studenten mit Hochschulreife wird die Teilnahme an Brückenkursen jedoch dringend empfohlen. Der Gründungssenat hat auf seiner Sitzung am 23.4.75 folgende Rahmenbestimmungen für Brückenkursordnungen für die integrierten Diplomstudiengänge beschlossen:

1) Umfang

Pro Studiengang und Student sollen die Brückenkurse insgesamt 100 Lehrveranstaltungsstunden umfassen, gleichgültig ob sie als Block- oder als Semesterveranstaltungen durchgeführt werden.

2. Erfolgskontrolle

Die erfolgreiche Teilnahme wird in jedem Brückenkurs aufgrund einer zweistündigen schriftlichen Abschlußklausur bescheinigt. Die Abschlußklausur wird nicht benotet, sondern nur unter den Aspekten "bestanden" oder "nicht bestanden" beurteilt. Bei Nicht-Bestehen braucht der Brückenkurs nicht wiederholt zu werden, um zu einer Wiederholung der Klausur im Zusammenhang eines neuen Klausurtermins zugelassen zu werden."

AUS DEM STUDENTENWERKAllgemeiner Zuschuß in Höhe von 1,15 Millionen DM für das Studentenwerk

Der Minister für Wissenschaft und Forschung hat dem Studentenwerk Paderborn jetzt den Allge-

meinen Zuschuß für das Haushaltsjahr 1975 bewilligt. Der Zuschuß macht insgesamt 1.150.000,-- DM aus, davon sind 370.000,-- DM zweckbestimmt für die Personal- und Sachkosten der Förderungsabteilung, 780.000,-- DM für die Personal- und Sachkosten der Mensen und der Hauptverwaltung des Studentenwerks. Bei rund 5.500 eingeschriebenen Studenten im Jahresdurchschnitt an der Gesamthochschule Paderborn ergibt sich ein Zuschuß in Höhe von rund 209,-- DM pro Student.

Grundlage für die Bewilligung des Allgemeinen Zuschusses war der vom Geschäftsführer des Studentenwerks vorgelegte und vom Verwaltungsrat beschlossene Wirtschaftsplan, der im Zusammenhang mit der Bewilligung des Zuschusses nach einigen Kürzungen genehmigt wurde. Der Gesamtumsatz des Studentenwerks wird im Jahr 1975 rund 2.210.000,-- DM ausmachen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß das Studentenwerk erst im Laufe des Jahres die einzelnen Arbeitsbereiche übernehmen konnte. Seinen "vollen Betrieb" hat das Studentenwerk erst ab

1.5.1975 aufgenommen. Die Zahl der Beschäftigten des Studentenwerks beläuft sich z. Z. auf 52. Sie wird im Laufe der nächsten Monate jedoch noch geringfügig auf etwa 56 - 57 steigen. In den oben genannten Zahlen, insbesondere in dem vom Land bewilligten Allgemeinen Zuschuß, sind die Investitionszuschüsse für das Studentenwerk nicht enthalten.

Anfang 1975 hat das Studentenwerk zusätzlich bereits einen Zuschuß in Höhe von 60.635,-- DM erhalten, der zweckbestimmt war für den Erwerb von Büroeinrichtungen, Büromaschinen sowie eines PKW-Kombi. Diese Maßnahmen konnten mittlerweile im wesentlichen abgewickelt werden.

Daneben erwartet das Studentenwerk in diesem Jahr noch die Bewilligung eines Investitionszuschusses in Höhe von ca. 2,7 Mill. DM für das geplante Wohnheimvorhaben in Höxter. Von diesem Betrag werden 1975 höchstwahrscheinlich 650.000,-- DM, 1976 1,2 Mill. DM und 1977 650.000,-- DM benötigt. Diese Zuschüsse sollen je zur Hälfte vom Land und vom Bund kommen.

Personalratswahlen beim Studentenwerk

Die Mitarbeiter des Studentenwerks

wählen in diesen Wochen ihren Personalrat. Auf einer Personalversammlung am 20. Mai 1975 wurde der Wahlvorstand gewählt. Ihm gehören an Herr Gehrman - Verwaltung der Wirtschaftsbe- triebe - als Vorsitzender, Herr Mangelsdorf - Mensa Fürstenweg - und Frau Rasche - Mensa Höxter-. Als Ersatzmitglieder wurden Frau Wunderlich - Mensa Pohlweg - und Herr Drees - Förderungsabteilung - gewählt.

Nach dem Wahlausschreiben des Personalrats wird der Personalrat des Studentenwerks Paderborn bei in der Regel 54 beschäftigten Mitarbeitern aus 5 Personen bestehen. Davon entfallen drei Sitze auf die Angestellten und zwei Sitze auf die Arbeiter. Der Wahltermin ist auf den 27.06.1975 festgelegt.

AUS DER VERWALTUNG

AMTLICHE MITTEILUNGEN

Folgende Ausgaben der "Amtlichen Mitteilungen" der Gesamthochschule Paderborn sind erschienen:

Nr. 7/1975
Prüfungsordnung für den Fachhochschulstudiengang in der Fachrichtung Landbau
vom 15.4.1975

Nr. 8/1975
Vorläufige Prüfungsordnung für den integrierten Studiengang Elektrotechnik an der Gesamthochschule Paderborn
vom 5.5.1975

Nr. 9/1975
Vorläufige Studienordnung für den integrierten Studiengang Elektrotechnik an der Gesamthochschule Paderborn
vom 12.5.1975

AUSBAU DES PROZESSRECHENZENTRUMS VOR DER FERTIGSTELLUNG

Der räumliche Ausbau des Prozeßrechenzentrums am Pohlweg 47-49 war schon zu Zeiten der Ingenieur-Schule geplant, doch immer wieder kam er ins Stocken. Nun endlich steht nach langen Bemühungen der Ausbau, der planmäßig am 11. Juli 1975 abgeschlossen sein soll, kurz vor der Fertigstellung. Das Projekt, das ca. 360.000,--DM gekostet hat, liegt im 2. Flur des Gebäudeteils 1 und umfaßt eine Fläche von etwa 380 qm. Es enthält Räumlichkeiten für

das Rechen- und Laborpersonal, den Zentralteil des Prozeßrechners Siemens 305,

die Prozeßperipherie und den Hauptverteiler, das Labor für Prozeßrechen-systeme, Datenträger, Stanzen von Lochkarten, einen (noch anzuschaffenden) Analogrechner und ein Mehrfachzugriffssystem.

Die Räume sind, wie in Rechenzentren üblich, mit doppeltem Boden und - wo erforderlich - mit einer Klimatisierung versehen. Angeschlossen wird der Rechner an die Laboratorien der Elektrotechnik, Regelungstechnik, Physik, Chemie, Maschinenbau und Kunststofftechnik.

STUDENTENSTATISTIK FÜR DAS SS 1975

Zum Sommersemester 1975 kamen 261 Studienanfänger an die Gesamthochschule Paderborn. Insgesamt sind zur Zeit 5.261 Studenten an der Hochschule eingeschrieben, davon 128 Ausländer. Damit nahm die Zahl der Studierenden gegenüber dem vergangenen Wintersemester - erwartungsgemäß - ab, und zwar um 339 (= 6 %). Gegenüber dem Sommersemester 1974 mit 4.793 Studenten ist jedoch ein Anstieg

um 468 (9,8%) zu verzeichnen. Also auch an der Gesamthochschule Paderborn steigen die Studentenzahlen an. Die geringe Zahl der Studienanfänger und die damit verbundene Abnahme der Studentenzahlen gegenüber dem WS 1974/75 erklärt sich aus der Einführung des Studienjahres in den integrierten Studiengängen. In diesen Studiengängen werden nur noch zum Wintersemester Studienanfänger aufgenommen. Infolgedessen verteilen sich die Studienanfänger des Sommersemesters auf die geisteswissenschaftlichen Fächer der Lehramtsstudiengänge und - als Besonderheit - auf die Fachbereiche Architektur und Bauingenieurwesen in Höxter.

Auffallend ist, daß von den 231 Studierenden, die im Sommersemester ihr Studium in einem Lehramtsstudiengang aufnahmen, 125 das Lehramt an berufsbildenden Schulen anstreben. Dieses Kontingent setzt sich ausschließlich aus graduierten Ingenieuren, Betriebswirten und anderen Absolventen von Fachhochschulen und höheren Fachschulen zusammen. Ihnen räumen die geltenden Übergangsregelungen des

Kultusministers die Möglichkeit ein, ein verkürztes Studium von mindestens 4 Semestern bis zur Erreichung der Ersten Staatsprüfung abzuleisten. Dabei wird die bestandene Abschlußprüfung der Fachhochschule als Prüfung im Hauptfach einer beruflichen Fachrichtung anerkannt, wenn die Studierenden bis zum 31.12.

1978 zur Ersten Staatsprüfung für das Lehramt an berufsbildenden Schulen zugelassen werden. Neben der zeitlichen Befristung dieser Regelung dürfte auch die derzeitige Situation auf dem Arbeitsmarkt für den starken Andrang von Fachhochschulabsolventen angeführt werden können.

Studentenstatistik SS 1975

	Ort	Studenten	Erstsemester	Ausl. Studenter
Fachbereich 1	PB	337 *	90	2
Fachbereich 2	PB	463	60	3
Fachbereich 3	PB	574	50	12
Fachbereich 4	PB	236	15	1
Fachbereich 5	PB	566	2	7
Fachbereich 6	PB	363	9	18
Fachbereich 7	HX	305	8	10
Fachbereich 8	HX	178	13	11
Fachbereich 9	SO	165	-	9
Fachbereich 10	PB	241	-	17
Fachbereich 11	MES	145	-	9
Fachbereich 12	SO	242	-	6
Fachbereich 14	PB	361	-	3
Fachbereich 15	MES	416	-	13
Fachbereich 16	SO	225	-	2
Fachbereich 17	PB	<u>427</u>	<u>14</u>	<u>5</u>
		5.244	261	128

+ Fulbright-Stipendiat	2
DAAD	2
Studienkolleg	12
Zweithörer	<u>1</u>
	5.261

Standort-Verteilung	davon Erstsemester
PB 3.568	240
HX 483	21
MES 561	-
SO <u>632</u>	<u>-</u>
5.244	261

* Die o. a. Zahlen beziehen sich auf die von den Studenten gewählten Fachbereiche und lassen keine Schlüsse auf die gewählten Fächer zu.

die Prozeßperipherie und den Hauptverteiler, das Labor für Prozeßrechen-systeme, Datenträger, Stanzen von Lochkarten, einen (noch anzuschaffenden) Analogrechner und ein Mehrfachzugriffssystem.

Die Räume sind, wie in Rechenzentren üblich, mit doppeltem Boden und - wo erforderlich - mit einer Klimatisierung versehen. Angeschlossen wird der Rechner an die Laboratorien der Elektrotechnik, Regelungstechnik, Physik, Chemie, Maschinenbau und Kunststofftechnik.

STUDENTENSTATISTIK FÜR DAS SS 1975

Zum Sommersemester 1975 kamen 261 Studienanfänger an die Gesamthochschule Paderborn. Insgesamt sind zur Zeit 5.261 Studenten an der Hochschule eingeschrieben, davon 128 Ausländer. Damit nahm die Zahl der Studierenden gegenüber dem vergangenen Wintersemester - erwartungsgemäß - ab, und zwar um 339 (= 6 %). Gegenüber dem Sommersemester 1974 mit 4.793 Studenten ist jedoch ein Anstieg

um 468 (9,8%) zu verzeichnen. Also auch an der Gesamthochschule Paderborn steigen die Studentenzahlen an. Die geringe Zahl der Studienanfänger und die damit verbundene Abnahme der Studentenzahlen gegenüber dem WS 1974/75 erklärt sich aus der Einführung des Studienjahres in den integrierten Studiengängen. In diesen Studiengängen werden nur noch zum Wintersemester Studienanfänger aufgenommen. Infolgedessen verteilen sich die Studienanfänger des Sommersemesters auf die geisteswissenschaftlichen Fächer der Lehramtsstudiengänge und - als Besonderheit - auf die Fachbereiche Architektur und Bauingenieurwesen in Höxter.

Auffallend ist, daß von den 231 Studierenden, die im Sommersemester ihr Studium in einem Lehramtsstudiengang aufnahmen, 125 das Lehramt an berufsbildenden Schulen anstreben. Dieses Kontingent setzt sich ausschließlich aus graduierten Ingenieuren, Betriebswirten und anderen Absolventen von Fachhochschulen und höheren Fachschulen zusammen. Ihnen räumen die geltenden Übergangsregelungen des

Kultusministers die Möglichkeit ein, ein verkürztes Studium von mindestens 4 Semestern bis zur Erreichung der Ersten Staatsprüfung abzuleisten. Dabei wird die bestandene Abschlußprüfung der Fachhochschule als Prüfung im Hauptfach einer beruflichen Fachrichtung anerkannt, wenn die Studierenden bis zum 31.12.

1978 zur Ersten Staatsprüfung für das Lehramt an berufsbildenden Schulen zugelassen werden. Neben der zeitlichen Befristung dieser Regelung dürfte auch die derzeitige Situation auf dem Arbeitsmarkt für den starken Andrang von Fachhochschulabsolventen angeführt werden können.

Studentenstatistik SS 1975

	Ort	Studenten	Erstsemester	Ausl. Studenten
Fachbereich 1	PB	337 *	90	2
Fachbereich 2	PB	463	60	3
Fachbereich 3	PB	574	50	12
Fachbereich 4	PB	236	15	1
Fachbereich 5	PB	566	2	7
Fachbereich 6	PB	363	9	18
Fachbereich 7	HX	305	8	10
Fachbereich 8	HX	178	13	11
Fachbereich 9	SO	165	-	9
Fachbereich 10	PB	241	-	17
Fachbereich 11	MES	145	-	9
Fachbereich 12	SO	242	-	6
Fachbereich 14	PB	361	-	3
Fachbereich 15	MES	416	-	13
Fachbereich 16	SO	225	-	2
Fachbereich 17	PB	<u>427</u>	<u>14</u>	<u>5</u>
		5.244	261	128

Standort-Verteilung		davon Erstsemester	
+ Fulbright-Stipendiat	2	PB 3.568	240
DAAD	2	HX 483	21
Studienkolleg	12	MES 561	-
Zweithörer	<u>1</u>	SO <u>632</u>	<u>-</u>
	5.261	5.244	261

* Die o. a. Zahlen beziehen sich auf die von den Studenten gewählten Fachbereiche und lassen keine Schlüsse auf die gewählten Fächer zu.

Entwicklung der Studentenzahlen

Fachbereich	WS 72/73	SS 73	WS 73/74	SS 74	WS 74/75	SS 75
1	326	200	199	199	250	337
2	116	312	376	349	447	463
3	233	194	328	375	583	574
4	216	143	147	160	207	236
5	381	479	573	581	649	566
6	136	123	171	181	327	363
7 (H)	355	362	376	339	335	305
8 (H)	142	126	173	162	196	178
9 (S)	187	179	196	189	186	165
10	281	204	224	190	222	241
11 (M)	170	175	183	164	170	145
12 (S)	246	266	281	253	280	242
13	115	168	157	158	113	-
14	435	389	455	391	430	361
15 (M)	475	444	516	483	457	416
16 (S)	252	249	304	265	279	225
17	308	280	386	354	469	427
	4.374	4.293	5.045	4.793	5.600	5.244

Studiengänge

=====

Erziehungswissenschaftliche Studiengänge:

	insgesamt	Erstsemester	1	2	3	4	5	6	14	17
			Fachber.	Fachber.	Fachber.	Fachber.	Fachber.	Fachber.	Fachber.	Fachber.
LA Grund- und Hauptschule	1.018		133	265	228	147	11	130	-	104
davon Erstsemester		79	11	18	26	3	2	8	-	11
LA Realschule	339		25	49	144	50	6	11	-	54
davon Erstsemester		16	3	1	7	3	-	-	-	2
LA Gymnasium	305		25	22	177	17	3	24	-	37
davon Erstsemester		13	2	5	5	1	-	-	-	-
LA berufsbildende Schulen	276		131	67	16	21	-	32	3	6
davon Erstsemester		125	73	32	12	8	-	-	-	-
Pädagogik Diplom	65		14	46	2	1	1	1	-	-
davon Erstsemester		-	-	-	-	-	-	-	-	-
Pädagogik Promotion	40		9	14	7	-	-	3	-	7
davon Erstsemester		7	1	4	-	-	-	1	-	1
	2.043	240								

Integrierte Studiengänge:

FB 5 Wirtschaftswissenschaft	412	-
FB 6 Naturwissenschaft Chemie	94	-
Physik	22	-
FB 10 Maschinenbau (PB)	82	-
FB 11 Maschinenbau (M)	34	-
FB 12 Maschinenbau (S)	52	-
FB 14 Elektrotechnik (PB)	95	-
FB 15 Elektrotechnik (M)	68	-
FB 16 Elektrotechnik (S)	52	-
FB 17 Mathematik	47	-
	958	-

Fachhochschulstudiengänge:

FB 5 Wirtschaftswissenschaft	133	-
FB 6 Lacke-Farben-Kunststoffe	46	-
FB 7 Architektur	305	8
FB 8 Bautechnik	178	13
FB 9 Landbau	165	-
FB 10 Maschinenbau (PB)	104	-
Holz- u. Kunststofftech.	55	-
FB 11 Maschinenbau (M)	111	-
FB 12 Maschinenbau (S)	190	-
FB 14 Elektrotechnik (PB)	263	-
FB 15 Elektrotechnik (M)	348	-
FB 16 Elektrotechnik (S)	173	-
FB 17 Informatik	172	-
	2.243	21

Belegung an der GH Paderborn: 5.244 261
=====

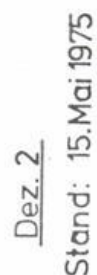
Regionales Studentenaufkommen

=====

Wie die Karten des Landes NRW und die Angaben zu den übrigen Bundesländern zeigen, konzentriert sich das regionale Studentenaufkommen sehr stark um den jeweiligen Standort der Einrichtungen der GH PB.

Die Heimatorte der meisten "Nicht-Westfalen" sind in Hessen und Niedersachsen gelegen. Innerhalb des Landes NRW korreliert die Abnahme der Studentenzahlen aus den Entsenderkreisen eng mit zunehmender Entfernung vom Standort der GH PB, als Schwerpunkte erweisen sich die Räume Ostwestfalen/Lippe und abgeschwächt das Ruhrgebiet.

18	Baden-Württemberg
11	Bayern
15	Belgien
25	Bremen
12	Hamburg
60	Hessen
207	Niedersachsen
13	Rheinland-Pfalz
5	Sachsen
4	Schleswig-Holstein

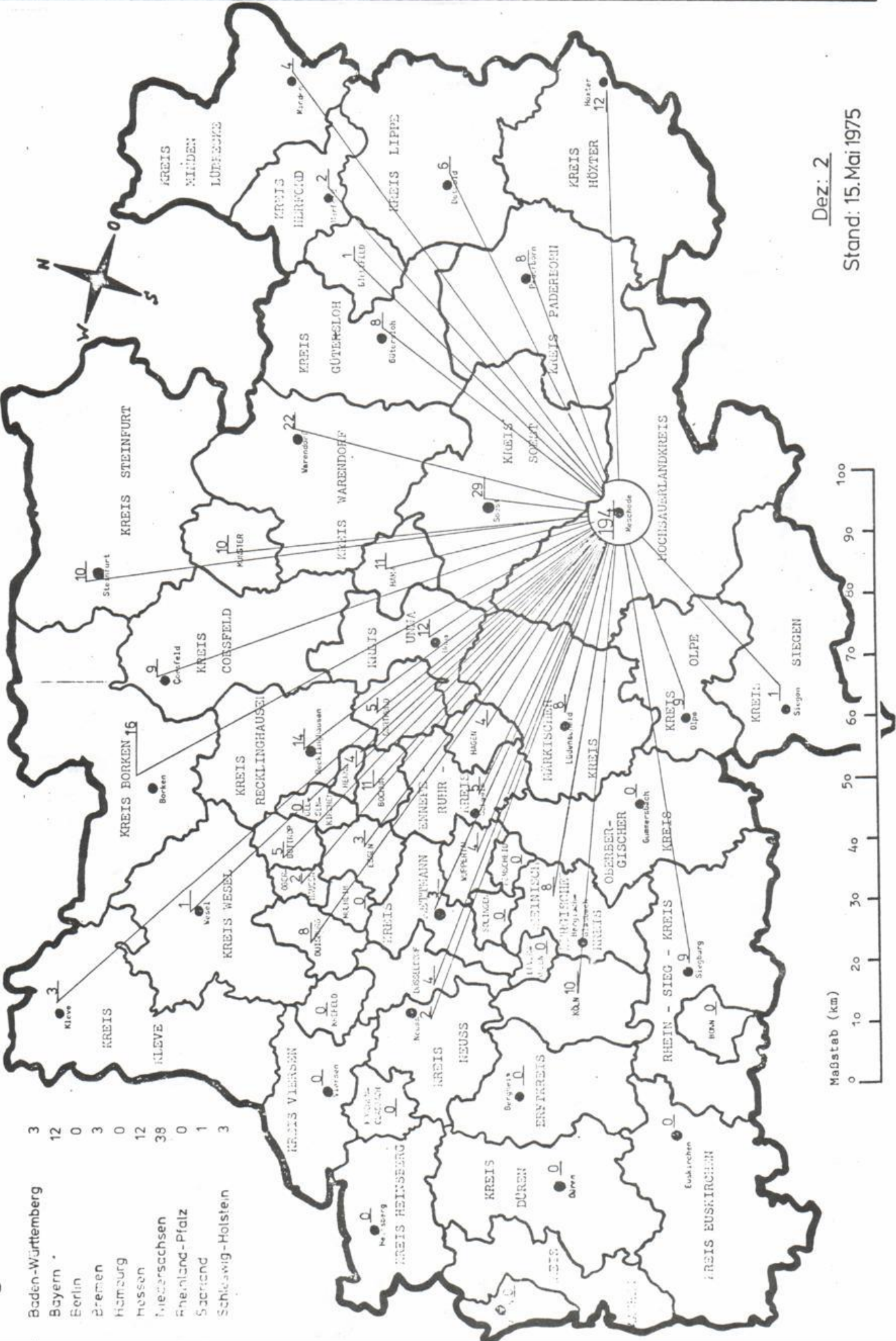


0	Baden-Württemberg
1	Bayern
1	Berlin
0	Bremen
1	Hamburg
15	Hessen
36	Niedersachsen
2	Rheinland-Pfalz
0	Saarland
1	Schleswig-Holstein



Regionales Studentenaufkommen Standort: Meschede

Baden-Württemberg	3
Bayern	12
Berlin	0
Bremen	3
Hamburg	0
Hessen	12
Niedersachsen	38
Rheinland-Pfalz	0
Saarland	1
Schleswig-Holstein	3



Dez. 2
Stand: 15. Mai 1975

Baden-Württemberg	2
Bayern	1
Berlin	2
Bremen	2
Hamburg	1
Hessen	10
Niedersachsen	21
Rheinland-Pfalz	0
Saarland	0
Schleswig-Holstein	3



TERMINE FÜR DAS WS 1975/76

Semesterbeginn	01.10.1975
Vorlesungsbeginn für Studiengänge, die denen an Fach- hochschulen ent- sprechen	29.09.1975
für Lehramtsstu- diengänge, inte- grierte Studien- gänge	13.10.1975
Vorlesungsende: für alle Studien- gänge	13.02.1976
Semesterschluß	31.03.1976
Einführungsver- anstaltung für Studienanfänger (Aula Fürstenweg)	13.10.1975 9.00 Uhr
Rückmeldung für das WS 1975/76	16.06.1975
bis	04.07.1975
Nachfrist	07.07.1975
bis	11.07.1975
Neueinschreibungen	22.09.1975
bis	10.10.1975
Exmatrikulationen für das WS 1975/76	22.09.1975
bis	10.10.1975
Belegungsfrist für das WS 1975/76	12.01.1976
bis	06.02.1976
Nachfrist	09.02.1976
bis	13.02.1976

TERMINE FÜR DAS SS 1976

Semesterbeginn	01.04.1976
Vorlesungsbeginn für Studiengänge, die denen an Fach- hochschulen ent- sprechen	15.03.1976

für Lehramtsstudien- gänge, integrierte Studiengänge	12.04.1976
Vorlesungsende: für alle Studien- gänge	16.07.1976
Semesterschluß	30.09.1976
Rückmeldung für das SS 1976	12.01.1976
bis	06.02.1976
Nachfrist	09.02.1976
bis	13.02.1976

IMPRESSUM

Herausgeber:
Presse- und Informationsstelle
der Gesamthochschule Paderborn

Redaktion:
Dr. Helga Wermuth

Redaktionsanschrift:
479 Paderborn, Geroldstraße 32
Telefon: 29 333

Herstellung und Druck:
Druckerei der GH Paderborn

Titelblattgestaltung:
Prof. Dipl.-Ing. Ole Hessler, FHL
FB 7 (Architektur), Abt. Höxter
der GH Paderborn

Auflagenhöhe:
2.700

Namentlich gezeichnete Beiträge
geben nicht unbedingt die Mei-
nung der Redaktion, sondern die
persönlichen Ansichten der Ver-
fasser wieder.

AUS DEN ZENTRALEN EINRICHTUNGEN
DER GESAMTHOCHSCHULE PADERBORNAUDIOVISUELLES MEDIENZENTRUM

Die folgende Darstellung der Aufgaben des "Audiovisuellen Medienzentrums (AVMZ)", einer zentralen Einrichtung der GH Paderborn, verfaßte der Akademische Oberrat Dr. Jürgen Sievert:

"Das Audiovisuelle Medienzentrum (im folgenden AVMZ genannt) ist eine zentrale Einrichtung der Gesamthochschule Paderborn gemäß § 37 HSchG und § 31 der VGrundO für die Gesamthochschule Paderborn. Es erbringt Sach- und Dienstleistungen für den Einsatz von auditiven, visuellen und audiovisuellen (im folgenden insgesamt AV) Medien in Lehre und Forschung. Mit der Einrichtung eines AVMZ als einer multifunktionalen zentralen Dienstleistungsstelle wird den Gesichtspunkten der Leistungsfähigkeit und der Wirksamkeit, d.h. der Verbesserung der Lehre Rechnung getragen.

Das AVMZ ermöglicht interdisziplinäre und fachbereichsübergreifende Projekte und übernimmt für alle Fachbereiche, Betriebseinheiten und zentrale

Einrichtungen der Gesamthochschule Paderborn insbesondere folgende Service-Aufgaben:

- Verwaltung und Bereitstellung von AV-Arbeitsräumen und AV-Arbeitsplätzen
- Auswahl, Inventarisierung, Lagerung und Ausleihe von AV-Geräten (zentraler Gerätepool), sowie deren Wartung ggf. in Zusammenarbeit mit dem zentralen technischen Dienst der Gesamthochschule
- Einführung in die Arbeit mit AV-Medien
- Information über Möglichkeiten und Neuerungen auf dem Gebiet der AV-Medien
- Förderung des Einsatzes und der Erprobung von AV-Medien im hochschuldidaktischen Bereich
- Beratung und Mitwirkung bei der Planung und Durchführung von mediengestützten bzw. medienbezogenen Lehr- und Forschungsvorhaben
- Koordination der fachbereichsspezifischen Nutzungsvorstellungen
- Zusammenarbeit mit anderen Medienzentren und Institutionen, die für den Bereich der AV-Medien zuständig sind.

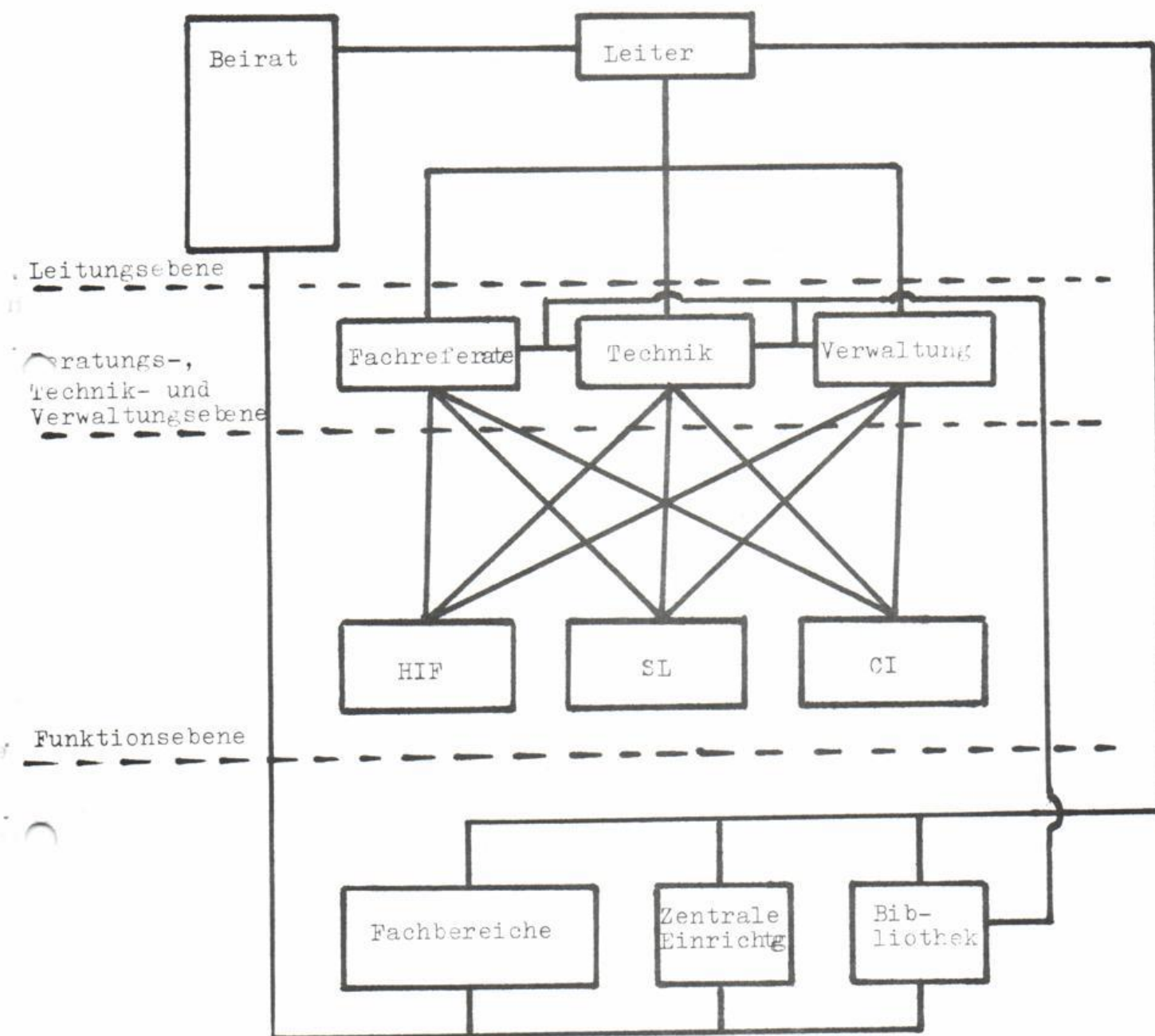
Das AVMZ erfüllt seine Aufgabe in folgenden Funktionsbereichen:

- I. Hochschulinternes Fernsehen (HIF)
- II. Sprachlehre
- III. Computergestützte Instruktion und Information (CI).

Die Bereiche I und II werden in der ersten Ausbaustufe, der Bereich III nach Errichtung des Rechnerzentrums realisiert.

Zwischen den verschiedenen Funktionsbereichen bestehen vielfältige Verbindungen und Abhängigkeiten. Sie werden in dem nachfolgenden Schema

der Organisationsstruktur des AVMZ dargestellt:



HIF - Hochschulinternes Fernsehen

SL - Sprachlehre

CI - Computergestützte Instruktion und Information

Das vom Ministerium genehmigte Raumprogramm für die Baustufe 1975/76 sieht den zentralen Teil des AVMZ in den Ebenen 1 und 2 des Gebäudekörpers SB 12/13 vor.

Der Funktionsbereich Hochschulinternes Fernsehen (HIF) versieht seine Aufgaben in zwei Teilsystemen, einem stationären und einem mobilen. Zum stationären System gehören u.a. in der Ebene 1 Aufnahme-, Beobachtungs- und Regieräume. Der stationäre HIF - Bereich ist in besonderem Maße auf die Erfordernisse der Lehramtsstudiengänge ausgerichtet. Er ermöglicht Unterrichtsmit-schau und unterrichtliches Verhaltenstraining (micro-teaching) zum Zwecke der Beobachtung und Analyse von Lehr- und Lernprozessen, Lehrer- und Schülerverhalten, sowie zur Entwicklung und Beurteilung eigenen Unterrichtens. Damit dient HIF der Unterrichts- und Kommunikationsforschung in Schule und Hochschule ebenso wie der Lehrerausbildung und Lehrerfortbildung. Darüber hinaus erbringt HIF Dienstleistungen für die wissenschaftlichen Disziplinen aller Fachbereiche. Von der Regie

aus können öffentliche Fernsehprogramme und hochschulinterne Programme für Lehrveranstaltungen über das Gemeinschaftsantennennetz Interessenten im gesamten Hochschulbereich zugänglich gemacht werden. Für Forschungszwecke kommt hinzu, daß im mobilen HIF-Bereich transportable Video-Anlagen zur Verfügung stehen, um Aufnahmen außerhalb der Räume des AVMZ (z.B. in fachspezifischen Arbeitsräumen, Labors, Werkstätten) sowie an Orten außerhalb der GH (z.B. Schulen, Sportplätzen, Baustellen, Industriebetrieben) zu ermöglichen.

Der Funktionsbereich Sprachlehre (SL) in der Ebene stellt Räume und AV-Medien zur Lehre und Forschung auf dem Gebiet der Sprachvermittlung und der Sprachverwendung bereit. In erster Linie ist der SL-Bereich für die Unterstützung der Fremdsprachenlehre gedacht, um dem wachsenden Bedarf der primären Fertigkeiten des Hörens und Sprechens im Kommunikationsprozeß gerecht zu werden. Dabei stellt die Arbeit im Sprachlabor eine wichtige Komponente dar, die jedoch durch visuelle Komponenten ergänzt wird. Unterschiedliche Arbeitsformen auf multimedialer Grundlage sind im SL - Bereich gewährleistet, da in die Arbeit sowohl Sprachlehranlagen, als auch die öffentlichen Sender des Rundfunks und des Fernsehens sowie das hochschulinterne Fernsehen einbezogen werden können.

NEUERSCHEINUNGEN AUF DEM BÜCHER-
MARKT

In dritter verbesserter Auflage mit umfassenden bibliographischen Nachträgen ist jetzt beim Carl Winter Universitätsverlag in Heidelberg das Buch "Amerikanismen der deutschen Gegenwartssprache. Entstehungsvorgänge und ihre stilistischen Aspekte" von Broder Carstensen und Hans Galinsky erschienen.

PERSONALIABERUFUNGEN

Vom Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen wurden an die GHP berufen:

1. Der Akademische Oberrat Dr. Gerhard Tulodziecki auf einen Lehrstuhl für Medienverbund/Mediendidaktik.

Tulodziecki (1941 in Bochum geboren) studierte an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule in Aachen die Fächer Erziehungswissenschaft, Fertigungstechnik, Politische Wissenschaft, Psychologie und Philosophie. 1970 promovierte er zum Dr. phil.. Ab 1.11.1971 arbeitete er beim Forschungs- und Entwicklungszentrum für objektivierte Lehr- und Lernverfahren (FEoLL) in Paderborn,

wo er die kommissarische Leitung des Instituts für Medienverbundsysteme übernahm.

Seit Oktober 1972 ist er Privatdozent und Akademischer Oberrat an der Gesamthochschule Paderborn. Im Jahre 1972 habilitierte er sich im Fach Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Unterrichtswissenschaft.

Gleichzeitig mit seiner Ernennung zum ordentlichen Professor übernimmt Tulodziecki die endgültige Leitung des FEoLL-Institutes für Medienverbundsysteme.

Tulodziecki ist Vertreter der Bundesrepublik Deutschland für Fernsehfragen im Europarat.

2. Dr. Jürgen Heubes zum Wissenschaftlichen Rat und Professor für das Fach Volkswirtschaftslehre.

Heubes (1940 geboren) studierte von 1961-1965 Volkswirtschaftslehre an der Universität in Bonn, wo er nach erfolgreich abgelegter Diplomprüfung als Assistent arbeitete. 1968 promovierte er zum Dr. rer. pol.. Von 1969 ab war er als Wissenschaftlicher Assistent an der Universität Münster tätig. Er habilitierte sich im Jahre 1973. Seit 1.4.1974 lehrte er als Dozent an der Universität Münster Volkswirtschaftslehre.

3. Prof. Otto Loistl auf einen Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Finanzierung und Investition einschließlich Bilanzierung.

Loistl (geboren 1939) studierte von 1960 bis 1965 das Fach Betriebswirtschaftslehre an der Universität München. Von 1965 bis 1972 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre der Banken bzw. an der Lehrereinheit

für Finanzwirtschaft der Technischen Universität Berlin. Im Jahre 1971 promovierte er zum Dr. rer. pol. an der TU Berlin, 1972 wurde er zum Assistenzprofessor ernannt. Er habilitierte sich 1974 am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der TU Berlin für das Fach Betriebswirtschaftslehre.

NEUER DEZERNENT

Zum Leiter des Dezernates 3 der Gesamthochschule Paderborn (Akademische und Studentische Angelegenheiten) wurde mit Wirkung vom 1. April 1975 Eckard Bannek bestellt.

Bannek (1936 in Heydebreck geboren) studierte in Berlin und Freiburg Rechtswissenschaft und Philosophie und in Philadelphia/USA Politikwissenschaft. Bannek ist Mitglied des Loccumer Arbeitskreises für die Reform der Juristenausbildung. Zuletzt war er tätig beim Senator für Schulwesen von Berlin als Referent für Verwaltungsangelegenheiten des Unterrichts, der Erziehung und der Schulverfassung. Zu seinem neuen Tätigkeitsfeld an der Gesamthochschule Paderborn gehören hochschulrechtliche, akademische und hochschulpolitische Angelegenheiten, Studien- und Prüfungswesen, Angelegenheiten des Studentensekretariats und des Akademischen Auslandsamtes.

25-JÄHRIGES DIENSTJUBILÄUM

Sein 25-jähriges Dienstjubiläum feierte Ende Mai der Akademische Oberrat Dr. Hans Kasselmann, Fachbereich 17 - Mathematik/Informatik - an der Gesamthochschule Paderborn.

Kasselmann, der seit dem 7.5.73 an der GH Paderborn tätig ist, hat sich insbesondere Verdienste um die Einführung von Datenverarbeitung und Informatik bei der Ausbildung der Grund- und Hauptschullehrer erworben.

STIPENDIEN UND FÖRDERUNGSMÖGLICHKEITEN FÜR STUDENTEN

Nur die wenigsten Studenten der Gesamthochschule Paderborn wissen, daß es neben den staatlichen Förderungen nach dem Bundesausbildungsgesetz (BAFÖG), den Zuwendungen durch das Bundesversorgungsgesetz oder durch das Bundeshilfegesetz auch eine Reihe von Stipendien gibt, die durch Verbände, Parteien und Kirchen vergeben werden. Die folgende Zusammenstellung soll auf diese Förderungsmöglichkeiten für Studenten hinweisen:

1. CUSANUSWERK
53 Bonn-Bad Godesberg 1
Annaberger Str. 283
2. DEUTSCHER AKADEMISCHER AUSTAUSCHDIENST e.V.
53 Bonn-Bad Godesberg
Kennedy -Allee 50

3. EVANGELISCHES STUDIENWERK
e.V. Villigst
5845 Villigst
Haus Villigst
4. FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG
53 Bonn-Bad Godesberg 1
Kölner Str. 149
5. FRIEDRICH-NAUMANN-STIFTUNG
53 Bonn-Bad Godesberg 1
Schillerstr. 9
6. FULBRIGTH-KOMMISSION
53 Bonn-Bad Godesberg
Theaterplatz 1 a, Postf. 208
7. KONRAD ADENAUER-STIFTUNG e.V.
53 Bonn
Poppelsdorfer Allee 82
8. STIFTUNG MITBESTIMMUNG
4 Düsseldorf 30
Hans-Böckler-Str. 30
9. STIFTUNG VOLKSWAGENWERK
3 Hannover 26
Postfach 260 540
10. STUDIENSTIFTUNG DES DEUTSCHEN
VOLKES
53 Bonn-Bad Godesberg 1
Koblenzer Str. 77
11. ZENTRALE KOMMISSION FÜR
GRADUIERTENFÖRDERUNG
1 Berlin 33
Habelschwerdter Allee 37

STRUKTURPROBLEME IN DEN INTE-
GRIERTEN STUDIENGÄNGEN ELEKTRO-
TECHNIK UND MASCHINENBAU

Im Studienjahr 1975/76 keine
integrierten Studiengänge mehr
in den Abteilungen Meschede und
Soest

Auf der Sitzung des Gründungsrek-
torats am 12. Mai 1975 teilte der
Minister für Wissenschaft und For-

schung - vertreten durch den zustän-
digen Referenten-mit, die Abteilungen
Meschede und Soest der Gesamthochschu-
le Paderborn dürften im Studienjahr
1975/76 in den Fachbereichen Elektro-
technik und Maschinenbau keine inte-
grierten Studiengänge, sondern nur
mehr Fachhochschulstudiengänge an-
bieten: Da sich das Lehrangebot in
den betroffenen Fachbereichen nach
Einführung der integrierten Studien-
gänge im Studienjahr 1974/75 kaum ge-
ändert habe, solle man zunächst in
Paderborn eine Konsolidierung der in-
tegrierten Studiengänge Elektrotech-
nik und Maschinenbau versuchen. Später
dann sei erneut die Einbeziehung der
Abteilungen anzustreben. Die Frage der
Existenz der Abteilungen sei jedoch
davon unberührt. Die Entscheidung sei
jetzt notwendig gewesen, da die Zu-
weisung der Höchstzahlen für das WS
1975/76 bevorstünde und die ZVS-Info
auszudrucken sei. Unabhängig davon
sei aber die GHP jetzt aufgefordert,
diese Strukturprobleme zu beraten.

Dazu nahm der Gründungssenat der GHP
auf seiner 69. Sitzung am 28. Mai wie
folgt Stellung:

1. Zum Verfahren

Der Senat betrachtet das Vorgehen des
MWF als Verstoß gegen § 13 (2) 1. der
VGrundO. Er protestiert schärfstens
dagegen, daß der Minister eine für die
GHP essentielle Strukturentscheidung
getroffen hat, ohne die Hochschule
vorher über seine Absichten zu infor-
mieren und ihr eine Mitberatung oder

Stellungnahme zu ermöglichen. Der Senat kann der Aussage des Ministers (Besprechung am 12.5.75) nicht folgen, es sei wegen der ZVS-Termine eine Eilentscheidung erforderlich gewesen. Diese Termine sind vielmehr gerade dem Minister seit langem bekannt; eine vorherige Einbeziehung der Hochschule in die Beratungen wäre durchaus möglich gewesen. Noch weniger kann der Senat der Bekundung des Ministers folgen, er habe zwar für das Studienjahr 1975/76 im Termindruck entscheiden müssen, sei aber "offen" für eine grundsätzliche Beratung und Stellungnahme der Hochschule: bei ausreichender Argumentation könne eine Revision der Eilentscheidung, d.h. nunmehr die Wiedereinführung der integrierten Studiengänge im Winter 1976/77 ins Auge gefaßt werden. Wie auch immer der Minister seine Verfahrensweise selbst versteht: Entweder nimmt die Hochschule die "Offenheit" ernst; dann muß sie sich zu einer Art Hüh- und Hott-Institution degradiert fühlen, oder die nachträgliche Revisionsmöglichkeit ist so ernst nicht gemeint und hat lediglich Alibifunktion: Die Würfel für die nächsten Jahre sind längst gefallen.

2. Schaden für die GH Paderborn

Die Grundkonzeption des Gründungs-

senats war und ist es, die GH Paderborn gerade auch und soweit wie möglich unter der Maßgabe des Regionalprinzips als integrierte Gesamthochschule zu realisieren. Bis an die Schwelle der Gegenwart hatte sie dabei die volle Unterstützung des Ministers. Die tatsächliche Einbeziehung der Abtlg. Meschede und Soest in diese Grundkonzeption seit 1 1/2 Semestern war und ist für die GHP ein entscheidender Schritt vorwärts. Mit allem Nachdruck vertritt der Gründungssenat deshalb die Auffassung, daß die besonderen Bedingungen und vorhergesehenen partiellen Probleme des Auf- und Ausbaus integrierter Studiengänge an den Abteilungen durchaus in Kauf genommen werden können, während demgegenüber die erneute Desintegration der Abteilungen Meschede und Soest das Konzept und den Entwicklungsprozeß der regional-akzentuierten integrierten GHP von zerstörerischer Wirkung sein wird.

3. Zu den Vorhaltungen des Ministers

Die Maßnahme des MWF erscheinen um so mehr unverständlich und ungerechtfertigt, als die in der Besprechung vom 12.5.1975 vorgebrachten Vorhaltungen gegenüber

Abteilungen Meschede und Soest, (vgl. Protokoll der diesbez. Sitzung) nicht stichhaltig sind. Dies geht nach Auffassung des Senats eindeutig aus den Verlautbarungen und Dokumentationen der Fachbereiche 11,12, 15 und 16 hervor, die dieser Stellungnahme als Anhang beige-fügt sind.

4. Appell an den Minister

Der Gründungssenat sieht keine überzeugenden Gründe, von seiner Entscheidung, in den Fachbereichen 10 bis 12 und 14 bis 16 gemeinsame integrierte Studiengänge für die Maschinentechnik und Elektrotechnik durchzuführen, abzurücken. Er appelliert mit allem Nachdruck an den Minister, umgehend die unter Umgehung der Hochschule für das WS 75/76 (ZVS) getroffene Entscheidung rückgängig zu machen. Nur so kann nicht wieder gutzumachender Schaden von der Hochschule abgewendet werden. Nur dann sieht der Gründungssenat noch die Möglichkeit, sein Konzept einer regional akzentuierten integrierten Gesamthochschule glaubwürdig zu vertreten.

SELBSTDARSTELLUNG DER SOZIALISTISCHEN LISTE

Da die Sozialistische Liste mit 3 Mitgliedern die drittgrößte Fraktion des Studentenparlamentes der Gesamthochschule Paderborn bildet, veröffentlichen wir als 3. Beitrag unserer Reihe "Die studentischen Hochschulgruppen stellen sich vor" ihre Selbstdarstellung:

"Die Sozialistische Liste (SL) ist ein Wahlbündnis, das der Kommunistische Studentenbund Paderborn (KSB) auf der Grundlage eines Programms zu den letzten Studentenparlamentswahlen mit anderen Studenten eingegangen ist. Dieses Programm wurde in einer Sondernummer der Kommunistischen Studentenzeitung (KSZ) veröffentlicht. Es legt dar, daß sich die bürgerliche Gesellschaft in Westdeutschland seit einigen Jahren in einer Krise befindet. Diese Krise äußert sich in hohen Arbeitslosenzahlen und hohen Kurzarbeiterzahlen, in ständigen Preissteigerungen und Reallohnabbau. Gegen diese kapitalistischen Verhältnisse, die soziales Elend für viele Menschen bedeuten, muß sich das Volk zusammenschließen, um diese Verhältnisse zu beseitigen. Diese Verhältnisse können nur beseitigt

werden in einer sozialistischen Gesellschaft, in der die Arbeiterklasse und das Volk tatsächlich die Macht haben, die Produktion und die politischen Verhältnisse nach ihren Interessen zu bestimmen und zu leiten. Die Mitglieder der Sozialistischen Liste treten an der Hochschule dafür ein, daß die Studenten dieses Ziel auch zu ihrem Ziel machen und an der Seite des Volkes für eine sozialistische Gesellschaft kämpfen. Die ökonomischen Schwierigkeiten des westdeutschen Imperialismus schränken den politischen Spielraum des bürgerlichen Staates ein. Sie zwingen ihn, die Ausbildung an den Hochschulen billiger und straffer zu organisieren, um die Ausbildungskosten und die Mittel für den Unterhalt der Hochschule zu senken und die Studenten auf das Ziel ihrer Ausbildung, die Funktionärstätigkeit im Dienste der bürgerlichen Klasse, festzulegen. Die Folgen dieser Politik sind, daß eine immer größer werdende Zahl von Studierwilligen durch den Numerus clausus von der Hochschule ferngehalten wird. Weiterhin zeichnet sich ab, daß eine wachsende Zahl von Studenten

ohne Studienabschluß über die verschiedensten Umwege schließlich als Lohnabhängige in Fabriken und Büros landet. Außerdem ist in Anfängen eine Akademikerarbeitslosigkeit zu erkennen, was den bürgerlichen Staat dazu bewegt, die Hochschulausbildung noch mehr auf die Interessen des Kapitals auszurichten. Eine Maßnahme dazu ist die Einführung von sogenannten "Praxissemestern", in denen die Studenten als billige Arbeitskräfte in den Betrieben arbeiten müssen. Die soziale Situation der Studenten verschlechtert sich in dieser Krise in schnellem Tempo. Nach der Einführung von Grunddarlehen in Höhe von 80,-- DM im vergangenen Wintersemester stellt der Staat inzwischen Überlegungen an, diese Grunddarlehen weiter zu erhöhen. Dazu kommt, daß die Studenten ab kommendem Wintersemester in die gesetzliche Krankenversicherung übernommen werden, was zur Folge hat, daß BAFÖG-Empfänger 15,-- DM für die Krankenversicherung bezahlen müssen, Nicht-BAFÖG-Empfänger müssen 25,-- DM bezahlen. Dadurch wird den Studenten die materielle Grundlage für ihr Studium entzogen. Das führt dazu, daß nach einer VDS-Erhebung inzwischen ca. 40% (!) der Studenten auch während des Semesters arbeiten müssen, um

überhaupt studieren zu können.

Die Studenten wehren sich natürlich nach Kräften gegen diese Entwicklung, stoßen dabei aber auf immer stärkeren Widerstand des Staates. Der Staat sieht keine Möglichkeit mehr zum Ausgleich mit der Studentenbewegung, im Gegenteil, sie wird aufs schärfste unterdrückt.

Ein Ausdruck dieser Unterdrückung ist die Errichtung von Gesamthochschulen. Mit ihrer Errichtung wurden wesentliche Rechte, die sich die Studentenbewegung erkämpft hatte, wieder rückgängig gemacht. So steht im § 38, Absatz 1 der Vorläufigen Grundordnung der GH Paderborn:

"Die Studenten der Gesamthochschule bilden die Studentenschaft. Sie ist nichtrechtsfähige Teilkörperschaft der Gesamthochschule".

Dieser Passus schafft die Verfaßte Studentenschaft ab und damit wird der Kampf der Studenten stark erschwert. Die folgenden Absätze dieses Paragraphen billigen den Studenten dann nur noch die Mitwirkung an der Selbstverwaltung der Hochschule zu, nicht aber die vollständige Selbstverwaltung der Studenten. Damit ist die Organisation der Studentenschaft an der GH Paderborn von Staats wegen zur Spielwiese für die Studenten erklärt worden. Konsequenz

legt dieser Paragraph dann auch noch fest, daß sich die Studentenschaft zwar eine Satzung geben darf, daß sie aber noch nicht einmal selbst bestimmen darf, wie diese Satzung aussehen muß, sondern da hat dann der Gründungssenat die Vollmacht zu entscheiden, ob er die Satzung für richtig für die Studentenschaft erachtet oder nicht. Aus diesen Gründen haben sich die Mitglieder der SL die Aufgabe gestellt, den Kampf für eine Verfaßte Studentenschaft zu führen. Dabei treten sie dafür ein, daß die Studenten sich das Recht erkämpfen, ihre Angelegenheiten selbst verwalten zu können. Dazu ist es notwendig, daß die Studentenschaft sich die Satzungshoheit erkämpft, daß sie sich die Finanzhoheit erkämpft, daß sie sich das Recht zur Wahrnehmung des politischen Mandats erkämpft und daß sie sich das Recht erkämpft, den Studentenvertretern Weisungen erteilen zu können, an die diese gebunden sind.

Darüberhinaus hat sich die SL die Aufgabe gestellt, die Studentenschaft für den Kampf um ihre Rechte zusammenzuschließen.

Diese Rechte sind:

- Recht der Studenten auf ma-

terielle Gewährleistung des Studiums, soweit sie keine reichen Eltern haben, die ihnen ihr Studium finanzieren können. (Kostendeckende Ausbildungsförderung, Krankenversicherung, Sozialbeitrag),

- Recht der Studenten auf Selbstverwaltung aller studentischen Sozialeinrichtungen und ihre Finanzierung durch den Staat.
- Recht der Studenten auf Bildung von Vertretungskörperschaften mit politischem Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit.
- Recht der Studenten auf politische Betätigungsfreiheit und politische Organisierung an der Hochschule.
- Recht der Studenten, ihre Prüfer, Prüfungsthemen, Prüfungsbedingungen zu wählen und Recht auf Öffentlichkeit aller Prüfungsangelegenheiten.
- Recht der Studenten auf Zugang zu allen Studienveranstaltungen.

Mit diesem Programm stellte sich die SL zur Wahl und konnte 88 Stimmen erringen. Im Studentenparlament ist die SL seitdem mit 3 Mitgliedern vertreten.

ASTA-RÜCKTRITT

Auf der Sitzung des Studentenparlamentes am 22. April 1975 erklärte der AStA der Gesamthochschule Paderborn geschlossen seinen Rücktritt mit der Begründung, er sehe sich aufgrund der fehlenden Satzung nicht länger in der Lage, die Aufgaben der studentischen Selbstverwaltung wahrzunehmen. Durch die Nichtannahme der Satzung sei eine partielle rechtliche Absicherung der AStA-Referenten nach einschlägigen Rechtsvorschriften nicht möglich. Für die privatrechtliche Absicherung der AStA-Referenten sei daher die Annahme der Satzung eine unabdingbare Grundvoraussetzung.

Nach § 37, Absatz 5 der Vorläufigen Grundordnung der GH Paderborn erfolgt der Erlass der ersten Satzung aufgrund einer Urabstimmung aller Studenten, die der Gesamthochschule angehören. Die Satzung ist angenommen, wenn zwei Drittel der abgegebenen Stimmen dem Entwurf zustimmen. Die Urabstimmung bedarf zu ihrer Gültigkeit einer Beteiligung von mindestens dreißig Prozent der Stimmberechtigten. An der Gesamthochschule Paderborn wurden bereits zwei Urabstimmungen durchgeführt, die aufgrund der

mangelnden Wahlbeteiligung an der 30 % - Klausel scheiterten.

In der Zeit vom 4. bis 6. Juni waren die Paderborner Studenten zu einer 3. Urabstimmung aufgerufen.

Das Ergebnis dieser Urabstimmung:

wahlberechtigt:	5.244 Studenten
es stimmten ab:	1.685 = 32,1 %
Ja-Stimmen:	1.518 = 90,09%
Nein-Stimmen:	115 = 6,8 %
Enthaltungen:	52 = 3,11%

Anmerkung der Redaktion:

Wann der Termin für die Neuwahl des AStA sein wird, stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest.

NEUE VORSITZENDE DES RCDS

Auf der Hauptversammlung des Ringes Christlich Demokratischer Studenten schied der bisherige Vorsitzende Thomas König wegen Examens aus seinem Amt aus. Zur neuen Vorsitzenden wurde Edith Baukal gewählt. Zweite Vorsitzende wurde Maria Wegener; Sigurd Wallmann übernahm das Amt des Kassenreferenten. Als Beisitzer wurden Heinrich Pohlmeier und Roland Hesse gewählt.

AUSSTELLUNG

Am 1. Juni 1975 wurde in der Städt. Galerie in Paderborn eine Ausstellung eröffnet, die Ölbilder, Aquarelle und Zeichnungen von Prof. Christel Poll, Dozentin im Fachbereich 4 - Kunsterziehung/Gestaltung aus der Zeit von 1945 - 1975 zeigte.

Nach der Begrüßung der zahlreichen Besucher durch Bürgermeister Herbert Schwiete hielt Prof. Jupp Ernst, der frühere Direktor der Werkkunstschulen Wuppertal und Kassel, eine Eröffnungsansprache. Dabei führte er aus, daß die Bilder der Künstlerin - immer an der unmittelbaren Natur orientiert - nicht von der Illusion lebten, sondern von der schöpferischen Phantasie. In jeder Phase ihrer Entwicklung schöpfe Christel Poll aus innerer Anlage und aus dem Erlebnis mystischer Landschaft. Dadurch habe sie eine künstlerische Form gefunden, die zwar nicht herausgenommen werden könne aus der Gegenwart, die aber dennoch ein Eigenleben führe. Die Ausstellung - ein "Fest der Farben" (Westfälisches Volksblatt v.3.6.) dauert bis zum 9. Juli 1975.

BESICHTIGUNG

Am 25. April 1975 hatte der Fachbereich 8 - Bautechnik - der Abteilung Höxter den Verband der Wasser- und Kulturbauingenieure Deutschlands und die Bauverwaltungen der Kreise Paderborn, Höxter, Lippstadt und der Altkreise Warburg eingeladen. Ziel war es, einen Einblick in die Einrichtungen der Hochschule zu vermitteln. Die Vertreter der Behörden und die Verbandsmitglieder besichtigten das Baustofflabor, das Straßenbaulabor, sowie das Grund- und Bodenmechaniklabor und das Wasserlabor. Die jeweiligen Labor-

leiter stellten dabei ihre Laboratorien in Kurzreferaten vor.

FORSCHUNGSauftrag

Das Ruhrforschungszentrum in Düsseldorf hat an eine Gruppe von Wissenschaftlern der Gesamthochschule Paderborn unter der Leitung von Prof. Dr. Johannes Franz ein Forschungsprojekt mit dem Thema "Erarbeiten von Empfehlungen zur Kooperation von Bibliotheken und Mediotheken" vergeben. Das Projekt hat eine Laufzeit von zwei Jahren und wird voraussichtlich im Herbst 1975 gestartet werden.

FORTBILDUNGSSEMINAR

In der Zeit vom 18. bis 20. Juni 1975 veranstaltete Prof. Dr. Joh. Franz - Fachbereich 2 - gemeinsam mit Schulrat A. Seifert aus Höxter im Auftrage des Ruhrseminars in Gelsenkirchen (einer Einrichtung der nordrhein-westfälischen Arbeitgeberverbände und des DGB) ein dreitägiges Fortbildungsseminar im Fach Arbeits- und Wirtschaftslehre für Lehrer aller Schulformen zum Thema "Zucker". Im Verlauf des Seminars referierten Vertreter der Landwirtschaftskammer, der Zuckerindustrie, des Zuckermarktes und der Zuckerverarbeitung. Weiterhin standen Betriebsbesichtigungen auf dem Hof des Landrates Michels in Warburg, einer Zuckerfabrik und der Firma

Stute in Paderborn als Basisorientierung auf dem Programm. Das Ergebnis der Veranstaltung wird didaktisch aufgearbeitet und steht interessierten Lehrern als Sonderdruck des Ruhrseminars zur Verfügung.

GASTPROFESSUR

In der Zeit vom 15.6. bis 15.7.75 hielt Prof. Dr. Prolla von der Universität Porto (Portugal) am Fachbereich 17 - Mathematik/Informatik - im Rahmen einer Gastprofessur eine Vorlesung über "Gewichtete Maße".

INFORMATIONsREISE

In der Zeit vom 23. März bis 6. April 1975 unternahm Prof. Dr. Ulrich Lohmar, Fachbereich 1 - Philosophie/Religionswissenschaften /Gesellschaftswissenschaften - in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ausschusses für Forschung und Technologie des Deutschen Bundestages eine Informationsreise in die USA. Über den Zweck und die Ergebnisse der Reise gibt ein jetzt vorgelegter Bericht Aufschluß

KOLLOQUIUM

Im Rahmen des mathematischen Kolloquiums im Fachbereich 17 -

Mathematik/Informatik - der GHP wurden im SS 1975 folgende Vorträge gehalten:

Dipl.-Math. Theo Lutz, IBM European System-Research, Genf
Thema: Darlegungen über Datenbanken und Informationssysteme

Prof. Dr. D. Laugwitz, TH Darmstadt
Thema: Divergente Reihen bei Euler-heute betrachtet

Prof. Dr. A.W. Goldie, The University of Leeds, England
Thema: Central polynomials in matrix algebras

Prof. Dr. L. Collatz, Universität Hamburg
Thema: Monotonie in der numerischen Mathematik

Prof. Dr. E. Lamprecht, Universität Saarbrücken
Thema: Separabilität und Automorphismen

Prof. Dr. Ch. U. Jensen, Universität Kopenhagen
Thema: Limes-dimension für Ringe und Moduln

Prof. Dr. R. Stowasser, Inst. für Didaktik der Mathematik, Bielefeld
Thema: Ein elementarer Einstieg in die Zahlentheorie

Prof. Dr. H. Jeggler, TU Berlin
Thema: Zur asymptotischen Störungstheorie bei Eigenwertaufgaben mit nichtlinearer Parameterabhängigkeit

Prof. Dr. M. Schottenloher Universität München
Thema: Das Levisproblem in unendlicher Dimension

Prof. Dr. J. Galambos, Universität Frankfurt
Thema: Anwendungen wahrschein-

lichkeitstheoretischer Methoden in anderen Gebieten der Mathematik.

RINGVORLESUNG

An der Gesamthochschule Paderborn wird im Wintersemester 1975/76 eine Ringvorlesung stattfinden über das Thema: "Wozu noch Geschichte? Zur Funktion der Geschichte in den Wissenschaften".
Anlaß für die Wahl dieses Themas ist die Erfahrung und Erkenntnis, daß zur Zeit weder in den allgemeinen wissenschaftstheoretischen und wissenschaftsgeschichtlichen Untersuchungen noch in den fachinternen Methodendiskussionen ein Konsens über die Funktion der Geschichte besteht, daß andererseits jedoch das Bedürfnis nach Klärung dieser Frage wächst. Traditionelle Geschichtskonzepte (z. B. ideengeschichtliche, hermeneutische) überzeugen weiterhin nicht mehr, neuere (z.B. strukturalistische) sind in der Regel - wenigstens bislang - nicht differenziert genug. In der Ringvorlesung werden Vertreter der verschiedenen Fächer - Historiker, Philosophen, Theologen, Wissenschaftstheoretiker, Soziologen, Wirtschaftswissenschaftler - das Thema von ihrem Fach bzw. von ihrem wissenschaftstheoretischen Ansatz aus behandeln. Als Referenten werden Vertreter verschiedener Fachbereiche der Gesamthochschule Paderborn, des Forschungs- und Entwicklungszentrums für objektivierte Lehr- und Lernverfahren (FEoLL GmbH) in Paderborn und auswärtige Wissenschaftler sprechen, die sich in ihren bisherigen Arbeiten mit diesem Problem beschäftigt haben. Die Ringvorlesung mit anschließender Diskussion soll jeweils mittwochs von 16.00-18.00 Uhr in der GH Pader-

born am Fürstenweg 15-17 stattfinden

25.06.75 Prof. Dr. J. Kocka
(Bielefeld)
Gesellschaftliche Funktionen
gegenwärtiger Geschichtswissenschaft

22.10.75 Prof. Dr. H. U. Wehler
(Bielefeld)
Modernisierungstheorie und
deutsche Geschichte im 19. und
20. Jahrhundert

29.10.75 Prof. Dr. H. Staudinger
(Paderborn)
Geschichte als Anthropologie

05.11.75 Prof. Dr. F. Benseler
(Paderborn)
Die Funktion von Geschichte
für die Wissenschaft von der
Gesellschaft

12.11.75 Prof. Dr. N. Luhmann
(Bielefeld)
Evolution und Geschichte

26.11.75 Prof. Dr. D. Schellong
(Paderborn)
Traditionsbewahrung und Traditionskritik in der Theologie

03.12.75 Prof. Dr. F. Buttler
(Paderborn)
Zur Funktion der Geschichte in
der wirtschaftswissenschaftlichen
Theoriebildung

10.12.75 Prof. Dr. R. Koselleck
(Bielefeld)
Wozu noch Geschichtswissenschaft?

17.12.75 Prof. Dr. H. Stachowiak
(Paderborn)
Über Geschichtsmodelle. Ein modelltheoretischer Beitrag zur
Struktur- und Funktionsanalyse
geschichtswissenschaftlicher
Erkenntnisgebilde

14.01.76 Prof. Dr. Hermann Lübke
(Zürich)
Geschichte und Identität

21.01.76 Prof. Dr. G. Michels
(Paderborn)
Strukturalismus und Literaturgeschichte

28.01.76 Prof. Dr. A. Schmidt
(Frankfurt)
Geschichte und Struktur. Fragen
einer marxistischen Historik

04.02.76 Prof. Dr. W. Oelmüller
(Paderborn)
Von der Notwendigkeit und Schwierigkeit,
Handlungswissenschaften in der
Geschichte zu begründen

11.02.76 Prof. Dr. J. Rüsen
(Bochum)
Strukturwandel der Geschichtswissenschaft
und die Aufgabe der Historie.

SPENDENAKTION

Am 20. Juni 1975 überreichten
Ludwig Wilsmann und Josef Schnietz
dem Ersten Vorsitzenden des Vereins
für Geistig Behinderte e.V.
in Schloß Neuhaus, Herrn Schmidt,
eine Spende in Höhe von 624,50 DM.
Das Geld, das auf dem alljährlichen
Betriebsfest der GH Paderborn
eingenommen worden ist, soll
dem Sonderkindergarten in Schloß
Neuhaus zufließen.

SYMPOSION

In der Zeit vom 25. bis 30. Mai

1975 fand in der Bayerischen Akademie der Schönen Künste in München das Thomas Mann - Symposium "Werk und Wirkung" zum 100. Geburtstag des Dichters statt. Vor einem Teilnehmerkreis von 35 Forschern aus 12 Ländern hielt am 26. Mai Prof. Dr. Hartmut Stei-
necke, Fachbereich 3 - Sprach- und Literaturwissenschaften - einen Vortrag über das Thema: "Thomas Manns Verhältnis zum Roman". Weitere Referenten waren u.a. Gottfried Bermann Fischer, Claude David, Erich Heller, Helmut Koopmann, Victor Lange, Michael Mann, Peter de Mendelssohn, Dolf Sternberger und Benno von Wiese.

Beide Referenten gaben in ihren Vorträgen einen Einblick in den Forschungsschwerpunkt "Elektrische Kleinantriebe", an dem der Fachbereich 15 arbeitet.

In der Zeit vom 14.-17. Juni 1975 fand im Fachbereich 17 - Mathematik/Informatik eine Arbeitstagung statt zum Thema: "Primitive Ideale in Einhüllenden halbeinfacher Lie-Algebren", an der bedeutende Wissenschaftler verschiedener Hochschulen des Bundesgebietes teilnahmen.

TAGUNGEN

Der Fachausschuß "Elektrische Maschinen und Antriebe" der Energietechnischen Gesellschaft im Verband Deutscher Elektrotechniker veranstaltete am 22. und 23. April 1975 eine Fachtagung "Elektrische Klein- und Kleinstmotoren" in Hannover. Zweck der Tagung war der Gedankenaustausch zwischen den Herstellern, den Anwendern und den Hochschulen. Die Gesamthochschule Paderborn war auf dieser Tagung vertreten mit zwei Vorträgen:

"Probleme bürstenloser Gleichstrommotoren mit einsträngiger Ständerwicklung"
Prof. Dr. Ing. M. Moczala, FHL, FB 15, Meschede, und

"Theoretische Untersuchung des Betriebsverhaltens von bürstenlosen Gleichstrommotoren mit einsträngiger Ständerwicklung"
Prof. Dr. Ing. J. Draeger, FHL, FB 15, Meschede.

Prof. Dr. Antonius Kettrup, Fachbereich 6 - Naturwissenschaften - hat eine Einladung erhalten, anläßlich der diesjährigen "Europäischen Tagung über Analytische Chemie", die in der Zeit vom 25. bis 30. August 1975 in Budapest stattfindet, einen Vortrag über Strukturuntersuchungen an Metallchelaten zu halten. Sein Thema wird sein: "Determining of structure and stability of metal chelates by correlation of results of various analytical methods". Gleichzeitig wird Prof. Kettrup bei dieser Tagung als Chairman einer Sektion tätig sein.

ZVS-FÄCHER

Nach der ZVS-Info für das WS 75/76 werden von der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) in Dortmund zum Wintersemester die Studienplätze für Stu-

dienanfänger an den Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen in den nachstehenden Studiengängen vergeben:

1. Im bundesweiten Vergabeverfahren:

Architektur+
 Bauingenieurwesen+
 Betriebswirtschaft x
 Biochemie
 Biologie +
 Chemie +
 Datentechnik
 Elektrotechnik +
 Geographie + x
 Haushalts- und Ernährungswissenschaft +
 Informatik + x
 Lebensmittelchemie
 Mathematik + x
 Medizin
 Ökonomie (Wirtschaftswissenschaften) + x
 Pädagogik + x
 Pharmazie
 Physik + x
 Psychologie +
 Rechtswissenschaft + x
 Tiermedizin
 Volkswirtschaft x
 Wirtschaftspädagogik x
 Zahnmedizin

2. In einem gemeinsamen Vergabeverfahren der Länder Baden-Württemberg, Berlin, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen:

Agrarwissenschaft x
 Anglistik +
 Chemietechnik + x
 Germanistik + x
 Geschichte + x
 Maschinenbau (einschließlich Fertigungstechnik) + x
 Politologie + x
 Romanistik + x
 Soziologie/Sozialwissenschaften+x
 Sozialwesen
 Sport +
 Vermessungswesen + x
 Wirtschaftsingenieurwesen
 Mathematik (Fernstudium) + x
 Wirtschaftswissenschaft (Fernstudium) + x
 sowie
 Kombinationen mit Studiengängen

oder Studienfächern, die unter 1. und 2. mit einem + versehen sind oder ihnen entsprechen, für das

Lehramt für die Primarstufe
 Lehramt für die Sekundarstufe I
 Lehramt für die Sekundarstufe II
 Lehramt für Sonderpädagogik x.

Die mit x gekennzeichneten Studiengänge werden zum Wintersemester 1975/76 zum erstenmal in das ZVS-Vergabeverfahren aufgenommen. Alle Studiengänge an den Fachhochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen und die entsprechenden Studiengänge an den Gesamthochschulen werden durch die ZVS vergeben. Für alle Studiengänge wurden durch Rechtsverordnungen Höchstzahlen gemäß Artikel 9 des Staatsvertrages festgesetzt. Eine Vergabe der Studienplätze nach Verhältnisanteilen wird nicht mehr erfolgen. Die beiden (unter 1. und 2. bezeichneten) Vergabeverfahren werden in der Weise miteinander verbunden, daß die ZVS nur über einen Zulassungsantrag eines jeden Bewerbers entscheidet. In diesem Zulassungsantrag können mehrere Studiengänge oder Studiengangskombinationen aus beiden Vergabeverfahren benannt werden, wobei die Reihenfolge Aussagen zuläßt über die Fachpräferenzen. Gleichzeitig sollen - erstmalig - sämtliche Studienorte angegeben werden, an denen die gewünschten Studiengänge oder Studiengangskombinationen angeboten werden.

KURZINFORMATIONEN

VERKÜRZUNG DES STUDIENGANGS CHEMIE

Eine Verkürzung und damit Rationalisierung des Studiengangs Chemie will die "experimentelle Arbeitsgruppe" der Westdeutschen Rektorenkonferenz erreichen. Rechnet man

bislang mit einer durchschnittlichen Studiengangsdauer von 16,3 Semestern, soll künftig ein qualifizierter Abschluß für Diplomchemiker und Chemielehrer nach acht bis zehn Semestern erreicht werden.

(dpa)

ÄNDERUNGEN BEI DER AUSBILDUNGSFÖRDERUNG

Spätestens von 1977 an dürfte der Darlehensanteil an der Ausbildungsförderung (BAFÖG) erhöht werden. Entsprechende Überlegungen werden derzeit nicht nur bei den unter Haushaltsschwierigkeiten leidenden Ländern angestellt, sondern auch im Bundesbildungsministerium. Bundesbildungsminister Rohde hält eine Veränderung der Struktur der Ausbildungsförderung zumindest mittelfristig für notwendig. In diesem Jahr müssen Bund und Länder 3,2 Milliarden DM für die Ausbildungsförderung aufwenden, davon der Bund allein 2,08 Milliarden DM. Der Gesamtbetrag für 1976 dürfte bereits bei mindestens 3,5 Milliarden DM liegen. Nach der bisherigen mittelfristigen Finanzplanung würden sich die Aufwendungen für die Ausbildungsförderung nur des Bundes im Jahre 1978 bereits der Drei-Milliarden-Grenze nähern. Nun stellt das Bundesbildungsministerium Überlegungen an, wie diese Ausgabenflut einzudämmen sei. Als Möglichkeiten zeichnen sich eine Begrenzung des geförderten Kreises ab oder aber .. und dieser Alternative scheint man in Bonn näher zu stehen - eine Erhöhung des Darlehensanteils.

Zur Zeit werden beim Höchstförderungssatz von 500,-- DM 80,-- DM

als Darlehen gewährt, das nach Studienabschluß zurückgezahlt werden muß.

(dpa)

NEUER DACHVERBAND DER STUDENTEN

Am 10. Mai 1975 wurde der neue Dachverband "Vereinigte Deutsche Studentenschaften e.V." für die rund 200 allgemeinen Studentenschaften in der Bundesrepublik und Westberlin in Gießen gegründet. Nach monatelanger Diskussion und einer im März gescheiterten Gründungskonferenz in Düsseldorf gelang es den Studentenschaften nun, die kurz vor der Auflösung stehenden bisherigen Dachverbände VDS (Verband Deutscher Studentenschaften) und SVI (Verband der Studentenschaften an Fachhochschulen und höheren Fachschulen), die zusammen die rund 800.000 deutschen Studenten repräsentieren, durch ein einheitliches Gremium zu ersetzen. In den fünfköpfigen Vorstand der "Vereinigten Deutschen Studentenschaften e.V.", wurden der Geschäftsführer der jungsozialistischen Hochschulgruppen, Rudolf Hartung (Köln), und der Geschäftsführer des MSB/Spartakus, Uwe Knickrehm (Hamburg), sowie Armin Meyer (Bremen) vom Sozialistischen Hochschulbund (SHB), Uwe Spohra (Siegen) vom Liberalen Hochschulverband (LHV) und Ali Piffl (München) von den sozialistischen Basisgruppen gewählt.

(dpa)

GESETZ ÜBER KRANKENVERSICHERUNG FÜR STUDENTEN VERABSCHIEDET

Am 22. Mai 1975 verabschiedete der Bundestag mit den Stimmen von Koalition und Opposition den von SPD und FDP vorgelegten Entwurf für ein "Gesetz über die Krankenversicherung der Studenten".

Nach diesem Gesetz werden alle Studenten und Praktikanten in der gesetzlichen Krankenversicherung pflichtversichert. Die bisherige studentische Krankenversorgung erlischt damit. Ausgenommen von dem neuen Gesetz, das bereits zum Wintersemester 1975/76 in Kraft treten soll, sind alle Studierenden, die Anspruch auf Familienhilfe haben oder über einen ausreichenden Krankenschutz bei einer Privatversicherung verfügen.

Zum Versicherungsbeitrag zahlt der Bund einen Zuschuß, der sich zunächst auf 15,-- DM monatlich beläuft. Der Beitrag der Studenten wird auf fünf Prozent des Höchstbedarfsatzes des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAFöG) begrenzt. Nach dem derzeitigen Stand ergibt sich damit ein monatlicher Beitrag von 25,-- DM. Studierende, die nach BAFöG gefördert werden, erhalten einen weiteren Zuschuß in Höhe von 10,-- DM, den Bund und Länder gemeinsam tragen, so daß diese Studenten einen Monatsbeitrag von 15,-- DM zu zahlen haben.

(dpa)

dienplätze ausgebaut werden. Diese Ausbauplanungen um 170.000 neue Studienplätze haben die Bundesländer dem Wissenschaftsrat für dessen Empfehlungen zum fünften Rahmenplan für den Hochschulbau mitgeteilt. Für die Zeit nach 1979 ist die Schaffung von weiteren 50.000 Studienplätzen vorgesehen. (AP/dpa)

AUSGABEN FÜR STUDENTENFÖRDERUNG

Die Ausgaben der Länder für die Förderung der Studenten und der Einrichtungen für Studenten übertraten im Jahr 1974 zum ersten Mal die Milliardengrenze. Dies ergab eine Umfrage des Sekretariats der Kultusministerkonferenz der Länder. In den Haushalten der Länder wurden 1974 für die Studentenförderung insgesamt 1.109,9 Mill. DM in Ansatz gebracht. (Im Vergleich dazu: Ausgaben 1972 = 794,6 Mill. DM und 1973 = 872,1 Mill. DM). Für die direkte Förderung der Studenten wurden 1974 in den Länderhaushalten zusammen 597,6 Mill. DM veranschlagt, davon 566,4 für Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFöG), 31,1 Mill. DM für andere Leistungen. Für die indirekte Förderung wurden 512,3 Mill. DM eingesetzt, davon 456,8 Mill. DM für Studentenwerke, Studentenwohnheime und Mensen, sowie 36,2 Mill. DM für Kindertagesstätten und sonstige soziale Einrichtungen für Studenten. (Entnommen aus "Informationen MWF" Nr. 13, Düsseldorf, Februar 1975).

170.000 NEUE STUDIENPLÄTZE BIS 1979

Die Hochschulen der Bundesrepublik sollen bis 1979 von jetzt 650.000 auf rund 820.000 Stu-

DAAD- BROSCHÜRE ERSCHIENEN

Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) hat jetzt die diesjährige Ausgabe seiner Broschüre "DAAD Stipendien 1976/77" mit hoher Auflage veröffentlicht. Die Schrift gibt auf rund 150 Seiten einen Überblick über die Auslandsstipendien des DAAD und anderer deutscher und ausländischer Institutionen, die einen Auslandsaufenthalt für Studenten und jüngere Wissenschaftler vermitteln. Sie informiert über alle notwendigen Details zu Fragen der Bewerbungsvoraussetzungen, der Stipendienleistungen, des Vorgangs, sowie des Orts und des Termins der Bewerbung. Die Broschüre steht nach Angaben des DAAD ab sofort bei den Akademischen Auslandsämtern, bzw. den Sekretariaten der Hochschulen kostenlos zur Verfügung.

LETZTE MELDUNGSPARERLASS AUFGEHOBEN

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat den Sparerlaß vom 3.6.75 durch einen neuen Erlaß vom 1.7.75 zugunsten globaler Sparmaßnahmen aufgehoben. Nachdem nach der alten Regelung pauschal jede zweite freie oder freiwerdende Stelle unbesetzt bleiben sollte und bei den einzelnen Haushaltstiteln eine Sperre in Höhe von 45 % verfügt worden war, läßt der neue Erlaß den Hochschulen we-

sentlich mehr Spielraum.

Das Wissenschaftsministerium muß bei seinen Haushaltsmitteln, die sich auf 4,5 Milliarden DM belaufen, für dieses Jahr insgesamt 76 Mill. DM - das sind 1,68 Prozent - einsparen. Davon will das Ministerium 24 Mill. DM aus Zentralmitteln abdecken. Der restliche Betrag von 52 Mill. DM muß von den Hochschulen des Landes eingespart werden. Im Personalbereich wird jeder Hochschule die Zahl der von ihr zu sperrenden Personalstellen vorgeschrieben.

Innerhalb der Vorgaben können die Hochschulen dann selbst entscheiden, wo sie Kürzungen vornehmen, um die erforderlichen Haushaltsmittel und Personalstellen einzusparen.



streiflicht 4/1975

gesamt-hochschule paderborn presse-
assess-
referat

INHALT

	Seite
Bibliothek	1
Hochschulbau	4
Nachrichten und Berichte	4
aus den Fachbereichen	4
aus dem Personalrat	7
aus dem Senat	7
aus dem Studentenwerk	7
aus der Verwaltung	9
Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt	10
Personalien	10
Prognosen zum Lehrerbedarf	14
Studentisches	16
Veranstaltungen	18
Exkursion	18
Ferienkurs	19
Kolloquium	19
Kongreß	20
Seminar	20
Symposion	20
Tagungen	21
Kurzinformationen	22

BIBLIOTHEK

Einen Überblick über den Aufbau und die Arbeit der Gesamthochschulbibliothek Paderborn gibt nachfolgend Bibliotheksdirektor Klaus Barckow:

"Jede Hochschule ist so gut wie ihr Bibliothekssystem!" Dieser Satz stammt nicht aus der Feder eines standesbewußten Bibliothekars und in seiner Allgemeingültigkeit mag er zumindest angezweifelt werden. Aber er weist doch auf die Wichtigkeit der zentralen Einrichtung "Bibliothek" hin, einer Einrichtung, deren Aufgabe es ist, die Hochschulangehörigen mit den als Druckschriften vorliegenden Informationen für Forschung, Lehre und Studium zu versorgen. Trotz ihrer Bedeutung erweckt die Bibliothek häufig erst dann größeres Interesse, wenn sie ihren Funktionen scheinbar nicht nachkommt, sei es, daß die gewünschte Information nicht sofort oder in kürzester Zeit bereitsteht, sei es, daß der Benutzer es als Hemmnis empfindet, wenn er über entliehene Literatur nicht unbeschränkt wie über persönliches Eigentum verfügen kann.

Der ideale Zustand, daß die Bibliothek -ohne in ihrer Existenz bewußt wahrgenommen zu werden - ihre Aufgaben zur Zufriedenheit aller erfüllt, ist in Paderborn noch nicht erreicht und ist mit Sicherheit auch nie vollständig zu erreichen. Klagen über die Dauer der Buchbeschaffung sind zum Teil berechtigt; jedoch sollten einige Fakten nicht übersehen werden: Die zentrale Buchbeschaffungsstelle ist bis zum Bezug des Neubaus 1976 sehr provisorisch

und beengt untergebracht. Noch immer herrscht ein empfindlicher Mangel an Fachpersonal. Auch hat der Computer der ADV-Zentrale in Köln, über den die Katalogisierung der Gesamthochschulbibliothek abläuft, sich als äußerst störanfällig erwiesen. Eine Besserung ist mit Bezug des Neubaus 1976 und der Installation eines neuen Computers in der ADV-Zentrale in Köln zu erwarten. Nicht übersehen werden sollte bei Klagen, daß auch die Beschaffung von Büchern ein Geschäft ist, das verwaltungsrechtlichen Vorschriften unterliegt, und daß jeder Beschaffungsvorgang eine gewisse Mindestzeit erfordert. Ferner läßt es sich ökonomisch nicht vertreten, so viele Exemplare eines Buches anzuschaffen, daß jedem Bedarf sofort entsprochen werden kann. Wartezeiten und Engpässe in der Nutzung sind daher nicht immer zu vermeiden. Anschließend sei die Gesamthochschulbibliothek in ihrem Aufbau kurz vorgestellt. Sie gliedert sich in eine Bibliothekszentrale und 7 Fach- bzw. Abteilungsbibliotheken.

Die Bibliothekszentrale beschafft sämtliche Literatur im Hochschulbereich, bearbeitet sie bibliotheksfachlich und stellt Nachweise über diese Bücher in verschiedenen Katalogen bereit. Letzteres geschieht in Verbindung mit der oben erwähnten ADV-Zentrale, dem "Hochschulbibliothekszentrum" in Köln, mittels Ausnutzung von Fremdleistung. Ausnutzung von Fremdleistung bedeutet: Das Hochschulbibliothekszentrum verfügt über eine umfangreiche (ca. 1,5 Millionen Titel), ständig sich erweiternde Sammlung von Katalogaufnahmen in computerles-

barer Form. Bei jedem Buch, welches die Gesamthochschulbibliothek Paderborn beschafft, wird geprüft, ob bereits eine Katalogaufnahme in der Sammlung des Hochschulbibliothekszentrums vorhanden ist. Im positiven Falle genügt eine Art "elektronischen Anstreichens", um diese Aufnahme in den Katalog der Paderborner Bibliothek zu überführen. Zugleich werden als Nebenprodukte automatisch Unterlagen für Inventarisierung und Rechnungsabwicklung erstellt. Im negativen Fall muß von der Gesamthochschulbibliothek selbst -teilweise unter hohem Zeitaufwand- eine vollständige Titelaufnahme erstellt werden, die dann in die Sammlung der Titelaufnahmen des Hochschulbibliothekszentrums eingespeist wird.

Bei ca. 60 % der von der Gesamthochschulbibliothek erworbenen Literatur kann Fremdleistung genutzt werden. Der hieraus resultierende Rationalisierungseffekt erklärt, weshalb die Gesamthochschulbibliothek bei weitem nicht das Personalvolumen einer "klassischen" Universitätsbibliothek benötigt.

Wer seine Bücher bei seinem Hausbuchhändler zu bestellen gewohnt ist, mag die zentralisierte Buchbeschaffung über eine Bibliothekszentrale, die sich zudem der Hilfe einer weitab gelegenen ADV-Zentrale bedient, als langwierig und schwerfällig empfinden. Der Nachteil muß zugegeben werden, doch fallen schwerer ins Gewicht das Ausmaß der Rationalisierung, der ökonomische Mitteleinsatz und der Aktualitätsgrad der Kataloge, den nur dies Verfahren sicherstellt. Zudem wird in Paderborn an einem System "Eil- und Sofortbestellungen" gear-

beitet, das in Einzelfällen den Geschäftsgang wesentlich verkürzen soll.

Einem möglichen Mißverständnis sei noch vorgebeugt: Auch wenn die Buchbeschaffung bei der Bibliothekszentrale zentralisiert ist, so bedeutet dies keineswegs, daß der örtliche Buchhandel -etwa zugunsten einer zentralen Lieferstelle- übergangen würde.

Sofort nach der Bearbeitung gelangt die Literatur von der Bibliothekszentrale - je nach Inhalt- an eine der vier Fachbibliotheken in Paderborn oder an die Abteilungsbibliotheken (Höxter, Meschede und Soest). Dort werden die Bücher nicht in Magazinen versteckt, sondern sind in einer sogenannten Freihandaufstellung allen Benutzern zugänglich. Die Aufstellung ist systematisch; Literatur verwandten Inhalts steht beisammen. Der Benutzer findet also schon am Regal die Werke zu einer bestimmten Thematik nebeneinander und kann, wenn das ursprünglich gewünschte Buch zur Zeit verliehen ist, ohne weiteres auf benachbarte Titel ausweichen.

In der Bibliothekszentrale selbst sollen größere Literaturbestände - Nachschlage- und Informationswerke, Bibliographien, allgemeine und fachübergreifende Literatur- erst mit Bezug des Neubaus aufgestellt werden. Zugleich kann dann die jetzt schon in der Bibliothekszentrale eingerichtete Dienststelle "Fernleihe" wesentlich erweitert werden. Aufgabe dieser Dienststelle ist es, Literatur, die sich am Ort nicht nachweisen läßt, von auswärtigen Bibliotheken zu besorgen.

Im Bibliothekssystem Paderborn sind mit Stand von Anfang 1975 rd. 235 000 Bücher und gebundene Zeitschriftenjahrgänge sowie ca. 2400 laufende Zeitschriften verfügbar. Diese Bestände sind zum größten Teil in den Jahren 1973 und 1974 beschafft worden, einer Zeit, in der das Studium an der Gesamthochschule bereits angelaufen war. Etwa 4000 Hochschulangehörige mußten also laufend bibliothekarisch betreut werden, ohne daß darüber der Aufbau des Buchbestandes zu kurz kommen durfte. Diese Aufbauleistungen konnten nur erreicht werden durch den engagierten Einsatz der Mitarbeiter in der Bibliothek, die nach oft mehr als 8 Stunden Dienst in der Bibliothek zusätzlich ihre Freizeit opferten, um in bibliotheksinternen Fortbildungskursen ihren Wissensstand zu erweitern. Aller Einsatz hätte jedoch nicht zu den vorhandenen Ergebnissen geführt, wenn nicht außerdem in der Bibliothek eine moderne Technik der Datenerfas-

sung und Datenverarbeitung eingeführt worden wäre, wenn nicht die Hochschullehrer weit über alles Erwarteten am Aufbau mitgearbeitet hätten und wenn nicht auch die Hochschulverwaltung in Fragen der Organisation und der allgemeinen Verwaltung ihre tatkräftige Unterstützung gewährt hätte.

Leistungen dokumentieren sich in Zahlen, und so dürfen abschließend einige Betriebszahlen des Jahres 1974 mitgeteilt werden. Diese Zahlen sind in Vergleich gesetzt zu den entsprechenden Angaben für die Universitätsbibliotheken Bremen und Bielefeld, beides Bibliotheken, die sich bei Buchbeschaffung und Katalogisierung auf ADV stützen, beides Bibliotheken an Universitäten, die 1974 kurz vor Bezug eines Neubaus standen.

Literaturbeschaffungsmittel	Paderborn	Bielefeld	Bremen
1974 in DM	2.600.000,--	5.300.000,--	3.200.000,--
beschaffte Literatur 1974 in Bänden	65.000	107.000	60.000
Personal 1974 (Stellen)	57	171	241
Ausleihzahlen 1974 in Bänden	68.000	23.000	58.000

HOCHSCHULBAUTVZ ÜBERGEBEN

Am 1. August 1975 - genau drei Jahre nach Gründung der GH Paderborn - wurde als erstes Gebäude der Baustufe 1975 die Technische Versorgungs-Zentrale (TVZ) der Hochschule übergeben.

Die TVZ, die in der Rekordzeit von 10 Monaten errichtet worden ist, soll die haustechnische Betreuung für den gesamten Hochschulkomplex zwischen Pohlweg und Warburger Straße übernehmen.

In der TVZ werden eine mechanische Werkstatt, eine Elektrowerkstatt, eine Holzverarbeitungswerkstatt, eine Werkstatt für Feinmechanik und Kunststoffverarbeitung eingerichtet. Daneben ist ein umfangreiches Ersatzteillager angegliedert.

Die Kosten für das Bauwerk, das über eine Hauptnutzfläche von insgesamt 1.400 qm (Bruttogesamtfläche 2.000 qm) verfügt, belaufen sich auf 1,8 Millionen DM. Für Maschinen und anderes Inventar werden nochmals 544.000 DM aufzubringen sein.

Künftig werden in der TVZ 3 Ingenieure, 3 Handwerksmeister und ca. 20 Betriebshandwerker beschäftigt sein.

NACHRICHTEN UND BERICHTEAUS DEN FACHBEREICHEN

In der Reihe "Die Fachbereiche stellen sich vor" wird ein Arbeitsbericht des Fachbereichs 17 - Mathematik/Informatik - veröffentlicht:

Zu Beginn dieses Berichtes über den derzeitigen Ausbaustand, über Aufgaben und Zielsetzungen in Gegenwart und naher Zukunft, über Schwierigkeiten bei der Realisierung einiger der dem Gesamthochschulkonzept zugrunde liegenden Ideen und über Wünsche des Fachbereichs Mathematik - Informatik an die fernere Zukunft seien zunächst - wie von einem Mathematiker nicht anders zu erwarten - einige Zahlen genannt:

Im Fachbereich sind z. Zt. 17 Hochschullehrer und 18 wiss. Mitarbeiter tätig; dazu kommen noch 18 nichtwiss. und technische Mitarbeiter. Im Sommersemester 1975 waren 427 Studenten eingeschrieben. Der Fachbereich bietet folgende Studiengänge an:

Integrierter Studiengang Mathematik

Lehramtsstudiengänge für Primarstufe, Sekundarstufe I u. Sekundarstufe II sowie für das Lehramt an berufsbildenden Schulen (Mathematik)

Lehramtsstudiengang Sekundarstufe II u. Lehramt an berufsbildenden Schulen (Informatik, nur Zweitfach)

Fachhochschulstudiengang Ingenieurinformatik.

Es besteht die Möglichkeit, im Fach Mathematik zu promovieren. Zum Fachbereich gehören das Labor für Prozeßrechensysteme unter der Leitung von Herrn Kevekordes und das Rechenzentrum unter der Leitung von Herrn Becker.

Die Aufgaben in der Lehre erstrecken sich zunächst auf die o.g. Studiengänge; daneben obliegt dem Fachbereich die Sorge für die mathematische Ausbildung der Studenten in den integrierten Studiengängen Physik, Chemie, Maschinenbau und Elektrotechnik.

Im integrierten Studiengang Mathematik sind bekanntlich Abschlüsse nach dem 6. und nach dem 8. Semester möglich. (Hauptstudium I bzw. II.) Große Besorgnis bereitet dem Fachbereich die Tatsache, daß ein Abschluß nach dem Hauptstudium I von den Studenten kaum angestrebt wird. Ein Grund hierfür mag wohl die Tatsache sein, daß die Berufschancen nach einer solchen Ausbildung doch noch recht ungewiß erscheinen. Der Fachbereich glaubt, eine größere Attraktivität dieses Abschlusses dadurch zu erreichen, daß für das Hauptstudium I künftig zwei Studienrichtungen angeboten werden, nämlich Angewandte Mathematik und Informatik. Außerdem soll in Zusammenarbeit mit den anderen Gesamthochschulen in NRW und der Industrie versucht werden, Berufsfelder für Absolventen dieses Abschlusses abzugrenzen. Es bleibt abzuwarten, welcher Erfolg diesen Bestrebungen beschieden sein wird, und wie dieser Studienzweig dann von den Studenten angenommen werden wird.

Der integrierte Studiengang Mathematik an den Gesamthochschulen soll sich auch im Hauptstudium II gegenüber klassischen Hochschulen durch stärkeren Praxisbezug auszeichnen, ohne jedoch Abstriche an seinem wissenschaftlichen Gehalt erleiden zu müssen.

Die in unserem Fachbereich angebotenen Lehramtsstudiengänge weisen neben der fachwissenschaftlichen ganz im Sinne des neuen Lehrerausbildungsgesetzes auch eine stark ausgeprägte fachdidaktische Komponente auf.

Die Institutionalisierung und Operationalisierung der Zusammenarbeit mit der FEoLL GmbH im pädagogisch-didaktischen und bildungsinformatischen Bereich konnte in der Aufbauphase noch nicht sehr vertieft werden. Dies möge kommenden Semestern vorbehalten bleiben.

Dankbar erkennen wir die Bereitschaft der Mitglieder des FEoLLs, nicht nur der von unseren FB für das FEoLL beurlaubten an, Lehrveranstaltungen in unserem FB abzuhalten.

Im Rahmen des Fachhochschulstudienganges Ingenieurinformatik werden drei Schwerpunkte angeboten, nämlich:

1. Numerische Mathematik
2. Software
3. Prozeßautomatisierung.

Für eine aktuelle Ausbildung auf dem Prozeßsektor findet der Student ein gut bestücktes Labor für Prozeßrechnersysteme vor. Es ist mit modernsten elektronischen Geräten ausgestattet, das den Anschluß eines Prozesses an einen Rechner zu Automationszwecken ermöglicht. Trotz intensiver Bemühungen des FB gelang es bisher nicht, Mittel für die Erweiterung des Prozeßrechners zu erhalten.

Für die praktische Unterstützung aller Lehrveranstaltungen, die der Ausbildung in den Grundlagen der Datenverarbeitung und

in den Programmiersprachen Assembler, FORTRAN, BASIC und ALGOL dienen, ist das Rechenzentrum unseres FB zuständig. Es dient weiter der computermäßigen Unterstützung und Durchführung derjenigen in den einzelnen FB auftretenden, nicht prozeßgebundenen Aufgaben aus Lehre und Forschung, deren Lösung die Verwendung einer Rechanlage erfordert -sofern der Umfang des Problems hinsichtlich Speicher - und Rechnerzeitbedarf nicht den Einsatz eines erheblich größeren Rechners erfordert.

In diesem Zusammenhang sei einer der zu Anfang genannten Wünsche ausgesprochen: ein leistungsfähiges Großrechenzentrum ist für die Gesamthochschule Paderborn unerläßlich.

Zum Abschluß ein Wort zum Bereich der Forschung: Forschungsergebnisse im Bereich der Mathematik können einem Laien nur sehr schwer dargestellt werden. Jedoch möge hier in exemplarischer Weise einiges zu den Forschungsvorhaben der Angewandten Mathematik gesagt werden.

Die enorme Leistungsfähigkeit, die die Angewandte Mathematik während der letzten Jahrzehnte hat, beruht einmal auf Neuentwicklungen in der Theorie, die zu sachgemäßen Modellen für eine Reihe von Grundproblemen der Natur- und Wirtschaftswissenschaften geführt haben, und dann natürlich auf der in fruchtbarer Wechselwirkung mit den theoretischen Fortschritten entwickelten Computertechnik.

Schwerpunkt der Paderborner Mathematik bildet die qualitative Untersuchung und numerische Lösung der Grundgleichungen der Plasmaphysik und Strömungslehre. Dieses Arbeitsziel berührt sich mit praktisch wichtigen Aufgaben. Zum Beispiel ist die Anfangswertaufgabe der Vlasovschen Gleichung der Plasmaphysik das mathematische Modell der technisch bisher ungelösten, für das Zustande-

kommen einer Kernfusion und damit für künftige Energiegewinnung grundlegenden Aufgabe, ein Plasma eine zeitlang in einem gegebenem Raumgebiet einzuschließen. Die Entwicklung praktikabler Rechenverfahren und genauer Fehlerabschätzungen für dreidimensionale Strömungen stellt schließlich ein Grundproblem dar für die Meteorologie und für die Vorhersage der Ausbreitung von Schadstoffen in Luft und Wasser. Im Bereich der Mathematik bestehen Schwerpunkte auf den Gebieten Analysis und Algebra.

Die Zusammenarbeit mit Hochschullehrern anderer Fachbereiche ist zwar nicht institutionalisiert worden - das halten wir auch von der Sache her nicht für recht praktikabel - und leidet noch unter den vielfältigen Aufbauaufgaben, doch verweise ich in diesem Zusammenhang auf das gerade stattfindende Ferienseminar in Angewandter Mathematik, das sich großen Zuspruchs vor allem der Physiker erfreut.

Zum Abschluß sei auf das Forschungsprojekt unseres FB, nämlich "Analyse von Modellsystemen in Naturwissenschaft, Technik, Ökonomie u. Pädagogik" hingewiesen, in dem der Heterogenität der Disziplinen Einhalt geboten werden soll.

AUS DEM PERSONALRATNEUWAHL DES PERSONALRATES

Am 24./25. Juni 1975 wurde der Personalrat neu gewählt. Er besteht aus neun Mitgliedern, davon zwei Beamte, fünf Angestellte und zwei Arbeiter.

In der ersten Sitzung des neuen Personalrates am 8. Juli 1975 wurde Heinz Schall zum Vorsitzenden gewählt.

AUS DEM SENAT

Der Gründungssenat wählte am 16. Juli 1975 auf seiner 73. Sitzung den Beirat für das Audiovisuelle Medienzentrum.

Es setzt sich zusammen:
aus der Gruppe der Hochschul-
lehrer:

Prof. Dr. Johannes Franz, FB 2
Prof. Wilhelm Brockhaus, FB 3
Prof. Hans vom Ende, FHL, FB 6
Prof. Hans Walter Wichert,
FHL, FB 14

aus der Gruppe der Wissen-
schaftlichen Mitarbeiter:

Dr. Norbert Schier, FB 2
Dr. Helmut Wittekind, FB 5
aus der Gruppe der Studenten:
Ulrich Gottschalk, FB 3

Am 17. September 1975 trat der Gründungssenat zu seiner 75. Sitzung zusammen. An den Beratungen des Tagesordnungspunktes "Integrierte Lehre und Prüfungen" nahm der Leitende Ministerialrat Dr. Küchenhoff vom Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen teil.

Nach Beendigung ihrer Beratungen fuhren die Senatsmitglieder nach Detmold, wo sie im Westfälischen Freilichtmuseum die Denkmäler Westfälischer Bauernkultur besichtigten. Der Abend endete mit einem gemeinsamen Abendessen in der "Alten Mühle".

AUS DEM STUDENTENWERKStudentenwerk für Zivildienst
anerkannt

Das Bundesamt für den Zivildienst hat jetzt das Studentenwerk Paderborn als Stelle, bei der der Zivildienst geleistet werden kann, anerkannt. Es ist damit möglich, daß Zivildienstleistende beim Studentenwerk Paderborn ihren Dienst leisten. Das Studentenwerk kann bis zu vier Zivildienstleistende aufnehmen. Insbesondere werden Zivildienstler gesucht, die von ihrer bisherigen Tätigkeit oder Vorbildung her ohne größere Schwierigkeiten in den Arbeitsbereichen des Studentenwerks eingesetzt werden können: Allgemeine Verwaltung, Förderung, Mensabetriebe, Wohnheimverwaltung.

Nähere Auskünfte können eingeholt werden beim Geschäftsführer des Studentenwerks, 479 Paderborn, Greiteler Gärten 2.

Zimmervermittlung für Studenten

Das Studentenwerk Paderborn unterhält ab sofort eine Zimmer- und Wohnungsvermittlungsstelle für Studenten. Diese Stelle steht den Studenten der Gesamthochschule Paderborn kostenfrei zur Verfügung.

Die Zimmervermittlungsstelle des Studentenwerks ist im Verwaltungsgebäude des Studentenwerks in 479 Paderborn, Greiteler Gärten 2 (Querstraße zum Greiteler Weg), Erdgeschoß Zimmer 10, untergebracht. Die Zimmervermittlungsstelle ist montags - freitags in der Zeit von 9.00 bis 11.00 Uhr sowie von 14.00 bis 15.00 Uhr geöffnet. Außerhalb dieser Zeiten sind Besuche der Zimmervermittlungsstelle leider nicht möglich. Adressen von freien Zimmern können nur bei persönlicher Vorsprache, d. h. nicht auf telefonische oder schriftliche Anfrage abgegeben werden.

Vermieter können Angebote an die Zimmerverwaltung schriftlich, persönlich oder telefonisch unter der Rufnummer (05251) 5 72 71/2 in der Zeit von 8.00 bis 16.00 Uhr hereingeben. Um eine reibungslose Bearbeitung zu garantieren, ist es notwendig, daß die Vermieter der Zimmervermittlungsstelle umgehend mitteilen, wenn ein Wohnangebot vermietet ist. Die Zimmer- bzw. Wohnungsvermittlung ist für den Vermieter kostenfrei.

Öffentlich geförderte Studentenzimmer und -wohnungen

In Paderborn gibt es eine ganze Reihe von öffentlich geförderten Studentenzimmern und -wohnungen bei privaten Eigentümern. Diese Zimmer werden in der Regel

preisgünstig angeboten, meist befinden sich mehrere Zimmer in einem Haus. Z. T. werden auch Leerzimmer bzw. Leerappartements angeboten.

Nähere Auskünfte erteilt die Zimmervermittlung des Studentenwerks, 479 Paderborn, Greiteler Gärten 2, Mo - Fr 9.00 - 11.00 Uhr und 14.00 - 15.00 Uhr.

Mensaessen am Pohlweg "amtlich untersucht und für gut befunden"

Auf Wunsch des Studentenwerks wurden in der Zeit von Ende Mai bis Anfang Juni mehrere Essen in der Mensa Pohlweg vom Chemischen Untersuchungsamt des Kreises Paderborn auf ihren Nährwert hin untersucht. Das Ergebnis wurde jetzt der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Das Untersuchungsamt hat festgestellt, daß die untersuchten Essen von ihrem Nährwert her durchaus zufriedenstellend waren. Der Kaloriengehalt entsprach den Anforderungen der Ernährungsphysiologen. Das Untersuchungsamt hat allerdings angeregt, in Zukunft die Essenzusammensetzung so zu variieren, daß der Fettanteil sich verringert und statt dessen der Kohlehydratanteil steigt. In geschmacklicher Hinsicht haben die Lebensmittelchemiker des Untersuchungsamtes den Speisen vom Pohlweg gleichfalls ein gutes Zeugnis ausgestellt. Seitens des Studentenwerks ist beabsichtigt, in Kürze eine Blitzumfrage unter den Mensabesuchern durchzuführen, um festzustellen, wie die Essensteilnehmer selbst das angebotene Essen beurteilen.

AUS DER VERWALTUNG

AMTLICHE MITTEILUNGEN

Folgende Ausgaben der "Amtlichen Mitteilungen" der Gesamthochschule Paderborn sind erschienen:

Nr. 10/1975

Ordnung für die Brückenkurse im Rahmen des integrierten Grundstudiums der Wirtschaftswissenschaften
vom 16.6.1975

Nr. 11/1975

Ordnung für die Brückenkurse im Rahmen des integrierten Grundstudiums der Studiengänge Physik, Chemie, Maschinenbau, Elektrotechnik und Mathematik
vom 16.6.1975

Nr. 12/1975

Vorläufige Studienordnung für das integrierte Studium der Wirtschaftswissenschaften
vom 14.7.1975

Nr. 13/1975

Vorläufige Promotionsordnung des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaft - Rechtswissenschaft
vom 22.7.1975

Nr. 14/1975

Vorläufige Studienordnung des Studienfaches Geschichte an der Gesamthochschule Paderborn für das Lehramt an allgemeinbildenden Schulen (Primarstufe, Sekundarstufe I) gemäß Lehrerausbildungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen vom 16.10.1974
vom 23.7.1975

Nr. 15/1975

Vorläufige Praktikantenordnung für den integrierten Studiengang Elektrotechnik an der Gesamthochschule Paderborn
vom 7.8.1975

Nr. 16/1975

Satzung der Studentenschaft der Gesamthochschule Paderborn
vom 3.9.1975

Nr. 17/1975

Vorläufige Prüfungsordnung für das integrierte Studium der Wirtschaftswissenschaften
vom 9.9.1975

Nr. 14a/1975

Berichtigung zu Amtliche Mitteilungen Nr. 14
vom 12.9.1975

GHP: MITGLIED DER EUROPÄISCHEN
KONFERENZ UND DER ASSOCIATION
INTERNATIONALE DES UNIVERSITES

Die GH Paderborn ist im Juli in die Europäische Rektorenkonferenz aufgenommen worden.

Der Ständige Ausschuß und die Generalversammlung der CRE ("Conférence Permanente des Recteurs et Vice-Chanceliers des Universités européennes") in Genf hatten auf ihren Sitzungen am 5. und 7. Juni 1975 beschlossen, dem Antrag der GH auf Mitgliedschaft zuzustimmen.

Im September ist die GH Mitglied der "Association Internationale des Universités" (AIU) geworden.

Die AIU, die 1950 gegründet wurde, umfaßte im Januar 1975 593 Universitäten und Hochschulen aus 108 Ländern. Ihren Sitz hat sie im Unesco-Gebäude in Paris.

NEUERSCHEINUNGEN AUF DEM

BÜCHERMARKT

Arnold Arens :

"Zur Tradition und Gestaltung des Cid-Stoffes", Frankfurt 1975 (Athenaion, Studienreihe Humanitas), 437 SS.

Inge Kaufmann:

"Ich und meine Familie beim Fernsehen". Arbeitsmaterialien zur Familienzeichnung. Paderborn 1975 (Verlag Junfermann), brosch.

Inge Kaufmann:

"Mitschüler - Perspektiven", Soziometrische Studie, Paderborn 1975 (Verlag Junfermann), brosch.

Hartmut Steinecke:

"Romantheorie und Romankritik in Deutschland. Die Entwicklung des Gattungsverständnisses von der Scott - Rezeption bis zum programmatischen Realismus", Bd. 1, Stuttgart 1975 (J. B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung), 340 SS.

Hans Walter Wichert/ Fritz Verdenhalven:

"Bürgerbuch der Stadt Driburg von 1681 bis 1877", ergänzt durch Einwohnerverzeichnisse aus dem 16. und 18. Jahrhundert, Paderborn 1975 (Verein für Geschichte und Altertumskunde Westfalen), 200 SS.

Als Band 1 der Reihe "Forschen und Lernen" (herausgegeben von Franz-Josef Kaiser) erschien jetzt:
Kenneth Boulding / Alfred Kuhn/

Lawrence Senesh : "Systemanalyse und ihre Anwendung im Unterricht", Bad Heilbrunn 1975 (Verlag Julius Klinkhardt), 122 S. Mit einer Einleitung in die deutschsprachige Ausgabe und einer Auswahlbibliographie von Franz-Josef Kaiser.

"Die deutsche Hochschule zwischen Numerus clausus und Akademiker - Arbeitslosigkeit: Der doppelte Flaschenhals", herausgegeben von Ulrich Lohmar und Gerhard E. Ortner, Hannover 1975 (Hermann Schroedel-Verlag), 508 SS.
22 Experten beleuchten die pathologische Situation der deutschen Hochschule aus verschiedenen Positionen. Das Vorfeld der Hochschulen, das weiterführende Schulsystem, der Innenbereich der Tertiären Bildung mit seinen Kapazitätsproblemen wird ebenso diskutiert wie der Zivilbereich der Hochschulbildung: das Beschäftigungssystem für höher- und höchstqualifizierte Arbeitnehmer. Theoretiker und Praktiker bieten eine umfassende Diagnose der deutschen Hochschule 1975 und legen alternative Therapie-vorschläge vor.

PERSONALIA

BERUFUNGEN / ERNENNUNGEN

Vom Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen wurden an die GHP berufen:

1. Prof. Dr. Franz-Josef Kaiser (Universität Bremen) auf einen Lehrstuhl für Wirtschaftswissenschaften und Didaktik der Wirtschaftslehre

Kaiser (1935 in Linneperhütte, Krs. Arnsberg geboren) studierte von 1957 - 1959 an der

Pädagogischen Hochschule in Paderborn und von 1964 - 1968 an der Universität Hamburg, wo er 1968 promovierte. Von 1967 bis 1973 lehrte er an der Pädagogischen Hochschule Bremen das Fach Arbeits- und Wirtschaftspädagogik und Didaktik der Arbeitslehre. 1973 wurde er auf einen Lehrstuhl für Erziehungswissenschaften mit dem Schwerpunkt Arbeits- und Wirtschaftspädagogik und Didaktik der Arbeitslehre an der Universität Bremen berufen.

2. Prof. Dr. Wolf von der Osten (Technische Hochschule Darmstadt) auf einen Lehrstuhl für Experimentalphysik.

Von der Osten (1934 in Dresden geboren) studierte von 1954 bis 1959 an der Technischen Hochschule in München das Fach Physik. 1963 promovierte er zum Dr. rer. nat. und arbeitete als Assistent im Physikalischen Institut an der Technischen Hochschule Darmstadt. Im Jahre 1967 habilitierte er sich. Von November 1971 bis Oktober 1972 erhielt er eine Einladung zu einem Forschungs- und Studienaufenthalt an der Cornell University in Ithaca, USA., der durch die Max Kade - Stiftung unterstützt wurde.

3. Prof. Dr. Wolfgang Sucrow (Technische Universität Berlin) auf einen Lehrstuhl für Organische Chemie.

Sucrow (1931 in Berlin geboren) studierte von 1949 bis 1956 an der Technischen Universität in Berlin das Fach Chemie, wo er 1958 promovierte. Von 1959 bis 1960 war er Stipendiat der Dr. Carl - Duisberg-Stiftung am Institut für Organische Chemie an der Universität Athen. Nach seiner Habilitation im Jahre 1966 war Sucrow als Wissen-

schaftlicher Rat und Professor für Organische Chemie an der Technischen Universität Berlin tätig.

Prof. Dr. Werner Faber, FB 2, hat einen Ruf auf einen Lehrstuhl für Allgemeine Pädagogik IV (Schwerpunkt : Systematische und Historische Pädagogik) an der Pädagogischen Hochschule Westfalen-Lippe, Abteilung Münster, abgelehnt.

Vom Minister für Wissenschaft und Forschung wurde ernannt:

Dr. Horst Ziegler (Universität Stuttgart) zum Wissenschaftlichen Rat und Professor für das Fach "Angewandte Physik"

Ziegler (1941 in Enkenbach/Kaiserslautern geboren) studierte von 1960 bis 1967 an der Universität Stuttgart das Fach Physik. Im Jahre 1971 promovierte er zum Dr. rer. nat. und arbeitete als Wissenschaftlicher Assistent am Physikalischen Institut der Universität Stuttgart. Vom Sept. 1971 bis Aug. 1972 war er Stipendiat des DAAD an der Cornell University, Ithaca, USA.

GASTPROFESSOREN

Als Gastprofessoren kommen zum Wintersemester 1975/76 an die Gesamthochschule Paderborn:

1. Prof. Dr. Constance J. Gefvert vom Department of English, Wayne State University, Detroit, Michigan.

Frau Prof. Dr. Gefvert wird während des WS 75/76 und des SS 76 im Fachbereich 3 -Sprach- und Literaturwissenschaften- das Fach Amerikanistik vertreten.

2. Prof. Dr. Helmut Neunzert
von der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule in Aachen.

Prof. Neunzert wird in der Zeit vom 15. Sept. bis 19. Okt. 1975 im Fachbereich 17 - Mathematik/Informatik - unterrichten.

3. Prof. Dr. Karl-Heinz Niclauß von der Universität Bonn

Prof. Niclauß wird in der Zeit vom 1.10.75 bis 30.9.1976 im Fachbereich 1 - Philosophie / Religionswissenschaften / Gesellschaftswissenschaften - das Fach Politische Wissenschaft vertreten.

GEBURTSTAGE

Prof. Dr. Ludwig Maasjost, Fachbereich 1, feierte am 23. Juli 1975 seinen 70. Geburtstag.

Maasjost wurde in Oesterwiehe, Kreis Wiedenbrück, geboren. Nach dem Abitur 1926 studierte er an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Paderborn, ab 1928 an der Universität in Münster, wo er 1933 promovierte. Mit der Begründung der Pädagogischen Hochschule in Paderborn im Jahre 1947 begann seine akademische Lehrtätigkeit in den Fächern Heimatkunde und Didaktik der Erdkunde. Im Sommer 1973 erfolgte seine Emeritierung.

Maasjost hat sich besondere Verdienste um die Erforschung der Landeskunde erworben, wobei er das Schwergewicht auf das Paderborner Land legte. Heute gilt er als der wohl beste Kenner der Geographie des südostwestfälischen Raumes.

TODESFÄLLE

Am 10. Juli 1975 verstarb infolge eines tragischen Unfalls Prof. Hubert Baumann, FHL, Fachbereich 17, kurz vor Vollendung seines 40. Lebensjahres.

Nach mehrjähriger Tätigkeit im Höheren Schuldienst wechselte er zur damaligen Staatlichen Ingenieurschule für Maschinenwesen Paderborn. Er leistete als Mathematiker wertvolle Aufbauarbeit vor allem im Bereich der Datenverarbeitung.

WAHLEN

Prof. Dr. Karl-Heinz Kiyek, Fachbereich 17, ist in den beim mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultätentag bestehenden Beirat für das Fach Mathematik gewählt worden.

Im Sommersemester 1975 erfolgten in den Fachbereichen die Neuwahlen der Dekane und Prodekane für das Studienjahr 1975/76.

Folgende Herren nahmen am 1. Oktober 1975 ihr Amt auf:

Fachbereich 1	Dekan:	Prof. Dr. Frank Benseler
	Prodekan:	Prof. Dr. Karl Hüser
Fachbereich 2	Dekan:	Prof. Dr. Werner Faber
	Prodekan:	Wiss. Rat und Prof. Dr. Alexander Weber
Fachbereich 3	Dekan:	Prof. Dr. Ulrich Profitlich
	Prodekan:	Wiss. Rat und Prof. Dr. Gerd Michels
Fachbereich 4	Dekan:	Studienprofessor Dr. Hans Niederau
	Prodekan:	Studienprofessor Marita Stamm
Fachbereich 5	Dekan:	Prof. Dr. Ludwig Nastansky
	Prodekan:	Prof. Dr. Rolf Gollers, FHL
Fachbereich 6	Dekan:	Prof. Dr. Joachim Schröter
	Prodekan:	Wiss. Rat und Prof. Dr. Dr. Eckhard Schlimme
Fachbereich 7	Dekan:	Prof. Conrad Menges, FHL
	Prodekan:	Prof. Willi Weber, FHL
Fachbereich 8	Dekan:	Prof. Manfred Diekmann, FHL
	Prodekan:	Prof. Dr. Friedrich-Karl Ewert, FHL
Fachbereich 9	Dekan:	Prof. Dr. Werner Röper, FHL
	Prodekan:	Prof. Dr. Heinz Schäferkordt, FHL
Fachbereich 10	Dekan:	Prof. Dr. Wolfgang Vogel, FHL
	Prodekan:	Prof. Dr. Walter Jorden
Fachbereich 11	Dekan:	Prof. Ernst Reinhart, FHL
	Prodekan:	Prof. Friedhelm Belthle, FHL
Fachbereich 12	Dekan:	Prof. Albrecht Schlieckmann, FHL
	Prodekan:	Prof. Günter Havenstein, FHL
Fachbereich 14	Dekan:	Prof. Franz-Josef Tegethoff, FHL (Beauftragter)
	Prodekan:	Prof. Dr. Raimund Stock, FHL (Beauftragter)
Fachbereich 15	Dekan:	Prof. Johannes Michel, FHL
	Prodekan:	Prof. Hans Klasen, FHL
Fachbereich 16	Dekan:	Prof. Jürgen Grüneberg, FHL
	Prodekan:	Prof. Hasso Heinatz, FHL
Fachbereich 17	Dekan:	Prof. Dr. Karl-Heinz Kiyek
	Prodekan:	Prof. Dr. Otto Meltzow, FHL

AKADEMIE - STIPENDIUM DER
STIFTUNG VOLKSWAGENWERK

Die Stiftung Volkswagenwerk hat Stud. Prof. Dr. Gertrud Höhler, Fachbereich 3 - Sprach- und Literaturwissenschaften, ein Akademie-Stipendium für die Dauer von 18 Monaten bewilligt. Nach den Richtlinien der Stiftung sollen die Akademie-Stipendien "besonders qualifizierten, vor allem jüngeren Wissenschaftlern die Möglichkeit geben, wissenschaftliche Arbeiten zu begründen, fortzuführen oder abzuschließen".

Das von Frau Höhler geplante Forschungsprojekt "Der Dichter als Sohn - Eine poetologische Studie" gilt dem Selbstverständnis des modernen Dichters. Anhand der Parabel vom Verlorenen Sohn soll die sich wandelnde Rolle des Künstlers in der nachklassischen Kunstepoche in kulturhistorische Zusammenhänge gestellt werden. Ziel der Arbeit ist es, gesellschaftsgeschichtliche Parallelen zur dichterischen Umdeutung des Verlorenen Sohnes durch Dichter wie André Gide und Rainer Maria Rilke aufzudecken. Als klärende Begleitscheinungen der künstlerischen Selbstsicht um die Jahrhundertwende werden Entmythologisierung und Psychoanalyse, zwei moderne Formen der Heilslehre, einbezogen. Exkurse werden sich mit Hugo von Hofmannsthal, Stefan George und Thomas Mann beschäftigen.

PROGNOSEN ZUM LEHRERBEDARF

1976 10 700 LEHRER

OHNE STELLUNG

Diese Zahl nennt der von der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland im Juli vorgelegte Bericht über die "Möglichkeiten der Aufnahme von Lehramtsbewerbern in die schulpraktische Ausbildung und der Einstellung von ausgebildeten Lehrern in den öffentlichen Schuldienst 1975 und 1976".

Als Gründe für diesen "Lehrerberg" werden angeführt:

- "1. der seit Mitte der sechziger Jahre anhaltende Geburtenrückgang, der seit Anfang der siebziger Jahre schwache Schülerjahrgänge nach sich zieht,
2. die wachsende Zahl der Lehramtsbewerber und
3. die zunehmende Verknappung öffentlicher Mittel, die die Bewilligung zusätzlicher Lehrerstellen erschwert oder verhindert."

Basierend auf den Ergebnissen einer Umfrage bei den Kultusministerien der Länder kommt der Bericht zu folgenden Prognosen:

I. Möglichkeiten der Aufnahme in den Vorbereitungsdienst

1975

Bei den Lehrämtern an allgemeinbildenden Schulen übersteigt schon in diesem Jahr die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen im Vorbereitungsdienst das Platzangebot. Faßt man die zu beiden Aufnahmetermen (Frühjahr und Herbst) erwarteten Absolventen eines Lehramtsstudiums zusammen, so zeigt sich, daß voraussichtlich von den Bewerbern um ein Lehramt an Grund-, Haupt-, Sonder- und Realschulen rund 400 (2%) und von den Bewerbern um ein Gymnasiallehramt etwa 1.000 (10%) abgewiesen werden müssen.

Bei den Lehrämtern an berufsbildenden Schulen wird dagegen 1975 das Angebot an Ausbildungsplätzen trotz des verstärkten Andrangs an Lehramtsbewerbern nicht voll in Anspruch genommen.

1976

Die Situation wird sich verschärfen. Die Zahl der Bewerber um einen Ausbildungsplatz, die nicht in das Referendariat übernommen werden können, wird sich bei den Lehrämtern an Grund-, Haupt-, Sonder- und Realschulen um mehr als das Siebenfache auf 3.000 und bei dem Lehramt an Gymnasien um 800 auf 1.800 erhöhen, das wären 15 % bzw. 16 % der Absolventen des entsprechenden Lehramtsstudiums.

Bei den Lehrämtern an berufsbildenden Schulen wird die Zahl der nicht in Anspruch genommenen Ausbildungsplätze voraussichtlich zurückgehen.

Die Gründe für die Verschärfung der Lage im Bereich der Lehrämter der allgemeinbildenden Schulen gegenüber 1975 sind stark wachsende Absolventenzahlen (um 3.600 auf 31.500) und ein nur geringfügig zunehmendes Angebot an freien Ausbildungsplätzen (um 200 auf 26.700).

II. Möglichkeiten der Übernahme in den öffentlichen Schuldienst

1975

Während bei den Lehrämtern für Grund-, Haupt-, Sonder- und Realschulen die Zahl der ausgebildeten Lehrer (23.400) die Zahl der freien Lehrerstellen (22.900) übersteigt, wird bei den Lehrämtern für Gymnasien und für berufsbildende Schulen ein Teil der freien Stellen nicht von Absolventen des Vorbereitungsdienstes besetzt werden können. Bei den Gymnasien wird es insgesamt 2.200 und bei den berufsbildenden Schulen 2.100 Stellen geben, die von Lehrkräften ohne Lehramtsstudium besetzt werden können.

1976

Das Überangebot an fertig ausgebildeten Lehramtsbewerbern für Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen erhöht sich auf 10.700. Im Bereich der Gymnasien können 1.400 und im Bereich der berufsbildenden Schulen 1.800 Lehrerstellen durch andere Bewerber besetzt werden.

GYMNASIALLEHRERBEDARF NACH
UNTERRICHTSFÄCHERN BIS 1985

Eine Modellrechnung der Kultusministerkonferenz, die sich mit der Frage nach Lehrerangebot und Lehrerbedarf - gegliedert nach Unterrichtsfächern - beschäftigt, kommt zu folgenden Ergebnissen:

"Während 1975 noch in 16 von 21 gymnasialen Unterrichtsfächern Lehrermangel herrscht - ein nennenswertes Überangebot gibt es zur Zeit nur in Geschichte (ca. 600) und in Sozialwissenschaften (ca. 400 Lehrer) - werden 1980 bei unveränderten Studien- und Berufsinteressen der Studienanfänger noch für 9 Unterrichtsfächer Lehrer fehlen, z. B. für Musik und Religion je mehr als 1.000, für Mathematik und für Kunsterziehung je sechs- bis siebenhundert, für Leibeserziehung bis zu sechshundert, für Chemie und Biologie je drei- bis vierhundert Lehrer. 1985 wird es für alle gymnasialen Unterrichtsfächer ein Überangebot an Lehrern geben." (Mitteilungen und Informationen", hersg. vom Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder, Nr. 8/75, vom 20. Aug. 1975)

STUDENTISCHES

SELBSTDARSTELLUNG DES
MSB - SPARTAKUS

Als 4. Beitrag der Reihe "Die studentischen Hochschulguppen stellen sich vor" wird die Selbstdarstellung des MSB - SPARTAKUS veröffentlicht, der mit den gewerkschaftlich orientierten Studenten ein Wahlbündnis eingegangen ist. Im Studentenparlament ist diese gewerkschaftlich orientierte Liste mit 3 Mitgliedern vertreten:

Motiviert durch die dringend zu lösenden Probleme der sozialen und politischen Lage der Studenten, motiviert durch den gemeinsamen Willen, für die eigenen Interessen zu kämpfen, trafen sich Ende 1973 Studenten der GH und des Westfalenkollegs zur Gründung der GEWERKSCHAFTLICH ORIENTIERTEN STUDENTEN PADERBORN.

Die "gewerkschaftliche Orientierung" - ein Konzept, das an vielen Hochschulen bereits verwirklicht und diskutiert wird - geht von folgender Überlegung aus: Eine ständische Lobbypolitik führt bei der Durchsetzung von Forderungen keinen Schritt weiter. Auch Einzelkämpfer können nichts erreichen.

Die Studenten müssen - ebenso wie Arbeiter - solidarisch und organisiert handeln. Das heißt, es muß Organisationen geben, deren Programm von allen fortschrittlichen Studenten unterstützt werden kann. AStA

und Fachschaften müssen zu einer solchen organisierten Interessenvertretung ausgebaut werden. Es geht darum, Studenten bereits während des Studiums eine politische Praxis anzuzeigen, die dazu befähigt, später im Beruf Interessen gemeinsam mit den Arbeitern in den DGB-Gewerkschaften durchzusetzen.

Auf dieser Grundlage begann die Hochschulgruppe ihre Arbeit. Im Kampf um das BAFÖG, in der Solidarität mit Chile, im Kampf gegen das Berufsverbot und gegen ein undemokratisches Hochschulrahmengesetz, bewährte sich das Prinzip auf Bundesebene, und in Ansätzen - insbesondere beim Kampf um das BAFÖG - auch in Paderborn.

Die Vielfalt der zu lösenden Aufgaben und die Auseinandersetzung mit den anderen politischen Gruppen ließen bei einem Teil der Mitglieder die Notwendigkeit einer bundesweiten Organisiertheit erkennen. So entstand auch in Paderborn ein MSB SPARTAKUS, dessen zentrales Organ die "rote blätter" sind.

Der MSB SPARTAKUS versteht sich als einziger Studentenverband in der BRD, der konsequent nach einem Programm arbeitet, welches das Bündnis mit der Arbeiterklasse sucht.

Aufgrund einer Analyse des Bildungs- und Hochschulwesens in der BRD kommen Marxisten zu der Einschätzung, daß die objektiven Interessen der großen Masse der Studenten in einem unvereinbaren Widerspruch zu den Interessen des Monopolkapitals stehen und die Lage der Intelligenz sich im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution der Arbeiterklasse annähert.

Die zentrale Zielsetzung "Für die eigenen Interessen kämpfen - mit der Arbeiterklasse verbünden" heißt für den MSB konkret: Bildung statt Bomben - Kein Numerus clausus - Kampf für die materielle Absicherung des Studiums - Für eine Wissenschaft und Ausbildung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung - Für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Abrüstung sowie für die Aktionseinheit aller demokratischen Kräfte.

Um diese Aktionseinheit zu gewährleisten, kandidiert der MSB SPARTAKUS im Rahmen eines gewerkschaftlich orientierten Wahlbündnisses, an dem sich auch demokratische Kräfte beteiligen, die sich nicht an den MSB gebunden fühlen oder seiner Politik kritisch gegenüberstehen.

Treffpunkt: Jeden Dienstag, 20 Uhr, HOT, Marienstraße

Kontakt: Erich Kirsch, Paderborn, Engernweg 21

RICHTFEST FÜR DAS 2.

STUDENTENWOHNHEIM

Am 25. Juni 1975 fand das Richtfest für das 2. Studentenwohnheim in Paderborn statt.

Das Gebäude am Peter - Hille - Weg, dessen Bauträger der Landesverband der jüdischen Kultusgemeinde von Westfalen ist, soll bis Ende des Jahres 200 Studenten Platz bieten. Gleichzeitig wird ein Terrassenhaus mit 36 Plätzen gebaut.

Das neue Studentenwohnheim

liegt - ebenso wie das benachbarte erste Wohnheim für Studenten mit 218 Plätzen - in unmittelbarer Nähe zur Gesamthochschule.

PROGRAMM DER EHG

Über das Programm der Evangelischen Hochschulgemeinde für das WS 1975/76 berichtet Studentenpfarrer Hartmut Fehse:

In der Ev. Hochschulgemeinde Paderborn arbeiten und leben evangelische, katholische und Hochschulangehörige anderer Konfession zusammen. Ihre Einrichtungen stehen grundsätzlich allen Studierenden ohne Rücksicht auf Nationalität oder Religion zur Verfügung.

Dem versucht unser Programm Rechnung zu tragen mit seinem breiten Angebotsfächer. Der politisch oder sozialpolitisch engagierte Interessent findet hier ebenso Möglichkeiten zur Mitarbeit (AK Politik oder SPAK Staumühle) wie der, der seine Freizeit mit anderen verbringen möchte (Gitarrenkurs, Foto-AK). Kontakte zu sozial benachteiligten Gruppen am Ort mit dem Ziel konkreter Hilfestellung (AK Ausländerfragen, AK Blindenselbsthilfe) werden ebenso gepflegt wie der Austausch mit Freunden in Frankreich, Polen und Ungarn (Treffpunkt Europa). Neu anlaufen wird in diesem Semester ein AK Jugendarbeit.

Das Leben unserer Hochschulgemeinde zentriert sich je-

weils in unseren Sonntagsgottesdiensten. Darüber hinaus findet ein regelmässiges 'Ökumenisches Gespräch' statt.

Über weitere Veranstaltungen, Filme, offene Abende usw. informiert Sie unser Programm, erhältlich in der EHG, PB, Am Laugrund 5 - 7 und in der Pressestelle der Gesamthochschule.

VERANSTALTUNGEN

EXKURSION

Im Anschluß an das Seminar über "Bilanzanalysen" unter Leitung von Prof. Dr. Horst Gräfer, FHL, unternahmen 30 Studenten des Fachbereichs 5 - Wirtschaftswissenschaft / Rechtswissenschaft - eine Exkursion nach Wolfsburg, um an der diesjährigen Hauptversammlung der Volkswagen AG teilzunehmen. Den Einlaß und die Teilnahmeberechtigung an dieser Hauptversammlung hatten sich die Studenten durch den Erwerb von Aktien verschafft.

Ziel dieser Exkursion war es, die in der Hochschule erlangten theoretischen Kenntnisse anhand der Praxis zu überprüfen und zu erweitern.

FERIENKURS

Der Fachbereich Mathematik-Informatik (FB 17) veranstaltete vom 15.9. bis 15.10.75 einen Ferienkurs in Angewandter Mathematik über das Thema: "Nichtlineare Probleme der Plasmaphysik und Hydromechanik". Der Kurs bot interessierten Fachkollegen und Studenten eine Übersicht über neue Ergebnisse aus diesem Gebiet, das im Zusammenhang mit scheinbar so weit auseinanderliegenden Fragen wie technisch bisher ungelösten Problemen der Kernenergiegewinnung einerseits und der Meteorologie und Meereskunde andererseits zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Während der fünf Kurswochen hielt Prof. Neunzert aus Kaiserslautern eine vierstündige Vorlesung über neuere qualitative und numerische Methoden der Plasmaphysik, Prof. Rautmann eine zweistündige Vorlesung über Näherungsmethoden für Navier - Stokes - Probleme.

Am 14.10. hielten Prof. Batt aus München und Prof. Velte aus Würzburg Gastvorträge im Rahmen der Kursseminare.

Gäste von anderen Universitäten, die regelmäßig an den Kur-

susveranstaltungen teilnehmen und der Besuch zahlreicher bekannter auswärtiger Wissenschaftler bei den Abschlußveranstaltungen in der letzten Kurswoche zeigten das lebhafteste Interesse an dieser neuen Paderborner Einrichtung.

KOLLOQUIUM

Die Gesamthochschule Wuppertal veranstaltet vom 24. bis 26. Oktober 1975 ein Kolloquium unter dem Thema "Leser und Lesen in der Literatur des 18. Jahrhunderts". Unter den geladenen Teilnehmern sind die Professoren Richard Alewyn und Roger Bauer, beide München, und Harald Weinrich, Bielefeld. Die Wissenschaftler werden sich in drei Arbeitssitzungen mit Texten des 18. Jahrhunderts befassen, die aus dem Kreise der Teilnehmer zum Thema angeboten werden.

Von der GH Paderborn werden Stud. Prof. Dr. Gertrud Höhler und Prof. Dr. Ulrich Proffitlich an dem Kolloquium teilnehmen.

KONGRESS

Vom 6. bis 11. Oktober 1975 fand in Tutzing ein Kongress der Südost-Europa-Gesellschaft statt. Als Vertreter der Bundesrepublik Deutschland hielt Prof. Dr. Johannes Franz, Fachbereich 2, einen Vortrag zum Thema: "Aspekte der Schul- und Bildungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland."

SEMINAR

Vom 3. bis 4. November 1975 veranstaltet die Technische Akademie Wuppertal für Ingenieure und Ingenieurgeologen, die in Hoch- und Tiefbau, im Erd- und Grundbau sowie im Felsbau beschäftigt sind, das Seminar "Injektionen im Baugrund". Die Veranstaltung findet gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für Erd- und Grundbau e.V. und dem Laboratorium für Bodenmechanik, Erd- und Grundbau an der Gesamthochschule Wuppertal statt. Die wissenschaftlich-fachliche Leitung des Seminars hat Prof. Dr. Friedrich-Karl Ewert, FHL, Fachbereich 8 - Bautechnik - der Abteilung Höxter.

SYMPOSION

In der Zeit vom 20. bis 24. Oktober 1975 veranstaltet der "Arbeitskreis Gesamthochschule Kassel" ein Symposium zum Thema "Die Gesamthochschule heute". Die Referenten - darunter Dr. Peter Glotz, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Dr. Dietrich Küchenhoff, Ltd. Ministerialrat im Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Vera Rüdiger, Staatssekretärin im Kultusministerium des Landes Hessen, und zahlreiche bekannte Wissenschaftler aus dem gesamten Bundesgebiet - sprechen über das Prinzip und die Entwicklung der Gesamthochschule, berichten über ihre Erfahrungen und untersuchen die Aufgaben, Schwierigkeiten und Integrationsprobleme dieser neuen Bildungsinstitution. Als Vertreter der GH Paderborn wird Konrektor Prof. Dr. Christian Heichert an dem Symposium teilnehmen.

TAGUNGEN

In der Zeit vom 20. bis 22. August 1975 fand in Stockholm das "4. Scandinavian Symposium on Thermal Analysis" statt. Prof. Dr. Antonius Kettrup, Fachbereich 6 - Naturwissenschaften - hielt einen Vortrag zum Thema: "Enthalpy of formation of Sb CL 5 - complexes with acetoacetanilides".

Vom 25.8. bis 6.9.1975 fand in Exeter, England, ein "Advanced Study Institute" statt zum Thema: "Defects and their Structure in Non - Metallic Solids" (Störstellen und ihre Struktur in nicht-metallischen Festkörpern).

An dieser internationalen Veranstaltung für Doktoranden und junge Wissenschaftler auf dem Gebiet der Festkörperphysik, die von der NATO finanziert wurde, nahmen Dozenten und Studenten aus den USA und 6 europäischen Ländern teil. Von den insgesamt 17 Dozenten kamen drei aus Deutschland.

Von der Gesamthochschule Paderborn hielt Prof. Dr. Johann - Martin Spaeth, Fachbereich 6,

Vorträge über "Magnetic Resonance Studies of Vacancy Centers in Solids" in englischer Sprache.

Als weiterer deutscher Dozent referierte Prof. Dr. Wolf von der Osten, der einem Ruf auf einen Lehrstuhl für Experimentalphysik an der GH Paderborn erhalten hat. Alle Vorträge dieses "Advanced Study Institute" werden als Buch erscheinen.

Auf dem "XVIII. Colloquium Spectroscopium Internationale", das vom 15. bis 19. September 1975 in Grenoble/Frankreich stattfand, hielt Prof. Dr. Antonius Kettrup, FB 6, einen Vortrag zum Thema: "Die Bestimmung der Struktur und der analytischen Verwendbarkeit substituierter Formazane mit Hilfe der Massenspektroskopie, IR- und NMR-Spektroskopie".

KURZINFORMATIONEN5. RAHMENPLAN FÜR DEN HOCH-
SCHULAUSSBAU VERABSCHIEDET

Die Kapazität der Hochschulen soll bis zum Jahre 1979 von 641.000 auf 820.000 Studienplätze erhöht werden. Dieses Ziel setzt sich der fünfte Rahmenplan für den Hochschulbau, der am 18. September 1975 vom Bund - Länder - Planungsausschuß unter dem Vorsitz von Bundesbildungsminister Rohde verabschiedet wurde.

Der Rahmenplan sieht für 1976 Ausgaben bis zu drei Milliarden Mark vor. Davon wird der Bund rund 1,1 Milliarden Mark zur Verfügung stellen. Das sind rund 300 Millionen Mark weniger als in diesem Jahr. Wieviel tatsächlich ausgegeben werden kann, hängt davon ab, in welchem Maße die Länder imstande sind, die sich auf rund 400 Milliarden Mark belaufenden Vorleistungen des Bundes abzubauen.

(dpa)

AUSBILDUNGSFÖRDERUNG GEKÜRZT

Die Sparbeschlüsse der Bundesregierung wirken sich auf die staatliche Ausbildungsförderung gravierend aus: insgesamt sind hier Einsparungen in Höhe von 343 Millionen Mark vorgesehen. 260 Millionen Mark werden dadurch gespart, daß die Stipendien und Einkommensgrenzen nicht - wie vorgesehen - erhöht werden. Stattdessen wird 1976 an alle Geförderten ein Härteausgleich in Höhe von 10 Prozent gezahlt, und zwar für Studenten vom 1. Oktober an.

Der Darlehensanteil bei der Förderung, der bisher 80 Mark aus-

machte, wird um 50 auf 130 Mark erhöht. Damit steigen die Schulden nach einem Studium von zehn Semestern von jetzt 3.000 auf 7.800 Mark, die zinslos in Raten von 80 Mark zurückgezahlt werden müssen.

(AP)

ZAHL DER STUDIERWILLIGEN ABI-
TURIENTEN RÜCKLÄUFIG

Der Wunsch der Abiturienten, nach Abschluß der Schulzeit ein Studium zu beginnen, geht zurück. Dies ist das Ergebnis der Abiturientenbefragung, die das Statistische Bundesamt im Februar dieses Jahres durchführte. Von den insgesamt rund 172.000 befragten Abiturienten waren ca. 136.000 - das sind knapp 79 Prozent - zu einem Studium entschlossen. 1974 lag der Anteil der Studierwilligen noch bei rund 85 Prozent. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes vom 10. Juni 1975 betrug der Anteil der Unentschlossenen 12 Prozent. 9 Prozent gaben an, kein Studium aufnehmen zu wollen.

Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilte, ist das Interesse am Lehrerberuf noch immer hoch. 19 Prozent der männlichen und 39 Prozent der weiblichen Studierwilligen äußerten die Absicht, Lehrer zu werden. An der Spitze der Nachfrage steht dabei mit 44 Prozent das Lehramt an Gymnasien, gefolgt vom Lehramt an Grund-, Haupt- und Sonderschulen mit 29 Prozent, dem Lehramt an berufsbildenden Schulen mit 14 Prozent und dem an Realschulen mit 13 Prozent.

1977 "ABITUR PLUS" - TESTS ?

Für die Fächer Medizin und Zahnmedizin werden möglicherweise 1977 zum erstenmal Hochschulzulassungstests angewendet. Die Vorbereitungen und Vorüberlegungen für diese Tests erstellen im Auftrage des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft eine Arbeitsgruppe der Universität Mannheim unter Leitung von Prof. Lothar Michel und eine Gruppe der PH Rheinland unter Leitung von Prof. Josef Hitpaß.

Diesen "Abitur plus"- Tests sollen Abiturienten mit dem Notendurchschnitt 1,0 ebenso unterzogen werden wie Abiturienten mit dem Notendurchschnitt 4,0. Die Zulassungstests sollen 4 bis 5 Stunden dauern, wiederholbar und fachspezifisch sein und sich auf Leistungsaspekte konzentrieren.

In Vorbereitung sind auch Tests für Pharmazie und Psychologie, für Anglistik, Romanistik und Germanistik. Pläne für Modellversuche zur Regelung der Studienplatzvergabe in den naturwissenschaftlichen und technischen Fächern sowie in den Wirtschafts- und Rechtswissenschaften sind in der Diskussion.

(dpa)

ZVS: STUDIENPLÄTZE FÜR DASWS 75/76 VERGEBEN

52.000 Studienbewerber werden nach Angaben der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) in Dortmund auf Grund guter Abiturnoten oder langer Wartezeiten zum Wintersemester 1975/76 ihr Studium aufnehmen. Einen Ablehnungsbescheid werden 51.000 Studienbewerber erhalten.

Von den Bewerbern für ein Lehramtsstudium sind etwa 23.500 angenommen worden. Rund 15.700 Studierwillige haben einen ablehnenden Bescheid erhalten.

(dpa /ddp)

KAPAZITÄTEN VOLL AUSGESCHÖPFT

Die vom Wissenschaftsminister festgelegten Höchstzahlen für Studienplätze in Numerusclausus - Fächern schöpfen die Ausbildungskapazität jeder einzelnen Hochschule in Nordrhein-Westfalen voll aus. Dies antwortete Wissenschaftsminister Johannes Rau den Abgeordneten Heinz und Roericht auf eine Kleine Anfrage.

(Nordrhein-Westfalen, Pressemitteilung, Nr. 344/9/75 vom 1.9.75)

SOZIALE SICHERUNG FÜRSTUDENTEN VERSTÄRKT

Die Ausgaben zur sozialen Sicherung des Studiums wurden in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen fünf Jahren mehr als vervierfacht.

Seit 1970 ist die Zahl der Studenten an den Hochschulen des Landes von 144.000 auf 225.000 (SS 1975) gestiegen. Damals betrugen die allgemeinen Zuschüsse an die Studentenwerke und die Ausgaben für den Bau von Mensen und Wohnheimen rund 34 Millionen DM, das sind zwei Mark je Landeseinwohner. In diesem Jahr wird jeder der 17 Milliarden Landeseinwohner für Mensen und Wohnheime, für erschwingliche Mahlzeiten, für ausländische Studenten,

für den freiwilligen Hochschulsport und vergleichbare Zwecke etwas über neun Mark aufbringen, insgesamt mehr als 160 Millionen Mark.

Durchschnittlich entfielen 1970 auf jeden Studenten in Nordrhein-Westfalen 237 Mark zur sozialen Sicherung des Studiums; in diesem Jahr sind es rund 710 Mark.

(Nordrhein-Westfalen, Pressemitteilung, Nr. 320/8/75 vom 13.8.75)

BESCHEINIGUNG ÜBER STUDIEN-
LEISTUNGEN BEI NICHT ERFOLGTER
DIPLOMVORPRÜFUNG/DIPLOMPRÜFUNG

Am 21. März 1975 hat die Kultusministerkonferenz die "Allgemeinen Bestimmungen" für Diplomprüfungsordnungen verabschiedet.

Die Paragraphen 15 Abs. 4 und 24 Abs. 3 eröffnen die Möglichkeit, daß Studierenden, die die Diplomvorprüfung/Diplomprüfung nicht bestanden haben, auf Antrag und gegen Vorlage der entsprechenden Nachweise sowie der Exmatrikulationsbescheinigung eine schriftliche Bescheinigung über erbrachte Leistungen ausgestellt werden kann.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Presse- und Informationsstelle
der Gesamthochschule Paderborn

Redaktion:
Dr. Helga Wermuth

Redaktionsanschrift:
479 Paderborn,
Geroldstraße 32
Telefon: (05251) 29333

Herstellung und Druck:
Druckerei der Gesamthochschule Paderborn

Titelblattgestaltung:
Prof. Dipl.-Ing. Ole Hessler,
FHL, FB 7 (Architektur),
Abteilung Höxter der Gesamthochschule Paderborn

Auflagenhöhe: 2.500

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion, sondern die persönlichen Ansichten der Verfasser wieder.
